C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 43/1. Mai 74
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

VORMARSCH DER CDU– DIE SPD SCHLÄGT NACH LINKS

Nach den Hamburger Bürgerschaftswahlen (3. März) haben auch die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz (17. März) und in Schleswig-Holstein (24. März) der CDU beträchtliche Stimmgewinne (um 7,7%) und Verluste für die SPD (von 5,8 in Rheinland-Pfalz bis 1o,4% in Hamburg) gebracht.
Die CDU/CSU, 1972 zuerst beim Mißtrauensvotum und dann bei den Bundestagsneuwahlen abgeschlagen, kann jetzt ernsthaft hoffen, bei den Bundestagswahlen 1976 die absolute Mehrheit zu bekommen und die SPD/FDP-Regierung abzulösen.
Die SPD ihrerseits erklärte, „eine kleine Wende herbeiführen" zu wollen. Diese „kleine Wende" äußert sich vorläufig am deutlichsten in einer „Säuberungs"- und Einschüchterungskampagne gegen linke Jusos.

Was die SPD dem Volk versprach

Die SPD trat 1969 die Koalitionsregierung mit der FDP unter dem Versprechen an, „Reformen" auf vielen Gebieten durchzusetzen: das Schulsystem und Gesundheitswesen zu verbessern und auszubauen; durch Bodenrechtsreform, Steuerreform etc. „mehr Gerechtigkeit" zu schaffen; das 'Betriebsverfassungsgesetz' von 1952 zu überarbeiten und die 'Mitbestimmung' der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben zu verwirklichen.

Die SPD versprach darüberhinaus allgemein, „mehr Demokratie wagen" zu wollen, und führte speziell den Wahlkampf 1972 unter der Parole einen „demokratischen Sozialismus" schaffen zu wollen.

Der von der CDU/CSU und ihren Hilfstruppen damals unter antisozialistischen, antimarxistischen Parolen geführte Wahlkampf verfehlte weitgehend seinen Zweck; so daß nachher selbst CDU-Politiker sagten, diese Stoßrichtung habe ihnen mehr geschadet als genutzt.

Die SPD selbst hat dafür gesorgt, daß sich diese Situation gewandelt hat. Denn erstens verteufeln SPD-Führer wie Brandt, Schmidt, Kühn, Vogel etc. heute diejenigen programmatischen, „systemverändernden" Zielsetzungen, mit denen sie 1972 auf Stimmenfang gegangen waren. Dies kommt am klarsten in der wütenden Jagd der SPD-Führer auf jeden fortschrittlichen Furz, den irgendwo in der Provinz eine Juso-Gruppe von sich gibt, zum Ausdruck. Es ist klar, daß die SPD-Führer nicht aus Dummheit, sondern bewußt, damit dafür sorgen, daß ohnehin labile Schichten ihres Wählerpotentials verunsichert werden und tatsächlich meinen, die SPD sei schon „völlig kommunistisch unterwandert" – und zur CDU/CSU oder FDP abwandern.

Zum zweiten drückte der Wahlsieg der SPD 1972 eine breit vorhandene Hoffnung auf grundlegende Veränderungen aus, die sich durchaus auch mit dem Begriff des „Sozialismus" verbanden. Diese Erwartungen sind von der SPD enttäuscht worden. Die CDU/CSU versteht es nun, die von der SPD nicht behobenen (sondern aufgrund der objektiven Entwicklung z.T. noch verschärften) Mißstände, etwa im Schulwesen, als Folge „sozialistischer Experimente" hinzustellen. Diese Behauptung ist zwar völlig idiotisch, aber auf labile kleinbürgerliche Schichten sicher nicht ganz ohne Wirkung.

Auch für die Arbeiter-Anhängerschaft der SPD dürfte in einem gewissen Grad gelten, daß das „Abwirtschaften" der SPD nicht nur als Versagen dieser Partei, sondern auch als Niederlage reformistischer, „sozialistischer" Erwartungen und Hoffnungen aufgenommen wird.

Was wurde aus den „Reform"-Versprechungen der SPD?

Die groß angekündigte Neuauflage des 'Betriebsverfassungsgesetzes' war so wenig zufriedenstellend, daß sich sogar die mit der SPD eng verbundenen DGB-Führer einige kritische Äußerungen dazu abquetschen mußten.

Forts. Seite 2

Es lebe der Befreiungskampf des irischen Volkes



Aufgrund einer Initiative des Nationalen IRA-Sinn-Fein-Solidaritätskomitees Weißkirchen werden mehrere örtliche KB-Gruppen Ende Mai eine Informations- und Solidaritätsveranstaltung zum Kampf des irischen Volkes durchführen. Wir haben in letzter Zeit Interviews mit irischen Genossen (ARBEITERKAMPF 31, DIE INTERNATIONALE 1) und Originaltexte aus den Publikationen der Official IRA und Sinn Fein (dI 3, dI 4) veröffentlicht, und wollen mit diesem Artikel den Gesamtzusammenhang des Kampfes des irischen Volkes darstellen. Seit unserem letzten ausführlichen Artikel zu diesem Thema (AK 16, März 1972) haben sich sowohl die IRA Official, wie auch die Unterdrückungspolitik der Imperialisten weiter entwickelt.
Im ersten Teil des Artikels wollen wir einen kurzen Überblick über die irische Geschichte und die Entwicklung des Kampfes seit 1968 geben und dann zur Einschätzung der momentanen Lage kommen. Im zweiten Teil (AK 44) befassen wir uns mit dem Vorgehen des britischen und internationalen Imperialismus gegen Irland auf politischer und ökonomischer Ebene.

Die Unterwerfung Irlands unter die Herrschaft des britischen Imperialismus

Vor der Eroberung durch England, die im 12. Jahrhundert begann, herrschte in Irland das Clan-System. Es basierte auf dem gemeinsamen Besitz an Land und Vieh. Der Clan-Chief erhielt die Erträge von einem Drittel des Landbesitzes und stand auf Lebenszeit an der Spitze. Bis 1500 besaßen die Engländer nur zwei kleine Brückenköpfe in Irland. 1541 wurde der englische König Henry VII vom englischen Parlament zum „König von Irland" ernannt. Die irischen Clan-Chiefs stimmten ihrem neuen Status als Untertanen des englischen Königs zu, weil sie sich davon politische und ökonomische Vorteile versprachen.

Forts. Seite 16

Zusammenrücken der bürgerlichen Presse

LIBERALE MEDIEN AUF RECHTSKURS / SÄUBERUNGSWELLE BEIM „STERN"

Die Kampagne gegen fortschrittliche Kollegen in vielen | sie nicht in dem von der Chefredaktion gewünschten

haben sich sowohl die IRA Official, wie auch die Unterdrückungspolitik der Imperialisten weiter entwickelt. Im ersten Teil des Artikels wollen wir einen kurzen Überblick über die irische Geschichte und die Entwicklung des Kampfes seit 1968 geben und dann zur Einschätzung der momentanen Lage kommen. Im zweiten Teil (AK 44) befassen wir uns mit dem

Brückenköpfe in Irland. 1541 wurde der englische König Henry VII vom englischen Parlament zum „König von Irland" ernannt. Die irischen Clan-Chiefs stimmten ihrem neuen Status als Untertanen des englischen Königs zu, weil sie sich davon politische und ökonomische Vorteile versprachen.

Forts. Seite 16

Zusammenrücken der bürgerlichen Presse

LIBERALE MEDIEN AUF RECHTSKURS / SÄUBERUNGSWELLE BEIM „STERN"

Die Kampagne gegen fortschrittliche Kollegen in vielen Betrieben, die in den vergangenen Monaten an Schärfe erheblich zunahm, hat gezielt auch in den Redaktionen der Massenmedien eingesetzt. Besonders hart „durchgegriffen" wird derzeit bei der Illustrierten „Stern", die bisher nach außen gern durch eine Abgrenzung der Berichterstattung nach rechts, intern durch ein scheinbar mustergültiges Redaktionsstatut, das Deckmäntelchen liberalen Fortschritts zur Schau trug.
Am 11. März erhielt die „Stern"-Redakteurin Ulla Küspert (Leserbrief-Seite) ihre fristgerechte Kündigung zum 30. Juni. Begründung: *Sie habe „versäumt, kompetente und interessante Stellungnahmen zu ‚Stern'-Veröffentlichungen anzuregen"*, habe *„aus der eingehenden Leserpost ... zumeist eine einseitig beschränkte Auswahl getroffen"*, dabei *„nach eigener Stimmung einseitig manipuliert"* und somit *„das nachrichtliche Bild verfälscht"*.
Blättert man im „Stern" die Leserbrief-Seiten auf, die Ulla Küspert redigiert hat, wird augenfällig, was „Stern"-Chefredakteur Henri Nannen in dem zitierten Kündigungsschreiben mit „einseitig manipuliert" meint: auf diesen Seiten wurde deutlich versucht, demokratischen Positionen Raum zu geben. Der gekündigten Briefe-Redakteurin wird also nichts anderes vorgeworfen, als daß sie nicht in dem von der Chefredaktion gewünschten Maße den Klassenstandpunkt der Herrschenden auf die Leserbriefseiten manipuliert hat („versäumt, kompetente Stellungnahmen anzuregen").
Diese eindeutig politische Kündigung richtet sich jedoch nicht nur gegen die journalistische Arbeit der „Stern"-Redakteurin Ulla Küspert, sondern auch gegen die Tatsache, daß sie als Vertrauensfrau der IG-Druck und Papier konsequent für die Interessen ihrer Kollegen im Zeitschriftenbereich des Verlages Gruner + Jahr eintrat.
Ähnlich war schon im September '73 der „Stern"-Reiseredakteur Jochen Schaumann gekündigt worden, nachdem er es gewagt hatte, den autoritären Führungsstil seines Ressortleiters zu kritisieren. Sein Fall gewann bald eine größere politische Dimension. Der Betriebsrat hatte Schaumanns Kündigung nämlich widersprochen, wobei sich der Betriebsratskollege und „Stern"-Redakteur Ortwin Fink besonders für Schaumann eingesetzt hatte. Wenig später wurde Ortwin Fink von Chefredakteur Nannen heftig gemaßregelt und massiv unter Druck gesetzt: Finks Leistungen als Redakteur ließen „sehr zu wünschen übrig", während er sich zuviel um die Kollegen kümmere und sich zu ausgiebig der Betriebsratsarbeit widme, ohne dafür freigestellt zu sein.

Kampagne für Kriegsverbrecher Heß

Die „Welt am Sonntag" kündigte an: „Nach der Hitler-Welle nun die Heß-Welle!" In der Tat starteten Verleger und Politiker zum 80. Geburtstag (am 26.4.) des in Berlin-Spandau lebenslänglich inhaftierten ehemaligen „Stellvertreter des Führers", Heß, eine massive Kampagne:

Im Desch-Verlag erscheint ein Buch über Heß, welches in engster Zusammenarbeit des US-Oberst Bird, 19 Jahre lang Gefängnisdirektor in Berlin-Spandau, mit dem Häftling Heß entstanden ist. Der „Spiegel" unterstützt (natürlich!) dieses Unternehmen, indem er seit Wochen Auszüge aus diesem Buch veröffentlicht. (So werden Bestseller gemanagt – der letzte war „Archipel Gulag"). Heß-Ehefrau Ilse veröffentlicht „Ein Schicksal in Briefen"; der Journalist Schwarzwäller legte eine Heß-Biographie vor, die bereits an allen Bahnhofskiosken zu haben ist; im Droste-Verlag wird das Buch „Geheimflug nach England" von James Douglas

Forts. Seite 11

Bittgottesdienst für Hess

Zum 80. Geburtstag des letzten Spandauer Häftlings Rudolf Hess wird am 26. April in der evangelischen Kirche „Zum guten Hirten" in Berlin-Friedenau ein Bittgottesdienst gehalten. Für die Freilassung des seit 33 Jahren einsitzenden „Führer"-Stellvertreter hat Hess-Sohn Wolf bisher 200 000 Unterschriften gesammelt.

Auch Gott fuer Hess-Kampagne eingespannt (Hamb. Morgenpost, 22.4.74)

Japan:
Frühjahrsoffensive der Arbeiter und Angestellten brachte 30 % Lohnerhöhung

Die 3. Phase ihrer 'Frühjahrsoffensive '74' starteten die Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes in Japan am 8. April:
Die Eisenbahner der staatlichen Betriebe begannen zunächst mit 'Dienst nach Vorschrift', was zumindest in den Industriestädten den Schienenverkehr zum Erliegen brachte. Am Dienstag, den 9.4., reihten sich die Beschäftigten der Telefon- und Telegrafenämter sowie die Transportarbeiter des Landes in die Kampffront ein.
Was mit 'Bummel' – Aktion begonnen wurde, setzte sich vom 10. April an mit Vollstreiks fort. Arbeiter und Angestellte der privaten Eisenbahn- und Busgesellschaften, Taxifahrer und das Flughafenpersonal legten die Arbeit ebenfalls nieder. Erstmals in der Geschichte Japans beteiligten sich die Volks- und Realschullehrer für einen Tag an der 'Frühjahrsoffensive'.
Für zwei Tage (Donnerstag und Freitag) 'lief' in Japan nichts mehr.
(Angaben, „SZ" 13.4.74)
Während sich die Regierung Tanaka zunächst stur gestellt hatte, willigte sie am 13.4. in durchschnittliche Lohnerhöhungen von 30 Prozent ein. Für die ersten sechs Monate dieses Jahres soll ein Inflationsausgleich gezahlt werden.
(nach „FAZ", 16.4.)
Offenbar wurde dieser 'Kompromiß' vom 'Vereinigten Kampfkomitee' der Gewerkschaften für ausreichend gehalten – und der Abbruch der Kampfaktionen beschlossen. Seit Montag, den 15. April, wird wieder gearbeitet.

Alle von den Arbeitern und Angestellten des Öffentlichen Dienstes durchgeführten Kampfmaßnahmen sind nach dem japanischen Gesetz i l l e g a l und wurden bisher schwer bestraft. Die Gewerkschaften hatten darum in diesem Jahr die Forderung nach vollem Streikrecht auch für den Öffentlichen Dienst mit in den Mittelpunkt gestellt.

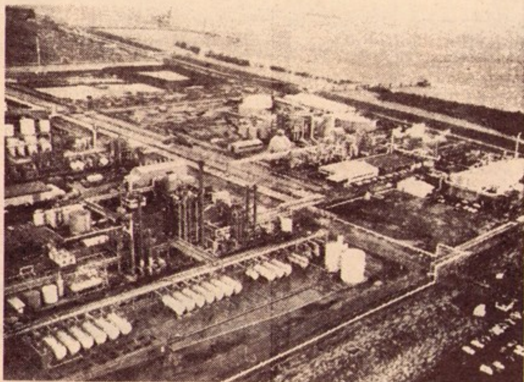
In dieser Frage machte die Regierung das 'Zugeständis', auf der Grundlage einer 'Sachverständigen'-Untersuchung das geltende Recht in Richtung 'Liberalisierung' zu ändern. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Stade

Explosion auf der “Dow”

Wie wir im letzten ARBEITERKAMPF berichteten, hat der amerikanische Napalmkonzern „Dow Chemical“ in den drei Jahren seines Bestehens auf dem Bützflethersand bei Stade etliche Male für „Aufregung“ gesorgt. Elf Giftgasausbrüche, ätzende Säuren in den umliegenden Gewässern usw. machten die Bedrohung der Bevölkerung offensichtlich.







Das Schwingewerk der Dow nach der Explosion

Am 6. April flog nun fast das gesamte „Dow-Elbe-Schwinge-Werk“ in die Luft.

Die Stader-Bevölkerung wurde an jenem Sonnabend aus ihrer Wochenendruhe gerissen, als eine gewaltige Detonation kilometerweit zu hören war und Gebäudeteile bis zu 50 Metern auf die benachbarte Landesstraße schleuderten. Wie durch ein Wunder kamen die acht Arbeiter, die sich in einem Nebengebäude aufhielten, ohne Verletzungen davon.

Der entstandene Schaden wird auf einige hunderttausend DM geschätzt.

Als Ursache des Unglücks wurde „technisches Versagen“ von den Dow-Kapitalisten genannt. Danach soll die Verriegelung einer Inspektionstür in einem Behälter für Methylzellulose-Staub gebrochen und der austretende Staub verpufft sein. (NDR, 8.4.) Doch wie konnte es zum Aufbrechen der Verriegelung kommen?

Daß die Dow-Kapitalisten als Explosionsursache nicht „menschliches Versagen“ anführen konnten, fiel ih-

Daß die Dow-Kapitalisten als Explosionsursache nicht „menschliches Versagen“ anführen konnten, fiel ih-

nen sicherlich äußerst schwer. Aber „leider“ arbeitete in diesem Gebäude an diesem Tag gar keiner. So ist die Ursache „technisches Versagen“ wohl richtig: Die technischen Anlagen, mit denen die Kapitalisten die Arbeiter produzieren lassen, sind sowenig ausprobiert (das zeigen über 20 kleinere und größere „Unfälle“ auf der Dow), daß „technisches Versagen“ in der Kapitalistenbilanz bereits einkalkuliert ist (inklusive zu erwartender „Unfalltoter“, versteht sich. Man kann auf verschiedene Weise Menschen ermorden).

Durch die unüberhörbare Explosion wurden selbst die staatlichen Stellen aufgeschreckt. Kurz nach dem Unglück waren bereits Vertreter des Gewerbedezernats und des Gewerbeaufsichtsamtes am Ort. Um den immer stärker werdenden Protest der Bevölkerung gegen die „Dow-Giftgasküche“ zu beschwichtigen, gab Regierungsdirektor Grunenberg bekannt, daß jetzt ganz sicher *„schwerwiegende Konsequenzen“* gezogen werden. *„Konsequenzen bedeutet, zusätzliche Sicherheitsauflagen für Dow.“* (Grunenberg im NDR) Daß hiermit „ganz sicher“ nicht zu rechnen ist, beweist einmal die lange Kette aller bisherigen „Unfälle“, denen selbstredend keine „Konsequenzen“ folgten, und zudem die bisher verschwiegene Tatsache, daß bei dem erst seit letztem Jahr im Betrieb stehendem Methylzellulose-Werk, bereits Ende vergangenen Jahres ausströmende Methylwolken die Bevölkerung gefährdeten.

Kaum noch zu erwähnen, daß damals weder „zusätzliche Sicherheitsauflagen“ ergangen sind, noch im Werk Veränderungen vorgenommen wurden. ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg



Teile der Wandverkleidung wurden bis auf die Straße geschleudert.

Gewerkschaft gibt rechtem Betriebsrat Schützenhilfe

In AK 42 berichteten wir vom Versuch des Betriebsratsvorsitzenden von Dow Chemical, sich gegen Bürgerinitiativen und Proteste stark zu machen, die sich gegen die Verschmutzung und Gefährdung der Umwelt durch Dow Chemical richten.

Dieser feine „Arbeitnehmervertreter“ bekam inzwischen Schützenhilfe von der IG Chemie: ein halbseitiger Artikel in der IG Chemie-Zeitung „Gewerkschaftspost“ („GP“) 3/74 beschäftigt sich mit dem „Chemiewerk im Blickpunkt der Öffentlichkeit“. Aber nicht etwa die vom Dow-Werk ausgehende Gefahr für Mensch, Tier und Vegetation ist Gegenstand des Artikels in der „GP“. Vielmehr soll dort lobend erwähnt werden, daß Dow „für den Unterelberaum eine Reihe von neuen Arbeitsplätzen“ bedeutet, und soll ein Loblied auf den Betriebsratsvorsitzenden gesungen werden, der sich so wacker für die Interessen seines „Arbeitgebers“ in Szene zu setzen weiß: „Neben vielen anderen (!) Problemen, wie der Erhaltung der Arbeitsplätze und dem Ausbau des Unternehmens in Stade ist der Betriebsrat, an der Spitze sein Vorsitzender Horst Groß, darum bemüht, einen äußerst anrüchigen Fragebogen zur ärztlichen Einstellungsuntersuchung erheblich zu verändern ...“

Nun sind wir sicherlich die letzten, die „Verhörfragen“ bei der Einstellung gutheißen, und von daher lehnen wir jegliche Fragen, die in die Intimsphäre der Arbeiter und Angestellten eingreifen, natürlich ab.

Aber in diesem konkreten Fall ist offensichtlich, daß der Wirbel um den Fragebogen nur ein Ablenkungsmanöver ist, um den Betriebsratsvorsitzenden, der u.a. durch sein Vorpreschen gegen die Bürgerinitiative Bützfleth zunehmender Kritik ausgesetzt ist, wieder als forschen „Arbeitnehmervertreter“ zu profilieren. Demselben Zweck soll der Artikel in der „Gewerkschaftspost“ dienen.

Worum handelt es sich denn in Wahrheit, wenn die „Gewerkschaftspost“ rühmt, der Betriebsrat habe sich für die „Erhaltung der Arbeitsplätze“ eingesetzt? Eben darum, daß der Betriebsratsvorsitzende in demagogischer Weise das Interesse der Dow-Kollegen an einem sicheren Arbeitsplatz gegen die Sicherheitsinteressen der benachbarten Bevölkerung, und letztlich der Dow-Kollegen selbst (siehe die Explosion!!!) ausspielt. Dabei geht es letztlich darum, es (unter Hinweis auf „Erhalt der Arbeitsplätze“ etc.) den Dow-Kapitalisten zu ermöglichen, weiterhin elementarste Sicherheitsvorschriften zu mißachten und die Umwelt zu verdrecken.

Die Gewerkschaftsführung hat gut daran getan, mit dem Artikel in der „Gewerkschaftspost“ dem Betriebsratsvorsitzenden von Dow beizuspringen. Man sieht so wieder einmal, wer wo steht. ●

Chemie-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Forts. CDU–SPD

Am Regierungsentwurf zur 'Mitbestimmung' – einst als Schlüssel zur „Demokratisierung der Betriebe" angepriesen – gibt es jetzt schon starke Kritik aus den Gewerkschaften und aus der SPD selbst.

Der südhessische Bezirksparteitag der SPD im April sprach in Zusammenhang mit diesem Entwurf von „Hohn und Farce" (lt. „Frankfurter Rundschau", 8.4.74). Es ist darüber hinaus abzusehen, daß dieser Entwurf unter dem Druck der Kapitalistenverbände noch weiter verschlechtert wird.

Das „neue Bodenrecht", mit dem die kapitalistische Bau- und Bodenspekulation angeblich eingeschränkt werden sollte, läßt auf sich warten, während sich die Situation auf diesem Gebiet ebenso verschärft wie die Kämpfe von Teilen der Bevölkerung dagegen.

Typisch ist auch die Situation an den Schulen. Tatsächlich hat sich in den Jahren der SPD/FDP-Regierung die Lage hinsichtlich Lehrermangel, überfüllte Klassen, Ausfallstunden u.a. weiter v e r s c h l e c h t e r t. Die SPD ist inzwischen soweit gekommen, die Zukunft der Schulen dem „natürlichen Abfallen des Kinderberges" („Pillenknick") anzuvertrauen. Anders gesagt: wenn in Zukunft weniger Kinder geboren werden, löst sich das Problem des Lehrermangels und der überfüllten Klassen schließlich von selbst.

Die SPD hat uns allerdings in den letzten Jahren eine „Schulreform" eigener Art beschert: das Berufsverbot für Marxisten im Öffentlichen Dienst (eine Maßnahme, die in bürgerlich-demokratischen Staaten beispiellos dasteht) und den „numerus clausus" (Zulassungsbeschränkungen) an den Universitäten, der die Zahl der ausgebildeten Lehrer weiter einschränkt.

Gerade auf dem Gebiet der Schulpolitik ist der DCU reichlich Spielraum gelassen worden, um an vorhandene Unzufriedenheit vieler Eltern mit der „Schulmisere" demagogisch anzuknüpfen.

Die wahrhaft bedeutendste „Reform" der SPD dürfte es sein, daß die Stärkung und Modernisierung des staatlichen Unterdrückungsapparates in bisher nicht gekanntem Ausmaß und Tempo vorangetrieben wurden, daß die Ausgaben für den „Verfassungsschutz", für den „Bundesgrenzschutz", für das Bundeskriminalamt, für neugebildete Sonder- und Hinrichtungskommandos der Polizei enorm erhöht wurden.

Für das Steckenbleiben versprochener „Reformen" wie 'Mitbestimmung', „neues Bodenrecht", 'Steuerreform' etc. machen „linke" Sozialdemokraten gern den Einfluß der FDP verantwortlich, die als „Bremser" wirke und keine wirklichen „Reformen" zulasse.

Auf der anderen Seite erklären die SPD-Führer (und auch Juso-Führer), daß es sich bei der Koalition zwischen SPD und FDP um ein langfristiges Bündnis für die nächsten Jahrzehnte handle; (eine Zuversicht, die übrigens von der FDP durchaus nicht geteilt wird). Diese Orientierung auf ein langfristiges Zusammengehen mit der FDP zeigt, daß der „Bremser" FDP

langfristiges Zusammengehen mit der FDP zeigt, daß der „Bremser" FDP

auch weiterhin als Vorwand sehr erwünscht ist, um „Reform"versprechungen nicht erfüllen zu müssen.

Es ist im übrigen bezeichnend, daß die SPD-Führung auch die Verluste in Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein nicht als Absage an ihre famose „Reformpolitik" versteht, sondern darüber nachdenkt, wie man in Zukunft d i e s e l b e Politik „wirkungsvoller darstellen" kann. Also als Antwort auf wachsende Unzufriedenheit und Enttäuschung gegenüber der SPD/FDP-Regierung hält die SPD nur stärkere Reklame für die alte Politik bereit; was z.B. heißt, daß das etwas lahm gewordene Zugpferd Brandt wieder über die Dörfer geschickt wird, um seine Schau „Volkskanzler und geachteter Staatsmann" abzuziehen.

Die Bourgeoisie hatte der SPD vor allem zwei Aufgaben übertragen:

Außenpolitisch mit der „neuen Ostpolitik" jene Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der Entwicklung von umfassenden Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des RGW, vor allem zur Sowjetunion, im Weg standen. Dies konnte die SPD sicher besser als die berüchtigten 'Kalten Krieger' der CDU/CSU. Zugleich ergab sich daraus die Möglichkeit des Spiels mit verteilten Rollen (die SPD/FDP-Regierung konnte den RGW-Ländern wie DDR, CSSR, Sowjetunion u.a. bestimmte Zugeständnisse unter Hinweis auf die „harte Opposition" in der BRD abpressen.

Innenpolitisch hatte die SPD die Aufgabe, die ersten Schritte zur Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft durchzuführen (angefangen bei der Zustimmung zu den 'Notstandsgesetzen' 1968) und dabei durch „Reform"-Versprechungen die demokratische Bewegung zu lähmen, die sich – wovon die Massenbewegung gegen das CDU-Mißtrauensvotum 1972 ein Beispiel war – zweifellos breit entwickelt hätte, wenn diese Maßnahmen von der CDU/CSU hätten durchgeführt werden müssen.

Inzwischen hat die SPD ihre Aufgabe weitgehend ausgespielt. In der nächsten Phase (spätestens nach den Bundestagswahlen 1976, falls nicht gar schon früher eine CDU/CSU/FDP-Koalition zustande kommt oder Neuwahlen durchgeführt werden) soll es von der CDU/CSU übernommen werden, schärfere Einschränkungen der Organisationsfreiheit, des Streikrechts, der Demonstrationsfreiheit usw. auf dem von der SPD gebahnten Weg durchzusetzen. Damit soll sich zugleich der Charakter der Faschisierung ändern: von gezielten Schlägen gegen kommunistische Organisationen und kleine Gruppen linker Gewerkschafter zu Schlägen, die unmittelbar die Arbeiterklasse insgesamt treffen (z.B. Einschränkung des Streikrechts).

Andererseits soll die SPD Gelegenheit erhalten, sich als Partei der Opposition erneut zu profilieren und die sich heute von der SPD wegbewegenden linken Kräfte möglichst weitgehend wieder aufzufangen.

Was die CDU/CSU dem Volk „verspricht"

1972 hatte der CDU/CSU der Wind der Stimmung im arbeitenden Volk hart ins Gesicht geblasen. Das Mißtrauensvotum der CDU/CSU mobilisierte Hunderttausende zu Demonstrationen, Kundgebungen, zu verstärktem politischen Engagement, zu lebhaften politischen Diskussionen am Arbeitsplatz.

Nach der Niederlage in den Bundestagsneuwahlen 1972 geriet die CDU/CSU zunächst in eine Orientierungskrise. Starke Kräfte innerhalb der Partei – vor allem gruppiert um Blüm, Katzer & Co. vom sogenannten „Arbeitnehmerflügel" der CDU und Teile der Jungen Union – setzen sich auf Grund des Wahlergebnisses dafür ein, die CDU/CSU vom negativen Geruch der „Unternehmerpartei" zu befreien und sie im äußeren Erscheinungsbild mehr der SPD anzunähern. Dies hätte z.B. eine äußerlich gewandelte Haltung gegenüber den Gewerkschaften, gegenüber den Lohnkämpfen der Arbeiter und Angestellten, gegenüber der „Mitbestimmung" u.a. bedeutet. Das heißt, die CDU/CSU hätte, statt weiterhin offen als Partei der äußersten Reaktion aufzutreten, ein reformistisches „Alternativ-Konzept" zu den Versprechungen der SPD entwickeln müssen.

Tatsächlich behielten in der CDU/CSU aber diejenigen die Oberhand, die, wie vor allem Strauß, Carstens, Dregger, Stoltenberg, solche „Zugeständnisse" ablehnten und die Partei stramm auf offenen Rechtskurs halten wollten.

Zwar verzichtet die CDU/CSU gegenüber der Regierungspolitik nicht auf die ihr sehr leicht gemachte soziale Demagogie – z.B. hinsichtlich der Preissteigerungen, der Schulpolitik, der Wohnungspolitik etc. Ohne indessen auch nur scheinbar eine konkrete Alternative aufzuzeigen, beschränkt die CDU/CSU sich da-

konkrete Alternative aufzuzeigen, beschränkt die CDU/CSU sich da-

rauf, alle Erscheinungen auf die „sozialistische Mißwirtschaft", auf „Unterwanderung durch Systemüberwinder" zurückzuführen. Die CDU/CSU bietet sich also nicht einmal scheinbar als reformerische Alternative zur SPD an, sondern als die bessere Partei für „Recht und Ordnung", die zugleich mit den „sozialistischen Experimenten" auch alle gesellschaftlichen Mißstände beseitigen würde. Diese politische Ausrichtung spekuliert sehr stark auf labile Schichten des Kleinbürgertums und nicht so sehr auf einen Einbruch in die Arbeiter-Anhängerschaft der SPD (wie es z.B. dem „Arbeitnehmer-Flügel" vorschwebt).

Die CDU/CSU verlangt klar eine wesentlich beschleunigte Gangart der Faschisierung und Militarisierung. So fordert sie z.B. das Verbot aller „kommunistischen" Organisationen, einschließlich der DKP. Sie fordert eine noch schärfere Anwendung des Berufsverbots, am besten auch gleich gegen die Jusos.

Die CDU/CSU setzt sich in der parlamentarischen Diskussion um den § 218 gegen die Streichung dieses Paragraphen ein. Auch hier zeigt sich, daß die CDU/CSU auf den Versuch verzichtet, durch eine scheinbar „liberalere" Haltung Sympathien zu gewinnen, und stattdessen darauf setzt, als harte und konsequente Partei von „Recht und Ordnung", von religiöser Rückständigkeit und reaktionären „Moral"-Vorstellungen bestimmte Volksschichten anzusprechen.

In der „Mitbestimmungs"-Frage setzt sich die CDU/CSU dafür ein, daß eine Mehrheit von Kapitalisten und „Leitenden Angestellten" in den betrieblichen Entscheidungsgremien von vornherein gesichert ist. Für alle Fälle will die CDU/CSU außerdem noch Notbremsen eingebaut sehen, ➡

die auf jeden Fall sicherstellen, daß die „Arbeitnehmer" keinerlei Einfluß auf die „Unternehmerentscheidungen" nehmen können. Auch hier hat sich der „Arbeitnehmerflügel" der CDU nicht durchsetzen können, der lieber einen äußerlich etwas „fortschrittlicheren" Entwurf gesehen hätte.

In der Hetze gegen ausländische Kollegen während der spontanen Streiks 1973, in den Angriffen auf das Streikrecht während des Fluglotsen-Streiks 1973 und während des ÖTV-Streiks Anfang 1974, in der „Terroristen"-Jagd, in der Araber-Hetze während der „Ölkrisen"-Kampagne – hier und in vielen anderen Fragen zeigt sich die CDU/CSU als die härtere Variante bürgerlicher Politik im Zusammenhang der beschleunigten Faschisierung.

In diesem Zusammenhang ist das von CSU-Chef Strauß vertretene Konzept der „vierten Partei" nicht ganz abwegig. Das Konzept von Strauß sieht vor, die CSU in Zusammenarbeit mit anderen rechtsradikalen Gruppierungen zu einer bundesweiten Partei zu entwickeln. Ein ähnlicher Versuch scheiterte vor einigen Jahren daran, daß sich die damals gegründeten Freundeskreise zu bloßen Grüppchen faschistischer Sektierer und Krimineller vom Schlage Rubin, Rieger & Co. entwickelten. Mit der Bildung eines „Gründungsausschuß" für die CSU in Nordrhein-Westfalen im April wurde inzwischen ein neuer Anlauf unternommen.

Strauß verspricht sich davon wohl im wesentlichen zwei Vorteile:
1. ein differenzierteres und variantenreicheres Spiel mit verteilten Rollen im Rahmen der bürgerlichen Parteien und 2. eine Stärkung rechter Positionen im Zusammenhang der jetzigen CDU/CSU.

Der nationale Aufbau der CSU, und damit die Trennung der äußersten Reaktion von der CDU, würde es der CDU besser erlauben, stärker die „Arbeitnehmer"-Karte auszuspielen, während die CSU noch entschiedener und offener ihren faschistoiden Kurs steuern könnte. Dadurch würde, so erhofft sich Strauß wahrscheinlich, das politische Spektrum der CDU/CSU und damit auch ihr politischer Einzugsbereich, ihr Wählerpotential, nach links und rechts erweitert. Strauß hat es in diesem Zusammenhang mehrfach öffentlich bedauert, daß es in der BRD keine „Partei wie die MSI" (die italienischen Neofaschisten) gibt. Denn eine offen faschistische Partei auf der äußersten Rechten würde es vielleicht leichter machen, vom Gesamtzusammenhang der Faschisierung abzulenken.

Solche Überlegungen widerspiegeln die Schwächen des Zweiparteiensystems aus bürgerlicher Sicht. Das Zweiparteien-System ist zwar sehr stabil in Zeiten relativer Ruhe; es zeigt aber seine Schwächen, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse in Bewegung geraten, und dann immer noch ein- und dieselbe Partei – wie die CDU – gleichermaßen mit Interessen der „Arbeitnehmer", des „Mittelstandes" und der „Unternehmer" auftreten soll. – Ähnlich verhält es sich im Grunde mit den Konflikten in der SPD, die dem Kapital verspricht, die „Marktwirtschaft" (= Kapitalismus) zu retten und gleichzeitig nach links mit „systemüberwindenden" Parolen auftritt. Hier sind Brüche unvermeidlich.

SPD-Führer auf Juso-Jagd

Nach den Wahlniederlagen begann alsbald in der SPD die Jagd auf die angeblichen Hauptschuldigen, die Jusos. Gleich nach den Hamburger Wahlen erklärte Helmut Schmidt, die SPD sei bei der Integrierung der neuen Bewegung (linke Studenten etc.) *„bei weitem zu großzügig"* gewesen. Hamburgs Ex-Bürgermeister Weichmann jammerte, die SPD werde zunehmend zu einer *„ideologischen neomarxistischen Sekte"* und die Gewerkschaften hätten der Regierung *„starke Daumenschrauben"* angelegt. Wehner erklärte, die SPD dürfe nicht *„Spielfeld für gesellschaftspolitische Gefechtsübungen"* werden.

Nachdem auch die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Verluste gebracht hatten, wurde der Ton noch schärfer. Wer den *„demokratischen Rechts- und Sozialstaat in Frage stellt"*, der sei in der SPD fehl am Platz, sagte Brandt.

In einer stark lyrisch getönten Rede warnte Kühn die Jusos vor *„Revolutionsromantik"*, vor der *„Knetmasse in den Händen von chaotischen Architekten einer unrealistischen künstlichen Gesellschaft"*, vor den *„Geschöpfen aus der Retorte der Ideologie"*. In dieser Rede verkündete Kühn die *„geschichtliche Wahrheit"*, *„daß bei uns (?) Deutschen die Revolutionen von rechts stets größere Chancen haben als Revolutionen von links"* (was im Kern nichts weiter ist als eine platte rassistische Dummheit, die von der albernen Voraussetzung ausgeht, daß „die Deutschen" aus angeborenen Gründen „nicht für die Revolution veranlagt" seien).

Anfang April war Willy Brandt dann soweit, sich klar für Parteiausschlüsse auszusprechen – wobei er hinzufügte, er sei natürlich gegen eine Hexenjagd. Das war nicht anders zu erwarten. Auch die Gewerkschaftsführer, die ständig linke Mitglieder ausschließen, betonen dabei stets, daß sie natürlich Gegner einer Hexenjagd seien.

Gleichzeitig servierte Brandt eine „10-Punkte-Erklärung" als Basis dessen, was natürlich keinesfalls eine Hexenjagd ist.

In dieser Erklärung werden drei Punkte genannt, die zum Ausschluß führen sollen, nämlich: 1. Aktionseinheit mit Kommunisten; 2. Stellungnahmen gegen die SPD-Führung oder das Godesberger Programm, und 3. *„Wer Regierungsmitglieder verunglimpft, indem er ihnen Verfassungsbruch oder Komplizenschaft mit Faschisten unterstellt."*

Ansonsten enthält die Erklärung die Aussage, daß politisch alles beim Alten bleiben muß – daß man für diese alte Politik jedoch *„mit demokratischem Selbstbewußtsein um neues und verstärktes Vertrauen werben"* müsse (Punkt 1). Daß die SPD *„auf Seiten derer"* steht, *„die die Gesetze rechtsstaatlich anwenden"* (was sich z. B. auf die Polizei-Krawalle in Frankfurt bezieht; Punkt 2). Daß die SPD *„sich von niemandem in die Klassenkampfvorstellungen des vorigen Jahrhunderts zurückdrängen"* läßt (Punkt 3). Daß die Bevölkerung ihren *„Erwartungshorizont"* zu weit ausgedehnt hat, *„häufig über das hinaus, was sich verwirklichen läßt"* (Punkt 6).

Das ganze ist der übliche pathetisch aufgedonnerte, aber inhaltlich seichte Kohl im typischen Brandt-Stil, ohne eine einzige konkrete Aussage (abgesehen von den Ausschlußdrohungen, versteht sich).

Die Durchführung der letzteren ließ nicht lange warten. Ein Papier nordrhein-westfälischer Jusos, in dem u. a. die „Verstaatlichung von Schlüsselindustrien und Banken" gefordert wurde (eine alte Forderung des DGB und der SPD!!!) wurde sofort von Kühn und Brandt attackiert. Brandt kannte zwar, wie er sagte, dieses Papier *„nur aus Pressemeldungen"*, was ihn aber nicht hinderte, sogleich seinen göttlichen Groll darüber auszuschütten: es sei *„eindeutig nicht im Einklang mit dem marktwirtschaftlichen Inhalt des Godesberger Programms"*. Kühn wandte weniger Worte auf, indem er einfach sagte, die Verfasser seien *„von unergründlicher Dummheit"*. Wirklich erstaunlich, auf welch hohem Niveau in der SPD die „Auseinandersetzung" geführt wird!

Gegen Dutzende von SPD-Mitgliedern laufen mittlerweile Parteiordnungs- und -ausschlußverfahren.

Allein gegen 26 Jusos in Bayern, darunter vier Bezirksvorstandsmitglieder. Der Juso-Vorstand Südbayern wurde nur vier Tage nach seiner Wahl vom SPD-Landesvorstand wieder abgesetzt. Nahezu allen wird Zusammenarbeit mit Kommunisten vorgeworfen.

In Pinneberg (Schleswig-Holstein) läuft gegen 14 SPD-Mitglieder ein Parteiordnungsverfahren, da sie mit ihren Unterschriften Wahllisten der DKP zu den Kommunalwahlen unterstützt haben. (In diesem Zusammenhang: wie steht es eigentlich mit dem in der Verfassung garantierten „Wahlgeheimnis", wenn solche Listen durchgeschnüffelt werden? !!)

In Kiel wurde das SPD-Mitglied des Landtags Bünnemann sämtlicher Parteiämter enthoben und ein Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet. Initiator dieses Vorgehens ist der Vorsitzende der „linken" SPD in Schleswig-Holstein, Matthiesen, der Bünnemann Zusammenarbeit mit Kommunisten in einem Komitee „Weg mit den Berufsverboten" vorwirft.

Schon im November 1973 wurden zwölf Westberliner Jusos aus der SPD ausgeschlossen, weil sie in Zusammenhang mit dem 1. Mai für eine Aktionseinheit mit Kommunisten eingetreten waren.

Das ganze Ausmaß solcher Ausschlußverfahren ist nicht bekannt, aber die SPD-Führer verzeichnen schon erste Erfolge. So haben die Kongresse der Jungsozialisten Bayerns und Nordrhein-Westfalens am 20./21. 4. gezeigt, daß diese sich auf dem Rückzug befinden. „Konfliktstoff" mit der Parteiführung wurde vermieden, die 10 Punkte Brandts wurden ausdrücklich gelobt, man äußerte nur Bedenken, daß „untere Parteigremien hiermit Mißbrauch treiben könnten". Der Partei und der Bundesregierung wurde die „Solidarität und Unterstützung durch die Jusos" gelobt.

Der Juso-„Chefideologe" Strasser war mit einer Erklärung dienstbar, die Jusos seien zu *„vernünftiger Kooperation bereit"*. Die SPD dürfe nicht *„um der reinen Theorie willen ins Abseits geraten"* (wahrlich eine große Gefahr für die SPD! ...). *„Eine Theorie, die nicht in der Lage ist, mehrheitsfähig zu werden, ist eine reine Utopie"*. Das ist zwar richtig, aber auch völlig banal und ohne jede konkrete Aussage oder Beweisführung – Strasser sagt nicht, von welchen Theorien er spricht, und warum sie nicht „mehrheitsfähig" werden können. – Das Godesberger Programm sei *„völlig unbestritten"* (seit wann denn das?), Kritik am Godesberger Programm sei *„idiotisch und völliger Blödsinn"* – womit Strasser zu wahrhaft Kühn'schen geistigen Höhen emporgeklommen ist.

Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul ging in ihren Äußerungen nicht ganz so weit. Sie erklärte, daß die Jusos das Godesberger Programm akzeptieren, es aber „weiterentwikkeln" wollen, was ja auch die SPD-Führer wollen (entwickeln ja, aber w o h i n ? !). Ansonsten war sie in ihren Äußerungen bemüht, die tatsächliche Schärfe der Widersprüche in der SPD zu verkleistern: die Jusos würden sich nicht in eine Oppositionsstellung gegen Brandt „manövrieren" lassen, es gebe keine Frontstellung zwischen Jusos und SPD etc. Während also auf die öffentliche Initiative gerade von Brandt hin die Jagd auf linke Jusos begonnen hat, meint die Juso-Vorsitzende offenbar, es gäbe keinen ernsthaften Widerspruch zwischen Brandt und den Jusos. Wem soll diese Albernheit glaubhaft gemacht werden?

Man sollte sich durch die jetzt laufenden Auschlüsse, selbst wenn sie noch zunehmen, allerdings nicht täuschen lassen: die SPD hat nicht die Absicht, alle Jusos rauszuschmeißen. Es geht den Parteiführern vielmehr darum, die Linken in der Partei zu disziplinieren und dazu zu veranlassen, den Rechtskurs der SPD hinzunehmen. Wir erinnern hier nur kurz an die Rede Willy Brandts auf der Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 14.6.72: hier bat er die Unternehmer um Verständnis dafür, daß es in der SPD auch Linke gäbe und lobte das „Integrationsvermögen" seiner Partei. Wie **„stünde es wohl um unseren Staat, und seine gesicherte Zukunft, wenn es diese Integrationskraft nicht gäbe? "** (FAZ vom 22.6.72).

Hieran hat sich auch heute nichts geändert. Allein der zunehmend schärfere Kurs der Kapitalistenklasse gegen die Interessen der Bevölkerung bereitet auch der SPD, die als Regierungspartei die Geschäfte der Kapitalisten führt, Schwierigkeiten, ihr linkes und fortschrittliches Image zu wahren.

Hieraus ergibt sich aber auch zugleich eine verstärkte Notwendigkeit und Chance, linke Jusos, die bisher mit Vorstellungen über „Doppelstrategie" und ähnliches im Kopf ihren Platz in der SPD sahen, für die gesame Arbeit im Interesse der Arbeiterklasse zu gewinnen, und damit auch zu verhindern, daß solche Jusos vom Regen der SPD in die Traufe der DKP laufen. ●

Jusos in Berlin drohen Verfahren

Berlin. (dpa) Dem gesamten Vorstand der Berliner Jungsozialisten drohen Parteiordnungsverfahren. Der Landesvorstand der Berliner SPD wird über die Einleitung dieser Verfahren entscheiden, die auch zum Parteiausschluß führen können.

Anlaß für das mögliche Vorgehen gegen den Juso-Vorstand ist, wie von der SPD-Pressestelle am Mittwoch bestätigt wurde, das Auftreten des Kabarettisten Dietrich Kittner auf einer Juso-Veranstaltung am Dienstagabend trotz der Warnungen des SPD-Landesvorstandes.

Der Berliner Landesvorstand der SPD hatte am Montag die Jungsozialisten aufgefordert, Kittner nicht auftreten zu lassen, da dieser im niedersächsischen Landtagswahlkampf aktiv für die DKP arbeite.

Man sieht, in der SPD selbst wird nach dem griffigen Brandt-Motto verfahren: „Mehr Demokratie wagen!"

Neuß

Politische Entlassungen bei Pierburg



21. August 1973: die Belegschaft der Autogerätebau-Firma Pierburg in Neuß geht nach acht Tagen Streik wieder an die Arbeit. Als Ergebnis erreichten die ausländischen Arbeiterinnen (90 % von 3.400 Beschäftigten) die Zahlung einer Teuerungszulage von DM 200,–, 30 Pfennig mehr pro Stunde, vier Tage Streikzeit bezahlt und die Abschaffung der Leichtlohngruppe II.



Im Sommer 73 bei Pierburg: Bullen schlagen auf am Boden liegende Frauen ein

Im Sommer 73 bei Pierburg: Bullen schlagen auf am Boden liegende Frauen ein

Dieses Ergebnis kam nach einem entschlossen geführten Kampf der Arbeiterinnen gegen ständige Repressalien der Unternehmensleitung, gegen Polizeieinsätze und die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse zustande.

Die Unternehmensleitung mußte Kompromisse machen, sie war aber von Anfang an bemüht, die im Kampf gewonnenen Erfahrungen und Erfolge zunichte zu machen:

Noch im Streik wurden 30 Kolleginnen „beurlaubt", ein Teil von ihnen wurde entlassen. Die Belegschaft wird zunehmend von verstärkter Rationalisierung bedroht.

Zum jüngsten Schlag holten die Pierburg-Bosse Anfang April, fast acht Monate nach dem Streik, aus:

Drei Betriebsräte und ein Vertrauensmann der IG Metall wurden fristlos entlassen. Ihnen wird die Unterstützung des Streiks im August 1973 vorgeworfen. Offiziell liest sich das so: „grobe Verstöße gegen den Arbeitsvertrag und das Betriebsverfassungsgesetz" und damit „Gefährdung der Arbeitsplätze".

Die Pierburger Bosse hatten sich rechtzeitig vor den Betriebsräte-Neuwahlen am 2. Mai einen „Zeugen" gegen die Entlassenen gekauft (die folgenden Angaben nach „UZ" vom 17.4.):

Ein griechischer Arbeiter und Betriebsratsmitglied hatte bei der Übersetzung eines Schreibens für die Werksleitung einen Fehler gemacht, aufgrund dessen gegen ihn vor dem Arbeitsgericht die fristlose Entlassung eingeleitet wurde. Kurze Zeit danach trat der gesamte Pierburg-Betriebsrat zurück und leitete Neuwahlen ein.

Dieses ‚günstige' Zusammentreffen nutzte die Firmenleitung aus:

Ganz offensichtlich wurde der griechische Betriebsrat unter Druck gesetzt (die Handhabe hierfür bietet das „Ausländergesetz", Entzug der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Ausweisung aus der BRD). Denn – während das Arbeitsgerichtsverfahren gegen ihn lief, während die Vorbereitung der Betriebsratswahlen lief, tauchte ‚urplötzlich' ein von dem Griechen unterzeichnetes Protokoll auf. Darin sagt er aus, daß die entlassenen Betriebsräte bei Zusammenkünften in seiner Wohnung den Auguststreik vorbereitet haben.

Dieses Protokoll wurde der „Beweis" für die Kündigung.

Der griechische Betriebsrat ist mittlerweile nicht mehr im Betrieb. Mit der Firma Pierburg hat er das Arbeitsverhältnis gelöst und erhielt eine „Entschädigung" von 25.000 DM. Diese „Entschädigung" wurde in einem „gerichtlichen Vergleich" vereinbart. Auf dem Termin hierzu erschien der Grieche mit einem Rechtsanwalt des Unternehmerverbandes(!), nachdem er vorher noch einen Rechtsbeistand der IGM hatte.

Mittlerweile ist bekannt geworden, daß an den Gesprächen mit dem griechischen Betriebsrat auch Vertreter der griechischen Botschaft und des Konsulats teilgenommen haben!!

Das Vorgehen der Pierburg-Bosse verdeutlicht zum einen den Charakter der BRD-Gesetze gegen unsere ausländischen Kollegen: sie sind Instrumente in der Hand der Kapitalistenklasse, um ihre Ziele durchzusetzen und sie dienen den Kapitalisten anderer Länder und faschistischen Regimes (hier vertreten durch die griechische Botschaft). Dabei wäscht eine kapitalistische Dreckspfote die andere.

Andererseits wird deutlich, daß die Kapitalisten alles daran setzen, die Kampferfahrungen der Belegschaften zu zerstören – wozu ihnen jedes Mittel recht ist. Die jüngsten Entlassungen bei Pierburg sind Teil der verschärften politischen Verfolgung in den Betrieben. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

So wünscht sich Springer die Gewerkschaften

Unter der Überschrift „Gewerkschaft unterstützt chilenische Junta" brachte Springers „Welt" in der Wochenendausgabe vom 11./12. April folgende von uns ganz wiedergegebene Notiz:

Die Führer der Kupferminen-Gewerkschaft von Chuquicamata, 1.600 km nördlich von Santiago, haben sich mit der Politik der chilenischen Militärjunta einverstanden erklärt. „Wir fürchten keine autoritäre Regierung", erklärten sie.

Die Leiter der zweitgrößten Kupfermine von Chile nach El Teniente sind mit der Politik der Junta einverstanden, die jeden Streik verbietet. Sie meinten: „Früher wurde das Gesetz nicht respektiert. Heute sind die Fronten klar. Der Streik in Chile ist illegal, und wir werden ihn nicht in Anspruch nehmen."

Ende der Springer-Meldung. Die unkommentierte „Wertfreiheit" der Nachricht ersetzt die ausdrückliche Identifizierung mit ihrem Inhalt – was ja weitaus unverfänglicher erscheint und die allgemeine Methode der bürgerlichen Presse ist (besonders der reaktionärsten Blätter).

Daß in Chile nach dem Militärputsch vom 11. September letzten Jahres Tausende von Gewerkschaftern ermordet, gefoltert, deportiert, eingekerkert und verfolgt werden – das fällt für die „Welt" unter das Siegel der Verschwiegenheit, das Berufsethos des bürgerlichen Lumpenjournalismus. Daß in Chile der zentrale Gewerkschaftsverband CUT (und nicht „nur" der Streik) verboten und illegalisiert ist – auch das ist im Interesse der „Welt" nicht erwähnenswert. Was ist das aber für ein „Führer der Kupferminen-Gewerkschaft von Chuquicamata", dessen lobende Worte über die faschistische Militärjunta von der „Welt" zitiert werden, als ob in den Gewerkschaften ein „Sinneswandel" von Allende zu Pinochet stattgefunden hätte? Es handelt sich einfach darum, daß das faschistische Regime von ihm bezahlte „neue Gewerkschaftsführer" eingesetzt hat, deren Amt und Würde darin besteht, über die Liquidierung sämtlicher gewerkschaftlicher Rechte hinwegzutäuschen und die Arbeiter im Stile der von den Nazis kreierten „Deutschen Arbeitsfront" auf die „Gefolgschaftstreue" gegenüber Kapital und Faschismus zu verpflichten. Das faschistische Regime hat ihren sogenannten „Gewerkschaftsführern" ihren Posten im wahrsten Sinne des Wortes freigeschossen: Ermordet wurden u.a. Jorge Godoy, Ex-Präsident der chilenischen Gewerkschaftszentrale CUT, und Isodoro Carillo, Führer der Bergarbeitergewerkschaft in Lota. Zum Krüppel geschossen wurde beispielsweise Roland Calderon, Generalsekretär des CUT – Terrorakte des chilenischen Faschismus, die von der „Welt" natürlich als „Bagatellfälle" aus dem reichhaltigen Nachrichtenangebot raussortiert werden und im Reißwolf der inneren Presse-Zensur verschwinden.

Wir wollen der Vollständigkeit halber auch nicht unerwähnt lassen, daß gerade in den Kupferminengewerkschaften von Chuquicamata und El Teniente die chilenische Christdemokratie durch sozialdemagogisches Geschwätz schon vor dem Militärputsch einen bedeutenden Einfluß hatte und die spätere Zerstörung der Gewerkschaften durch den Faschismus vorbereitete.

Der Faschismus hat in Chile nicht nur Kommunisten ermordet und verhaftet, sondern er hat alle Antifaschisten (und selbst solche, die aus ihrer Gegnerschaft zum faschistischen Terror noch lange keine praktischen Konsequenzen ziehen) zum „inneren Feind" erklärt. Nicht anders ist es auch unter der Nazi-Herrschaft in Deutschland gewesen, wo neben den Kommunisten unzählige Sozialdemokraten und andere bürgerliche Parteigänger in die KZs geschmissen wurden – und selbst diejenigen nicht von der Verfolgung verschont blieben, die es sich zuvor zur Ehre gereichen ließen, auf dem rechten Flügel der Parteien und Gewerkschaften, den politischen Boden für den Faschismus vorzubereiten, indem sie die Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen durch eine klassenversöhnlerische und klassenkollaborierende Politik mit der Bourgeoisie schwächten. Eine solche Politik haben auch die heutigen Gewerkschaftsführer wieder auf ihre Fahnen geschrieben, wenn sie mit dem beginnenden Ausschlußterror gegen die sogenannten „Linksradikalen" und ihre Sympathisanten die Abwehrkräfte der gewerkschaftlichen Organisation gegen die Faschisierung in unserem Land und überhaupt gegen die Angriffe des Kapitals abzutöten versuchen. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer damit letztlich auch ihre eigenen Totengräber ermuntern und deren Geschäft unterstützen – das scheint ihnen auch nach Chile ebensowenig Kopfschmerzen zu bereiten wie schon unmittelbar nach dem Ende der Nazi-Herrschaft, als sie sich und dem Antikommunismus im Auftrag der amerikanischen und britischen Militärbehörden wieder die Herrschaft über die Arbeiterbewegung erzwangen.

Die reaktionäre Presse unseres Landes (und in vorderster Front die publizistischen Sturmabteilungen des Springer-Konzerns) haben in den letzten Streiks (besonders beim Streik im Öffentlichen Dienst) grundsätzliche Angriffe auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse gestartet – und machen nunmehr deutlich, was ihr Ziel dabei ist: Die Liquidierung der Gewerkschaften wie in Chile.

Dagegen gilt es den Kampf zu organisieren – innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften! •

Philipp von Kodolitsch vor dem „Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg".

"Ein kleines Kompliment für unseren treuen Agent"





Der Wirtschaftsverein Harburg-Wilhelmsburg hielt am 2.4.74 seine Monatsveranstaltung im Hotel „Waldschlößchen" ab. Die Rekordbeteiligung der Harburger Unternehmer ist sicherlich auf den Appell von Arbeitgeber-Boß Schleyer, die Unternehmer sollten sich stärker politisch engagieren, zurückzuführen, aber auch auf das „aktuelle" Thema der Podiumsdiskussion: „Hat die soziale Marktwirtschaft noch eine Chance?"

Auf dem Podium saßen: H. Peitsch, Chefredakteur der faschistoiden „Harburger Anzeigen und Nachrichten", als Diskussionsleiter, die Unternehmer Hans Dieter Haury, Gesellschafter der Fa. Merkel Wilhelmsburg und Mitglied des „Bundesverbands Junger Unternehmer", und Arnold Mergell, Mitinhaber der Harburger Ölwerke Brinckmann & Mergell (= HOBUM), außerdem L. Hajen (Volkswirtschaftsstudent) vom Juso-Landesvorstand und der als Kommunistenjäger berüchtigte Sekretär der IG Chemie, Philipp von Kodolitsch.

Die Kapitalisten

Die Beiträge der beiden Unternehmer lagen ganz auf der offiziellen „Arbeitgeber-Linie": Ablehnung der Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung, da sie *„nahezu zu einer Machtübernahme durch die Gewerkschaften führen"* würden, Warnung vor übereilten, sich überstürzenden Reformen der SPD-FDP-Regierung usw.

Obwohl sie also nichts brachten, was über das von Schleyer auf der Unternehmerkundgebung im März Gesagte (siehe AK 42) hinausging, sollen hier einige Zitate die geistige Verfassung dieser Typen deutlich machen.

Hobum-Boß Mergell: *„Die soziale Marktwirtschaft hat neben materiellen auch soziale Fortschritte gebracht." „Man kann von Abhängigkeit der Beschäftigten schon kaum mehr sprechen."*

Merkel-Boß Haury sah die Marktwirtschaft gefährdet durch die sich „überschlagenden Reformen" der Brandt-Regierung. Viele Unternehmen hätten in den letzten Jahren aufgegeben, *„da sie verunsichert wurden". „Wenn die Pläne zur Mitbestimmung, Berufsbildung, Vermögensbildung, Investitionslenkung, Verstaatlichung der Banken, Boden- und Kartellrecht verwirklicht werden und die konfiskatorische Steuerpolitik fortgesetzt wird, was bleibt dann noch an der sozialen Marktwirtschaft?"*

Juso-Kritik an den überhöhten Profiten, vor allem der Ölkonzerne, „entkräftete" Mergell so: „Profit" habe leider einen zu dogmatischen Beigeschmack bekommen. „Ertrag" sei jedoch notwendig, schließlich müsse man in guten Ertragsjahren auch etwas für die Arbeitnehmer tun. Haury, genauso dummfrech: *„Fette Jahre sind notwendig, um magere Jahre zu überstehen."* Außerdem käme der „Profit" der Unternehmer ja auch den Arbeitnehmern zugute: *„Die Unternehmer können auch nicht mehr als konsumieren, zwei oder drei Bier trinken, sich eine Villa und einen Zweitwagen anschaffen. Aber Konsum schafft Nachfrage und damit Arbeitsplätze."* – Schöne heile Welt des Herrn Haury: Er schafft sich einen Zweitwagen an, um unsere Arbeitsplätze zu sichern!!

Das Thema Umweltschutz, das von Kodolitsch immer wieder angeschnitten wurde, erledigte Mergell folgendermaßen: Umweltverschmutzung habe es schon seit Beginn der Industrialisierung gegeben. Die Forderung nach Umweltschutz sei dann „plötzlich hochgejubelt" worden und habe Interesse in der Bevölkerung gefunden. Jetzt müsse alles schnell, schnell gehen und der Umweltschutz solle „den Firmen aufgebürdet" werden. Letzten Endes müßten die Kosten dafür aber doch die Steuerzahler tragen. (!)

Haury begründete seine Ablehnung der Mitbestimmung so:

Erstens drohe dadurch nahezu die Machtübernahme der Gewerkschaften. Zweitens biete das Betriebsverfassungsgesetz – das der „Bundesverband Junger Unternehmer" übrigens begrüßt habe – einen breiten Rahmen für Mitbestimmung, den man erst einmal ausschöpfen solle.

Drittens, ganz unverschämt: *„Da wir keinen Anspruch auf paritätische Mitbestimmung in den Gewerkschaften erheben, sollten die Gewerkschaften auch keinen Anspruch auf paritätische Mitbestimmung in den Betrieben erheben."* !!!

Merkel-Boß Haury, der sich selbst als „gesellschaftspolitisch aktiv" bezeichnete, scheint sich zum Schleyer des Nordens profilieren zu wollen.

Es wäre für DKP'ler sehr lehrreich gewesen, zu sehen, wie Hajen (Juso) und Kodolitsch (DGB) auf dem Holzweg waren, als sie versuchten, die anwesenden Mittel- und Kleinunternehmer auf dem Podium und im Publikum als Bündnispartner zu gewinnen. Diese beiden „Arbeitnehmervertreter" auf dem Podium versuchten nämlich mehrfach, die Herren für die Notwendigkeit von staatlicher Kontrolle der Großkonzerne zu erwärmen, mit dem Argument, daß diese die „freie Marktwirtschaft" untergraben und die Existenz ihrer Mittelbetriebe bedrohen.

Haury dagegen sah die Mittelbetriebe nicht durch die Oligopole und Monopole, sondern durch die „Reformwut" der Bundesregierung bedroht. Mergell betonte, daß man gegenüber den Großen durchaus konkurrenzfähig sei.

Er wies jede Kritik an den Ölkonzernen zurück: Staatliche Kontrolle führe nur zu Versorgungsschwierigkeiten, wie das Beispiel Italien gezeigt habe. Die BRD sei mit ihrer liberalen Politik recht gut gefahren. Die Aussageverweigerung einzelner Ölkonzerne vor dem Kartellamt sei verständlich, da die Kartellbehörde gar nicht befugt sei, nach den Profiten auch nur zu fragen. In den vertraulichen Gesprächen mit der Bundesregierung hätten die Konzerne ja ihre Bilanzen offenlegen müssen, so daß man sich darauf verlassen könne, daß da keine ungerechtfertigten Gewinne verheimlicht würden.

– Welch unverbrüchliche Komplizenschaft zwischen dem vergleichsweise winzigen Öl-Müller Mergell und den Erdöl-Superbossen!! –

Der Juso

Hajen (Juso-Landesvorstand Hamburg) plädierte entsprechend dem Juso-Programm für die Überführung des hochkonzentrierten Sektors der Wirtschaft in „gesellschaftliches Eigentum" und forderte die paritätische Mitbestimmung. Die wirtschaftliche und politische Macht der Großkonzerne müsse unbedingt kontrolliert werden, sonst sei ein gutes Funktionieren des übrigen Bereichs der Marktwirtschaft nicht mehr gewährleistet.

Die Begründung ist aufschlußreich: nicht weil die Großkonzerne die Arbeiter besonders scharf ausbeuten und in besonderem Maß für Krieg und Faschismus verantwortlich sind, muß ihre Macht kontrolliert werden (was ohnehin im Kapitalismus nicht möglich ist), sondern *„damit der übrige Bereich der Marktwirtschaft* (der Kapitalismus überhaupt – AK) *funktionsfähig bleibt!"*

Immerhin war es aber Hajen, der als einziger während der ganzen Diskussion zumindest mit einem Satz auf die „Interessen der Lohnabhängigen" einging. Zu Haurys Klagelied über die verunsicherten Unternehmer meinte er: *„Nicht nur die Unternehmer sind verunsichert. Es ist auch eine Verunsicherung der Arbeitnehmer, wenn sie erst kurz vor ihrer Entlassung davon informiert werden. Arbeitnehmer können nicht sagen: ‚die Unternehmernasen passen mir nicht – ich gehe ein halbes Jahr nicht arbeiten'!"* (Daraufhin großes Lachen im Publikum und Rufe: „Doch, doch das können sie!!")

Obwohl Hajen versicherte, er sei für die soziale Marktwirtschaft und gegen die Planwirtschaft und die Forderungen der Jusos seien mit dem Grundgesetz vereinbar, sah er sich bald vom Publikum in die Rolle des Buhmanns gedrängt. (Während Kodolitsch praktisch überhaupt nicht angegriffen wurde!!)

Er solle sich von den „Radikalinskis" in den eigenen Juso-Reihen abgrenzen. Von der Juso-Vorsitzenden höre man nur revolutionäre Töne, wie er dazu stehe. Hajen prompt: *„Wir wollen keinen Umsturz."* Hajen wurde aus dem Publikum auch mehrfach wegen der Verstaatlichungspläne der Jusos angegriffen. Als abschreckendes Beispiel verstaatlichter Unternehmen wurden immer wieder Post und Bahn mit ihren Defiziten und der „leistungsunwilligen Beamtenschaft" hingestellt. (Die Defizite der staatlichen Monopole Post und Bahn entstehen ausschließlich durch deren „Dienst am Unternehmen", durch billige Frachtraten, ein teures Telefon-System und vieles andere mehr.) Ein Sprecher aus dem Publikum (höherer Angestellter) meinte: *„Wo bleibt denn die Freiheit, wenn es nur noch einen Arbeitgeber, den Staat, gibt? ! Freie Marktwirtschaft, das bedeutet: Ich habe die Freiheit, den Arbeitgeber zu wählen, der Arbeitgeber muß die Freiheit haben, mich zu entlassen, wenn ich die Leistung nicht mehr bringe."*

Der „Arbeitnehmervertreter"

Philipp von Kodolitsch war der Star des Abends.

Er leitete sein Eingangsreferat mit einer noch klassischeren Kapitalisten-Definition von Freiheit ein: *„Freiheit des Einzelnen, das ist die Freiheit des Unternehmers, auf dem Markt tätig zu werden."* Er teile die Grundübereinstimmung, daß die beste Gesellschaft die sei, wo jeder die größtmögliche Freiheit hat. Die Freiheit stoße allerdings dort auf ihre Grenze, wo sie die Freiheit des anderen berühre.

Der „Club of Rome" (eine von Kapitalisten finanzierte Wissenschaftlergruppe, die sich den Kopf über die Zukunft des Kapitalismus zerbricht) habe ganz klar in seinem Buch „Die Grenzen des Wachstums" bewiesen: *„So wie wir im Augenblick wirtschaften, können wir nicht weitermachen. Durch Umweltverschmutzung und Konzentration des Kapitals stoße ich an die Grenze des anderen."*

Damit war von vornherein klar: Kodolitsch dachte nicht einen Moment daran, den „Arbeitnehmervertreter" auch nur zu spielen. Nur der eine Satz: *„Ich will weniger meinen Standpunkt, als den des DGB hier vertreten"*, erinnerte an die Rolle, für die er eigentlich seine Gage bekommt. Ansonsten sah er seine Rolle darin, sich als Retter der „freien Marktwirtschaft" aufzuspielen. Seine sämtlichen Beiträge lassen sich in folgendem Schema zusammenfassen:

Die „freie Marktwirtschaft" muß erhalten bleiben. (*„Ich will den Unternehmern nicht den Profit wegnehmen, niemand (!) will das."*) Aber ihr drohen zwei große Gefahren:

1.) Durch Umweltverschmutzung und Konzentration stellt sich die „freie Marktwirtschaft" selbst in Frage. Hier stößt der Einzelne (Kapitalist) an die Grenze des anderen (Kapitalisten). Um den Umweltschutz durchzusetzen und die Macht der Großkonzerne einzuschränken, ist gesellschaftliche bzw. staatliche bzw. gewerkschaftliche Kontrolle notwendig.

2.) Die zweite große Gefahr für die Marktwirtschaft kommt von außen: Linksradikale Extremisten sind angetreten, unsere Freiheit zu zerstören. In Hamburg sei der Linksradiaklismus schon eine echte Bedrohung: *„Wenn heute bei der Betriebsratswahl in einem Betrieb mit 740 Beschäftigten* (gemeint ist Reichhold) *der Kommunistische Bund, eine eindeutig revolutionäre, links von der DKP stehende Gruppe, 106 Stimmen bekommt, sollte uns das zu höchster Wachsamkeit veranlassen!"*

„Ich warne davor, die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen: In den 30 Chemiebetrieben, die ich betreue, wurden in der Zeit vor Weihnachten 104 000 Flugblätter verteilt, bei Reichhold jeden zweiten Tag eines! Herausgegeben von denen, die den bewaffneten Aufstand wollen!"

Und was empfiehlt Kodolitsch als Ausweg aus diesem Dilemma, in dem seiner Meinung nach die „freie Marktwirtschaft" steckt?

Der Ausweg heißt für Kodolitsch „Partnerschaft" (der Kapitalisten mit SPD und DGB).

Wird sonst die Mitbestimmung vom DGB als Allheilmittel gegen die Krankheiten des Kapitalismus angepriesen, so strebt Kodolitsch offenbar noch etwas Höheres an. Zwar versuchte auch er, den Unternehmern die Mitbestimmung schmackhaft zu machen. Er erinnerte an ein Gutachten von CDU-Generalsekretär Biedenkopf, dessen Quintessenz er so zusammenfaßte: **„In der Montanindustrie hat eine Kungelei zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefunden. Es gab keine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer, sondern gerade von Arbeitnehmerseite wurden Entscheidungen für langfristige Investitionen gefällt."**

Als Haury die Gewerkschaft angriff, daß sie die Machtübernahme mit Hilfe der Mitbestimmung anstrebe, „verteidigte" Kodolitsch die Mitbestimmung: *„Es geht nicht um die völlige Entmachtung der Unternehmer, sondern Mitbestimmung im Aufsichtsrat bedeutet Zwang zur Einigung."* Um die völlige Ungefährlichkeit der Mitbestimmung für die Kapitalisten zu unterstreichen, ließ er den DGB sogar noch unter die Kutte des Papstes kriechen: *„Die katholische*

▶▶

Böttcher & Gessner, Hamburg

Die Belegschaft wurde geleimt

700 Arbeiter und Angestellte der Maschinenfabrik Böttcher & Gessner aus der Gasstraße in Hamburg-Bahrenfeld sitzen auf der Straße. Seit Wochen wurden Löhne und Gehälter verspätet oder gar nicht gezahlt. Im Unklaren über die tatsächliche Situation gelassen, erfuhren die Beschäftigten plötzlich: der Laden wird dicht gemacht. Mittlerweile schulden die Firmeninhaber den Arbeitern und Angestellten drei Millionen DM: an Abfindung oder Auszahlung der Betriebsrenten wird nicht gedacht. Im Gegenteil – wie die Aasgeier stürzen sich mittlerweile Banken und Lieferanten auf die Konkursmasse, um ihre Forderungen von mindestens ca. 30 Millionen DM einzutreiben. Nach den Gesetzen stehen die Forderungen der Arbeiter ganz unten auf der Liste und man kann sich leicht ausrechnen, was für sie am Ende noch übrigbleibt.

Da hilft es auch wenig, wenn die IGM-Ortsverwaltung die Rechtsansprüche der Kollegen übernommen hat. Im Fall Böttcher & Gessner haben die Hamburger SPD und Gewerkschaftsführer von Anfang an die Hoffnung der Belegschaft in Richtung Aufteilung der Konkursmasse gelenkt – nur war das eine Sackgasse.

Im B & G-Zweigwerk Bennigsen reagierten die Kollegen anders. Hier hatten die etwa 150 Beschäftigten seit sieben Wochen kein Geld mehr gesehen – mittlerweile schulden die Kapitalisten 300.000 DM. Als Gläubiger nachts mit Lastwagen Maschinen aus dem Werk schleppten, besetzten die Kollegen rund um die Uhr die Betriebstore und verhinderten die Demontage.

Noch auf andere Weise versuchten Sozialdemokraten den Beschäftigten blauen Dunst vorzumachen: SPD-Wirtschaftssenator Kern ließ über das SPD-Sprachrohr „Morgenpost" verkünden: „Alle bekommen wieder Arbeit". Und SPD-Mitglied und Ex-Gewerkschaftsführer Heinz Scholz – jetzt Personaldirektor der HDW – tat das Übrige, den Kapitalisten über die Runden zu helfen. Er verkündete, die HDW sei an Fachkräften interessiert (hierbei sollte man vielleicht erwähnen, daß die HDW kürzlich ihr Werk auf Finkenwerder stillegte und hunderte Kollegen entließ).

Tatsache aber ist: die Entlassung der 700 Arbeiter und Angestellten von B & G fällt in eine Zeit steigender Arbeitslosigkeit und viele werden es schwer haben, überhaupt eine neue Arbeitsstelle zu finden, ganz zu schweigen von einem gleichwertigen Arbeitsplatz. •

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg



Kirche sagt in der Enzyklika ‚Mater et Magistra':‚Arbeit steht über dem Kapital.' Soweit geht der DGB gar nicht." In der Tat!

Aber, wie gesagt, die Mitbestimmung verteidigte Kodolitsch nur so nebenbei. Das höhere Ziel, das ihm vorschwebte und für das er dieses Publikum auch begeistern konnte, formulierte er folgendermaßen:„**Ich sehe nicht so sehr Kampfpositionen in dieser Gesellschaft. Ich plädiere für freundschaftliche Gespräche, für Kompromisse, die zu einem funktionierendem Reformkapitalismus führen müssen.**" Es käme darauf an, den drohenden Gefahren in einer „*Atmosphäre sachlichen Aufeinandereingehens*" (so kann man Arschkriechen auch nennen!) gemeinsam zu begegnen. Eine solche Atmosphäre sei in Harburg bereits geschaffen:„*Zustände, die wir meinen* (gemeint sind Mißstände wie z.B. Abbau von Lehrstellen) *sind nicht greifbar im Raum Harburg. In der Ölmühlenindustrie kommt man zu Potte, da gibt es keinen Streit um Kleinigkeiten.*"

Um die Jusos nicht in die Arme der Linksextremisten zu treiben, müsse man sie in diese Partnerschaft miteinbeziehen:„*Man muß phantasievoll vorausschauen und die jungen Leute, die laut denken* (Zwischenruf von Haury:„*Wenn es dabei bleibt!*"), *aber das Grundsätzliche noch nicht in Frage stellen, ermuntern!*"

„*Wenn man den Standpunkt ‚Wir sitzen alle in einem Boot' ernst nimmt, würde man den Jusos besser zuhören.*" Zumal „*die Jusos von sehr starken Gruppen in dieser Stadt als Steigbügelhalter des Kapitalismus tituliert werden.*"

Arschkriechen bei den Kapitalisten, Kommunistenjagd in der Gewerkschaft, das ist das doppelte Profil des Freiherrn Philipp von Kodolitsch.

So war denn der Beifall der Bosse für Kodolitsch am Ende der Veranstaltung herzlich und anhaltend. Aus dem Publikum kamen zufriedene Bemerkungen wie:
„*Ein kompromißbereiter Mann!*"

Haury bedachte ihn mit einem Extrabonbon:„**Ich muß Herrn Kodolitsch und der IG Chemie ein kleines Kompliment machen, weil sie ihre Mitglieder aufgeklärt hat über die Linksradikalen links von der DKP.**"

Tannenberger, der Vorsitzende des Wirtschaftsvereins, schloß die Versammlung mit den Worten:„**Die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sehe ich nicht schwarz, wenn man sich immer so sachlich und verständnisvoll unterhalten würde. Dankbar sind wir vor allem gegenüber Herrn von Kodolitsch, dessen Verständnisbereitschaft wir als Unternehmer ja schon häufig kennengelernt haben.**"

sind wir vor allem gegenüber Herrn von Kodolitsch, dessen Verständnisbereitschaft wir als Unternehmer ja schon häufig kennengelernt haben."

Zuvor hatte Kodolitsch nicht versäumt, darauf hinzuweisen, wie opferreich und dornenvoll es für ihn ist, seine „Politik der Partnerschaft und Verständnisbereitschaft" gegenüber den Unternehmern den Gewerkschaftsmitgliedern zu verkaufen:
„*Alle meine Kleider sind von Mitgliedern bezahlt, die kontrollieren mich überall, auch privat. Trotzdem muß ich den Mut haben, Tarifabschlüsse zu machen und dann auch zu vertreten.*"

Es wird Zeit, daß solchen Leuten auch die gewerkschaftseigene Unterhose ausgezogen wird!

Die Neueinkleidung mit Blazer, Fliege und der goldenen Ehrennadel der Chemischen und Ölmühlenindustrie übernehmen sicher gern die Herren Haury, Mergell und Konsorten. ●

Bezirkszelle Harburg-Wilhelmsburg/ KB/ Gruppe Hamburg

Colgate, Hamburg:

Informationssperre für Betriebsrat



Im ARBEITERKAMPF Nr. 41 berichteten wir über die politische Entlassung des Schriftführers der Vertrauensleuteleitung bei Colgate-Palmolive.

Diesen Artikel nahmen die rechten DAG- und IG-Chemie-Betriebsräte zum Anlaß, um Jagd auf „Informanten im BR" zu machen. Dabei setzten sie „so nebenbei" einen „Maulkorbbeschluß" durch, nachdem den Colgate-Kollegen nicht mehr mitgeteilt werden darf, wie ein Beschluß im BR zustande gekommen ist.

Ein paar Stunden, nachdem der ARBEITERKAMPF bei Colgate verkauft wurde, kursierten etliche Ablichtungen des Colgate-Palmolive - Artikels bei sämtlichen Betriebsräten herum. Die Geschäftsleitung hatte sich durch ihren Pförtner einige Exemplare kaufen lassen und ihre „Informationspflicht" an die Betriebsräte so zügig über die Bühne gezogen, daß diese noch auf ihrer Betriebsratssitzung am selben Tage „etwas in die Wege leiten konnten". „*Wenn das so weitergeht mit den Veröffentlichungen über unsere Arbeit, traut man sich ja bald gar nicht mehr, den Mund aufzumachen*", regten sich sinngemäß einige der ertappten Betriebsräte auf. Die „Schuldige" war schnell gefunden. „*Wer denn sonst*" und „*die tratscht sowieso so viele interne (? ?) Dinge aus dem BR im Betrieb herum*", waren die überzeugenden Argumente! Schnell waren die rechten Betriebsräte mit Ausschluß-Drohungen zur Hand, was der anwesende IG-Chemie-Sekretär Bühler ausdrücklich unterstützte!

Im Anschluß an die BR-Sitzung rannten die DAG-Fürsten zu ihrer Rechtsstelle, um Möglichkeiten eines BR-Ausschlusses gegen die unliebsame Kollegin zu prüfen.

Hier mußten sie erfahren, daß vorm Arbeitsgericht immer noch Beweise für grobe Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz erbracht werden müssen.

„*Leider*", so mußten sie feststellen, „*gehts beim Arbeitsgericht noch nicht ganz so schnell*", wie z.B. in

„*Leider*", so mußten sie feststellen, „*gehts beim Arbeitsgericht noch nicht ganz so schnell*", wie z.B. in

der IG-Chemie, wo ja dank des „Extremistenerlasses" keinerlei Beweise mehr nötig sind, wie die Ereignisse bei Reichhold zeigen, um Kollegen „Gewerkschaftsfeindlichkeit" unterzujubeln und sie dann kurzerhand auszuschließen.

Vorerst einigte sich die rechte BR-Mehrheit darauf, einen verschärften „Maulkorbbeschluß" bindend für alle Betriebsräte durchzusetzen:

„Aus Kollegialität im Betriebsrat muß jedes Betriebsratsmitglied über alle (!) Vorgänge aus Betriebsrats- oder Ausschußsitzungen gegenüber Nicht-Betriebsratsmitgliedern Stillschweigen bewahren. Dieses gilt insbesondere für den Sitzungsverlauf und daraus resultierenden Abstimmungsergebnissen.

Bei Anfragen, Anträgen oder Beschwerden von Arbeitnehmern nach § 85 BVG darf dem betreffenden Arbeitnehmer der Beschluß des Betriebsrates mitgeteilt werden ohne Hinweis darauf, wie dieser Beschluß zustande gekommen ist."

Mit diesem Beschluß soll aus dem Betriebsrat eine Art „Geheimbund" gemacht werden. Die Arbeiter und Angestellten sollen in Zukunft noch weniger über die Arbeit ihrer Betriebsräte zu hören bekommen.

Dieser „Maulkorbbeschluß" ist unmittelbar von der Geschäftsleitung diktiert und drückt vor allem ihr Interesse gegenüber der Colgate-Kollegenschaft aus. Er geht eindeutig über die ohnehin schon reaktionären und arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Betriebsverfassungs-Gesetz (BVG) hinaus, die nur bestimmte, nicht aber alle Beschlüsse, Vereinbarungen, Diskussionen usw. unter Schweigepflicht stellen. Dieser Beschluß wurde nicht nur von der DAG-Mehrheit im BR durchgebracht, sondern ebenso von den SPD - Betriebsräten der IG-Chemie.

Nachstehend drucken wir eine im Betrieb verbreitete Stellungnahme einer fortschrittlichen Betriebsrätin ab. Es handelt sich dabei um die Kollegin, die zuvor von den Rechten der „Informations-Verbreitung" im Betrieb und gegenüber dem ARBEITERKAMPF verdächtigt wurde.

„Stellungnahme zur Betriebsratssitzung am 25.3.1974

Betr.: Androhung von Ausschluß aus dem Betriebsrat

Hiermit weise ich die in der Betriebsratssitzung am 25.3.74 gegen mich erhobenen Vorwürfe zurück.

Begründung:

Am 25.3.74 wurde morgens vor dem Betrieb der ARBEITERKAMPF verkauft. In dem einen Artikel geht es darum, daß die Geschäftsleitung den COLGATE-Vertrauensmann N. gekündigt hat, und daß der Betriebsrat keine Einwände zu machen hatte.

Die Geschäftsleitung hat den Betriebsrat auf diesen Artikel aufmerksam gemacht. Schon innerhalb kurzer Zeit hatten Geschäftsleitung , einige Betriebsratsmitglieder und unser Gewerkschaftssekretär Rolf Bühler davon Kopien in Händen.

In der Betriebsratssitzung am gleichen Tag wurde mir der Vorwurf gemacht, Fakten aus der Betriebsratssitzung, insbesondere das Abstimmungsergebnis des Betriebsrats bei dieser Entlassung, dem ARBEITERKAMPF zugespielt zu haben.

Aus der Tatsache, daß ich mehrmals Kollegen Auskunft über die Arbeit des Betriebsrates gegeben habe, wurde gefolgert, daß ich den ARBEITERKAMPF informiert haben müsse. Außer – „wer soll denn das sonst sein" – wurde kein Beweis geliefert. Daraus ergab sich angeblich gleich ein schwerwiegender Verstoß gegen das BVG. Die Stelle im Gesetz, auf die sich die Anklageführenden berufen, lautet: „Betriebsratssitzungen sind nicht öffentlich" (§ 30).

„Ich bin nicht der Meinung, daß der Betriebsrat freiwillig darauf verzichten darf, das Gesetz bis zur äußersten Grenze auszunutzen. Das BVG schränkt die Arbeit der Betriebsräte mit solchen „Maulkorbparagraphen" genug ein. Ich habe mich dennoch stets daran gehalten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und alle ausdrücklich als „geheim" erklärten Tatsachen vertraulich zu behandeln. Es gibt aber auch eine Informationspflicht den Kollegen gegenüber und

drücklich als „geheim" erklärten Tatsachen vertraulich zu behandeln. Es gibt aber auch eine Informationspflicht den Kollegen gegenüber und

ob dieser Aufgabe bisher Genüge getan wurde, wage ich zu bezweifeln.

Trotz fehlender Beweise wurde bereits von „Konsequenzen" gesprochen (Abwahl durch die Betriebsräte oder die Gewerkschaft oder die Geschäftsleitung oder die Kollegen). Selbst diese Sachen sind nach dem Gesetz nicht haltbar.

Es geht in der Auseinandersetzung im Betriebsrat nicht darum, ob der ARBEITERKAMPF-Artikel richtig oder falsch ist. Der Hase läuft vielmehr so: In irgendeiner Zeitung erscheint ein Artikel mit Informationen aus dem Betriebsrat. Sofort werden einzelne Mitglieder bezichtigt, Zuträger zu sein. Es wird gedroht, eingeschüchtert, verleumdet. Gewünschtes Ergebnis: Jedes Betriebsratsmitglied vermeidet es in Zukunft tunlichst, den Kollegen Rede und Antwort zu stehen. Damit soll erreicht werden, daß die Informationen aus dem Betriebsrat noch spärlicher kommen. Den Schaden haben die Kollegen.

Das muß ich als Gewerkschafter zurückweisen und werde weiterhin versuchen, meinen kleinen Teil dazu beizutragen, daß die Kollegen über die Tätigkeit ihrer Vertreter informiert werden.

Sollten die Geschäftsleitung oder einige Betriebsräte der Meinung sein, daß ich gegen die Interessen der Kollegen oder schwerwiegend gegen das BVG verstoße, so steht ihnen der Weg zum Arbeitsgericht jederzeit offen.

Anderenfalls sollen sie, um meine Betriebsratstätigkeit nicht weiter zu stören, ungerechtfertigte Anschuldigungen und Drohungen unterlassen.

Diese Stellungnahme soll vom Betriebsrat protokollmäßig erfaßt werden. Sie geht im weiteren an den Vertrauensleutekörper der IG Chemie. Und um den Vertrauensleuten die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Bild zu machen: Anlage, der ARBEITERKAMPF-Artikel."

(Wir haben den Namen des Vertrauensmannes und die Unterschrift der Betriebsrätin ausgelassen.)

Dieser Vorfall zeigt erneut, daß die früher so viel beschworenen Differenzen zwischen DAG (CDU-Tendenz) und IG Chemie (SPD-Tendenz) in Wirklichkeit nur relativ und untergeordnet sind, daß diese Herrschaften allesamt die Interessen der Geschäftsleitung vertreten und bei den Kollegen durchzusetzen versuchen und daß sie auch ganz unverhohlen immer dann zusammenrücken, sobald „Gefahr" besteht, daß eine wirkliche Interessensvertreterin der Kollegen ihrer Stimme erhebt. ●

Betriebszelle Colgate, KB/Gruppe Hamburg

Von uns kommentierte und übersetzte Propaganda-Broschüre der PFLP zu diesem Thema
24 Seiten — DM 1,-

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Hamburger Stahlwerke

Wenn das Schule macht – dann „gute Nacht, IG Metall"

Bücher und Broschüren

☐ **Palästina**
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLO, Fatah, PFLP und PFLP-Allgemeine Führung
120 Seiten DM 6,-

☐ **Die chinesische Kulturrevolution**
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau" aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten DM 8,-

UNSER WEG Revisionismuskritik
160 Seiten DM 4,50

☐ **Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen !**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50

☐ **Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft**
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schrittweisen Faschisierung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten DM 4,50

☐ **Kampf dem Faschismus**
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten DM 6,50

Preise zuzüglich Portokosten

Abonnement

ARBEITERKAMPF
Zeitung des Kommunistischen Bundes

○ für 6 Ausgaben DM 4,80
○ für 12 Ausgaben DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

DIE INTERNATIONALE
Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

○ für 6 Ausgaben DM 4,80
○ für 12 Ausgaben DM 9,60

Internationalismus

○ für 6 Ausgaben DM 4,80
○ für 12 Ausgaben DM 9,60
○ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
○ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

UNSER WEG
Zeitung des Kommunisitschen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

☐ für 6 Ausgaben DM 8,-

Anschrift: ______________________

____

____

Zahlungen bitte im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 2405 95 203 an Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

☐ **Verlags-Katalog** **kostenlos**

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet insofern auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Wie wir bereits in der letzten Ausgabe des AK berichteten, stehen sich z.Z. vor dem Hamburger Arbeitsgericht drei Kollegen der HSW (sämtlichst ehemalige Mitglieder der Leitung des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers) und die HSW-Geschäftsleitung gegenüber.

Die Kollegen waren auf Vorschlag des reaktionären HSW-Betriebsrates von der Geschäftsleitung gekündigt worden.

Die von den HSW-Kapitalisten in der zweiten Verhandlungsrunde vorgebrachten Kündigungsgründe waren selbst dem Arbeitsrichter zu mager, um die Klage der drei Gewerkschafter auf Wiedereinstellung abzuweisen. Schlitzohrig, wie das nun mal so die Art mancher bürgerlicher Richter ist, empfahl der „Mann des Gesetzes" den HSW-Kapitalisten, doch nach triftigeren Gründen für eine Kündigung zu „forschen".

Damit diese „Suche" nicht wieder in die Irre ginge, empfahl der Richter, doch unter dem Stichwort „Störung des Betriebsfriedens" nachzugucken. Da müßte sich doch was gegen die drei Vertrauensleute finden lassen . . . !?

Offenbar hatten Käppler (der HSW-Personalchef) und seine Getreuen aber doch zu große Schwierigkeiten, „handfestes" Beweismaterial herbeizuschaffen. Käppler hatte (dummerweise) in der letzten Verhandlung behauptet, die Arbeiter mehrerer Abteilungen hätten vorübergehend die Arbeit niedergelegt, um gegen einen „Offenen Brief" der VK-Leitung zu protestieren.

Eine dreiste Lüge! Immerhin wäre es jedoch ein Leichtes gewesen, aus den Schichtbüchern der von Käppler benannten Abteilungen den tatsächlichen Sachverhalt abzulesen. Nun, das geht jetzt nicht mehr! Denn nur wenige Tage nach der letzten Verhandlung verschwanden die Schichtbücher (zumindest) aus zwei der infragekommenden Abteilungen – und wurden durch neue ersetzt.

Ein bemerkenswerter „Zufall"!

Den richterlichen „Rat" in den Wind schlagend, haben die HSW-Anwälte für die dritte Verhandlung jetzt ein neues Rechtfertigungsschreiben für die Kündigungen vorgelegt, in dem von „Störung des Betriebsfriedens" und „Produktionsausfall" überhaupt nicht mehr die Rede ist.

Die Rechtsvertreter des Kapitals sind auf einen ganz neuen Trichter gekommen:

Die Rechtsvertreter des Kapitals sind auf einen ganz neuen Trichter gekommen:

Kündigungsgrund: Anderer Meinung als die Gewerkschaftsführer sein!

In dem Anwaltsschreiben ist von der „Sorge" die Rede, die die HSW-Geschäftsleitung (!) empfunden habe, als die drei Vertrauensleute die Politik des Betriebsrates (!) und der IG-Metall (!) kritisierten.

Die Geschäftsleitung habe nur solange keinen Grund zum Eingreifen in die D i s k u s s i o n gesehen, wie es in dem Schreiben der Anwälte heißt, *„solange es sich um sachliche (!!!) Meinungsverschiedenheiten im Betriebsrat oder in der Sitzung des Vertrauenskörpers (!) handelt."*

Wer wollte angesichts soviel Großmuts noch die demokratische Gesinnung der HSW-Kapitalisten anzweifeln? !

Den nunmehr gekündigten Vertrauensleuten jedoch müsse vorgeworfen werden, daß sie *„diesen drei Institutionen der Arbeitnehmervertretung* (BR, VK und IG-Metall, Anm. - Red.) *wider besseres Wissen den Vorwurf machen, sie arbeiten mit der Geschäftsleitung der Beklagten* (also den HSW-Kapitalisten, Anm. Red.) *zum Schaden der gesamten Belegschaft zusammen und daß die Kläger diese diffamierenden Behauptungen (!) in Diskussionen mit Arbeitnehmern in den Betrieb hineingetragen und dadurch das Vertrauen der Betriebsangehörigen zum Betriebsrat, zum Vertrauenskörper und zur IG-Metall zu untergraben versuchen."*

Was zum Schaden der „Arbeitnehmerorganisation" ist, ist auch dem Kapitalisten nicht recht, behaupten die HSW-Anwälte: Die Geschäftsleitung *„hat ein berechtigtes Interesse daran, daß derartige Streitigkeiten . . ., die sich schädlich auf den Betrieb auswirken, vermieden werden."*

Was also tun?

„Es gibt nur eine vernünftige Lösung: Das ist die Trennung der streitenden Parteien (!). Da es weder aus tatsächlichen noch aus rechtlichen Gründen erwägenswert erscheint, den Betriebsrat und den Vertrauenskörper der IG-Metall aus dem Betrieb entfernen zu wollen (!), mußte sich die Beklagte (also die HSW-Geschäftsleitung, Anm - Red.) *dafür entscheiden, gegenüber den Klägern* (also den drei VK-Leitern) *die Kündigung auszusprechen (!!!)."*

Tja! Wer die Wahl hat, hat die Qual!

Daß sich ausgerechnet die HSW-Kapitalisten – die in den letzten drei Jahren mehr Vertrauensleute aus dem Betrieb gedrängt haben, als der jetzige Funktionärskörper Mitglieder hat (!) – als Fürsprecher „d e r G e w e r k s c h a f t" aufspielen, zeugt von einem Zynismus sondergleichen.

Natürlich können diese Brüder nur deshalb so auftreten, weil sie sich in der Beurteilung der Dinge mit der Hamburger IG Metall-Führung grundsätzlich einig (!) sind (wie die Anwälte von HSW mit Genugtuung in dem schon mehrfach zitierten Schreiben hervorheben).

Damit auch der Arbeitsgerichtsprozeß...im Sinne der HSW-Kapita-

Damit auch der Arbeitsgerichtsprozeß möglichst im Sinne der HSW-Kapitalisten entschieden wird, verweigert die Hamburger IGM-Ortsverwaltung jegliche Rechtshilfe (obwohl die Kollegen n o c h Mitglieder der IG Metall sind!) – und der für das Stahlwerk zuständige Gewerkschaftssekretär E. Prehm verstärkt nunmehr die Z e u g e n - Liste der Unternehmerseite!

Sollte das Arbeitsgericht den ‚Argumenten' der HSW-Kapitalisten folgen und die Kündigungen der drei Gewerkschafter auf dieser Grundlage für rechtens erklären, so wäre dadurch ein Präzedensfall geschaffen, der für die Klärung innergewerkschaftlicher Meinungsverschiedenheiten völlig neue Perspektiven eröffnet.

Die zweite Front: Gewerkschaftsausschlußverfahren eröffnet

Die zweite Front: Gewerkschaftsausschlußverfahren eröffnet

Natürlich war auch die Hamburger Ortsverwaltung der IG Metall in der Zwischenzeit nicht untätig:

Mit Schreiben vom 3. April 74 teilten die Gewerkschaftsführer allen drei gekündigten Kollegen mit, daß gegen sie nun auch das Ausschlußverfahren (nach § 30.1. der Satzung) eröffnet worden sei.

Bemerkenswert daran ist, daß sich die in diesem Schrieb angeführten „gewerkschaftsschädigenden" Zitate a u s s c h l i e ß l i c h auf das Flugblatt „Gefeuert und beurlaubt, Nr. 2" der drei Vertrauensleute beziehen. Mit diesem Flugblatt hatten die drei Vertrauensleute darauf g e a n t w o r t e t, daß auf Vorschlag eines Herrn Schuhknecht (CDU) die Mehrheit des HSW-Vertrauenskörpers einen Antrag auf Gewerkschaftsausschluß gegen die drei beschlossen hatte.

Nicht auf diesen, wohl etwas anrüchigen (CDU!) Ausschlußantrag der drei Vertrauensleute bezieht sich also die IGM-Ortsverwaltung, sondern auf die R e a k t i o n der drei darauf. Ein wahrlich bemerkenswertes Verfahren!

Im übrigen handelt es sich bei den angeführten Zitaten aus dem „Gefeuert..."-Flugblatt nur um eine Darstellung von T a t s a c h e n, die im Schreiben der IGM-Ortsverwaltung auch weder bestritten noch widerlegt werden. Das „Gewerkschaftsschädigende" besteht also offensichtlich darin, diese T a t s a c h e n durch das Flugblatt den Kollegen bekannt gemacht zu haben. ●

Betriebszellen HSW
KB/Gruppe Hamburg

WESTBERLIN:

FASCHISTISCHER MORDANSCHLAG AUF JUSOS

In der Nacht vom 8. zum 9. April wurde auf ein Westberliner Juso-Büro geschossen. Gegen das Büro wurden durch ein unverhängtes Schaufenster drei Schüsse abgefeuert; von den acht Jusos, die sich gerade dort aufhielten, wurde nur durch Zufall niemand verletzt.

Der Westberliner Juso-Landesvorstand vermutet naheliegend „die Täter in rechtsradikalen Kreisen" (FR,

---

Die Holzhackerbub[e]

Am weitesten entwickelt sind die Auseinandersetzungen in der bayrischen SPD. Bereits Anfang 1971 hatte der damalige Münchener Oberbürgermeister Vogel, Landesvorsitzender von Bayern's SPD und heute auch SPD-Bundesminister für Wohnungsklau, eine große Publicity-Show abgezogen und war in einem spektakulären Akt von der Bürgermeister-Kandidatur zurückgetreten (damit machte er sich selbst den Weg frei für eine Karriere in der Bundespolitik). Vogel „protestierte" damals gegen den Linkskurs der Münchener SPD, die von Jusos „unterwandert" sei.

Vogel hat um sich eine Clique superrechter SPD-Funktionäre geschart, die bemüht sind, alles beiseite zu räumen, was der Ausübung ihrer Macht im Wege steht – und das sind vor allem die Linken in der SPD.

Mit Vorlage von Brandts zehn Punkten haben diese Leute natürlich wieder Oberwasser bekommen und holzen munter drauf los.

Das schärfste, was diese Mitglieder der „Arbeitnehmer"-Partei SPD vom Stapel ließen, war ein Aufruf des bayrischen DGB-Vorsitzenden Willi Rothe (SPD); vor dem Münchener Presseclub hatte er erklärt, der bayrische DGB werde seinen Mitgliedern bei den Landtagswahlen im November voraussichtlich empfehlen, nicht nur SPD-Mitglieder zu wählen.

„Er werde dafür eintreten, sagte Rothe den Journalisten, den Gewerkschaftsmitgliedern die Wahl des Kandidaten zu empfehlen, der am meisten Gewähr biete, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsinteressen zu vertreten. Ein CSU-Mann (!), der ein engagierter Gewerkschafter sei (!), könne dafür mehr Garant sein, als einer der ‚selbsternannten Propheten' " (DGB-Organ „Welt der Arbeit" vom 5.4.74).

könne dafür mehr Garant sein, als einer der ‚selbsternannten Propheten' " (DGB-Organ „Welt der Arbeit" vom 5.4.74).

Und Rothe ist nicht irgendwer in der SPD, er ist gleichzeitig Vorsitzender der bayrischen „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen", der jüngsten Schöpfung der SPD-Führer.

Er ist auch nicht einsamer Rufer in Bayern's SPD, sondern befindet sich in bester Gesellschaft: Vogel pfiff das gleiche Lied – nur noch präziser. Er empfahl, für den von Rothe angegebenen Fall, nur mit der Zweitstimme SPD zu wählen (Listenführer wird Vogel sein!), nach „Spiegel" vom 8.4.74.

Bereits im Februar hatte sich der Ex-Juso und „linke" Oberbürgermeister München's, Kronawitter, dafür ausgesprochen, CSU-Leute als städtische Referenten einzusetzen.

Vogel's Stellvertreter in Bayern, Rothemund, war der Hauptredner auf einem SPD-„Arbeitskreis Innere Sicherheit" (bestehend aus etwa 120 sozialdemokratischen Partei- und Verfassungsschutzbeamten) und rief unter großem Beifall: *„Wer mit Kommunisten gemeinsame Sache macht, mit dem führt man keine Theoriediskussion, den schmeißt man aus dieser Partei raus."* Und weiter appellierte er an die CSU, *„die Polarisierung der beiden großen Parteien zu überwinden und abzubauen. Im beiderseitigen Interesse solle die CSU darauf verzichten, die Bemühungen der SPD um eine Integration der politisch kritischen Jugend gegen die SPD auszunutzen."* (nach „Extra-Dienst" vom 26.3.74).

10.4.74) – was sich aber wahrscheinlich „mangels Beweisen" nicht bestätigen läßt.

Das faschistische Attentat ist vorbereitet bzw. Resultat einer gezielten Progromhetze gegen Linke, also auch gegen Juso-„Linke". In ähnlichen Situationen sind bereits Linke angeschossen oder gar ermordet worden:

1967 wurde der Student B. Ohnesorg während einer Demonstration gegen das faschistische Schah-Regime von dem Polizisten Kurras erschossen.

1968 wurde der Student R. Dutschke von dem Nazi-Anhänger Bachmann angeschossen.

1971 wurden P. Schelm und G. v. Rauch im Zuge der Jagd auf die „Baader-Meinhof-Gruppe" erschossen.

Das sind nur einige Beispiele!

Es ist nur konsequent, daß dieses faschistische Attentat auf die Jusos in der bürgerlichen Presse heruntergespielt oder völlig verschwiegen wird; geht es dort doch vielmehr darum, den angeblichen „linksradikalen Terror" in schillernden Farben zu malen und speziell jetzt die „gefährliche", „umstürzlerische" Politik der Jusos zu attackieren.

„Nicht sehr hilfreich" dürfte es auch sein, wenn der Westberliner SPD-Landesvorstand den klaren politischen, rechtsradikalen Hintergrund des Anschlags mit der Erklärung zu verwischen versucht, der Täter sei *„ohne Zweifel ein Irrer ohne einen Funken politischen Verstandes"* (nach ED, 11.4.74). Das ist genau die Methode, mit der i m m e r aus faschistischen Banditen „verrückte Einzeltäter" gemacht werden.

Im Gegensatz dazu warnt der Westberliner Juso-Landesvorstand vor dem systematischen Verschweigen und *„Verharmlosen der ständig zunehmenden kriminellen Aktivitäten der Rechtsradikalen."* (FR, 10.4.74)

Nur wenige Tage nach dem faschistischen Anschlag wurde in einer Faschisten-Versammlung in Westberlin zur „Lynchjustiz an Linken" aufgefordert.

„Schulungsmaterial" lieferte ein Film der Westberliner Polizeiführung mit dem Titel: „Demonstration und Gewalt". (aus ED, 11.4.74)

Für die westdeutsche Linke kommt es darauf an, auf zunehmenden faschistischen Terror eingestellt zu sein und gegen solche Schläge die notwendige Solidarität untereinander herzustellen. ●

20.4.74

der bayrischen SPD

Rothe, Rothe, immer wieder Rothe

Das Beispiel des DGB-Vorsitzenden Rothe wirft auch ein Schlaglicht auf das Bemühen der Sozialdemokraten, die Rechtsentwicklung über ihre DGB-Bastionen in die Gewerkschaften hineinzutragen und hier durch ihre direkten „Arbeitnehmervertreter" in der Arbeiterklasse zu verbreiten.

Rothe ist da kein unbeschriebenes Blatt, er hat in der Vergangenheit wiederholt Ausflüge nach rechts unternommen. Viele SPD-Linke und Jusos trösteten sich in der Vergangenheit in solchen Fällen damit, daß dies ja extreme Ausnahmefälle seien. Doch mehr denn je sind diese Vögel, Rothe etc. den sozialdemokratischen Führern in der jetzigen Situation willkommen. Die Frage, wie sie sich zu den jeweiligen Äußerungen dieser Leute stellen, ist für sie allein eine taktische.

Mitte letzten Jahres hatten sich die Jusos positiv zu den spontanen Streiks für Teuerungszulagen von zigtausenden Arbeitern und Angestellten geäußert. Für den DGB-Führer Rothe war das der Anfang vom marxistischen Ende, wenn nicht endlich ein Riegel vorgeschoben wird. Die „Welt der Arbeit" veröffentlichte am 10. August ein Interview mit Willi Rothe, aus dem wir hier unkommentiert einige Stellen zitieren wollen – sie sind aussagekräftig genug:

„Äußerst bedenklich stimmen allerdings die Aktivitäten, die letztlich darauf hinzielen, anstelle einer Politik realer Reformen Gesellschaft und Staat grundlegend zu verändern ... Es sind natürlich Versuche im Gange, die ‚Konfliktstrategie' in die Betriebe zu tragen – bisher allerdings ohne Erfolg. Das muß aber nicht so bleiben, denn unter den radikalen Jungsozialisten sind viele intelligente, aktive Leute ... (auf die Frage: ‚Was macht die Jusos ihrer Meinung nach besonders gefährlich') *Druck wird ausgeübt auf die Betriebsräte – auch mit der Drohung der Abwahlmöglichkeit – um diese zu veranlassen, den rechtlichen Auflagen des Betriebsverfassungsgesetzes zuwiderzuhandeln ... Gepflegt werden Volksfrontauffassungen, obwohl man doch wissen müßte, daß überall dort, wo es eine Volksfront gab, die Gewerkschaften die ersten Opfer geworden sind.* (Schlaumeier! Was wurde aus den Gewerkschaften dort, wo es k e i n e ‚Volksfront' gab, wie 1933 in Deutschland?!) *Eine mögliche Zusammenarbeit kann es nur geben auf der Basis unserer rechtsstaatlichen Ordnung ... Ein Betriebsrat wird nach dem Juso-Konzept kaum noch ruhig schlafen können, denn er soll jederzeit von der Belegschaft abgewählt werden dürfen. Kurz und gelassen fordert man die Aufhebung der ‚Geheimhaltungs- und Friedenspflicht'.*

Die Vertrauensleute sollen beinahe alles entscheiden. Denn ‚Vertrauensleute müssen Wahl- und Abwahlmöglichkeiten für inner- und außerbetriebliche Gewerkschaftsvertreter bekommen, also für Mitbestimmungsvertreter, hauptamtliche Funktionäre und Tarifkommissionsmitglieder'. Und ganz selbstverständlich will man die ‚Bindung der Mandatsträger an die Parteibeschlüsse.'

So viel Systemveränderung zielt den Gewerkschaften mitten ins Herz." ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

AUF DEM WEG ZUR „CHARTA DEL LAVORO"

Schlichtung für den Öffentlichen Dienst

Im Arbeiterkampf Nr. 40 berichteten wir über Verlauf und Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde im Öffentlichen Dienst, in der teilweise in einzelnen Bereichen wie Müllabfuhr und Post gestreikt wurde. Der Streik dauerte 3 Tage, vom 11. - 13. Februar - ihm waren über mehrere Wochen hin Warnstreiks und Demonstrationen vorausgegangen.

Zu dieser Zeit begannen die Kapitalisten in einer massiven Kampagne, die Bevölkerung gegen den Streik aufzuhetzen mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen zum Abbau des Streikrechts im Öffentlichen Dienst propagandistisch vorzubereiten.

In den bürgerlichen Massenmedien erschienen zahlreiche Artikel, Karrikaturen und Berichte, die den Streik als gegen „den Bürger" gerichtet darstellten. Der Öffentliche Dienst eignete sich für diese Attacke der Kapitalisten besonders gut, da der Staat der Arbeitgeber ist und die Bevölkerung von den Auswirkungen eines Streiks im Dienstleistungsbereich direkt betroffen wird. In ausführlichster Weise wurden ' Müllberge von Ratten umkreist',... sowie Massen von wartenden Menschen an den Bahn- und Bushaltestellen dem Bürger als Schreckgespenst dargestellt.

Zum anderen nahmen die Kapitalisten die sogenannte „fehlende Parität im Arbeitskampf" („Handelsblatt" 1.2.74) als Anlaß, um von einem „unfairen" Kampf ohne „Waffengleichheit" zu sprechen. Als „Begründung" wird immer wieder die Lüge von den angeblich „sicheren Arbeitsplätzen" im Öffentlichen Dienst aufgetischt. Als wenn nicht die Kollegen im Dienstleistungsbereich genau wie die Arbeiter und Angestellten z.B. in der Industrie <u>gezwungen</u> sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Als wenn sie nicht den Angriffen der Kapitalisten und deren Staates - durch Rationalisierungsterror, Preistreiberei und Abbau von Sozialleistungen - genauso ausgesetzt sind wie die Kollegen in anderen Branchen auch.

Allein die Tatsache, daß es im Bereich des Öffentlichen Dienstes, zumindest für die Arbeiter und Angestellten, eine Einschränkung ihres Streikrechtes z.B. durch eine Schlichtungsordnung nicht gibt, veranlaßt die FAZ am 9.2.74 zu der Aussage, daß *„der Arbeitgeber im Öffentlichen ... somit jeder Erpressung seines Tarifkontrahenten ausgeliefert (ist)."*

Immer wieder wird an die *„wirtschaftliche Vernunft"* der Gewerkschaften appelliert, die *„in bestürzender Weise gegen die staatsbürgerlichen Grundpflichten verstoßen, wo der Blick aufs Ganze verworfen wird".* (SZ, 14.2.74). In demagogischer Weise wird den Gewerkschaften die „Schuld" dafür gegeben, daß Gasrechnung und Fahrpreise steigen, zuwenig Kindergärten und Krankenhäuser gebaut werden.

Schon wenige Tage nach dem Februar-Streik eröffnete Kanzler Brandt, er sei *„fest entschlossen, demnächst im Kabinett diskutieren zu lassen, ob im Öffentlichen Dienst auch künftig ohne weiteres gestreikt werden darf. ‚Nach einer Zeit der Ruhe ... müssen wir uns damit mal beschäftigen"*. („Spiegel", 18.2.74)

Die „Zeit der Ruhe" konnte kurz gehalten werden, schließlich stand dieses Ziel der Kampagne schon lange vor deren Beginn fest. So überrascht es nicht, schon am 30.3.74 im „Hamburger Abendblatt" unter der Überschrift: *„Kein Lohndebakel mehr? Bonn plant Zwangsschlichtung im Öffentlichen Dienst"* zu erfahren, daß „bei den zuständigen **Stellen der Bundesregierung folgende Lösungsvorschläge wahlweise zur Diskussion" stehen:**

– die Tarifhoheit der Gemeinden wird abgeschafft. Tarifgegner der Gewerkschaften sind dann ausschließlich Bund und Länder;

– die Einführung einer gesetzlichen Zwangsschlichtung, d.h. einer Schlichtung, bei der es kein „Scheitern der Verhandlungen" geben kann. Der Schiedsspruch ist hierbei endgültig, jeder Arbeitskampf dagegen gesetzwidrig;

– die Festlegung der Löhne und Gehälter der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes durch das Parlament mit der jährlichen Verabschiedung eines „Bundesbesoldungsgesetzes".

Dieser – weitestgehende – Plan bedeutet die völlige Abschaffung der Tarifautonomie und des Streikrechtes im Öffentlichen Dienst. Es ist bezeichnend, daß dieser Vorschlag besonders von Sprechern der CDU/CSU befürwortet wurde. So z.B. von ihrem Generalsekretär, Kurt Biedenkopf (FR, 13.4.74).

Andererseits zeigt sich eben, daß in der grundsätzlichen Absicht, das Streikrecht kurzfristig durch Maßnahmen einzugrenzen, alle bürgerlichen Parteien einig sind. Die sozialdemokratischen Führer als gegenwärtige Geschäftsführer der Kapitalistenklasse werden nur bestimmen, wie weit diese Maßnahmen schon an das eigentliche Ziel der Kapitalisten heranreichen wird: Aufhebung der Tarifautonomie und Streikverbot.

Nur die taktische Rücksicht auf die ihnen (noch) verbundenen großen Teile der Werktätigen wird sie eventuell bewegen, vorerst eine weniger weitgehende Maßnahme zu beschließen, als es z.B. eine CDU/CSU-Regierung schon heute tun würde.

Der sozialdemokratische Bundeskanzler selbst äußerte unlängst in einem ZDF-Interview, daß seine Regierung es erst einmal mit der „einfachen" Schlichtung im Öffentlichen Dienst versuchen wolle.

Erst wenn dieses Instrument versagte, hielte er weitergehende Schritte für geboten. – Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß Brandt in demselben Fernsehgespräch erneut seinen Vorschlag darlegte, die Führer der Tarifvertragsparteien und Vertreter des Staates in einem „Stabilitätspakt" zusammenzufassen.

Wie verlautet, soll die Schlichtungsordnung für den Öffentlichen Dienst' noch vor der Sommerpause des Bundestages „über die Bühne gezogen werden". Mit Schwierigkeiten seitens der ÖTV-Führung braucht die Regierung nicht zu rechnen. Diese Versicherung gab der ÖTV-Chef Kluncker bereits Anfang April in einem Interview des Deutschen Depeschen Dienstes. Dabei verwies Kluncker sogar mit Stolz auf ähnliche von ihm mitverantwortete Schlichtungsvereinbarungen in der Seeschiffahrt und den deutschen Seehäfen. (FR, 4.4.1974)

Für die Arbeiterklasse bedeutet jedenfalls j e d e Schlichtung eine Einschränkung der Organisations- und Streikfreiheit, ein Schritt hin zur Carta del Lavoro. (Die CDL war die faschistische Arbeitsverfassung Italiens von 1927, nach der Streiks verboten waren und der Lohn nach „den normalen Lebenserfordernissen, den Möglichkeiten der Produktion und dem Erträgnis der Arbeit" vom Staat festgelegt wurde, CDL XII).

Jede Form der Schlichtung muß von den klassenbewußten Arbeitern bekämpft werden. In der ÖTV muß von den kämpferischen Gewerkschaftern eine Kampagne gegen die Einengung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit – auch gegen das „Mitmachen" der ÖTV-Spitze in dieser Sache – geführt werden, denn die Tragweite des Schlichtungswesens dürfte den wenigsten Gewerkschaftern klar sein. ●

Genossen des Hafen-Bereiches,
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Weg in des Teufels Küche

Hat die Kölner IGM - Ortsverwaltung eine halbe Million Mark aus den Mitgliedsbeiträgen veruntreut?

D a ß in der Verwaltungsstelle Köln der IG Metall etwas faul ist, haben die Auseinandersetzungen der zurückliegenden Monate zwischen verschiedensten Fraktionen der Sozialdemokratie einerseits - und zwischen Mitgliedern und Funktionären des Apparats andererseits auf vielfache Weise bezeugt.

W a s sich k o n k r e t in der örtlichen Führung (und in derem Verhältnis zum IGM - Hauptvorstand) an Kontroversen entwickelt hat, ist momentan noch nicht mit Sicherheit zu sagen.

Sicher ist gegenwärtig nur dies:

○ Nach monatelangen Auseinandersetzungen in der Kölner Verwaltungsstelle löste der IGM - Hauptvorstand am 13. März '74 die dortige Ortsverwaltung wegen 'unüberbrückbarer Gegensätze' innerhalb dieses Gremiums auf. Und suspendierte damit zugleich einen Beschluß der Vertreterversammlung, die die Ablösung bestimmter Leute in der örtlichen Führung und Nachwahlen verlangt hatte.

Die Bevollmächtigten wurden 'in Urlaub' geschickt. Die Geschäftsführung übernahm ein 'Kommissar' der IGM - Zentrale selbst.

○ Gut einen Monat später (18.4.74) wurden die hauptamtlichen Geschäftsführer 'in Urlaub' wegen „schwerwiegender Fehler in der Geschäftsführung" fristlos gekündigt.

Die Ermittlungen des IGM - Hauptvorstandes hätten ergeben, so wurde offiziell mitgeteilt, daß u.a. die Kasse ‚unsachgemäß' verwaltet worden sei. Persönliche Bereicherung oder Unterschlagung könne dem Ex-Bevollmächtigten Tolusch jedoch nicht vorgeworfen werden.

Ein Sprecher der IGM - Zentrale in Frankfurt, Albert Graff, erklärte gegenüber der Presse, daß nicht beabsichtigt werde, „die Vorwürfe im Einzelnen zu veröffentlichen." („Handelsblatt", 19.4.74)

○ Von den beschuldigten Kölner Ex-Gewerkschaftsführern wurde die ‚Enthüllungen' des Hauptvorstandes freiweg bestritten – und als ‚Diffamierung' qualifiziert.

Die Gekündigten wollen vors Arbeitsgericht gehen.

Die IG Metall-'Revisoren' haben seitdem nicht nur nicht an ihrem Vorhaben festgehalten, die Ergebnisse ihrer Untersuchung 'geheimzuhalten', sondern versorgten die Presse quasi häppchenweise mit Informationen – die der bürgerliche Journalismus begierig aufgriff und zu einer Art Fortsetzungskrimi verarbeitete.

Round about soll es nun um eine halbe Million Mark gehen, die in der Gewerkschaftskasse fehlen.

Eine ganz stattliche Summe – vor allem, wenn man bedenkt, daß es sich dabei um das sauer verdiente und im Vertrauen gegebene Geld von A r b e i t e r n handelt.

Wir wollen in dieser Ausgabe des AK darauf verzichten, die tausend Einzelheiten aufzuzählen, für die die Mitgliedsbeiträge 'unsachgemäß' abgezwackt worden sein sollen.

Nur soviel sei gesagt: Man kann sich nur über die Kaltschnäuzigkeit des IG Metall - Hauptvorstandes wundern, der angesichts der von ihm selbst 'enthüllten' ungeheuerlichen Vorgänge es für „nicht richtig" hält, einen u m f a s s e n d e n Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen (mit a l l e n Daten, Zusammenhängen, Verantwortlichkeiten und B e l e g e n !).

Licht in das Kölner Dickicht werden nicht die Revisoren des Hauptvorstandes bringen – sondern nur die Metall - A r b e i t e r selbst.

Die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß der Sumpf in ihrer Organisation 'trockengelegt' wird und die Leute zum Teufel gejagt werden, die das Ansehen ihrer Organisation durch verbrecherisches Verhalten aufs Schwerste geschädigt und den gewerkschaftlichen Gedanken diskreditiert haben. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

So fabriziert man Untertanen

Am Brunnenhof (St. Pauli) wurde Ende 1970 ein Kindertagesheim von der „Arbeiterwohlfahrt" eröffnet. Siebzig Kinder im Alter von drei bis elf Jahren können sich hier aufhalten. Die Kinder werden von der Jugendbehörde eingewiesen, d.h. sie stammen entweder aus sogenannten „gefährdeten" Familien oder sind Kinder berufstätiger Mütter.

Zu Anfang war ausreichend Personal vorhanden, insgesamt 12 Erzieher, Praktikanten und Angestellte. Die AWO selbst hatte anfangs kein klares Erziehungskonzept vorgelegt; das bedeutete für die Heimleitung und die Erzieher, daß sie zunächst unbehelligt von der Geschäftsleitung der AWO ein Konzept entwickeln konnten.

Sie hatten sich vorgenommen, die Kinder nach den Grundsätzen der modernen Pädagogik zu erziehen: gegenseitige Anerkennung zwischen Kindern und Erwachsenen, Prinzip der Sachlichkeit, d.h. erzieherische Maßnahmen den Kindern gegenüber zu begründen und ständig zu prüfen, Selbständigkeit und Solidarität unter den Kindern zu fördern. Als diese Erziehung Erfolge zeigte – die Kinder benahmen sich freier, aktiver – trat die Geschäftsleitung der AWO wieder auf den Plan, um die „chaotischen" Zustände in den Griff zu bekommen. Es stellte sich heraus, daß das Prinzip „Sauberkeit und Ordnung" von Anfang an als Erziehungskonzept vorhanden war und jetzt durchgesetzt werden sollte. Bei der Eröffnung hätten solche reaktionären Prinzipien vielleicht in der Presse nicht so gut gewirkt.

Der Heimleitung wurde gekündigt mit der Begründung „mangelnder Zusammenarbeit". Inzwischen gibt es die dritte Heimleitung, die eine vollkommene Marionette der Geschäftsleitung ist – sonst ist es mit ihren Qualifikationen nicht weit her. Laufend wird den Erziehern gekündigt – in einer Kindergruppe wechselte neunmal der Erzieher; was das für die Kinder bedeutet, kann man sich vorstellen.

Ein weiterer Hammer ist, daß Kinder ebenfalls aus dem Heim geschmissen werden, mit der Begründung, daß sie „verhaltensgestört" seien, „Unruhe schaffen" u.ä.; also genau die Gründe, aus denen sie in das Kindertagesheim eingewiesen wurden! Was mit diesen Kindern dann geschehen soll, bleibt den Eltern überlassen.

Auf den Kindern lastet doppelter Druck – von den Eltern, die ja darauf angewiesen sind, daß ihre Kinder einen Heimplatz haben, und durch die Erzieher, die „unartigen" Kindern mit dem Rausschmiß drohen. Eine der neuen Erzieherinnen wendet noch ganz andere Methoden der der „Erziehung" an: mit Polizeigriff werden Kinder, die sich nicht an dem angewiesenen Ort aufhalten, zurückgebracht; in einer „Schwarzen Liste" werden gute und böse Taten der Kinder eingetragen; für unterwürfiges Verhalten werden Prämien in Form von Eis und Süßigkeiten verteilt. Wohin eine solche Be- bzw. Mißhandlung führt, ist klar: die Kinder werden durch Konkurrenz und Leistungsdruck gespalten, d.h. zu Erwachsenen erzogen, die sich lückenlos in dieses System einpassen. Menschen, die als Kinder für ein Eis andere Kinder verpetzen und als Erwachsene für ein paar Pfennig mehr oder weniger oder für einen höheren Posten ihre Kollegen denunzieren. Menschen, die keine eigene Meinung mehr haben, sondern widerspruchslos und kritiklos alles hinnehmen, was ihnen befohlen wird.

An diesem Beispiel zeigt sich, wie jetzt auch dieser Bereich, nach dem verschärften Vorgehen gegen fortschrittliche Lehrlinge, der inhaltlichen und personellen Ausrichtung der Schulen und der Universitäten, wo Ordnungsrecht und verschärfter Prüfungsdruck die Studenten „auf Linie" bringen soll, in die Rechtsentwicklung eingereiht wird. ●

Bezirkszelle St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

ÖFFENTLICHE HINRICHTUNG VOLLSTRECKT

Hamburg-St. Georg wurde am 18. April Schauplatz einer öffentlichen Hinrichtung.

Hingerichtet wurde der kolumbianische Student E. Gonzales, der wenige Stunden vorher bewaffnet in eine Filiale der Commerz-Bank in Hamburg-St. Georg eingedrungen war. Als Bankbeamte einen Alarm auslösten und zwei Polizisten mit gezogener Waffe in die Bank stürmten, kam es zum Schußwechsel. Gonzales erschoß dabei einen der Polizisten, der zweite flüchtete.

Gonzales versuchte, mit den in der Bank Anwesenden als Geiseln, ein Fluchtauto zu erhalten. Wie immer in solchen Fällen stellte auch diesmal die Polizei zum Schein ein Auto zur Verfügung. Als Gonzales zusammen mit einer Geisel schließlich die Bank verließ, sprang aus einem Versteck ein Polizist vom „Mobilen Einsatzkommando" (MEK) auf ihn zu und erschoß ihn aus allernächster Nähe mit der Pistole. Noch als Gonzales bereits – wahrscheinlich schon tot – auf dem Boden lag, schoß der MEK-Polizist, zusammen mit zwei ebenfalls herbeigeeilten „Kollegen" noch mehrmals auf ihn.

Wie bei solchen Einsätzen schon zur Regel geworden, ging es auch diesmal nicht ohne Schaden für eine von den Geiseln ab: der Bankangestellte, der mit Gonzales die Bank verlassen hatte, wurde durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Daß dies durch eine Polizeiwaffe geschah, mag die Polizei selbst „nicht ausschließen"; es sei aber angeblich „jetzt nicht mehr zu ermitteln". Die Pistolenkugel sei nicht auffindbar, hieß es einmal, oder ein anderes mal auch, sie sei so deformiert, daß keine Schlüsse mehr zu ziehen seien.

Große Polizei-Manöver

Polizei-Präsident Redding, der von seinem Feldherrnhügel gegenüber der Bank den Polizei-Einsatz „überwachte", hatte schon kurze Zeit nach Bekanntwerden den örtlich begrenzten Vorfall benutzt, um ein großartiges Polizei-Manöver mit scharfer Munition in Szene zu setzen.

Etwa zehn Minuten nach Meldung der Schießerei in der Commerz-Bank war das gesamte Gebiet zwischen Steindamm und Hauptbahnhof engmaschig abgeriegelt und die Hamburger „Ausfallstraßen" von der Polizei kontrolliert.

„Insgesamt wurden 70 Peterwagen, drei Züge der Bereitschaftspolizei, 80 Kripo-Beamte und das Mobile Einsatz-Kommando eingesetzt." (Hamburger Abendblatt, 19.4.)

Aus Niedersachsen stieg außerdem ein Hubschrauber des „Bundesgrenz - (?)schutz", zur „Erprobung der Zusammenarbeit" auf.

Das MEK hatte erstmals im vorigen Jahr Gelegenheit, sein „Können" zu beweisen, als ein besetztes Haus in St. Georg geräumt wurde. Die tödliche Treffsicherheit, die sich die MEK-Polizisten beim ständigen Üben an „Pappkameraden" erworben haben, kam allerdings bei dem Genickschuß aus allernächster Nähe nicht voll zur Geltung.

Vor der Bank war auch der gesamte Generalstab des Staates für solche Fälle versammelt:

Hamburgs Kripo-Chef G. Danker
sein Stellvertreter G. Bertling (er erlangte besondere Popularität mit seiner Erklärung, es gebe Leute, „die gehören in den Gasofen")
Staatsrat Dahrendorf als Ehrengast für die Innenbehörde
ein Vorstandsmitglied der Commerz-Bank
der Leiter des MEK, Hermann Gruschka.

Zweifellos ist diese „Star-Besetzung" auf einen größeren Anlaß zugeschnitten als der sich hier bietende Banküberfall.

Fadenscheiniger Vorwand

Die Erschießung von Gonzales wurde damit begründet, sie sei notwendig gewesen, „um die Geiseln zu retten".

Tatsache ist jedoch:

1. Bisher gab es keinen Fall, wo – falls die Polizei nicht eingriff – Geiseln von den Entführern getötet wurden.

2. Tote und Verletzte gab es allerdings immer dann, wenn die Polizei aufmarschierte, um die Geiseln „zu retten".

So starb im August 1971 in München die 20jährige Bankangestellte Ingrid Reppel. Die Polizei erklärte zuerst, es sei „nicht zu ermitteln", wer sie getötet habe, und später fand sich sogar ein Gericht, das dem (ebenfalls erschossenen) Bankräuber Rammelmayr die Schuld daran gab. Immerhin war der Wagen, in dem Ingrid Reppel gesessen hatte, völlig von Schüssen durchsiebt – aus Polizeiwaffen!

Im Dezember 1971 endete eine versuchte Geiselnahme „nur" damit, daß der Entführer, Vicenik, erschossen wurde.

Bei der „Befreiung" israelischer Geiseln, die von einem palästinensischen Kommando festgehalten wurden, erschoß die Polizei nicht nur fünf der Palästinenser, sondern auch sämtliche zehn Geiseln wurden getötet, angeblich durch die Palästinenser.

Auch bei der Aktion in St. Georg wurde eine der Geiseln verletzt, unklar durch wen.

Diese Tatsachen zeigen ganz klar, daß das Risiko für die Geiseln viel größer ist, wenn die Polizei zu ihrer „Befreiung" eingesetzt wird. Es ist daher verständlich, daß in solchen Fällen manchmal die Geislen mehr Angst vor der Polizei als vor dem Entführer haben.

Mag auch der einzelne Polizei-Beamte sich noch subjektiv einbilden, daß er der „Rettung" von Menschenleben dient, so ist dies doch nichts weiter als ein völlig unsinniger Vorwand, um abschreckende Erschießungen zu begründen und der weiteren Stärkung des Polizei-Apparats und dem Ruf nach „Recht und Ordnung" in Teilen des Volkes den Weg zu bereiten. Das Leben der Geiseln steht dabei ganz unten auf der Liste der „Prioritäten".

Wenn Polizisten sich nach der Erschießung eines Bankräubers als Helden fühlen, wenn tausende von Menschen glotzend die Straßen verstopfen, um nur ja keine Einzelheit der aufregenden öffentlichen Hinrichtung zu versäumen, dann kann die Bourgeoisie dieses Manöver als erfolgreich werten. ●

Bezirksorganisation St. Georg

Bezirksorganisation St. Georg
KB-Gruppe Hamburg



Bullen knüppeln Spitzel frei

Am 20. März fand in Kiel eine Demonstration von etwa 1000 Schülern und Lehrlingen (Berufsschülern) gegen die neue Schülervertretungsordnung (SVV) statt.

Diese neue SVV sieht vor, die wenigen Rechte der Schüler total abzubauen. So soll u.a.

- die SV kein Mandat für politische Fragen haben, die über den Schulrahmen hinausgehen: in der Verordnung heißt das, die SV müsse „unparteilich" sein.

Schülervertreter können jederzeit vom Landesschulamt abgesetzt werden, wenn sie zur „Störung des Schulbetriebes" auffordern (z.B. bei einem Streik), wenn sie die „freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpfen" oder „bei der Ausführung eines Amtes gegen das Gebot der Überparteilichkeit verstossen".

- Die SV-Arbeit soll nur außerhalb der Unterrichtszeit möglich sein.
- Landes- und Stadtschülervertretung werden aufgelöst und an deren Stelle sind für jeden Schultyp getrennt Kreis- und Landesschülerparlamente zu wählen, um die Schülerschaft zu zersplittern.
- Die SV soll strenger von der Schulleitung an die Kette gelegt werden; d.h. die SV soll nicht Interessensvertretung für die Schüler, sondern Ordnungsfaktor werden.
- Der Schulsprecher kann nach der neuen Verordnung nicht mehr von der Schülerschaft, sondern nur von den SV-Mitgliedern gewählt werden.
- Jedes Flugblatt der SV muß dem Direktor vorgelegt werden, kann von diesem zensiert bzw. verboten werden.
- SV-Veranstaltungen können verboten werden oder die Schulleitung kann die Tagesordnung in ihrem Sinne ändern.
- Es ist nur noch eine Schülervollversammlung im Jahr erlaubt.
- Das Streikverbot für Schüler soll gesetzlich festgehalten werden.

An die Demonstration schloß sich eine Kundgebung an, die diese Einschränkungen der Rechte der Schüler noch einmal verurteilte. Diese Kundgebung versuchte die Polizei zu verhindern, indem sie den Lautsprecherwagen für den „Alten Markt" nicht zuließ. Die Schüler reagierten darauf mit Pfiffen und Sprechchören „Weg mit der Polizei" und führten die Kundgebung trotzdem durch. Doch nicht nur das unternahm die Polizei, um die Demonstration und Kundgebung zu behindern; sie schickte Spitzel unter die Demonstranten, um sie auszuhorchen. So waren bei dieser Demonstration und Kundgebung zwei harmlos scheinende „Herren", die fleißig fotografierten und Reden mit Tonband aufnahmen.

Daraufhin wurden sie von umstehenden Demonstranten aufgefordert, die Aufnahmen und Filme zu löschen, mit der Begründung sie könnten vom „Verfassungsschutz" sein. Diese beiden „Herren" boten stattdessen frech an, Abzüge „für Interessierte" zu machen. Sie versuchten den umstehenden Schülern einzureden, sie würden die Aufnahmen nur für private Zwecke gebrauchen. Als man darauf nicht hereinfiel und nur umso stärker die Löschung verlangte, erklärten die Spitzel, man habe nicht das Recht dazu, außerdem könne man im nächsten Polizeirevier (!) die rechtliche Seite klären.

Diesen „Herren" gelang es, das Geschwätz solange auszudehnen, bis die Kundgebung beendet und nur noch etwa 60 Schüler übriggeblieben waren. Nun stürmte plötzlich ein Stoßtrupp von herangeholten Polizisten vor und prügelte mit äußerster Brutalität auf die Schüler ein. Einige wurden in das in der Nähe liegende Polizeirevier gezerrt, um sie dort in Ruhe verprügeln zu können.

Ein Polizist machte dann auch sehr deutlich, welches der Grund dieses brutalen Eingreifens war, indem er sich dummerweise (?!) verplapperte: „Laßt diese Herrn, das sind Kollegen (!!) von uns (!!!)".

In der Presse findet man zu dem brutalen Vorgehen der Polizei kein Wort.

Im Gegenteil besitzt man in den „Kieler Nachrichten" die Frechheit, von der „Hilfe" der Polizei zu schreiben.

Man versucht dem Leser vorzutäuschen, es hätte ein Einvernehmen zwischen Polizei und Demonstranten bestanden, (*„Mit einem disziplinierten Protestmarsch durch die Innenstadt – ‚wir danken der Polizei für ihre Hilfe!' – demonstrierten gestern Nachmittag mehr als 500 junge Leute . . . "*, „KN", 21.3.74)

Obwohl die Ereignisse deutlich zeigen, daß die Polizei nicht zum Schutze bzw. Hilfe von kämpfenden Demokraten, sondern zum Schutze ihrer Spitzel brutal vorgegangen ist.

Kieler Genossen ●

Leserbrief

Liebe Genossen!

Am 22. April kamen wir etwa um 16.00 Uhr auf dem Heimweg von der Arbeit zum Altonaer Bahnhof. Etwa 60 Meter vor dem Bahnhof, Ecke Hohenesch/Barnerstraße, fiel uns ein gelber Ford mit der Autonummer HH - MX - 711 auf. In ihm saßen zwei Bullen in Uniformjacken und filmten und fotografierten intensiv das Geschehen vor dem Bahnhof.

Und was geschah vor dem Bahnhof? Genossen des KB und von der Gruppe „KPD" verteilten Flugblätter und verkauften Zeitungen. Wir warnten zwei der Verkäufer so, daß die Bullen uns nicht vor die Linse bekamen und forderten sie auf, auch die anderen hierauf aufmerksam zu machen.

Da wir selber beim Zeitungsverkauf die Erfahrung gemacht haben, daß Bullen der politischen Polizei und zivile Spitzel verstärkt Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler (und die Käufer!) bespitzeln, meinen wir, daß wir uns in Zukunft auch stärker hiermit auseinandersetzen müssen.

Dazu schlagen wir vor: aufmerksamer als bisher solche Vorgänge registrieren und vor allem darauf reagieren. Das wichtigste bei solchen Reaktionen ist unserer Meinung nach das Veröffentlichen solcher Vorgänge indem man umstehende Kollegen und Passanten hierauf aufmerksam macht und diesen Vorgang öffentlich diskutiert. Vor allem sollten wir diesen Aspekt der zunehmenden Faschisierung verdeutlichen.

Daneben ist es notwendig, praktische Maßnahmen gegen derartige Spitzel zu ergreifen: Herausgabe der Filme verlangen und wenn es sein muß, den Film zerstören oder verschwinden lassen. Das kann man aber nur empfehlen, wenn vorher die Bedingungen und das Kräfteverhältnis hierfür eingeschätzt sind.

Ideal wäre es, wenn wir Bilder von solchen Vögeln hätten, die wir dann als Steckbrief im ARBEITERKAMPF veröffentlichen könnten.

Metaller-Genosse

Neues aus Springers Fälscherwerkstatt



Springers Blätter dürfen in aller Öffentlichkeit als verlogen bezeichnet werden. Diese Tatsache mußte schon vor Jahren die Entscheidung eines bürgerlichen Gerichts abdecken. Jetzt entlarvte die deutschsprachige Zeitschrift „Sowjetunion heute" (Nr. 5 März 74) eine weitere Fälschung in Springers „Welt am Sonntag".

Im Rahmen der scharf angeheizten antikommunistisch-blutrünstigen Kampagne um den Faschisten und ehemaligen Sowjetbürger Solschenizyn, an der sich die gesamte (!) bürgerliche BRD-Presse beteiligte, schoß einmal mehr die Springer-Presse – wie sollte es auch anders sein – den Vogel in Sachen Antikommunismus ab. Kein Märchen über die „Zustände in der Sowjetunion", über das „Wesen des Sozialismus" usw. war zu schaurig und gruselig, um nicht gierig von Springers Schmierfinken aufgegriffen zu werden.

Am 20. Januar veröffentlichte die „WamS" einen weiteren schaurig-schönen Artikel über „die KZs in der Sowjetunion" das „Terror-System des Bolschewismus" etc. pp. Um die „Greueltaten des Bolschewismus" auch mal zu „belegen", wurde ein Foto gebracht, das fünf ausgezehrte Männer – an Schubkarren gekettet – vor einer Baracke zeigt. Unterschrift: *„Arbeitslager in Sibirien: Häftlinge an Karren gekettet."* Na bitte, wer möchte jetzt noch Solschenizyns Glaubwürdigkeit bezweifeln?



Das Foto aus der „Welt am Sonntag" soll Solschenizyns Behauptung über die Existenz von „Arbeitslagern in der Sowjetunion" erhärten. Oben zeigt das vollständige Foto links und rechts der abgebildeten Häftlinge zaristische Soldaten. Das Foto erschien in einem 1907 in Rußland herausgebrachten Buch über Zwangsarbeit im zaristischen Rußland. – Peinlich für Springers Berufs- Fälscher.

Pech für Springers Söldner, daß die o. g. Zeitschrift „Sowjetunion heute" den Schwindel aufdeckte und belegen konnte, daß dieses Foto einem 1907 in Rußland erschienen Buch eines gewissen W. Doroschewitsch entnommen wurde.

Das Foto zeigt tatsächlich ein zaristisches Zwangsarbeitslager aus dieser Zeit. Bei den abgebildeten Häftlingen handelt es sich wahrscheinlich um Genossen, die für ihren Kampf für den Sozialismus vom zaristischen Terror-System bestraft wurden. Und ausgerechnet dieses Foto soll nun in Springers Zeitung dafür herhalten, Solschenizyns These zu erhärten, daß die Lebensbedingungen des russischen Volkes unter dem Zarismus „angenehmer" waren als unter der „bolschewistischen Terror-Herrschaft".

Schlauerweise brachte die „WamS" nicht das gesamte Foto, sondern nur einen Mittel-Ausschnitt desselben. Links und rechts von den abgebildeten Häftlingen stehen nämlich bewaffnete zaristische Wachposten, die – wenn mit abgebildet – den Schwindel schnell hätten auffliegen lassen müssen. Die „Sowjetunion heute" veröffentlichte jetzt das ganze Foto. Selbstverständlich brachte Springers „WamS" keine Korrektur dieser faschistischen Fälschung.



Polizeiterror kontra Selbsthilfe

Am 25. Januar kam der Überfall morgens um 6 Uhr. Das 40 Mann-Kommando stürmte das Haus, Türen wurden eingetreten, Wohnräume demoliert, Jugendliche verprügelt. Schließlich schleiften die Bullen zwei Mädchen hinaus. Vorwand: zwei Mädchen seien aus der Fürsorge entlaufen.

Das war nicht das erste Mal, aber von da an häuften sich die Polizeiüberfälle. Zwei Wochen später lautet die Begründung für die gewaltsame Räumung u.a.: das SSK sei nicht in der Lage gewesen, das Haus in Stand zu halten.

Das SSK: „Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln", war in den vergangenen Monaten ein Begriff geworden für viele Fürsorgezöglinge in der ganzen BRD. Das SSK war: wieder richtige Arbeit, vielleicht sogar eine Ausbildung, das war: vielleicht sogar eine eigene Wohnung.

Nicht viel möglicherweise – für den, der die staatliche Fürsorge nicht kennt. Und zwar wirst du schon vorher fertig gemacht, weil du in der Schule nicht mitkommst, weil du ein Kind gemacht hast und keine Wohnung, keine Arbeit findest. Das ist dann der Beweis für sie, daß du keine Arbeitskraft hast. Und dann wirst du ganz abgeschossen: in die Fürsorge.

Vielleicht bist du 15, 16 Jahre. Aber die Fürsorge, das ist jedenfalls die Endstation. Was sie dir dann noch beibringen, ist Unkraut jäten, Bettlaken nähen und – beten, vor allem beten. Und sobald du selbst eine Sache in die Hand nimmst, geht der Erzieher auf dich los oder er hetzt die anderen auf dich oder er steckt dich gleich in den Bunker. Fürsorge, U-Haft, Gefängnis, so geht eine solche Geschichte meistens irgendwie aus.

Die 200 Jugendlichen des SSK waren Fürsorge„fälle" aus der ganzen BRD, „Fälle" z.T., die die staatliche Fürsorge schon „aufgegeben" hatte. Mit mehreren Aktionen, deren Höhepunkt eine „Rathausbelagerung" war, hatte das SSK von der Kölner Stadtverwaltung die schriftliche Zusage erkämpft für zwei Häuser, finanzielle Unterstützung für jeden Neuankömmling während der ersten sechs Wochen, medizinische Versorgung und Unterstützung bei der Arbeits- und Wohnungssuche.

Gemeinsam versuchten die Jugendlichen ihren Wiedereinstieg in das Arbeiterleben zu organisieren, – ohne „Heimordnung" und staatlich geprüfte Aufpasser. Gemeinsam wurden für jeden Wohnungen gesucht, Arbeitsplätze, Lehrstellen. Grundlage für das Vorgehen waren mehrheitliche Beschlüsse, verschiedene Auffassungen wurden diskutiert, jeder wurde gleich behandelt, keiner wurde an Eltern oder gar Polizei ausgeliefert. Das SSK gewann Anziehungskraft für Jugendliche aus der ganzen BRD, fand Nachahmer in anderen Städten.

Und dann kamen die Angriffe von der Stadtverwaltung. Erst hieß es, die finanzielle Unterstützung sei nur für Kölner Jugendliche gedacht. Dann sprach auch der Jugendwohlfahrtsausschuß dem SSK die Förderungswürdigkeit ab. Das war der Startschuß für die örtliche Presse zu einer unglaublichen Kriminalisierungskampagne: alles „Asoziale", Verbrecher, Rauschgiftsüchtige. Und zum Beweis dafür „mußte" die Polizei immer häufiger „eingreifen". Es blieb dann nicht aus, daß sich reaktionärste Elemente zu einer „Bürgerinitiative gegen das SSK" formierten. Nach diesen Vorbereitungen erklärte das NRW Arbeits- und Sozialministerium schließlich die Vereinbarungen zwischen der Kölner Stadtverwaltung und dem SSK für rechtswidrig! Was jetzt noch blieb, war Aufgabe der Polizei.

Das SSK organisierte seine Verteidigung mit allen Mitteln. Massenweise wurden Flugblätter verteilt, um der bürgerlichen Hetze entgegenzutreten. Am 9. Februar veranstaltete das SSK eine Demonstration durch die Kölner Innenstadt mit 800 Teilnehmern. Als die Polizei zwei Tage später bei den SSK-Häusern anrückte, zwecks gewaltsamer Räumung und „Überführung" der Jugendlichen in die staatliche Fürsorge – waren die Jugendlichen „verschwunden". Die Polizei begnügte sich damit, die Häuser unbewohnbar zu machen.

Das war allerdings nicht das Ende des SSK. Die Jugendlichen bildeten verschiedene Ausschüsse, von denen einer den engen Zusammenhalt gewährleisten soll, solange sie an verschiedenen Stellen untergebracht sind. Ein Öffentlichkeitsausschuß betreibt die Information der Bevölkerung, erstellt Flugblätter, Wandzeitungen und organisiert Geldsammlungen. Ein dritter Ausschuß bereitet die Wiedererlangung und Renovierung der von der Polizei verwüsteten Häuser vor.

Nach dem beschränkten Erfolg des Polizeieinsatzes ist die Stadtverwaltung Köln jetzt dazu übergegangen, dem SSK Verhandlungen anzubieten; Verhandlungen, bei denen sie, soweit sich das bis jetzt absehen läßt, das Ziel verfolgt, das SSK als ganzes schrittweise der staatlichen Jugendfürsorge unterzuordnen.

Inwieweit das gelingt, hängt letztlich auch davon ab, von welcher Solidarität das SSK getragen wird. Geldspenden für die weitere Arbeit sind dringend erforderlich:

Konto-Nr.: 66142951 Stadtsparkasse Köln ●

Provokation gegen zwei türkische Antifaschisten

Seit November 1973 in Haft

Seit 18.11.1973 werden die türkischen Antifaschisten Yilderim Dagyele und Himmet Subasi im Frankfurter Untersuchungsgefängnis Preungesheim festgehalten. Ihnen wird „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen.

Gehosse Y. Dagyeli ist als Gegner des faschistischen Regimes der Türkei bekannt; er zeichnete zeitweise für die (deutschsprachige) Zeitschrift „Aydinlik", Zentralorgan der Marxisten-Leninisten der Türkei, verantwortlich. Seine Verhaftung ist das Ergebnis einer Provokation, die in Zusammenarbeit der westdeutschen „Politischen Polizei" mit dem türkischen Geheimdienst durchgeführt wurde: Bei dem türkischen Studenten Himmet Subasi war ein agent provocateur des türkischen Geheimdienstes aufgetaucht, der sich als Antifaschist ausgab und ihn dazu überredete, „eine patriotische Aufgabe zu übernehmen". Er sollte nämlich ein Paket zu Y. Dagyeli bringen, der in der Frankfurter Buchhandlung „Libresso" beschäftigt war.

Vor dem Buchladen warteten indessen Beamte des „Bundeskriminalamtes", die Subasi festnahmen. Es wurde dann behauptet, in dem von ihm mitgebrachten Paket seien „Waffen und Sprengstoff" gewesen, mit denen türkische Antifaschisten angeblich Anschläge auf „türkische Einrichtungen" in der BRD durchführen wollten. So plump diese Provokation auch angelegt war (man beachte die schon bereitgestellten Beamten des BKA vor der Buchhandlung), reichte sie für eine mehrmonatige Untersuchungshaft offenbar aus. Zugleich dient sie als Vorwand für weitere polizeiliche Übergriffe gegen türkische Antifaschisten in der BRD.

So wurden im Februar in Saarbrücken und Stuttgart drei Studenten festgenommen und ohne jede rechtliche Grundlage über 36 Stunden in Haft gehalten, denen jetzt ebenfalls „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" vorgeworfen wird. Unter ihnen ein ehemaliges Vorstandsmitglied der ATÖF (türkischer Studentenverband in der BRD).

Am 31. März sollte in Frankfurt eine Demonstration gegen diese Polizeiangriffe auf türkische Antifaschisten und insbesondere für die Freilassung von Y. Dagyeli und H. Subasi stattfinden. Diese Demonstration wurde vom Frankfurter Polizeipräsidenten Müller (SPD) verboten, mit der provokatorischen Begründung, der sogenannte „Gebet- und Kulturverein" – eine faschistische türkische Organisation – habe zu gleicher Zeit und an gleicher Stelle ebenfalls eine Demonstration angemeldet. Daher seien „Konfrontationen nicht auszuschließen" und beide Demonstrationen müßten verboten werden.

Dies reiht sich angemessen ein in das Verbot von Demonstrationen gegen das iranische Schah-Regime und gegen den spanischen Faschismus durch die Frankfurter Polizei in den letzten Monaten.

Mit der Verhaftung der türkischen Antifaschisten Y. Dagyeli und H. Subasi soll offenbar, nach dem Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA 1972, ein weiterer Schritt getan werden, die politische Tätigkeit von ausländischen Arbeitern und Studenten gegen die reaktionären und faschistischen Regimes ihrer Heimat zu unterbinden. ●

Oswald-Schulte-Prozeß : Urteil gegen die Pressefreiheit

Im Prozeß gegen die Genossen Osswald/Schulte (vgl. AK 39 und 41) wurde inzwischen das Urteil gesprochen: acht Monate Gefängnis (für drei Jahre zur „Bewährung" ausgesetzt) und 1000 bzw. 600 Mark Geldstrafe.

Worum ging es? Die beiden Genossen hatten Flugblätter u.ä. der „KPD/ML"-„Rote Fahne" (eine inzwischen nicht mehr existierende super-„linke" Organisation) unterzeichnet. Ihnen wurde vorgeworfen, daß dort u.a. der bürgerliche Staat richtig als Staat der Bourgeoisie benannt worden war, der zur Unterdrückung der Arbeiterklasse dient, daß dort die repressive Rolle der Polizei aufgezeigt worden war usw.

Dies wurde vom Gericht als „Verächtlichmachung des Staates" gewertet. Daraus geht hervor: „ungesetzlich" ist es nicht etwa, daß dieser staat im Widerspruch zur Verfassung („Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus") von der Kapitalistenklasse beherrscht und für ihre Interessen eingesetzt wird, sondern „verbrecherisch" ist es nur, diesen Zustand beim Namen zu nennen. ●

Leserbrief

Hier möchte ich etwas über die angeblich resozialisierungsfreudige Gesellschaft schreiben.

Ich habe eine zehn-monatige Jugendstrafe verbüßt. Aber meine Strafe ist noch nicht zuende. Ich habe das Gefühl, sie fängt jetzt erst richtig an. Um ein normales Leben führen zu können, braucht man Arbeit. Aber anscheinend hat in unserer Gesellschaft ein jugendlich Vorbestrafter kein Recht auf anständige Arbeit. Es gibt zwar schon Gesetze, die vernünftig sind, die aber einige „Lücken" haben.

Beispiel: Ich wurde eingestellt bei der Bundesbahn und nach einer Woche aufgrund eines Führungszeugnisses entlassen. Obwohl ich als Jugendlicher bestraft wurde, wurde in mein Führungszeugnis alles eingetragen.

Später wurde mir erklärt, daß durch „Gesetzeslücken" die Eintragung noch möglich ist. Ich versuchte dagegen an zu gehen, mit der Hoffnung, wieder bei der Bundesbahn anfangen zu können, denn die Herren von der D.B. sagten, wenn ich ein sauberes Führungszeugnis vorlegen kann, würden sie mich wieder einstellen.

Der erste Weg war zum Bürgermeister Schulz. Der sagte zu mir, er würde mir helfen. Hilfe habe ich bis heute nicht von ihm bekommen.

Nach ca. einer Woche ging ich zu dem Richter, der damals für mich zuständig war. Der sagte, er sei keine öffentliche Rechtsauskunft und es gebe nur den Weg über die Gnadenabteilung.

Das bedeutet, ein jugendlich Vorbestrafter bittet um Gnade. Mir war jedes Mittel recht, um die Stellung bei der Bundesbahn wieder zu bekommen. Also nahm ich schriftlich und mündlich mit der Gnadenabteilung Kontakt auf.

Aber nicht nur ich, auch meine Mutter. Ein gewisser Herr sagte zu meiner Mutter, ich sollte mir doch eine andere Stellung suchen und nicht so große Brötchen backen, denn ich sollte ja auch merken, daß ich was verbrochen habe!

Obwohl die Gesellschaft schon einige Jahre darüber redet, den Vorbestraften die Zukunft nicht verbauen zu wollen, sieht es in der Praxis ganz anders aus. Denn die Praxis ist bei mir die, daß ich schon seit drei Monaten von der Sozialbehörde abhängig bin und ohne meine Verlobte davon nicht einmal die Miete bezahlen könnte. ●

Ein AK-Leser 11.4.74

KAMPAGNE GEGEN DIE CHILE–FLÜCHTLINGE

– Komplizenschaft der westdeutschen Reaktion mit den faschistischen Militärs –



(aus: „Die Tat", 16.2.74)

Der faschistische Terror in Chile hat viele Chilenen veranlaßt, ins Ausland zu flüchten. Sofort nach dem 11. September letzten Jahres füllten sich die ausländischen Botschaften mit unzähligen Verfolgten; andere versuchten, illegal über die Grenze zu gelangen, vor allem nach Argentinien.
Die Bundesrepublik erwies sich auch in der Flüchtlingsfrage mal wieder als ein Staat, zu dem wohl Faschisten Vertrauen haben können, nicht aber Antifaschisten. Zunächst übte sich die sozialdemokratische Bundesregierung in einer ungeheuren Verschleppungstaktik, versuchte sie die Aufnahmezahlen für Flüchtlinge zu beschränken und diese nach politischen Gesichtspunkten auszusieben. Dann, nachdem mittlerweile die Einreise von rund 57o Flüchtlingen „bewilligt" und erfolgt ist, begann in der reaktionären bürgerlichen Presse eine infame Hetze gegen die Flüchtlinge.
Die Komplizenschaft der westdeutschen Reaktion mit den Mördern des chilenischen Volkes gilt es überall zu entlarven und anzuklagen. Das ist nicht nur die Aufgabe jedes Genossen, sondern jedes aufrechten Demokraten.

Die Bundesregierung hatte sich wochenlang nach dem Putsch in Chile überhaupt jeder offiziellen Zusage enthalten, Flüchtlinge aufzunehmen – genauso, wie sie es offensichtlich nicht einmal aus Image-Gründen für nötig befunden hatte, den faschistischen Staatsstreich zu verurteilen; bis Brandt auf der UNO-Vollversammlung sein makabres „So geht es nicht" herauspreßte.

Dem entsprach auch das Verhalten des westdeutschen Botschafters in Santiago, der bis Ende Oktober die Türen seines Hauses vor jedem politisch Verfolgten fest verriegelte. Erst zu dieser Zeit erklärte sich auch die Bundesregierung zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit. Einen Monat später, Ende November, lagen bei Amnesty International private und öffentliche Aufnahmeangebote für 1.300 Chile-Flüchtlinge vor – aber noch kein einziger Flüchtling war in der BRD eingetroffen. Nachdem in der Öffentlichkeit Protest über die Hinhaltetaktik der Bundesregierung laut wurde, versuchte diese, ihr Image durch einen publizistischen Vorstoß wieder aufzupolieren: es wurde angekündigt, daß bis Ende letzten Jahres 450 Flüchtlinge aufgenommen werden sollten, kurz danach sollten es dann ca. 730 sein und bis Ende Februar (vor gut zwei Monaten) gar 1.350. Mit sozialdemokratischem Großmut ließ die Regierung verlauten, daß in der Bundesrepublik mehr Chile-Flüchtlinge aufgenommen werden sollten, als in jedem anderen Land. Nur diese Zahlen waren ein reines Presse-Manöver. Nach den letzten Angaben sind mittlerweile 576 Chile-Flüchtlinge in unserem Land eingetroffen. Auf die deutliche Differenz zu den von der Regierung rausposaunten Zahlen angesprochen, antwortete Johannes Marré, Leiter des „Referat Lateinamerika-West" im Auswärtigen Amt: *„Es haben sich eben nicht mehr Leute gemeldet."*

Tatsächlich mag diese Erklärung einen Funken Wahrheit enthalten, die allerdings den ganzen Zynismus nur noch widerwärtiger macht: Eine Reihe von Chilenen werden durch die besondere „Gastfreundlichkeit", die ihnen in der westdeutschen Botschaft entgegenschlägt, von einem Asylgesuch in der Bundesrepublik zurückgehalten. Waren sie nämlich mit knapper Not dem faschistischen Terror der chilenischen Militärs entkommen, dann erwartete sie in der westdeutschen Botschaft der 'Verfassungsschutz', der (in offensichtlicher Zusammenarbeit mit den chilenischen Militärbehörden – denn woher sollte er sonst seine „Informationen" haben? !) sogenannte „Terroristen", worunter die bürgerlichen Staatsschützer bekanntlich alle konsequenten Antikapitalisten verstehen, raussiebte.

Anfang November 1973 schickte die Bundesregierung eine dreiköpfige „Auswahlkommission" nach Santiago. Diese Tatsache allein ist schon kennzeichnend genug, denn die faschistische Militärjunta läßt ohnehin nicht jeden Chilenen, der in einer ausländischen Botschaft Asyl gesucht hat und einen Ausreiseantrag stellt, außer Landes. Die Entsendung einer eigenen westdeutschen „Auswahlkommission" konnte von Anfang an daher nur den Sinn haben, die „Kriterien" des faschistischen Regimes zur Bewilligung von Ausreiseanträgen weiter einzuengen, d.h. nach der durch die chilenischen Militärbehörden erfolgten „Aussiebung" (die dem westdeutschen 'Verfassungsschutz' offensichtlich nicht streng genug ist) eine zweite folgen zu lassen.

Die westdeutsche „Auswahlkommission" setzte sich aus einem Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit, einem Vertreter des Innenministeriums und einem „landes- und sachkundigen" Sachbearbeiter des Auswärtigen Amts zusammen. Der Vertreter des Innenministeriums, der CDU-Amtsrat Arend, ist derjenige, „zu dessen Zuständigkeiten Fragen der inneren Sicherheit gehören", wie es der Sprecher des Auswärtigen Amts, von Pachelbel, vornehm ausdrückte, als bekannt wurde, daß der westdeutsche 'Verfassungsschutz' dem faschistischen Verfolgungsterror in Chile zur Seite steht. Übrigens war dieser Herr Arend laut Mitteilung der „Chile-Nachrichten" während der Studentenbewegung auch für die „innere Sicherheit" in Westberlin tätig.

Die Funktion dieser „Auswahlkommission" wurde später recht offen folgendermaßen erklärt:

„Dafür zu sorgen, daß möglichst in die Bundesrepublik solche kommen, die hier sich möglichst harmonisch in den Arbeitsprozeß bei uns einfügen." (AA-Sprecher v. Pachelbel); und: *„Es geht darum, daß wir keine Berufsrevolutionäre aufnehmen wollen."* (FDP-Staatssekretär Moersch am 29.11. in der Fragestunde des Bundestages).

Als ein SPD-Abgeordneter in derselben Fragestunde daraufhin vorwitzig fragte, welche Fragen den Flüchtlingen denn vom Verfassungsschutz gestellt werden, und der Vizepräsident des Bundestages, Schmidt-Vockenhausen (SPD), diese Frage gleich als „nicht in den Zusammenhang gehörig" abwimmeln wollte,



Von den chilenischen Faschisten zu Tode gefoltert: der Nordvietnamese Dr. Tran (siehe auch unseren Artikel in AK 40, vom 26. Febr. 74, wo ein Bericht über die Beerdigung von Dr. Tran auszugsweise zitiert ist; S. 16)

sekundierte Moersch mit den Worten: *„Herr Präsident, ich bin gerne bereit, den Kollegen darüber aufzuklären, daß man die Fragen, die Sicherheitsbehörden stellen, wenn sie Unsicherheit befürchten, schon deswegen nicht öffentlich diskutiert, damit die Antworten nicht vorher präpariert werden können."*

Nichtsdestoweniger wurde einiges über die Inquisition des Verfassungsschutzes bekannt. So wurde den Flüchtlingen beispielsweise die Frage gestellt, ob sie Kinder vor oder nach der Eheschließung bekommen hätten (woran man wohl erkennt, wieweit jemand die Normen der bürgerlichen Moral anerkennt – und mithin „sich möglichst harmonisch in den Arbeitsprozeß bei uns einfügt"); und: *„Sie haben doch sicherlich Waffen gehabt. Was wollen sie mit den Waffen machen? "* (lt. Süddeutsche Zeitung, 20.12.1973).

Der Verfassungsschutz hat mit diesen Verhören nicht nur für westdeutsche Regierungsinteressen gearbeitet, sondern offensichtlich auch direkt als Arm der chilenischen Militärdiktatur fungiert. Die in Westberlin erscheinenden „Chile-Nachrichten" zitierten dazu die Äußerung einiger in die BRD gelangter Chilenen:

„Wir haben sofort gemerkt, daß ein Polizist dabei ist. Er stellte uns Fragen, die die deutsche Regierung gar nicht interessieren können, wohl aber die Militärjunta. Wir wissen, denn wir kennen uns darin aus, daß die Polizei international zusammenarbeitet..."

Genauer muß man wohl sagen, daß die gestellten Fragen sowohl die chilenische Militärjunta, als auch die westdeutsche Regierung interessieren. Die „Chile-Nachrichten" schreiben im übrigen, daß die Unterlagen der asylsuchenden Flüchtlinge zunächst nach Pullach geschickt wurden, wo die Zentrale des Bundesnachrichtendienstes sitzt, und dort ca. zwei Wochen verblieben. Man sieht deutlich, was alles bei den bürgerlichen Behörden Vorrang hat vor der „humanitären Hilfe".

Diejenigen Chilenen, die ihr Leben vor dem faschistischen Terror retten konnten, und die dann auch die anschließende Inquisition des westdeutschen Verfassungsschutzes überstanden hatten und in die Bundesrepublik einreisten, konnten schließlich auch hier feststellen, wieweit es um die Humanität und Gastfreundschaft dieses Landes bestellt ist. Die DKP-Zeitung UZ berichtete beispielsweise am 14. März von einem Fall, wo der Familienvater einer chilenischen Familie, die in Hamburg unterkam, in ein Lager nach Unna (Ruhrgebiet) geschickt wurde. Die Familie wurde von den Behörden auseinandergerissen, weil die einzelnen Bundesländer nur eine genau festgelegte Zahl von Flüchtlingen aufnehmen.

Die chilenischen Flüchtlinge sind natürlich zumeist völlig mittellos – aber nach dem „Bundessozialhilfegesetz" erhalten sie nur den lächerlich geringen „Unterstützungssatz" von DM 247,–. Ein Maximum an Zynismus stellt in dieser Situation das „Angebot" der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat" in Hamburg (wo 65 Chilenen aufgenommen wurden) dar, die Flüchtlinge in Drei-Zimmer-Wohnungen zu „Kostenmieten" von DM 55o,– unterzubringen.

Die ganze Flüchtlingsfrage dient den sozialdemokratischen Regierungsstellen und Behörden lediglich dazu, Humanität vorzutäuschen – und gleichzeitig von dem barbarischen Terror in Chile, der nach wie vor unvermindert weiterbesteht, abzulenken. Das Volk in Chile kann aber nicht in seiner Gesamtheit flüchten; es ist zum unerbittlichen Kampf gezwungen, und die Flüchtlingsfrage ist nur ein winzig klein ausgeschnittener Teil des Elends und der Not, in dem sich das chilenische Volk befindet. Für den Spießbürger (und nicht nur für die Behörden) reicht es aber, sein „Gewissen zu beruhigen." : Die Flüchtlinge sollen doch froh sein, daß die Bundesrepublik sie überhaupt aufgenommen hat; immerhin geht es ihnen hier besser als augenblicklich in Chile.



Der faschistische Terror in Chile geht unvermindert weiter. Kampf der Militärjunta und ihren Komplizen auf der ganzen Welt!

Die Arbeiterklasse hat demgegenüber nicht ihr „Gewissen zu beruhigen", sondern die Verpflichtung des proletarischen Internationalismus zu erkennen, die Brüderlichkeit und Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Imperialismus. Dafür müssen die klassenbewußten Arbeiter allerdings auch in den eigenen Reihen einen harten Kampf führen. Es wäre töricht und gefährlich, zu übersehen, daß der Nationalismus, Fremdenhaß und Rassismus, der tagtätlich in immer dichteren Strömen aus der bürgerlichen Presse trieft, auch bereits einen Einbruch in Teile der Arbeiterklasse erzielt hat. Auch im Falle der Chile-Flüchtlinge hat die Bourgeoisie ihre faschistische Hetzkampagne gegen „ausländische Terroristen" zu diesem Zweck weiterbetrieben.

Wer sind die Terroristen?

Besonders von den Behörden der CDU/CSU-regierten Bundesländer, die sich teilweise bis heute weigern, überhaupt einen einzigen Chile-Flüchtteilweise bis heute weigern, überhaupt einen einzigen Chile-Flüchtling aufzunehmen, wurde von Anfang an in faschistischer Weise gegen die Flüchtlinge gehetzt. CDU-Politiker hatten ohnedies zu verstehen gegeben, wie sehr sie mit den faschistischen Militärs in Chile sympathisieren. So erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete (und frühere CDU-Generalsekretär) Bruno Heck nach einer Reise ins faschistische Chile, daß die *„chaotischen wirtschaftlichen Verhältnisse"* und die *„totale Politisierung des Volkes"* den Putsch *„verursacht"* hätten (Kölner Stadt-Anzeiger, 18.10.73). Weiter sagte Heck zur Situation der gefolterten Häftlinge in den Sportstadien von Santiago: *„Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Frühlingswetter recht angenehm."* (Süddeutsche Zeitung, 18.10.73 – man sollte derartiges im Ohr behalten, damit die Arbeiterklasse es solchen Burschen wie Heck später auch einmal „recht angenehm" machen kann!). Ein anderer CDU-Faschistenfreund, der Bundestagsabgeordnete Jürgen Wohlrabe, hatte ebenfalls nach einem Besuch bei den chilenischen Militärs erklärt, daß er einen *„positiven Eindruck"* von der Situation im Land habe. Wohlrabe und andere CDU-Politiker hatten auch die KZ-Insel Dawson im Süden Chiles besucht: *„Wohlrabe erklärte dazu, daß man einen Ideenaustausch mit Leuten vornehmen wollte, 'die andere Ansichten haben als wir'."* (Süddeutsche Zeitung, 10.1.74). Ein solcher "Ideenaustausch" und eine solche „Meinungsfreiheit" ist den CDU-Politikern zweifellos am liebsten: wo die klassenbewußten Arbeiter im KZ sitzen und sie von ihnen nichts zu fürchten haben.

Die anschließende Hetze gegen die mittlerweile eingereisten Flüchtlinge war dann auch die konsequente Fortsetzung des zuvor erteilten Lobes über die Situation in Chile nach dem Putsch. Der CDU-Ministerpräsident Filbinger von Baden-Würtemberg erklärte gegenüber der Presse, daß es *„im Bereich des Stuttgarter Landesamtes für Verfassungsschutz 77 Problemfälle"* unter den Chile-Flüchtlingen gäbe, nämlich: *„Flugzeugentführer, Sprengstoffexperten, in Kuba ausgebildete Guerilla-Ausbilder und aktive Tupamaros"*. Außerdem Leute, die aufgrund der Entführung des westdeutschen Botschafters von Holleben in Brasilien 1970 befreit wurden (und dann nach Chile emigriert waren). In einem Brief forderte Filbinger Bundeskanzler Brandt auf, *‚allen Personen aus Chile die Aufnahme in die Bundesrepublik zu verweigern, deren bisherige Tätigkeit zu der Besorgnis Anlaß gebe, daß sie die freiheitliche demokratische Ordnung bekämpfen. Soweit entsprechende Sichtvermerke* (d.h. Einreisegenehmigungen; d.Red.) *bereits erteilt worden sind, müssen sie zurückgenommen werden."* Beachtenswert ist dabei, daß es sich bei diesen 77 sogenannten „Problemfällen" keineswegs um bereits eingereiste Flüchtlinge handelt (dies nur in wenigen Ausnahmen!). In der Mehrheit sind diese Flüchtlinge einfach kriminalisiert und für die rassistisch-antikommunistische Kampagne in der BRD ausgenutzt worden, obwohl sie in ganz andere Länder gereist sind – ein Indiz mehr für die enge Zusammenarbeit der internationalen Polizeibehörden. Die Antwort des SPD-Regierungssprechers von Wechmar auf den Filbingerbrief, *„daß eine Einreisegenehmigung in jedem Einzelfall nur dann erteilt werde, wenn bei Abwägung der Sicherheitsbedenken und humanitärer Erwägungen sich ergebe, daß die Einreise vertretbar sei"* (Welt, 23.2.74), zeigt überdies, daß CDU/CSU und SPD hier prinzipiell am gleichen Strang ziehen.

Insbesondere wurden diejenigen Chile-Flüchtlinge zur Zielscheibe der der Hetze, die nicht selbst Chilenen sind, sondern aus anderen lateinamerikanischen Ländern kommen und selbst nur Asyl in Chile unter der Allende-Regierung erhalten hatten. Die Allende-Regierung hatte Chile drei Jahre lang zum Land mit der tatsächlich größten Gastfreundschaft auf dem lateinamerikanischen Kontinent gemacht. Tausende politisch Verfolgter hatten dort Aufnahme gefunden; insbesondere waren viele Brasilianer darunter, in deren eigenem Land seit 1964 eine faschistische Militärdiktatur herrscht.

Die chilenischen Militärs haben nun insbesondere die „von Allende ins Land geholten ausländischen Terroristen" zum Staatsfeind Nr. 1 erklärt. Wie bei der Propagandalüge der Nazis vom „jüdischen Bolschewismus" soll dadurch auch in Chile der Marxismus als etwas verteufelt werden, das „der Natur des chilenischen Volkes fremd" ist und nur vom Ausland importiert wurde. Soweit es den in Chile lebenden lateinamerikanischen Ausländern gelungen ist, in eine Botschaft zu flüchten, können sie in den meisten Fällen nicht in ihr Heimatland zurück – denn dort wartet ebenso Einkerkerung, Folter und Mord auf sie. Außerdem weigert sich ebenso eine Reihe anderer Länder, irgendwelche nicht-chilenischen Chile-Flüchtlinge aufzunehmen. Soweit nicht-chilenische Chile-Flüchtlinge beispielsweise nach Argentinien oder Mexiko gelangt sind, mußten sie auch dort schnellstmöglich wieder Unterschlupf in einer anderen ausländischen Botschaft suchen, um einer Verhaftung und Auslieferung an die Militärdiktaturen ihrer Heimatländer (vor allem Brasilien, Bolivien und Uruguay) zu entgehen. In Mexiko-City und Buenot Aires sind u.a. auch einige Flüchtlinge in die westdeutschen Botschaften gegangen und haben Aufnahme in die Bundesrepublik beantragt. Wie Freiwild von Land zu Land gehetzt ist ihr weiterer Weg aber auch immer noch unsicher – denn einige von ihnen stehen ebenfalls schon auf den „schwarzen Listen" des westdeutschen 'Verfassungsschutzes' (11 der Flüchtlinge in Mexiko-City und 13 in Buenos Aires; lt. Springers „Welt" vom 21. März, die dies natürlich mit der Absicht geschrieben hat, einen publizistischen Feuersturm gegen deren mögliche Einreise zu entfachen).

Springers Hetz- und Lügenpresse bedient sich offen und direkt faschistischer Quellen, um ihre Giftkübel über die Chile-Flüchtlinge auszuschütten. Die „Welt" zitiert in ihrer Ausgabe vom 26. Februar beispielsweise den chilenischen Generalkonsul in Hamburg, Hugo Lea-Plaza, der sich ohne Umschweife als Freund der Militärjunta zu erkennen gibt: *„Mit größter Wahrscheinlichkeit,*

➡

Forts. Chile-Flüchtlinge

wenn nicht mit Sicherheit gehören einige der Nicht-Chilenen jener internationalen Extremistenorganisation an, die das marxistische Regime von Allende illegal in das Land ließ, um bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats in meinem Land behilflich zu sein."

Die „Welt" verbreitet die Äußerungen dieses Herrn dann in indirekter Rede weiter:

„Statt in ihre Heimat zurückzukehren (wo sie Folter und Mord erwartet!!! – AK-Red.), *spielten (!) sie in der Bundesrepublik die Rolle der ‚verfolgten Chilenen' (!!) mit dem Ziel, die traditionell guten Beziehungen zwischen Chile und Deutschland* (Nazi-Chile und Nazi-Deutschland !! – AK-Red.) *zu beeinträchtigen."*

Die „Bild-Zeitung" brachte schließlich am 14. März einen Artikel mit der fetten Balkenüberschrift: *„Großfahndung nach chilenischen Terroristen in Deutschland – Lebt der Entführer des deutschen Botschafters von Holleben unter uns?"*. Darin heißt es, daß *„südamerikanische Terroristen mit gefälschten Pässen in die Bundesrepublik einsickern"*, gegen die bereits *„die Fahndung auf vollen Touren"* läuft. Weiter: *„Um welche ‚hochkarätigen' Untergrundkämpfer es sich handelt, zeigt folgende Aufstellung: . . . "*. Es folgen dann zehn Namenskürzel mit einer kurzen Bezeichnung ihrer „hochkarätigen Gefährlichkeit". Zwei davon sind es wert, hier besonders zitiert zu werden:

„C.P. (28) wurde bei einem Feuergefecht mit der Polizei in Uruguay verhaftet." Und:

„R.E.A. (27) steht auf der Liste der 40 meistgesuchten Terroristen Brasiliens."

Die „Bild-Zeitung" macht hier nicht mehr den geringsten Hehl aus ihrer Komplizenschaft mit faschistischen Regimes. Die Tatsache, daß jemand von der faschistischen Polizei (Uruguays) verhaftet wurde („bei einem Feuergefecht" – was im allgemeinen aber heißt, daß die Polizei geschossen hat!), und die Tatsache, daß jemand von der faschistischen Polizei (Brasiliens) gesucht wird – das sind die „Rechtsgrundlagen", auf denen die Springer-Zeitungen ihre Hetze entfalten: eben die „Rechtsgrundlagen" der völligen Gesetzeswillkür, des Terrors, der Folter und des Mordes; die „Rechtsgrundlagen" des Faschismus!

Waren die Namen in der „Bild-Zeitung" vom 14. März noch durch Anfangsbuchstaben ersetzt – so nennt die „Welt" vom 21. März bereits die Namen von sechs Brasilianern vollständig, die *„ohne Kontrolle durch Grenzschutzorgane in die Bundesrepublik eingereist"* seien. (Woher kommen eigentlich die Namen, wenn sie „ohne Kontrolle" eingereist sein sollen? Haben die Grenzbehörden sie bewußt „einsickern" lassen, um „Material" für die Hetzkampagne zu haben? Oder sind die Namen einfach in den Fälscherwerkstätten des „Verfassungsschutzes" fabriziert worden, um die „Gefahr" möglichst „konkret" zu machen? ? !). Die „Welt" schreibt, daß die „Sicherheitsbehörden" der Länder vom Bundesinnenministerium angewiesen wurden, *„festzustellen, ob der Aufenthalt der ebengenannten Personen bekannt geworden ist, und welche Maßnahmen eingeleitet worden sind"*.



Der US-Imperialismus hat den chilenischen Faschismus großgezogen. Kampf gegen Imperialismus und Faschismus!

Die ganze Kampagne gegen die angeblichen „Terroristen" unter den Chile-Flüchtlingen (bis hin zu den gekürzten bzw. ausgeschriebenen Namenslisten in „Bild" und „Welt") enthält die indirekte Aufforderung zur Lynchjustiz, die Konsequenz allen Fremdenhasses, Rasismus und Antikommunismus ist. Diese Kampagne schwebt ja auch nicht in einem ansonsten sterilen politischen Klima, sondern ist eingebettet in die mittlerweile schon zur Tagesparole der reaktionären Presse gewordenen Aufforderung an die Bevölkerung, „die staatszerstörenden Kräfte abzuwehren". Wir erinnern daran, daß dies auch die von den Nazis geschürte Atmosphäre war, in der sich eine militante faschistische Massenbewegung herausbilden konnte. Wir erinnern daran, daß dies auch die von der Springer-Presse geschürte Atmosphäre war, in der Ostern 1968 dann die Schüsse auf Rudi Dutschke abgefeuert wurden; und in der ein reaktionärer Teil der Bevölkerung (vor allem des Kleinbürgertums) sich 1971/72 mit Spitzeldiensten an der „Baader/Meinhof-Jagd" beteiligte. Die antikommunistische und ausländerfeindliche Hetze in der bürgerlichen Presse ist seit dem nicht zurückgegangen, sondern hat zugenommen – insbesondere gegen die Palästinenser und Araber sowie im Ford-Streik letzten Jahres gegen die Türken, und jetzt eben auch gegen die Südamerikaner. Und was auch angewachsen ist, das sind die von der Polizeimentalität der Bourgeoisie durchdrungenen „Bürgerwehren", Traditionsverbände und andere faschistische Stoßtrupps, die heute schon (unbehelligt natürlich, und teilweise sogar direkt durch die Behörden gedeckt) über ein nicht unbeträchtliches Waffenarsenal verfügen.

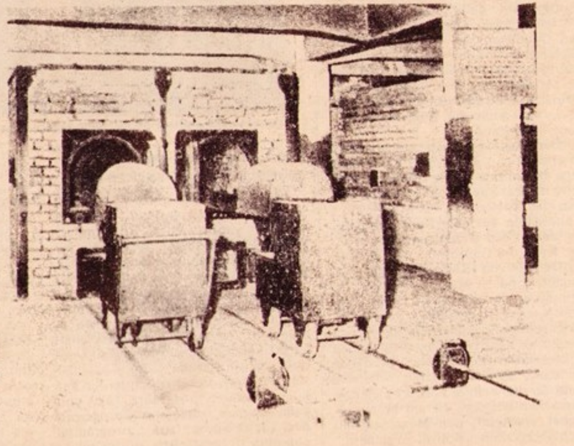
Beständig versucht die reaktionäre Presse ihre faschistische Ausländerhetze auch mit der Kriminalisierung der revolutionären Linken in Westdeutschland zu koppeln, mal das eine und mal das andere in den Vordergrund hebend. Über die „südamerikanischen Terroristen" schrieb die „Welt" jetzt am 21. März: *„Die Bundesregierung rechnet . . . damit, daß ein Teil dieses Personenkreises Kontakte zu politisch radikalen Parteien und Gruppen aufnehmen und seine Aktionen fortsetzen wird."* Wohlan! Die Kommunisten werden sich ihrerseits in der Tat bemühen, einen echten und tatkräftigen proletarischen Internationalismus aufzubauen, der eine solidarische Front und gegenseitig unterstützende Zusammenarbeit aller Völker im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus zum Ziel hat. Und in diesem Sinne werden wir auch nicht müde werden, die bürgerliche Presse anzuklagen und zu entlarven, daß sie unter dem demagogischen Deckmantel der Kriminalisierung der klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Kämpfer als „Terroristen" über die wahren Terroristen hinwegtäuschen versucht: das internationale Kapital und seine brutalsten Söldner, die Faschisten! ●

Krematorien in Chiles KZ

Anfang Februar wurde aus Chile gemeldet: Die Junta hat begonnen, im Konzentrationslager „Chacabuco" Krematoriumsöfen bauen zu lassen nach dem Vorbild der hitlerschen KZ (siehe unser Archiv-Foto).

Der Zweck dieser Verbrennungsöfen ist bekannt: Die Angehörigen der in den KZ Ermordeten sollen die verstümmelten Leichen ihrer Väter, Söhne oder Ehegatten nicht zu Gesicht bekommen, sondern nur eine Urne mit Asche. Als Todesursache wird dann nach dem Vorbild von Buchenwald, Dachau oder Ravensbrück gemeldet: „Lungenentzündung", „Kreislaufschwäche", „Herzversagen".

So hat es die SS zwölf Jahre lang in Deutschland gehalten, so ahmen es die Faschisten in Chile heute nach! Zur Zeit sind neun Konzentrationslager in Chile bekannt, in denen die Gefangenen unter menschenunwürdigen Bedingungen zur Schwerstarbeit getrieben, gefoltert und ermordet werden.



Forts. Heß

Hamilton neu aufgelegt; ein britisches Heß-Buch von Manvell/Fraenkel soll ins Deutsche übertragen werden.

In dem sich gern liberal gebenden Fernsehmagazin „Report" wurde am 22.4. Sympathiewerbung für Heß betrieben: ein alter Mann, intelligent und humorvoll, aber mit naiven politischen Vorstellungen, den man doch endlich freilassen sollte: „...*muß man sich fragen, welchen politischen Sinn es hat, im Jahre 1974 diesen 80-jährigen Greis mit einem Riesenaufwand noch länger in Gefangenschaft zu halten?"*

Der „Stern", der sich vor einigen Jahren bereits fragwürdige „Verdienste" um die Freilassung der Kriegsverbrecher Speer und Schirach erwarb, brachte eine ausführliche Heß-Story. Auch die Hamburger SPD-„Morgenpost" ließ sich nicht lumpen und brachte am 11.4. einen halbseitigen Artikel über „den einsamsten und teuersten Gefangenen der Welt" mit dem Riesenaufmacher: **„Die Zeit ist gekommen, Rudolf Heß freizulassen"**.

Diese Aktivitäten ordnen sich ein in eine planmäßig angekurbelte „Freiheit für Heß"-Bewegung. So demonstrierten 1973 in Bonn Faschisten für Heß' Entlassung, die Bundesregierung bereitet in Moskau einen entsprechenden Antrag vor. Die Sowjetunion ist die einzige der vier Alliierten Mächte des 2. Weltkrieges, die sich noch der Freilassung von Heß widersetzt. Britische Unterhausabgeordnete wollen sich für Heß einsetzen, auch der ehemalige Ankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, Lord Shawcross, unterstützt die Kampagne: „Die Fortdauer der Haft ist eine Schande für die Humanität". – Eine „Hilfsgemeinschaft ‚Freiheit für Rudolf Heß' " (Vorsitzender: Der frühere Bundesjustizminister Ewald Bucher!) hat über 200.000 Unterschriften gesammelt, darunter solche von britischen, amerikanischen und deutschen Parlamentsabgeordneten und Ministern, Professoren und Schriftstellern „von rechts bis links".

Ein Leben im Dienst des deutschen Imperialismus

In wessen Interesse werden hier alle Register der bürgerlichen Öffentlichkeit für einen alten Nazi-Führer mobil gemacht? Wie steht es mit der „Humanität" bei Rudolf Heß?

„Noch an der Universität begann Rudolf Heß eifrig antisemitische Pamphlete zu verbreiten." (Spiegel 17/74). 1920 schloß er sich der Hitler-Partei an, war 1923 beim faschistischen Putschversuch in München dabei. 1924 war er Hitlers Parteisekretär und engster Vertrauter geworden. 1932 übernahm er die Politische Zentralkommission der NSDAP, steuerte von dort aus die Politik der Nazi-Fraktion im Parlament und bearbeitete Fragen der allgemeinen politischen Strategie. Ab April '33 machte ihn Hitler zu seinem „Stellvertreter" mit der Vollmacht, alle Fragen der Parteiführung in seinem Namen zu entscheiden. So beherrschte er wesentliche Punkte des Kontrollapparates der Nazi-Partei. Bei den Mordaktionen 1934 gegen Röhm und die SA-Führung stand er in erster Reihe. 1935 unterzeichnete er als Reichsminister die rassistischen Nürnberger Judengesetze, den ersten Schritt zur späteren grauenvollen „Endlösung der Judenfrage". 1938 wurde er Mitglied des Geheimen Kabinettrats.

Soviel zur Karriere eines der treusten Bluthunde des deutschen faschistischen Imperialismus. Es war also ganz gewiß kein „Verrückter", der 1941 nach Schottland flog, um den deutschen Imperialisten mit einem Friedensangebot an England „an der Westfront den Rücken frei zu machen" – sechs Wochen vor dem Überfall auf die Sowjetunion.

Bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen nach der Niederlage der Faschisten erklärte er „an das deutsche Volk": *„Ich bereue nichts!"* Bei dieser Haltung blieb er bis heute: Hitler würde er ohne Zögern wieder dienen, wenn er nochmal die Gelegenheit hätte: *„Natürlich würde ich das!" „Ich möchte das Erlebnis, unter Hitler als Stellvertreter gedient zu haben, in meinem Leben nicht missen." „Ich würde den gleichen Weg gehen und hier in Spandau enden . . . Ich habe nunmal meine Überzeugungen, wie Sie wissen, und es gab nur einen Weg, dafür einzutreten."*

Im Grunde ist es ja nicht erstaunlich, daß sich ein alter eingefleischter Faschist auch nach über drei Jahrzehnten Haft nicht gewandelt hat.

Aber die Sache bekommt dadurch ihr Gewicht, wie sie gegenwärtig in Form einer Heß-Kampagne nahtlos eingefügt wird in die unverblümte Neuauflage der Nazi-Propaganda, verniedlichend „Nostalgie" genannt.

Nur einige Beispiele:

– Eine Firma Richter hat die „beliebtesten „Nazi-Märsche und -Lieder auf einer LP neu herausgebracht – einschließlich „Es zittern die morschen Knochen", den Liedern des Arbeitsdienstes, der Hitlerjugend und SA. Sie sind zum besseren Verkauf „in den Sound unserer Tage gesetzt", auf Tanzmusik verpopt.

– Bekannt sind die Faksimile-Ausgaben des Bertelsmann-Verlags, der in dieser Reihe außer einigen Alibi-Nummern der „Roten Fahne" und des „Vorwärts" ganz unverhohlen hauptsächlich offen reaktionäre und Nazi-Zeitungen nachdruckt.

– Der dickste Hammer in dieser Hinsicht ist in letzter Zeit die im feinsten Glanzpapier-Buntdruck in hoher Auflage auf den Markt geworfenen Illustrierte „Das 3. Reich". Hier wird der Hitlerfaschismus in herrlichen Farben angeboten – garniert mit einigen Artikelchen, in denen der Faschismus verniedlicht wird als ehrgeiziges Macht-Hickhack größenwahnsinniger Nazi-Führer und Generäle oder als unbegreifliches, gigantisches „Ausflippen" des ganzen deutschen Volkes hingestellt wird.

Bei den Älteren, aber auch bei jüngeren Menschen, die den Faschismus nicht selbst erlebten, soll der Eindruck erweckt werden, daß es „trotz allem doch eine schöne Zeit" war, auch wenn es natürlich „Schönheitsfehler" gab.

– Der verantwortliche Redakteur von „Das 3. Reich", Zentner, ist im Begriff, eine Gesamtausgabe von „Mein Kampf" herauszubringen – zu Dokumentationszwecken".

Diese „Hitler-Welle" und „Nazi-Nostalgie" ist natürlich gesteuert . Sie bezweckt, den blutbefleckten faschistischen Terror nachträglich durch die Brille der historischen Erinnerung zu verklären und ihn damit Schritt für Schritt wieder 'salonfähig' zu machen.

Demselben Zweck dient es, wenn etwa Hitler in Artikelfolgen, Büchern, Fernsehfilmen etc. unermüdlich von der aller„menschlich"sten Seite dargestellt wurde.

So auch die Kampagne um den „armen alten Mann" Rudolf Heß. Es verkörpert besonders sinnfällig die von der Bourgeoisie gewollte Verharmlosung und Vermenschlichung des Faschismus: alt und gebrechlich, kann doch keinem mehr schaden, man soll ihm endlich Gnade geben. Und auf der 'human-interest'-Woge soll auch der Faschismus insgesamt mit durchrutschen: der ja auch schon so lange her ist, niemanden mehr schaden kann, der eigentlich gar so schlimm nun auch wieder nicht war und ja schließlich auch seine „menschlichen" Seiten hatte usw.

Der „Gefangene 1. Klasse" Heß und die Behandlung politischer Gefangener in der BRD

Der widerlich verlogene und zynische Charakter der ganzen Kampagne für den „armen" Kriegsverbrecher Heß wird besonders deutlich, wenn man einmal seine Haftbedingungen, mit denen linker politischer Gefangener vergleicht.

„Seit der Entlassung des ehemaligen Reichsjugendführers von Schirach und des Rüstungsministers Speer vor siebeneinhalb Jahren ist Heß der einzige Häftling in dem für 600 Insassen bestimmten Bau.

Seine Unterbringung kostet den BRD-Steuerzahler (!) heute über eine Million Mark im Jahr.

Für seine Bewachung und Versorgung stellt jede der vier Mächte während ihres Aufsichtsmonats einen Offizier und 37 Soldaten als Wachtposten und ständig einen Direktor. Dazu kommt als Dauer-Mannschaft ein Team von Gefängnisaufsehern, Köchen, Dolmetschern, Ärzten, ein Pfarrer, ein Sanitäter.

Außer den militärischen Wachtposten sind es über hundert Leute für einen Mann.

'Heß ist unser eigentlicher Direktor', sagen einige Wächter. Er gibt dem Wächter, der im Gang vor seiner Zellentür sitzt, auf einer Schreibtafel regelmäßig „Anweisungen" für die gewünschte Verpflegung, die der jeweils zuständige Koch auch nach Möglichkeit befolgt. Wenn er nachts nicht schlafen kann, oder sich nicht wohl fühlt, läßt Heß den Sanitäter aus dem Bett holen, damit dieser ihm eine Schlaf- oder Schmerztablette gibt" (Nach dem 'Stern'-Bericht).

Jeden Tag kann er zudem in dem großen, mit alten Bäumen bestandenen Gefängnisgarten herumspazieren. in dem in früheren Jahren eigene Beete angelegt werden durften. Bei einem Magen- und Zwölffingerdarmgeschwür wurde er im englischen Armee-Krankenhaus sorgfältig auskuriert.

Soviel zu den Haftbedingungen, die die bürgerliche „Gerechtigkeit" seit Jahrzehnten einem Mann angedeihen läßt, der Millionen Tote maßgeblich mit zu verantworten hat.

Daß seine Haft vor allem die Werktätigen (Steuerzahler!) der BRD jährlich eine Million DM kostet (welcher Hohn gegenüber den Blutopfern, die der Faschismus gerade der deutschen Arbeiterklasse abgepreßt hat!), ist niemals eine Begründung dafür, diesen Verbrecher freizulassen! So etwas fällt nur Faschisten und gewissen Spezialdemokraten ein.

Heß ist doch gerade wegen dieses Aufwandes überhaupt so alt geworden. Ein „gewöhnlicher" Krimineller, der nicht für hunderttausendfache Verbrechen verantwortlich ist, sondern „nur" für einen einzelnen Mord würde bei der üblichen Gefängnisbehandlung schwerlich ein derart „biblisches Alter" erreichen.

Noch schärfer stellt sich die Situation bei den linken politischen Gefangenen in der BRD dar. Deren Gesundheit wird häufig in wenigen Jahren so ruiniert, daß sie als halbe Wracks abgeschoben werden. So Astrid Proll, die schließlich wegen völliger Haft- und Prozeß-Unfähigkeit entlassen werden mußte. So bei Katharina Hammerschmidt, bei der ein sich entwickelnder Tumor solange nicht behandelt wurde, daß er jetzt nicht mehr zu operieren ist.

In über und über weiß gestrichenen Zellen lebendig eingesargt, total schallisoliert (außer einem beklopptem Radioprogramm), und ohne Verbindung zum normalen Tages- und Jahreszeitenrhythmus, werden solche Gefangenen monatelanger Isolationsfolter unterworfen. Durch die bekannt gewordenen Ergebnisse der „Isolationsforschung" im Hamburger Krankenhaus Eppendorf weiß man, daß bei dieser „diskreten" Folter äußerlich nichts zu sehen ist,

– aber wichtige Körperfunktionen nach kurzer Zeit aus dem Rhythmus geraten (bei Astrid Proll Kreislauf- und Nervensystem),

– der Gefangene übelste Depressionen bis hin zu Wahnvorstellungen entwickelt, schließlich seelisch abstirbt und zu Grunde geht, nicht mehr logisch denken kann, sein Ich-Bewußtsein verliert usw.

Angesichts dieser (wohlbekannten) Tatsachen, angesichts der Militarisierung und Ausrichtung des gesamten Staatsapparates gegen Linke und Kommunisten – wo steht ihr da, ihr Herren Liberale und Spezialdemokraten, die ihr euch so willig vor den Karren der Heß-Kampagne spannen laßt? !

Es geht der Bourgeoisie nicht darum, hier einen alten und kranken Mann zu befreien. Der Nutzwert und das Ziel der Heß-Kampagne liegt für diese Herrschaften vor allem auf politisch-ideologischem Gebiet. „Der Fall Heß" wird genutzt, um das berechtigte Mißtrauen und den Abscheu der Menschen gegen die alten Faschistenführer und ihre Ziele aufzuweichen, und sie für derartige Ideen wieder empfänglich zu machen. ●

Branchenzelle Chemie,
KB/ Gruppe Hamburg

Auch mit Mitterrand bliebe die Welt und die Börse für die Bourgeoisie in Ordnung

Für die Präsidentschaftswahlen in Frankreich (am 5. und gegebenenfalls am 19. Mai) haben sich ein Dutzend Kandidaten aufstellen lassen. Die bürgerliche Presse ist übereinstimmend der Auffassung, daß es eine „Entscheidungsschlacht" zwischen einem Kandidaten der gegenwärtigen Regierungsparteien und dem gemeinsamen Kandidaten der „Union de la Gauche" (Sozialistische Partei, Kommunistische Partei und linke Radikale), Francois Mitterrand, kommen wird – wobei teilweise nicht ausgeschlossen wird, daß Mitterrand bereits im ersten Wahlgang am 5. Mai eine absolute Stimmenmehrheit erhalten könnte (dadurch würde eine „Stichwahl" zwischen den beiden bestpalzierten Kandidaten am 19. Mai überflüssig).

Wie nie zuvor hatte es bei den Regierungsparteien einen regelrechten Zirkus um die Kandidatenaufstellung gegeben. Die französische Zeitung „Le Monde" richtete für einige Tage eine extra Spalte mit der Überschrift „Die Kandidaten zur Kandidatur" ein, die ein ständiges Wechselspiel von Neubenennungen und Rückzügen bot. Allgemein präsentierten die Regierungsparteien eine große Zerstrittenheit vor der Öffentlichkeit, wo es von gegenseitigen Beschimpfungen, Beleidigungen und erpresserischen Ultimaten nur so wimmelte. Auf der anderen Seite zeigte sich die Links-Union von vornherein mit einer ebenso großen Geschlossenheit, die freilich nur deswegen möglich war, weil die KPF sich vollständig den Ansprüchen der Mitterrand-Sozialisten unterordnete.

Nach Schließung der Kandidatenlisten blieben von den Regierungsparteien schließlich drei Kandidaten im Rennen: die Gaullisten Chaban-Delmas und Royer (der mit seiner Programm-Parole „Moral, Strenge, Reinheit" direkt an das faschistische Vichy-Regime unter Marschall Pétain anknüpft, das während des 2. Weltkrieges als Kollaborations-Regierung der Nazis eingesetzt wurde) und der „Unabhängige Republikaner" Giscard d'Estaing. Immerhin bleibt damit also die Tatsache, daß die Regierungsparteien ihre Stimmen im ersten Wahlgang aufsplitterten.

Das ist von einigen linken Berufsoptimisten in gewohnter Manier wieder einmal als Beweis für die „Krise der Bourgeoisie" – diesmal also der französischen – interpretiert worden. Diese Leute setzen das gewöhnliche Wechselspiel zwischen den bürgerlichen Parteien mit einer „Krise" der Bourgeoisie gleich, weil sie wieder einmal übersehen, daß die Bourgeoisie nicht mit bestimmten Parteien „verheiratet" ist. Eine Krise des Gaullismus ist noch nicht identisch mit einer Krise der französischen Bourgeoisie (ebensowenig wie die Krise der SPD mit einer Krise der westdeutschen Bourgeoisie identisch ist, etc., vgl. auch die Regierungsablösung in England).

Der Gaullismus allerdings steckt in einer Krise und damit auch eine bestimmte Weise des Regierens. Hier ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Aufstellung mehrerer Kandidaten aus dem Regierungslager für den ersten Wahlgang nicht nur die Krise des Gaullismus und die Zerstrittenheit im Regierungslager ausdrückt, sondern auch ein Test auf die Stimmung der Wähler ist, denen jetzt drei Nuancen rechtsbürgerlicher Politik angeboten werden, von denen sich die hinter dem Gaullismus stehenden Sektoren der französischen Bourgeoisie dann für den zweiten Wahlgang (und für die weitere Politik) diejenige aussuchen können, die am besten geeignet erscheint, den Masseneinfluß rechtsbürgerlicher Politik zu sichern.

Französische Polizei im Einsatz gegen Arbeiter (hier bei LIP)

Die Links-Union jagt der Bourgeoisie keinen Schrecken ein

Mitterrand, der unter der IV. Republik (vom Ausgang des 2. Weltkriegs bis zum gaullistischen Militärputsch 1958) 11 Ministerien angehörte, wütender Antikommunist der 50iger Jahre, begeisterter Verfechter eines „französischen Algeriens", hat es geschafft, alle Kräfte der reformistischen Linken auf seinen Namen zu vereinen. Auch die Gewerkschaft CFDT und die kleine Partei PSU (eine linke Absplitterung der Sozialistischen Partei), die sich noch in den Parlamentswahlen vom März 1973 vom gemeinsamen Regierungsprogramm der Links-Union (das „programme commun") fernhielten, unterstützen jetzt die Kandidatur Mitterrands.(Eine ausführliche Analyse und Kritik dieses „programme commun" haben wir seinerzeit im ARBEITERKAMPF Nr. 26. März 73, vorgenommen).

Mitterrand ist zum gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der reformistischen Linken geworden, ohne daß er irgendwo um diese Unterstützung bitten und Kompromisse eingehen mußte. Er wurde im Gegenteil von der gesamten reformistischen Linken aufgefordert, „ihr" Kandidat zu werden. Das gab ihm beide Hände frei gegenüber all seinen Bündnispartnern – und er wußte dies auch sehr schnell dahingehend zu nutzen, die im „programme commun" festgelegten Forderungen und beabsichtigten Maßnahmen einer an der Regierung befindlichen Links-Union weiter zu reduzieren.

Er erklärte nachdrücklich, daß er der „Kandidat aller Franzosen" sei und der „Präsident aller Franzosen" werden wolle – und nicht nur ausführendes Organ des „programme commun". So schrieb selbst Springers „Welt" am 19. April:

„*Sein* (Mitterrands) *Wirtschafts-, Finanz- und Sozialprogramm, das er am Donnerstag vor der Presse näher erläuterte, bleibt ganz erheblich hinter dem gemeinsamen Regierungsprogramm der sozialistischen und kommunistischen Parteien vom Juni 1972 zurück, . . .* (so schreibt die bürgerliche Presse auf den Seiten, die nicht zur Aufhetzung der Massen, sondern zur Informierung der Kapitalisten und ih-

Forts. Zusammenrücken der bürgerlichen Presse

Forts. Zusammenrücken der bürgerlichen Presse

In der Sache Jochen Schaumann engagierte sich auch die Briefe-Redakteurin Ulla Küspert. Gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten organisierte sie erstmals in der Geschichte des Verlages Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder im Zeitschriftenbereich von Gruner + Jahr und setzte sich nachdrücklich und öffentlich für den gekündigten Kollegen ein. Auf einer dieser Versammlungen, am 5. März, wurde beschlossen, den Chefredakteur schriftlich aufzufordern, die angesichts des für den Verlag ungünstig verlaufenden Kündigungsschutzprozesses plötzlich verhängte „Beurlaubung" des gekündigten Kollegen Schaumann umgehend wieder aufzuheben. Kaum war dieser Beschluß von den Vertrauensleuten ausgeführt, bedrohte Chefredakteur Henri Nannen die Briefe-Redakteurin Ulla Küspert mit Kündigung. Drei Tage später warf er sie hinaus. Und diesmal konnte er sich sogar auf die Zustimmung des Betriebsrates berufen. Zu dieser Zeit waren bereits Gerüchte über eine „Umstrukturierung" des „Stern" und über Entlassungen im Umlauf, die der Chefredakteur alsbald konkretisierte: der versammelten Redaktion kündigte Nannen an, das Blatt müsse man jetzt „streamlinen". Daß es dabei nicht nach links geht, war durch die exemplarische Kündigung der Briefe-Redakteurin bereits markiert. Und wenn Nannen bei dieser Gelegenheit die Redaktion (oder wen auch immer) glauben machen wollte, man müsse „sich den polischen Gegebenheiten anpassen", so war das nichts anderes als Schönfärberei; denn das „streamlining" des „Stern" hat längst begonnen, und diese rechte „Stromlinie" des „fortschrittlich-liberalen" Massenblattes hat selbst bereits nachhaltig zu den jetzt offiziell benannten „politischen Gegebenheiten" beigetragen.

Faschisierung in der bürgerlichen Presse: „Zusammenrücken"!

Schon seit einigen Jahren ist in der bürgerlichen Presse eine zunehmende Rechtsentwicklung zu beobachten. Zunächst waren es hauptsächlich die Organe faschistischer und reaktionärer Gruppen und Parteien sowie die Massenmedien der großen Pressekonzerne (Springer, Heinrich Bauer, Burda), die dem Volk die Ideologie der Bourgeoisie direkt und unverhohlen einhämmerten. In letzter Zeit jedoch wird eine **Gleichschaltung der gesamten bürgerlichen Presse** immer deutlicher, schwenken Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten, die bislang noch für „fortschrittlich" und „liberal" gelten wollten, auf einen immer offeneren Rechtskurs ein.

Auf diese Entwicklung hat die Leitung des KB in ihrer Erklärung „Gegen die Kommunisten-Jagd" (AK 29) vor einem Jahr bereits hingewiesen:

„Die deutlich gewordene ‚Gleichschaltung' der gesamten bürgerlichen Berichterstattung demonstriert einen deutlichen Sieg der faschistoiden Hetze der Bourgeoisie, wie sie z.B. zur Zeit der Studentenunruhen in der BRD in dieser Form im wesentlichen nur von Springers Schmierblättern und Straußens ‚Bayernkurier' getragen wurde.

Das ‚Zusammenrücken' der bürgerlichen Presse demonstriert gleichzeitig eine stärkere Frontstellung dieser Kräfte gegen aufkeimende neue Elemente der Arbeiterbewegung der BRD."

Inzwischen hat das „Zusammenrücken" der bürgerlichen Presse eine neue Stufe erreicht: Sogar der sozialdemokratische „Vorwärts" klagt in seiner Ausgabe vom 18.4.74, daß die bisherigen „Regierungsblätter" der SPD nun „nur noch schlechte Noten" gäben: im letzten Wahlkampf hätten „Spiegel", „Stern", „Zeit" und „Süddeutsche Zeitung" als Regierungsblätter gegolten; dies habe sich offenbar gründlich geändert. Die „Süddeutsche Zeitung" beispielsweise gebe sich „stramm pluralistisch,mit deutlichem Pendelausschlag zur (CDU/CSU-)Oppositionsseite". Der „Spiegel" stelle Willy Brandt als zerbröckelndes Denkmal dar, und „Spiegel"-Herausgeber Augstein habe Herbert Wehner gar zum Rücktritt aufgefordert. Die „Zeit" (des Berrats-Vorsitzenden Dr. Gerd Bucerius) habe die CDU-Führer Kohl und Biedenkopf entdeckt, während sie die Jusos eigentlich nur noch als Extremisten vorführe. Und der „Stern" schließlich verteile Zensuren, wobei die SPD-Spitzen durchweg eine Stufe schlechter wegkämen als die FDP-Crew.

Während aber der SPD-eigene „Vorwärts" den Rechtsruck der bürgerlichen Presse scheinheilig bejammert und eine richtige Feststellung listig auf die sozialdemokratische Parteimühle umzuleiten trachtet („Die SPD wird sich darauf einrichten müssen, daß es im Wahljahr 1976 keine große überregionale Tageszeitung, kein Magazin und keine Illustrierte mehr geben wird, die einen Wahlsieg der SPD wünschen und fördern würde.") treibt die SPD-eigene Presse überhaupt, und dabei speziell die „Hamburger Morgenpost", gleichzeitig eifrig die Faschisierung von Staat und Gesellschaft mit voran. Im vergangenen Jahr noch wurden die beiden „Chefs vom Dienst" der „MoPo" (Irle und Conradi) gefeuert, weil sie zugelassen hatten, daß in dem Blatt einige kritische Töne über den brutalen Räum- und Prügeleinsatz der Hamburger Polizei gegen die Hausbe-

➜

Partisanen-Mörder beim „Stern"

Ende 1970/Anfang 1971 gab es um ZDF-Hetzer Löwenthal eine wahre Tragi-Kommödie. Um dem „SPD-freundlichen" „Stern" zu schaden, hatte Löwenthal die Tatsache an die große Glocke gehängt, daß „Stern"-„Mitarbeiter" Weidemann an der Hinrichtung italienischer Partisanen 1944 verantwortlich beteiligt war. Ausgerechnet in dieser Sache, wo Löwenthal – wahrscheinlich zum ersten und letzten Mal – aus blinder Wut gegen die „Linken" versehentlich richtig lag, erlitt er vor Gericht eine Niederlage.

Der „Stern" druckte in der Ausgabe vom 5.-11.1.71 (Nr. 3/71) ein winzig kleines Foto von jenem Plakat, mit dem 1944 der damalige SS-Obersturmbannführer Weidemann die Hinrichtung der Partisanen „bekannt gegeben" hatte. Aus der Tatsache, daß dieses Plakat die Überschrift "..porta a conoscenza.." (= ‚bringt zur Kenntnis') trägt, folgerte Nannen waghalsig, daß Weidemann den Mord an den Partisanen nur „bekannt gemacht" habe, sonst aber nichts damit zu tun hatte. Überdies habe die Hinrichtung **„den international gültigen Regeln des Völkerrechts entsprochen"**.

„Leider" ist das Foto des Plakats nicht winzig genug gewesen, um den Text des Plakats unleserlich zu machen. Hier eine auszugsweise Übersetzung, beginnend auf der linken Seite unten und dann die rechte Seite:

„*Als Kommandant des Präsidiums bin ich (*also „Stern"-‚Mitarbeiter' Weidemann!!!) *entschlossen, diese Wurzeln* (des Partisanenkampfes) *auszurotten(!)und dieHarmonie zwischen Euch und meinem Kommando wieder herzustellen... Fürchtet nicht die Repressalien der Rebellen. Wer zu mir kommt, um die Anwesenheit oder irgendeine Aktivität der Rebellen zu melden, wird den größten Schutz von Seiten des deutschen Heeres haben.*

Aber wer mit diesen Verrätern zusammenarbeitet gegen die Deutschen, die für ein neues Europa kämpfen, wird streng bestraft werden (aha!!). *Vergeßt nicht den 19. Oktober* (den Tag der Hinrichtung!)*; er soll nicht nur ein schwarzer Tag für Bevilaqua* (den Ort der Hinrichtung) *sein, sondern ein Tag der Erneuerung und Wiederfestigung des gegenseitigen Vertrauens.."*

Dies ist zweifellos mehr als eine bloße „Bekanntmachung"; es ist ein Aufruf zur Denunzierung von Partisanen und die Androhung weiterer Hinrichtungen.

Daß der Faschist Löwenthal gegen den Faschisten Nannen ausgerechnet in dieser Sache vor Gericht unterlag, entbehrt nicht einer gewissen schwarzen Komik und bezeichnet sehr klar die gesellschaftliche Situation in der BRD!

aus Stern 3/71

›Porta a conoscenza‹

heißt zu deutsch: »Bringt zur Kenntnis.« Das Flugblatt der Ortskommandantur von Bevilacqua, das die faksimilierte Unterschrift des Ortskommandanten Weidemann trägt, sollte Gerhard Löwenthal als Beweis für Weidemanns »Beteiligung an den Hinrichtungen im Oktober 1944« dienen. Die Hinrichtung der kurz nach der Brückensprengung von Bevilacqua festgenommenen und geständigen Partisanen Biscazzo und Rossin hätte den international gültigen Regeln des Völkerrechts entsprochen. Der Ortskommandant war verpflichtet, dieses Urteil zu plakatieren. Aber die Ortskommandantur von Bevilacqua war an den Vorgängen so wenig beteiligt, daß sie den Tod von zwei Partisanen ankündigte, von denen der eine (Rossin) bereits begnadigt war – von eben jenem Hauptmann Lembcke, der als Sicherheitskommandant für Verhör und Hinrichtungen verantwortlich war.

Il Comandante di Presidio di Bevilacqua

porta a conoscenza:

Bevilacqua, 19 X. 1944

Il Comandante di Presidio

rer leitenden Funktionsträger dienen: im Wirtschaftsteil! – die Red.) . . . *So will sich jetzt Mitterrand mit der Nationalisierung von neun ‚monopolistisch organisierten' Industriebetrieben zufriedengeben sowie das Bank- und Kreditgewerbe, soweit dieses noch nicht verstaatlicht ist, einer verschärften Regierungskontrolle unterwerfen. Jedoch verzichtet er ausdrücklich auf den ursprünglichen Plan, ganz allgemein Verstaatlichungen von Unternehmen zuzulassen, für die sich die Mehrheit der Belegschaftsmitglieder ausspricht.*"

Die erste Vorführung seiner Wahlplattform, die Mitterand am 8. April



Sozialistenchef Mitter and, mehr Brandt als Allende.

gab, war recht eindeutig. Seine fünf Hauptthemen sind:

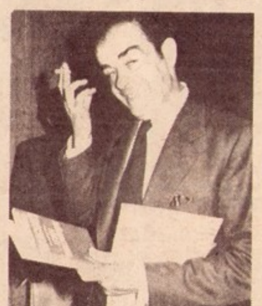
- „freiere Menschen",
- „gerechtere Gesellschaft",
- „stabilere Währung",
- „brüderliches Volk" und
- „gewichtigeres Frankreich".

Dabei verlor er kein einziges Wort über die gegenwärtige Entlassungswelle in Frankreich, kein Wort über Lohnerhöhungen und überhaupt: kein einziges Wort zu den aktuellen Forderungen, die gegenwärtig in den breiten Streiks der französischen Arbeiterklasse und in der wiederbelebten Bewegung der französischen Jugend oder in den Protestaktionen der Frauen und den Kämpfen der bretonischen Bauern zum Ausdruck kommen. Ganz zu schweigen etwa von den Vorbereitungen innerhalb des französischen Polizei- und Militärapparats auf einen Bürgerkrieg (siehe dazu die Artikel in den Ausgaben 2 und 4 unserer Zeitung „DIE INTERNATIONALE"; Februar und April/Mai dieses Jahres). Andererseits geizte Mitterrand nicht mit lyrischen Sprüchen über die „Verteidigung der Freiheiten" (wessen Freiheiten?) und zur „Stabilität des Franc".

Die KPF (mit weit über 1 Million Mitgliedern, nach eigenen Angaben, immerhin die mit Abstand zahlenmäßig stärkste Partei innerhalb der Links-Union) hat sich damit zufriedengegeben, die Ausarbeitung der Wahlplattform den Mitterrand-Sozialisten allein zu überlassen. Während die KPF jahrelang um das Zustandekommen des „programme commun" feilschte, sieht sie jetzt (von erheblichem zu gesteigertem Opportunismus wandelnd) protestlos zu, wie das „programme commun" von Mitterrand wieder unter den Tisch gekehrt wird. Gemäß dem zur Parteilinie der Reformisten gewordenen Grundsatz, daß „Realitäten" nun einmal anerkannt werden müssen, scheute der KPF-Generalsekretär Georges Marchais nicht einmal davor zurück, zu erklären, daß es „ganz ausgeschlossen" sei, daß sich der Kandidat der Links-Union *„auf der Basis des programme commun aufstellen lassen sollte"*.

Was wir anläßlich der Parlamentswahlen des letzten Jahres im ARBEITERKAMPF Nr. 26 schrieben, bestätigt damit immer mehr seine Gültigkeit: **„Die bürgerliche Presse versucht antikommunistische Stimmungen gegen das Bündnis zu mobilisieren, indem sie behauptet, die PS (Sozialistische Partei) sei der ‚Gefangene' der PCF (Kommunistische Partei). Aber die Frage, wer von wem ‚gefangen' ist, ist keine Frage des Übergewichts einer Partei durch ihre Mitgliederstärke, sondern eine Frage, welche Politik die Vorherrschaft in einem solchen Bündnis führt, die proletarische oder die bürgerliche."**

Mitterrand hat seit Unterzeichnung des „programme commun" nie ein Hehl aus seinen wahren Absichten gemacht: nämlich die Wählerbasis der KPF auszunutzen ohne verbindlichen Bedingungen unterworfen zu sein, und gleichzeitig der Bourgeoisie eine politisch glaubwürdige Alternative zum Gaullismus anzubieten. Daß die Führung der KPF dabei jeden (aber auch wirklich j e d e n) Tanzschritt Mitterrands in Richtung der Bindung der Arbeiterbewegung an den bürgerlichen Staat mitmacht, zeigt nicht „nur", wie wenig ihr daran gelegen ist, die Arbeiterklasse tatsächlich zur Erringung ihrer eigenen Herrschaft zu führen – sondern es zeigt darüberhinaus die Korrumpiertheit einer in



KPF-Chef Georges Marchais – bei einer Bühnenprobe für seinen Auftritt als Hofnarr im Mitterrand-Theater.

Wahrheit längst b ü r g e r l i c h - reformistischen Parteiführung, die ihre eigenen Parteigenossen an die Mitterrand-Sozialisten ausliefert und v e r k a u f t .

Mitterrand ist nicht einmal mit Allende zu vergleichen (eher gleicht er schon Brandt oder Wilson) und die französische „Union de la Gauche" nicht mit der chilenischen Unidad Popular . Dazwischen klafft ein breiter Spalt von ungleich größerem Opportunismus – so wie Mitterrand nach der chilenischen Tragödie (um einen Vertrauensschwund der französischen Arbeiter in die Links-Union abzuwenden) in demagogisch-chauvinistischer Weise behauptete, daß es „keinerlei Vergleich zwischen dem Sozialismus des Mangels und dem Sozialismus des Überflusses" gibt – so muß man die Unidad Popular vor dem Mitterrandschen Ü b e r f l u ß a n O p p o r t u n i s m u s und an S e n d u n g s b e w u ß t s e i n z u r A u f r e c h t e r h a l t u n g d e r b ü r g e r l i c h e n O r d n u n g in Schutz nehmen.

Die französische Bourgeoisie weiß durchaus, daß sie sich vor Mitterrand und der ganzen Links-Union nicht zu fürchten braucht. Die antikommunistische Panikmache in der bürgerlichen Presse gegen die Links-Union ist keineswegs ein Produkt der Angst der Bourgeoisie, sondern ausschließlich ein politisch-ideologisches Kampfmittel gegen die Entwicklung der französischen Arbeiterbewegung, die über die Politik der Links-Union (und speziell Mitterrands) h i n a u s f ü h r e n k ö n n t e (und, dessen sind wir sicher, auch eines Tages kraftvoll darüberhinausführen w i r d). In dem vorhin bereits zitierten Artikel aus der „Welt" (aus der Wirtschaftsseite) liest sich das denn auch weitaus anders als in den für die Massen bestimmten Horror-Schlagzeilen:

„Im Unterschied zu den den Parlamentswahlen vorangegangenen Wochen, in denen es angesichts des marxistischen Regierungsprogramms der Linken an der Pariser Börse zu erheblichen Kursverlusten gekommen war und in denen viele Franzosen ihr Geld ins Ausland schafften, hat Mitterrands Programm der französischen Wirtschaft bisher n o c h k e i n e n g r ö ß e r e n S c h r e c k e n e i n g e j a g t. Auch im Ausland scheint man die Pläne des Linkskandidaten z i e m l i c h g e l a s s e n zu beurteilen. Jedenfalls hat sich in den letzten Tagen der französische Franc im internationalen Verkehr befestigt." (Hervorhebungen durch uns; AK-Red.)

Die Welt und die Börse bleiben für die Bourgeoisie also auch angesichts eines möglichen Wahlsiegs Mitterrands in Ordnung. Man darf nicht verwechseln, daß Bourgeoisie und Gaullisten nicht dasselbe sind, daß der Gaullismus in Frankreich (ebenso wie der Torryismus in England und der Christdemokratismus in Italien oder der Bundesrepublik) nur e i n e Regierungsmethode ist, unter der die Bourgeoisie schaffen und raffen kann. Nach unserer Einschätzung könnte es der französischen Bourgeoisie (oder zumindest einem wichtigen Teil der Bourgeoisie, die ja auch keineswegs zu allen Zeiten darüber einig ist, w e l c h e Politik ihren Interessen aktuell am besten dient) u n t e r U m s t ä n d e n sogar i n s K o n z e p t p a s s e n, wenn Mitterrand die Präsidentschaftswahl gewinnt. Die französische Bourgeoisie betreibt ebenso wie die westdeutsche Bourgeoisie das Ziel der Erweiterung ihrer imperialistischen Einflußnahme auf andere Länder (insbesondere auf die sogenannte „Dritte Welt"), das Ziel des Aufbaus einer gemeinsamen westeuropäischen Großmacht, die dem Streben nach Welthegemonie in Konkurrenz vor allem mit dem US-Imperialismus besser gewappnet ist. Die Lasten, die in diesem Zusammenhang der französischen Arbeiterklasse aufgebürdet werden (gesteigerte Auspressung ihrer Arbeitskraft, Verteuerung des Lebens, usw.) sind schon jetzt enorm und sollen nach den Plänen der Bourgeoisie weiter gesteigert werden. Bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler haben deshalb „vorhergesagt", daß die gegenwärtige Krise (d.h. der Lohnabbau, die Arbeitslosigkeit usw.) einen neuen Tiefpunkt erst noch erreichen wird (nach einigen „Prognosen" etwa im Herbst dieses Jahres). Ein „Sozialist" im Präsidentensessel des Elysee-Palastes würde dabei mindestens zwei Vorteile für die Bourgeoisie bedeuten:

1. erhofft die Bourgeoisie sich von ihm, daß die Arbeiterklasse seine „Maßhalteappelle" eher befolgen würde, als die der Gaullisten, die in den Augen breiter Teile der Arbeiterklasse schon zu sehr entlarvt sind;
2. kann sie eine sich verschlechternde Lage der Arbeiterklasse dazu ausnutzen, die „Untauglichkeit des Sozialismus" mit „harten Fakten", die jeder zu spüren bekommt, zu „beweisen".

Daß die von Mitterrand zu erwartende Politik der Bourgeoisie nicht ans Leder geht, sondern unter Umständen aktuell sogar in ihr Konzept passen könnte; daß die „Union de la Gauche" noch entscheidend opportunistischer ist als die Unidad Popular

---

setzer in der Ekhofstraße laut wurden (siehe auch AK 30).

Für die Kapitalistenklasse bedeutet die Presse ein wesentliches Kampfinstrument zur Niederhaltung der Arbeiterbewegung. Um dies zu gewährleisten, hat die Kapitalistenklasse ausreichend direkte Einflußmöglichkeiten über die Finanzierung der Presse: das Anzeigengeschäft liefert bei den meisten Massenmedien die Hälfte bis Dreiviertel der Einnahmen; und selbst bei den „öffentlich rechtlichen" Rundfunk- und Fernsehanstalten spielen die Einnahmen der nur formal getrennt organisierten Werbefunk- und Fernsehgesellschaften eine wichtige Rolle. Dadurch ist es ein Leichtes, die jeweiligen „Einzelkapitalisten" – und seien es auch durchaus kapitalkräftige und einflußreiche Vertreter ihrer Klasse wie die großen Pressekonzerne – an ihr imperialistisches Klasseninteresse zu gemahnen, d.h. an die Ausrichtung der jeweiligen Redaktionen auf eine den sich verschärfenden Klassenwidersprüchen entsprechende härtere politische Gangart.

Der „Wandel" des linksliberalen „Stern" ....

Die Pläne für eine solche rechte Ausrichtung der „fortschrittlichen" und „liberalen" Teile der bürgerlichen Presse lagen längst in den Schubladen der Chefredaktionen und werden jetzt hervorgeholt.

Als Paradebeispiel dafür kann gegenwärtig ganz besonders der „Stern" genannt werden. Diese Massenillustrierte erscheint wöchentlich in rd. 1,6 Millionen Exemplaren im Bertelsmann / Gruner+Jahr-Konzern und wird jeweils von ca. zehn Millionen Menschen gelesen; sie ist damit weiter verbreitet als die offen reaktionären Konkurrenzblätter „Quick", „Neue Revue" (beide aus dem Heinrich Bauer Verlag) und „Bunte" (Burda-Verlag).

Während bisher die Distanz zur offen reaktionären Konkurrenz bei Gelegenheit mit durchaus fortschrittlichen Alibi-Artikeln markiert wurde, und der „Stern" die *„Marktlücke zwischen Brandt und Busen"* (so ein Fernseh-Kommentator) besetzt hielt, ist jetzt die Zeit gekommen, *„den politischen Standort des Blattes zu überdenken, denn in der BRD hat sich viel getan"* (Chefredakteur Henri Nannen)..

Wo der neue politische Standort des „Stern" zu sein hat, erklärte Nannen der versammelten „Stern"-Redaktion auf einer Konferenz: bislang habe man sich der SPD gegenüber verhältnismäßig wohlwollend verhalten, in Zukunft müsse da mehr „differenziert" werden.

Zur Bekräftigung hob der Chefredakteur ein über sechs Illustriertenseiten laufendes Interview mit dem Erzreaktionär Franz-Josef Strauß ins Blatt und gab dem CSU-Führer dabei jede erdenkliche Hilfe, sich der Millionen-Leserschaft der „fortschrittlich-liberalen" - Illustrierten als kommender Mann zu präsentieren.

In derselben „Stern"-Ausgabe (Nr. 13/1974 vom 21.3.74) wurde plötzlich auch die frühere, offenbar nicht tot zu kriegende „Stern"-Kolomnistin „Sibylle" (richtiger Name: Anneliese Friedmann, Herausgeberin der Münchner „Abendzeitung") wieder ausgebuddelt, um unter dem Titel „Das haben wir nicht gemeint" beherzt ihren bourgeoisen Klassenstandpunkt zum Kampf gegen den § 218 zur Schau zu stellen:

„Es stören die forschen, die falschen Töne der Aktionsgruppen 218 ... Es stören die Sozialistinnen, die sich der Sache allzu systemverändernd annahmen... Es stören die organisierten Demonstrationen... Es stört am meisten das Signum dieser ganzen Aktivitäten: eine geballte Faust... Wir wollen die Faust nicht und nicht die Provokation.."

Nein, wozu auch! Wenn sich bei „Sibylle" in diesem Punkt tatsächlich noch irgendwann einmal Probleme ergeben sollten, so wird es ihr bei ihrer sozialen Stellung kaum schwerfallen, auch ohne „Provokation" die Dinge zu regeln.

... Zur offenen faschistischen Hetze!

Blättert man im selben „Stern"-Heft weiter, stößt man auf ein nicht minder übles Chile-Stück. Unter dem Titel „Jetzt herrscht die nackte Gewalt" wird zwar von Greueltaten der faschistischen Militärdiktatur in Chile erzählt, die „Stern"-Leserschaft jedoch sogleich auf die dazugehörige Kernaussage hingeführt: Wahr sei ja schließlich, daß die Allende-Regierung 1973 am Ende gewesen sei und das linke Volksfrontbündnis der Unidad Popular – das im übrigen nie eine parlamentarische Mehrheit besessen habe und nur dank des chilenischen Präsidialsystems regieren konnte – politisch und ökonomisch abgewirtschaftet habe. Wörtlich heißt es dann weiter: *„Die Hälfte der Chilenen – bei weitem nicht nur die Reichen – atmete deshalb auf, als am 11. September 1973 die Hawker-Hunter-Jets der Luftwaffe den Präsidenten, der freiwillig nicht abtreten wollte, aus seinem Amtssitz schossen. Doch was dann geschah, hatte die große Mehrheit der Allende-Gegner nicht gewollt."*

Das ist genau dieselbe scheinheilige und zynische law-and-order-Argumentation, mit der faschistische Herrschaftsformen im allgemeinen und der Hitler-Faschismus im besonderen popularisiert werden: Recht und Ordnung müssen schließlich sein, und unter Hitler hätte wenigstens Ordnung geherrscht, die Arbeitslosen habe er von der Straße geholt und Autobahnen gebaut. Daß aber dann die sechs Millionen Juden, die Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, fortschrittlichen Arbeiter und Intellektuellen in den Konzentrationslagern ermordet worden sind – das hat eigentlich niemand gewollt.

„Streamline" – die faschistische Ausrichtung

Die ‚neue' rechte „Stromlinie" des „Stern" (Chefredakteur Nannen: „Wir müssen das Blatt streamlinen!") ist nicht völlig überraschend. Henri Nannen ist bekanntermaßen ein alter Faschist, der auch einige weitere alte Faschisten in seinem Stall beherbergt (vgl. Kasten). Zwar hat Nannen, mit gutem Gespür für die politische „Konjunktur", die Illustrierte zeitweise etwas nach links treiben lassen. Er hat aber nie aufgehört, den Kumpanen von gestern warmherzige Solidarität zu erweisen und sich speziell für die verurteilten Kriegsverbrecher einzusetzen – vor einigen Jahren war es der faschistische Rüstungsminister Speer, dessen „Befreiung" Nannens „Stern" ausgiebig feiern konnte; jetzt ist es „der Stellvertreter des Führers", Rudolf Heß, für dessen Freilassung (er sitzt immer noch in alliierter Haft in Berlin-Spandau) sich der „Stern" in mehreren Fortsetzungen engagiert.

Das rechte „streamlining" zeichnete sich überdies schon seit längerer Zeit ab. So gab Nannen nach der Aktion einer palästinensischen Gruppe während der Olympischen Spiele in München 1972 die Parole aus, alle Palästinenser seien „arabische Terroristen" und damit ein „erkannter Feind. Gegen den wir uns zu wehren haben. Basta."

„Stern"-Kundige berichten dazu gar, daß Nannen in seinem ersten Text sogar die Erschießung der drei überlebenden palästinensischen Guerillas verlangt habe und erst nach langem Zögern durch Redaktionsmitglieder davon überzeugt werden konnte, diese allzu wild geratene Passage zu streichen.

Nach diesem Chef-Artikel häuften sich die Anzeichen für die jetzt, im März 1974, offiziell angeordnete „Stromlinie" – wobei die Mittel der Demagogie insgesamt doch geschickter angewendet wurden als es Nannen mit seinem anti-palästinensischen Paukenschlag vorgeführt hatte.

So blies der „Stern" z.B. zur Kommunistenjagd, nachdem die „KPD" aus Protest gegen den Empfang der faschistischen US-Marionette Thieu in der BRD symbolisch das Bonner Rathaus besetzt hatte.

Eine nicht ganz unwichtige Rolle beim Hintrimmen des „fortschrittlich-liberalen" „Stern" auf die erwünschte rechte „streamline" spielt der Dauerkolumnist Sebastian Haffner, der unter der Nazi-Diktatur nach England emigrierte und daher – im Gegensatz zu seinem Chef – etwas Antifaschistisches an sich hat. Sebastian Haffners „unabhängige Meinung" ist immer dann von äußerstem Nutzen, wenn der „Stern" als solcher es nicht gewesen sein will. Während aber Haffner früher gegen den Antikommunismus kämpfte, sich stark für die Anerkennung der DDR einsetzte und 1967/68 gar offene Sympathien für APO-Gruppen erkennen ließ, fordert er jetzt z.B., die „Wehrpflicht" müsse zu einer „allgemeinen Dienstpflicht für junge Menschen" erweitert werden.

Während der sogenannten „Öl-krise" erklärte er, die Bundesrepublik müsse sich auf eine Art Kriegs- und Notstandswirtschaft einrichten, um „die Krise in den Griff" zu bekommen. Dies sei nur mit einer Allparteienregierung durchzusetzen. Mit anderen Worten: Haffner propagierte ein neues „Ermächtigungsgesetz".

Wenige Wochen später, z.Zt. der diesjährigen Tarifrunde, waren Haffner und der „Stern" so weit, von der Arbeiterklasse schlicht und ungeniert Lohnverzicht zwecks Unterstützung des notleidenden Kapitals zu verlangen. Unter dem drohenden Titel „Die Krise fängt erst an" behauptete Haffner: „eigentlich müßten die Löhne jetzt gesenkt werden", denn: „Kapitalbildung und Hebung des Lebensstandards stehen immer in Konkurrenz miteinander" und „jetzt (braucht) das Kapital das größere Stück vom Kuchen."

In diesem Stil macht der „Stern" systematisch weiter. Um aber den organisierten Rechtsruck des Blattes möglichst ungestört durchzuziehen und gleichzeitig möglichst lange das im Redaktionsstatut festgeschriebene „fortschrittlich-liberale" Image wenigstens formal aufrechtzuerhalten, „säubert" Chefredakteur Henri Nannen jetzt sein Haus. Nach der Parole, die den Hauptkapitalisten des Bertelsmann /Gruner+Jahr-Konzern, Reinhard Mohn, zugeschrieben wird: „Alle Luschen und Querulanten raus", räumt Henri Nannen in der „Stern"-Redaktion auf. Nach seinen eigenen Worten werden den eingangs erwähnten Entlassungen zehn weitere folgen, da die betreffenden Redaktionsmitglieder „den Anforderungen des Blattes nicht mehr gewachsen" seien. Denn um den harten Kurs des Kapitals den Lesermillionen des „Stern" gekonnt einzutrichtern, braucht er Leute, die widerspruchslos funktionieren.

Um diesen Sachverhalt zu bemänteln, tat auch G+J-Gesellschafter John Jahr sen. das seine dazu, indem er öffentlich behauptete, es zeichne sich die Möglichkeit ab, *„daß junge akademisch gebildete Radikale mehrheitlich in die politischen Redaktionen eindringen, um dort ihre weltanschaulichen, gesellschaftsverändernden Ziele durchzusetzen. Primär könnte dann eine solche Redaktion zur Plattform einseitiger politischer Parolen genutzt werden. Das wäre existenzbedrohend für unser Unternehmen. Der Verlag hat angesichts dieser nicht mehr auszuschließenden Entwicklung die Verpflichtung, derartigen Tendenzen entgegenzuwirken".*

Deutlicher kann man kaum sagen, daß es bei Säuberungskampagnen wie dieser vor allem auch darum geht, dem sich erwartungsgemäß entwickelnden Widerstand schon jetzt die Spitze abzubrechen.

Bezirkszelle St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg ■

Forts. Frankreich

– das alles heißt jedoch n i c h t, daß die französische Arbeiterklasse und die revolutionäre Linke sich nicht auf eine ähnliche Entwicklung wie in Chile v o r b e r e i t e n müßte. Die Bourgeoisie hat schon n o c h r e c h t e r e Politiker als Mitterrand mittels eines militärischen Eingreifens aus dem Sattel gehoben – wenn diese ihre Schuldigkeit getan hatten, oder die Gefahr drohte, daß ihnen die Kontrolle über die Arbeiterklasse aus den Händen gleitet. Mitterrand wäre für die französische Bourgeoisie nichts weiter als eine vorübergehende



Gallionsfiguren des Regimes (von links): Chaban-Delmas, Giscard d'Estaing, Messmer.

Möglichkeit, k e i n e s f a l l s jedoch eine S i c h e r h e i t (und die wird die Bourgeoisie allerdings auch n i e erlangen), die Arbeiterbewegung in den Fesseln einer bloß reformistischen Orientierung gefangenzuhalten.

Die Positionen der revolutionären Linken zu den Wahlen

Innerhalb der revolutionären Linken Frankreichs werden verschiedene Taktiken zur Präsidentschaftswahl verfolgen:

Die trotzkistische Organisation „rouge" (so benannt nach dem Namen ihrer Zeitung, nachdem die „Ligue Communiste" im Juni letzten Jahres verboten wurde) hat wieder ihren führenden Genossen Alain Krivine aufgestellt, der bereits bei den Präsidentschaftswahlen 1969 kandidierte und damals 1% der Stimmen im ersten Wahlgang erhielt. Bei den Parlamentswahlen im März letzten Jahres hatte die damalige „Ligue Communiste" ebenfalls eigene Kandidaten nominiert. Der Stimmenanteil der links von der KPF stehenden Organisationen, die sich selbst an den Parlamentswahlen beteiligten („Ligue Communiste", „Lutte Ouvrière" und und „PSU"), betrug rund 2,2%.

„Lutte Ouvrière" hat ebenfalls einen eigenen Kandidaten aufgestellt, die Genossin Arlette Laguiller. Über das Verhalten dieser beiden Organisationen für einen möglichen zweiten Wahlgang (wo ihre eigenen Kandidaten dann ja herausfielen) ist uns noch nichts bekannt.

Die dritte bedeutende Organisation der revolutionären Linken, „Révolution!", scheint sich dagegen (nach den uns vorliegenden Informationen, d.h. bis zur letzten Ausgabe ihrer Zeitung am 12. April) in ihrer einzuschlagenden Taktik noch nicht völlig festgelegt zu haben. Sie plädierte anfangs für die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der revolutionären Linken im ersten Wahlgang, womit jedoch weder „rouge" noch „Lutte Ouvrière" einverstanden waren. Unseres Erachtens wäre eine solche Taktik im e r s t e n Wahlgang durchaus richtig: dies wäre ein Gradmesser des Einflusses der revolutionären Linken innerhalb der Arbeiterbewegung.



Von der p r i n z i p i e l l e n Seite einer solchen Taktik (die wir für richtig halten) abgesehen, gilt es jedoch die k o n k r e t e n Vorstellungen zu sehen, die „Révolution!" damit verbunden hat. Nach Meinung von „Révolution!" wäre Charles Piaget, der sich als Streikführer im neunmonatigen LIP-Kampf viele Sympathien bei den französischen Arbeitern erworben hat und Mitglied der PSU und CFDT ist, der einzige geeignete Kandidat dafür gewesen. Piaget hatte bereits in den Parlamentswahlen letzten Jahres (also vor dem LIP-Kampf) für die PSU in Besançon kandidiert. „Révolution!" schrieb zur Begründung ihres Vorschlags in ihrer Zeitung am 12. April („rouge" und „Lutte Ouvrière" hatten zu diesem Zeitpunkt bereits ihre eigenen Kandidaten nominiert):

„ ... was können die Revolutionäre auf der Ebene der Wahlen gegen die bürgerlichen oder reformistischen Kandidaturen tun? Eine Klassenkandidatur entgegensetzen, die die Perspektiven konkretisiert, f ü r welche wir kämpfen. Weil Charles Piaget mehr als eine revolutionäre Kandidatur darstellt, nämlich eine Klassenkandidatur, und zwar die einzige. Weil er unsere sozialistische Hoffnung ausdrücken kann, und die Mittel, mit denen diese Hoffnung verwirklicht werden kann. Wir haben von Anfang an diese Perspektive gegen alle sektiererischen Manöver unterstützt, sei es die Kandidatur der vollendeten Tatsachen (Arlette Laguiller) oder die Nachfolge-Kandidatur (Alain Krivine). Im Falle, wo Piaget unseren Kampf nicht vertreten könnte, weil er durch parteibürokratische oder wahltaktische Manöver eliminiert worden wäre, wäre das einzig richtige Verhalten der revolutionären Organisationen, nicht die erbärmliche Nebeneinanderstellung von Kandidaten zur Schau zu stellen, sondern den Kampf um eine einzige, gemeinsame Arbeiter-Kandidatur weiterzuführen."

Wir halten diese Begründung von „Révolution!" für romantisch und „ouvrieristisch" (wie die französischen Genossen eine Haltung bezeichnen, die den Arbeiter aus sich heraus als „revolutionär" verklärt und der planmäßigen Herausbildung eines revolutionären Bewußtseins innerhalb der Arbeiterklasse, der Differenzierung zwischen der Arbeiteravantgarde und den Arbeitermassen weniger Bedeutung beimißt).

„Révolution!" sieht in Charles Piaget nur den „revolutionären" Streikführer von LIP – und „vergißt", daß er ein exponierter Vertreter der PSU ist, deren „Rosenwasser-Sozialismus" von „Révolution!" selbst schon mehrfach heftig kritisiert wurde (die Politik des PSU ist in etwa derjenigen des „Sozialistischen Büros" in unserem Land vergleichbar). Piaget hat sich unseres Erachtens durchaus als aufrichtiger Interessenvertreter im LIP-Kampf erwiesen – aber er ist wohl kaum als „einziger" (oder überhaupt, wenn man die Politik des PSU ansieht, als d e r j e n i g e) anzusehen, der als Kandidat in den Präsidentschaftswahlen „unsere sozialistische Hoffnung ausdrücken kann" und gar „die Mittel, mit denen diese Hoffnung verwirklicht werden kann". In diesem Punkt scheint uns dagegen die Kritik von „Lutte Ouvrière" zutreffend:

„Piaget ist sicherlich ein wertvoller Betriebsgenosse, aber ob er es will oder nicht, kann er es nicht verhindern, als Repräsentant der PSU zu fungieren. Seine Unterstützung durch die revolutionäre Bewegung könnte nur eines bedeuten: daß die revolutionäre Bewegung der PSU nachhinkt, gerade zu einem Zeitpunkt, wo die PSU sich selbst an die Links-Union anheftet."

Tatsächlich tritt Piaget nun auch nicht als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen an (obwohl es auch in den Reihen der PSU und in seiner Gewerkschaft, der CFDT, zu einer relativ starken Unterstützungskampagne für seine Kandidatur kam). Das zeigt zudem den illusionären Charakter des konkreten Vorschlags von „Révolution!", denn die Führer der PSU (in die Piaget kürzlich selbst mit aufrückte) hatte sich längst auf eine Unterstützung von Mitterrand in beiden Wahlgängen festgelegt, und hätte sich (nachdem sie schon die diesbezüglichen Vorschläge in den eigenen Reihen abgeblockt hatte) auch durch ein mögliches gemeinsames Auftreten der revolutionären Linken nicht mehr „beirren" lassen.

Im ersten Wahlgang will „Révolution!" nun stattdessen dazu aufrufen, „für die Revolutionäre zu stimmen", ohne allerdings einen eigenen Kandidaten aufzustellen oder bislang anzugeben, welchen Kandidaten (oder welche Kandidaten) sie meinen. Für den zweiten Wahlgang (falls er notwendig wird) will „Révolution!" eine endgültige Entscheidung erst treffen, wenn das Ergebnis des ersten Wahlgangs vorliegt. Allerdings erklärten sie bereits in ihrer Zeitung vom 12. April, daß sie einen Aufruf zur Stimmabgabe für Mitterrand „nicht ausschließen, trotz seiner und gegen ihn!" ■

Mailand

700 Familien besetzen leerstehende Neubauwohnungen



Juni 1971: Demonstration zur Unterstützung der Hausbesetzungen in der via Tibaldi und via Mac Mahon (Mailand)

Nach den Hausbesetzungen in Rom (vgl. AK 41, S. 21) wurden Anfang März in Mailand Hausbesetzungen im großen Stil organisiert. Es waren schließlich rund 700 proletarische Familien, die zwei große Neubaukomplexe im Quartiere Gallaratese und in der via Carlo Marx in Baggio (westliche Vororte Mailands) besetzt hielten. **Ihre Forderungen sind vor allem: Beschlagnahme und Verteilung von Wohnungen, die wegen zu hoher Mieten leer stehen; Festsetzung einer „proletarischen Miete" in Höhe von 10% des Lohns des ‚Familienoberhaupts'.**

Der Gebäudekomplex in der via Carlo Marx wurde am 4. April gegen acht Uhr morgens von der Polizei gewaltsam geräumt, als die Männer bereits zur Arbeit gegangen waren. Hier hatten fast 300 Familien in besetzten Wohnungen gelebt, die nun ins Quartiere Gallaratese umzogen und dort noch leerstehende Wohnungen besetzten.

Die kommunistische Tageszeitung „il manifesto" vom 5. April schreibt in diesem Zusammenhang, daß in Mailand 45.000 Wohnungen gesucht werden, daß 60.000 (!) Wohnungen „unbewohnbar" sind (aber „bewohnt" werden müssen, weil kein anderer Wohnraum zu zahlbaren Mieten vorhanden ist), und daß 35.000 Wohnungen unvermietet leerstehen, weil sich niemand findet, der die Wahnsinnsmieten dafür zahlen kann.

In Mailand wurden bereits 1971/72 Hausbesetzungen organisiert, in der via Tibaldi und der via Mac Mahon (zwei Straßen am Stadtzentrum). Die kommunistische Organisation „Lotta Continua", die in der via Tibaldi und via Mac Mahon eine wichtige organisierende Rolle gespielt hatte – wie auch jetzt wieder – kommt in ihrer gleichnamigen Tageszeitung zur Einschätzung, daß die jetzigen Hausbesetzungen in Mailand gegenüber den damaligen einen bedeutenden Fortschritt ausdrücken: damals waren es 50-70 Familien, die sich an den Hausbesetzungen beteiligten, jetzt aber etwa 700! Damals waren es vor allem Familien, die erst kürzlich aus dem Süden eingewandert und noch kaum in die Mailänder Arbeiterklasse integriert waren; der Kampf habe daher eine starke „sottoproletarische" Komponente gehabt (das entspricht dem nicht sehr guten deutschen Ausdruck „lumpenproletarisch"). Dagegen hätten die jetzigen Aktionen „ihre Wurzeln in der Arbeiter-Realität von Mailand", d.h. sie werden von proletarischen Mailänder Familien getragen. („Lotta Continua", 5.4.74) ■



Polizei zur Haus-Räumung aufmarschiert.

Italien

Faschistischer Staatsanwalt entführt

Am 18. April wurde der Genueser Staatsanwalt Mario Sossi entführt. Am folgenden Tag erschien eine Erklärung, angeblich von den „Roten Brigaden" (etwa der „Baader-Meinhof-Gruppe" in der BRD vergleichbar), worin diese Entführung politisch begründet wurde.

Sossi ist ein erklärter Rechter (den Neofaschisten nahestehend), ein Feind der italienischen Arbeiterklasse. Vor allem in politischen Prozessen und Untersuchungen hat er sich einen Namen gemacht, der im italienischen Volk einen schlechten Klang hat.

Sossi war der Staatsanwalt im Prozeß gegen die anarchistische Genueser Gruppe „22. Oktober" , gegen deren Mitglieder Strafen von lebenslänglich, 54 Jahre, 43 Jahre, 39 Jahre, 30 Jahre, 25 Jahre u.a. verhängt wurden. Sossi war auch untersuchender Staatsanwalt nach dem immer noch unaufgeklärten Tod des sozialistischen Verlegers Feltrinelli 1972, wobei Sossi bestrebt war, die ‚Untersuchung' ausschließlich nach links zu richten und z.B. ehemalige antifaschistische Widerstandskämpfer in die „Affäre" hineinzuziehen.

Vor allem die revisionistische „KP" (PCI), aber auch einige nicht-revisionistische Gruppen, sprachen jedoch bei Bekanntwerden der „Entführung" Sossis sofort von einer faschistischen Provokation. Tatsächlich stehen fast alle linken Organisationen in Italien den häufigen Aktivitäten der „Roten Brigaden" nicht nur kritisch, sondern auch sehr skeptisch gegenüber; eine ganze Reihe von Aktionen, für die die „Roten Brigaden" sich verantwortlich erklärten, wurden von linken Organisationen als Provokationen von rechts betrachtet. Im Fall der Sossi-„Entführung" etwa könnte es darum gehen, die Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz im Mai (eine Abstimmung, deren politische Tragweite über ihren unmittelbaren Gegenstand weit hinausgeht) zugunsten der Reaktion zu beeinflussen.

Die Entführung Sossis erinnert an die Erschießung von Calabresi, Kommissar der Mailänder Politischen Polizei, berüchtigter Anarchisten- und Kommunistenjäger, im Mai 1972. Wurde zuerst versucht, das Attentat der „Baader-Meinhof-Gruppe" (!) anzuhängen, so werden heute von der Polizei mehrere Faschisten als Tatverdächtige gesucht.

Es liegt auf der Hand, daß die Bourgeoisie nicht nur ein Interesse an Provokationen hat, sondern unter Umständen auch daran interessiert sein könnte, einen ihrer Funktionäre, der zu tief in die verbrecherischen Machenschaften des Staatsapparats verwickelt ist (wie Calabresi, der 1969 den Anarchisten Pinelli während eines Verhörs aus dem Fenster werfen ließ, so daß er starb), aus dem Weg zu räumen.

Dennoch wird das Ende solcher Feinde des arbeitenden Volkes wie Calabresi (und hoffentlich auch Sossi) von der revolutionären Arbeiterbewegung immer als wohltuend angesehen werden. ■

ITALIEN

Parteien genehmigen sich 180 Mio. Mark jährlich

Vor einigen Monaten wurde in Italien aufgedeckt, daß mehrere Regierungsparteien (Christdemokraten, Sozialdemokraten, Republikaner) Schmiergelder von Ölkonzernen dafür erhalten hatten, daß sie den Schwindel mit der „Ölkrise" zum Wohl der Konzerne mitgemacht hatten.

Das Bekanntwerden dieses Skandals verursachte breite Empörung im arbeitenden Volk; dagegen waren die bürgerlichen Parteien bestrebt, die Geschichte schleunigst in irgendwelchen „Untersuchungsausschüssen" zu begraben. Auch die revisionistische „KP" strengte sich an, die Korruptions-Affäre als bedauerlichen Betriebsunfall des „republikanischen Staates" hinzustellen.

Schließlich zogen die Parteien aus der Öl-Schmiergeld-Affäre eine bemerkenswerte Konsequenz: wenn die Parteien „gezwungen" seien, Schmiergelder von Konzernen anzunehmen, so beweise dies eben nur die finanzielle Notlage der Parteien, der auf anderem Wege schleunigst abgeholfen werden müsse.

So wurde beschlossen, die Parteien in Zukunft direkt aus dem Staatshaushalt zu versorgen. Und zwar sollen jährlich 45 Milliarden Lire (ca. 180 Mio. Mark) an die Parteien ausgeschenkt werden, jeweils entsprechend der Zahl ihrer Parlamentssitze. Zusätzlich sollen noch zu allen Parlamentswahlen 15 Milliarden Lire (ca. 60 Mio. Mark) extra verteilt werden.

Von den 45 Milliarden Lire jährlich gehen rund 15,7 Milliarden (ca. 63 Mio. Mark) an die Christdemokraten (DC), 10,4 Milliarden (ca. 42 Mio. Mark) an die Revisionisten (PCI), 7,8 Milliarden (ca. 31 Mio. Mark) an die Sozialdemokraten (PSI und PSDI) und 4,3 Milliarden (ca. 17 Mio. Mark) an die Neofaschisten (MSI). Letzteres wird von den meisten italienischen Arbeitern als besondere Provokation empfunden, daß sie nämlich mit ihren Steuergeldern jetzt direkt die Partei der Arbeitermörder von gestern, heute (und vielleicht von morgen?) finanzieren müssen.

Die Parteienfinanzierung ging mit 334 gegen 42 Stimmen glatt und in Rekordtempo über die parlamentarische Bühne. Nur die Abgeordneten der Liberalen Partei stimmten dagegen. Die Revisionisten stimmten dem Gesetz nicht nur zu, sondern verhöhnten die Arbeiterklasse noch weiter, indem sie im Parlament erklärten, die Parteienfinanzierung werde dazu beitragen, *„das politische Verhalten zu erneuern und zu einer Gestaltung des politischen Lebens zurückzukehren, die den Prinzipien der Verfassung mehr entspricht."*

Tatsächlich läßt jedoch die Katze das Mausen nicht, und die staatliche Parteienfinanzierung wird die Parteien nicht veranlassen, in Zukunft Schmiergelder der Konzerne mit einem höflichen „Nein danke, wir haben uns schon bedient!" zurückzuweisen.

Übrigens stand am selben Tag, an dem über die Parteienfinanzierung beschlossen wurde, ein weiterer Antrag zur Diskussion. Es ging darum, daß in Zukunft Witwer in den Genuß der Pension ihrer verstorbenen Frau kommen sollten (dies gilt bisher nur, falls der Witwer arbeitsunfähig ist). Die Durchführung dieses Gesetzes hätte den italienischen Staat im ersten Jahr 35 Milliarden Lire und 45 Milliarden in den folgenden Jahren gekostet – also ebensoviel wie die Parteienfinanzierung. Hier bewies das Parlament Sinn für Sparsamkeit, indem es diesen Antrag ablehnte.

Lenin sagte, daß die bürgerlichen Parlamente es nur verdient haben, von der Arbeiterklasse auseinandergejagt zu werden. Das italienische Parlament hat die aktuelle Gültigkeit dieses Satzes wieder einmal anschaulich bewiesen. ■

AUFRUF DES POLITBÜROS DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES LUXEMBURG AN ALLE DEMOKRATISCHEN, ANTIIMPERIALISTISCHEN UND KOMMUNISTISCHEN ORGANISATIONEN DER BRD

Genossen!

Anfang März stattete der Innenminister von Rheinland-Pfalz dem luxemburgischen Innenminister einen Besuch ab. Dabei machte der rheinland-pfälzische Innenminister der luxemburgischen Regierung das Angebot, ihr das technische Material des Bundesgrenzschutzes (in der Hauptsache Hubschrauber samt Besatzung) „im Bedarfsfalle" zur Verfügung zu stellen. „Diese Zusammenarbeit bedürfe keiner vertraglichen Regelung, sie richte sich vielmehr nach der Praxis". Denn „Besonders im Bereich der öffentlichen Sicherheit dränge sich eine intensive und engere Zusammenarbeit auf" (Zitate aus „Luxemburger Wort" vom 5. März 1974).

Im Klartext heißt das, daß die westdeutsche Bourgeoisie sich nicht darauf beschränkt, den Bundesgrenzschutz zu einer inneren Bürgerkriegstruppe auszubauen, sondern darüber hinaus unter dem Deckmantel der technischen Hilfe, den Bundesgrenzschutz zur Unterstützung der luxemburgischen Bourgeoisie und zur Sicherung der Interessen des BRD-Imperialismus in Luxemburg einsetzen will.

In Luxemburg beginnen sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes nach einer langen Periode des relativen Klassenfriedens von neuem zu entwickeln. Am 9. Oktober 1973 streikten und demonstrierten 30.000 Arbeiter und Werktätige gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und für ihre politischen Rechte.

Um sich auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten, hat die Bourgeoisie die Schießerlaubnis für Gendarmerie und Polizei erweitert und plant die Schaffung einer kasernierten, mobilen Gendarmerie-Einheit.

Der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates stößt aber schnell auf die finanziellen Grenzen des öffentlichen Haushaltes eines Kleinstaates. Die Bourgeoisie versucht deshalb, die kostspieligen Apparaturen wie Hubschrauber und dergleichen, im „Bedarfsfalle" bei ihren Klassenbrüdern auszuleihen.

Jedesmal, wenn die Macht der Luxemburgischen Bourgeoisie bedroht war, wurde ausländisches Militär ins Land geholt und gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt. So z.B. wurden im Juni 1917 deutsche Truppen gegen die streikenden Stahlarbeiter eingesetzt. Am 9. Januar 1919, als die Arbeiter- und Bauernräte die luxemburgische Sowjetrepublik ausriefen, ließ der klerikale Regierungspräsident französische Truppen aufmarschieren. 1921 wurde mit Hilfe französischer Truppen ein einmonatiger Generalstreik im Blut erstickt. Am 10. Mai 1940 nahm die deutsche Wehrmacht den herrschenden Klassen in Luxemburg die Sorge um die Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung ab.

Seit seinem Bestehen als Nationalstaat ist Luxemburg ein Zankapfel zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus. Am Anfang und am Ende der beiden Weltkriege wechselte die Stahlindustrie jeweils den Besitzer: aus den Klauen des französisch-belgischen Monopolkapitals in die Klauen des deutschen Monopolkapitals und zurück.

Gerade heute, wo sich der westdeutsche und französische Imperialismus im Prozeß der Herausbildung einer dritten imperialistischen Supermacht weiter differenzieren, nehmen sie auch den Kampf um die Erweiterung ihrer politischen, ökonomischen und militärischen Einflußzonen immer offener auf. Unabhängig davon, ob die Einigungsversuche der westeuropäischen Imperialisten Erfolg haben werden, oder ob sie sich weiter differenzieren werden, gilt es heute für die luxemburgische Arbeiterklasse, den Kampf in erster Linie gegen die Bourgeoisie im eigenen Land zu führen und ihr dabei die Hilfe anderer Imperialisten abzuschneiden.

Dies ist allerdings nur möglich durch den gemeinsamen Kampf der luxemburgischen Arbeiterklasse mit den Arbeitern dieser imperialistischen Staaten.

Der Kommunistische Bund Luxemburg ruft deshalb alle fortschrittlichen, antiimperialistischen und kommunistischen Organisationen und Menschen der BRD auf, diese unter dem Deckmantel der „technischen Hilfe" geplanten Einsätze des Bundesgrenzschutzes in Luxemburg in der westdeutschen Öffentlichkeit zu entlarven, um rechtzeitig jeden Einsatz der westdeutschen Bürgerkriegstruppe auf Luxemburger Boden bekämpfen zu können.

NIEDER MIT DEN EINSATZPLÄNEN DES BUNDESGRENZSCHUTZES!

WEG MIT DER BÜRGERKRIEGSTRUPPE!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS UND DER GEMEINSAME KAMPF DER VÖLKER DER WELT!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH, BESIEGT DEN IMPERIALISMUS!

Luxemburg, den 26. März 1974
das Politbüro des KBL

Der Kampfwille der spanischen Arbeiterklasse ist ungebrochen

Verschärfte Klassenkämpfe in Spanien

Die verschärfte Unterdrückung und Verfolgung aller Antifaschisten in Spanien hält unvermindert an. Unter der Regie des ehemaligen Polizeichefs und jetzigen Regierungschefs Spaniens, Arias Navarro, soll es in etwa drei Monaten zu 350 politischen Verhaftungen gekommen sein (Frankf. Allg. Ztg. 20.4.74). Diese Zahl - die zweifellos höher angesetzt werden muß - bezieht sich nur auf Mitglieder (und angenommene Mitglieder) sozialistischer und kommunistischer Gruppen und Organisationen. Nicht gerechnet sind dabei die zahllosen Verhaftungen oppositioneller Arbeiter bei den sehr zahlreichen Streiks der letzten Monate.

Was der Bluthund Arias Navarro in seiner Regierungserklärung ankündigte, hat der faschistische Polizeiapparat, der ihm untersteht, bereits mit aller Konsequenz in Angriff genommen: „ Ruhig, aber bestimmt wiederholen wir die feste Absicht, das geheiligte Erbe unseres sozialen Friedens zu wahren... Wer dagegen angeht, weiß, daß die Regierung ständig wacht und ihre Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und sozialen Ordnung ohne Zögern und bis aufs Äußerste erfüllen wird."

Und um diesen Kern- und Angelpunkt dreht sich denn auch in der Praxis die spanische Politik, während die von Arias Navarro angekündigten „Reformen" wie Lockerung der Zensur, Zustimmung zum Recht, Vereinigungen zu bilden (natürlich keine oppositionellen, sondern regierungsfreundliche !) oder „Reform" der Syndikatsgesetzgebung in der Praxis keinerlei Auswirkungen haben und lediglich der Imagepflege gegenüber dem Ausland dienen. Was im Hort der Faschisten tatsächlicher bitterer Alltag für Millionen ist, sei durch einige Zahlen zur Lebenslage der Arbeiterklasse verdeutlicht.

Die amtlich für 1973 zugegebene Inflationsrate beträgt 14%, real liegt sie etwa bei 17%. Für 1974 werden noch höhere Inflationsraten vorausgesagt (ca. 20%). Der gesetzliche Mindestlohn (sprich Hungerlohn) liegt bei 225 Pesetas täglich. Das sind etwa 11,75 DM. Er wurde im März dieses Jahres vom spanischen Ministerrat auf diese „stolze" Zahl erhöht. Etwa 600.000 bis 2 Mio. Ar- erhalten diesen Mindestlohn, der bei 30 (!) Arbeitstagen 6.750 Peseten ausmachen würde. Eine vierköpfige Familie brauchte (laut „Cuardernos para el Dialogo" - christdemokratisch) allein für Nahrungsmittel in Madrid am Anfang 1974 6.600 Peseten (der Gesamthaushalt beläuft sich mindestens auf das Doppelte !).

Die spanische Arbeiterklasse setzt sich gegen die zunehmende Verelendung mit Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen zur Wehr. Aus Anlaß der Neufestlegung der Tarifverträge Anfang dieses Jahres kam es zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen und militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei, die bei Streiks immer eingreift (Streiks sind in Spanien generell verboten!). So meldete die Zeitung „Nuevo Diario" (Barcelona) vom 27.3.74 für den Monat Januar „Arbeitskonflikte" in 126 Betrieben allein in Katalonien, an denen 50.000 Arbeiter beteiligt waren, mit insgesamt 225.000 Streikstunden, 11 Fällen von Aussperrungen, 455 Entlassungen und 30 Verhatungen. Katalonien und das Baskenland haben in der Regel als die am meisten industrialisierten Regio - Spaniens auch die kämpferischte Arbeiterschaft.

Politische Massenentlassungen

Vielerorts konnten die Arbeiter in ihren Streiks geringfügige Verbesserungen ihrer Löhne erreichen. Neben Forderungen nach besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen, standen jedoch politische Forderungen, für Versammlungsfreiheit Streikrecht im Mittelpunkt. Hiergegen gingen die Faschisten mit den bekannten Mitteln des brutalen Polizeiterrors der Aussperrungen und in verstärktem Maße der politischen Entlassungen und betriebsinternen Disziplinierung (sogenannte „Betriebsstrafen", wie Lohnkürzungen und Lohnstreichungen) vor.

Das Ziel der Entlassungen ist die „Säuberung" der Betriebe von bewußten und kampfentschlossenen Arbeitern und zugleich die Einschüchterung aller Kollegen. Die zunehmende Kampfkraft und Koordination der Aktionen der Arbeiter außerhalb des Rahmens der faschistischen Einheitsgewerkschaften (hier haben insbesonders die „illegalen" Arbeiterkommissionen Bedeutung) soll von vornherein beschränkt und eingedämmt und die wachsende Solidarität durch ein Klima der Angst verhindert werden.

Von besonderer Bedeutung war in den letzten Monaten der Streik bei 'Standard Electrica' im Januar und Februar – ein Unternehmen, das zum ITT-Konzern gehört, dem Putsch-Konzern von Chile.

Der Streik begann Mitte Januar. Die Arbeiter forderten u.a. einen Mindestlohn von 500 Pesetas (etwa 25 Mark; durchschnittlicher Mindestlohn in Spanien: 225 Ptas); 40-Stunden-Woche (bisher 43,5); 30 Tage Jahresurlaub (bisher 20). Neben weiteren wirtschaftlichen Forderungen wurden auch politische Forderungen gestellt wie Beteiligung einer von den Arbeitern zu wählenden Kommission an den Verhandlungen mit der Unternehmensleitung und Versammlungsrecht (die Arbeiter haben im faschistischen Spanien keine derartigen Rechte).

Gegen die Streikenden rief die Unternehmensleitung Ende März die Polizei zur Hilfe, die die Streikenden aus den Betrieben prügelte. Es wurden Arbeiter entlassen und Verhaftungen vorgenommen. Diese Repression konnte den Streik jedoch zunächst nicht brechen. Anfang Januar verfügte die Unternehmensleitung die Entalssung aller 4.000 Arbeiter im Werk Villaverde, dem Zentrum des Streiks. Die Arbeiter wurden, soweit sie sich „arbeitswillig" erklärten, individuell wieder eingestellt. wobei schließlich ein Rest von 100 Entlassungen übrig blieb.

Dieser Streik brach schließlich zusammen. Die Kapitalisten konnten den Arbeitern sogar neue Arbeitsverträge aufzwingen, die eine Lohn*senkung* bedeuteten.

Aber jeder vorübergehende Sieg der Kapitalisten und Faschisten lehrt die Arbeiter weitere Kampferfahrungen, stärkt ihren Klassenhaß zum Sturz der faschistischen Diktatur. Heute Caetano in Portugal, morgen Franco in Spanien! ■

Spanien-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Um sich ein ungefähres Bild über die Ausmaße dieser Disziplinierung zu machen, drukken wir im folgenden die Zusammenstellung eines Genossen, die er der spanischen Tagespresse entnahm, ab. Der Zeitraum: 1. bis 31. Januar. (Die Zahlen in Klammern bedeuten „Sanktionen" oder „Betriebsstrafen" wie Lohnkürzungen oder Lohnstreichungen; die Zahlen ohne Klammern Entlassungen.)

KATALONIEN:	
Motoplast	57
Ficotex	5
Electrónica Industrial	230
Gassol	4
Inter	37 + (310)
Vulva	37
Juan Domingo Casanovas	7
Artes de Arcos	17
Industria Cusi	25
(im Februar:	
Enasa	14
Fitisa	120)
BASKENLAND:	
Izar	650
Onega	(196)
Eaton Iberica	(400)
Authi	4
Ibérica del Frio	95
Zubigaray Ingenieros	(75)
Laminaciones de Lesaca	46
Tarabusi	192
Indecasa	180
Seida	(300)
Construcciones Metalicas Arregui	28
Corretera del Norte	61
ANDALUSIEN:	
Hytasa	2
Rumosa	3
Marvizón	11
Astilleros Espanoles	(2890)
Montajes Nervión	39
Bazán	(2800)
GALIZIEN:	
Astano	22
Consorcio do Mino	68
ASTURIEN:	
Duro-Felguera (langreo)	(123)
Duro-Felguera (Gijón)	96
Montajes Rubin	85
ZENTRUM (MADRID):	
Ticsa	20
Amper Radio	2
Fasa-Renault	(43)
Fada	58
Standard (ITT) (s. folgender Bericht)	

ITALIEN:

Neue gerichtliche Repressalien gegen "Lotta Continua"

Wie „Lotta Continua", Tageszeitung der gleichnamigen italienischen kommunistischen Organisation, vom 10. April berichtet, wurde erneut ein Urteil gegen Verantwortliche der Zeitung gesprochen.
Verurteilt wurde die Genossin Adele Cambria, ehemalige Leiterin der Zeitung, zu einem Jahr und zwei Monaten wegen „Billigung eines Verbrechens".

Es geht dabei um einen Artikel aus dem Jahre 1972, der sich mit der Entführung und Erschießung von Oberdan Sallustro, Direktor der italienischen FIAT-Filiale, durch Kämpfer der ERP beschäftigte. „Lotta Continua" hatte dazu geschrieben, daß ebenso die italienischen Kapitalisten wie die Proletarier diesen Vorgang im Zusammenhang der italienischen Klassensituation sehen und interpretieren. „Lotta Continua" hatte dazu ein Gespräch mit einem FIAT-Arbeiter veröffentlicht; ferner ein Foto, auf dem ein Plakat der FIAT-Direktion zur Erschießung Sallustros zu sehen war; auf diesem Plakat hatten die FIAT-Arbeiter Kommentare angebracht, in denen an den letzten „Arbeitsunfall" bei FIAT erinnert wurde, über den die FIAT-Direktion keine Tränen vergossen hatte.

Die Tageszeitung „Lotta Continua" hat in weniger als zwei Jahren über 100 Strafanzeigen bekommen.

Erst kürzlich wurde der Genosse Grimaldi zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt (vgl. AK 39, S. 9), wodurch sich das Gesamtmaß der gegen ihn verhängten Strafen auf fünf Jahre erhöhte.

„Lotta Continua" vom 10. April schreibt: „ ... *Aber die faschistischen und bürgerlichen Zeitungen, die das Massaker Pinochets gefeiert haben, die Offiziere, die darauf in den Kasernen anstießen, die Männer der Christdemokratie, die von den Kanzeln das chilenische Gorilla-Regime gebilligt und ihm Beifall gespendet haben – sie werden nicht vor Gericht gestellt. Die Verteidigung des bürgerlichen Verbrechens, die „Anstiftung zu Verbrechen" im Namen des Profits, stehen nicht auf der Liste der zu verfolgenden Verbrechen.*" ■

Forts. Irland

Damit wurden die alten Strukturen des Clan-Systems durch den Feudalismus zerschlagen, der mit dem Privatbesitz des Landes die Basis der englischen Herrschaft bildete.

Um die Macht der englischen Krone in Irland zu festigen, ließen die englischen Kolonialherren das irische Land enteignen und verteilten es an protestantische Siedler aus Schottland, was dazu führte, daß es noch heute in Ulster (Nordirland) eine protestantische Mehrheit gibt. Damit erreichte die englische Krone zwei Ziele: Erstens begann sie mit der „teile und herrsche"-Politik, die sie heute noch erfolgreich durchführt, und sie schuf sich Leute, auf die sie sich noch heute stützen kann und die sich immer als Diener der Briten erwiesen. Diese Politik wurde von den imperialistischen Staaten auch in vielen Ländern der „Dritten Welt" betrieben.

Um 1700 wurde dann durch eine Reihe von Gesetzen den Katholiken das Wahlrecht aberkannt, sie durften keine Universitäten besuchen, nicht an Schulen lehren, und nicht in protestantischen Betrieben in die Lehre gehen. Die revolutionäre nationale Bewegung, die gegen diese Gesetze und gegen die englische Unterdrückung insgesamt kämpfte, wurde von der national-irischen Oberschicht sabotiert, die damit bei der Unterdrückung des irischen Volkes mithalf.

Da die Bildung einer nationalen Industrie – und damit verbunden einer Industrie-Arbeiterschaft – in Irland von England durch Restriktionen und Schutzzölle verhindert wurde, bildeten die Bauern auch im 18. Jahrhundert die zahlenmäßig stärkste und am meisten ausgebeutete Schicht. Die Bauern waren den meist in England lebenden Landlords völlig ausgeliefert. Das führte dazu, daß sich die Bauern seit 1761 zu meist sektiererisch organisierten Geheimbünden zusammenschlossen. Nur in Ulster organisierten sich Katholiken und protestantische Bauern gemeinsam in den „Oakboys", die militärisch gegen die Landbesitzer vorgingen und die von der Bauernschaft insgesamt unterstützt wurden. Es gelang den katholischen und protestantischen Landbesitzern nur mit Hilfe der Armee, den Aufstand der Bauern niederzuschlagen.

Unter dem Einfluß der französischen Revolution versuchte die irische Bourgeoisie – katholische und protestantische zusammen – noch 1790 die nationale Unabhängigkeit Irlands zu erlangen. Das Bündnis, das sie dazu mit den revolutionären Bauernmassen einging, fand seine Organisation in den „United Irishmen" unter Führung des protestantischen Wolfe Tone. Die Organisation stellte demokratische Forderungen wie z. B. Wahlrecht für alle. Der Aufstand der „United Irishmen" 1798 wurde mit Hilfe der Armee und reaktionärer protestantischer Organisationen blutig niedergeschlagen, hinterließ aber einen Eindruck auf alle folgenden revolutionären Bewegungen. Auch das folgende Jahrhundert war erfüllt durch den Kampf der Iren gegen die britischen Unterdrücker. Aber auch diese Kämpfe standen un-

war erfüllt durch den Kampf der Iren gegen die britischen Unterdrücker. Aber auch diese Kämpfe standen un-
ter der Führung bürgerlicher Politiker, die den Kampf dort verrieten, wo er revolutionäre Inhalte annahm.

Das 18. Jahrhundert war weiterhin gekennzeichnet von einer großen Hungersnot, die 1,3 Mill. Iren das Leben kostete, und durch den langsamen Aufbau einer nationalen Industrie.

Um 1850 kam die Forderung der „Home Rule" (legislative Unabhängigkeit innerhalb des englischen Königreichs) auf, die getragen wurde von den Bauern, den Arbeitern und der Bourgeoisie. Versuche, die „Home Rule" im englischen Parlament durchzusetzen, scheiterten.

1907 wurde die „Sinn-Fein"-Partei gegründet, in der sich zunehmend Bauern und Kleinbürger zum Kampf für die Unabhängigkeit Irlands organisierten. 1913 wurde von der protestantischen Bourgeoisie die „Ulster Volunteer Force" gegründet, die, falls die „Home Rule" verabschiedet werden sollte, in Irland einen Bürgerkrieg beginnen sollte.

Die Widersprüche in Irland verschärften sich.

1905 war es J. Larkin, einem englischen Gewerkschaftsfunktionär, erstmals gelungen, einen Streik von Arbeitern beider Konfessionen zu organisieren. 1909 gründete er mit dem Revolutionär J. Connally die „Irish Transport and General Workers Union". Diese Gewerkschaft führte 1913 einen erfolgreichen Generalstreik durch, der schließlich von der Bourgeoisie blutig niedergeschlagen wurde. Daraufhin gründete Connally eine eigene Armee, die „Irish Citizen Army". Diese unternahm mit Teilen des „Irish Volunteers" 1916 in Dublin den Osteraufstand und proklamierte eine unabhängige Irische Republik. Dieser Aufstand wurde aber in einer Woche wegen mangelnder Organisation, zu wenigen Waffen und Unklarheiten unter den Revolutionären zerschlagen und ihre Anführer – darunter auch Connally – ermordet.

Während des Osteraufstandes entstand die „Irish Republican Army" (IRA). An die Spitze der Sinn Fein trat 1917 de Valera. Bei den Wahlen 1919 erlangte die Sinn Fein die absolute Mehrheit, bildete ein unabhängiges irisches Parlament mit einer Untergrundregierung und proklamierte die unabhängige irische Republik. Die blutigen Unruhen zwischen den reaktionären und den revolutionären Kräften in Irland nahmen wieder zu.

1920 verabschiedete das englische Parlament ein Gesetz, das Irland in das 26 Grafschaften umfassende Südirland (später in Eire umbenannt) mit überwiegend katholischer Bevölkerung und das sechs Grafschaften umfassende industriell weiterentwickelte Nordirland mit überwiegend protestantischer Bevölkerung spaltete.

Von 1920 - 22 führte die IRA in Irland und England einen Kampf gegen die dem irischen Volk aufgezwungene Teilung, an dem sich große Teile der Arbeiter- und Bauernschaft beteiligten. An der Frage der „Friedensverhandlungen" mit den englischen Imperialisten spaltete sich die Sinn Fein, wobei die Mehrheit der Abgeordneten des irischen Parlaments einem Friedensvertrag zustimmte.

Im Frühjahr 1922 kam es zum offenen Bürgerkrieg zwischen den beiden Strömungen der Sinn Fein, in dem die revolutionären Kräfte unterlagen. Diese Niederlage zerstörte das politische und organisatorische Gerüst der republikanischen Bewegung für mehrere Jahrzehnte.

Die Spaltung Irlands in einen Agrarstaat (Rep. Irland) und ein weiter industrialisiertes Gebiet (Nordirland), in dem die protestantische Mehrheit fest zu den Briten hielt, festigte die englische Herrschaft über ganz Irland. Die Rep. Irland lieferte damals über 90 % ihres Exports nach England, hauptsächlich Lebensmittel, und bezog von dort 80 % ihres Imports, bildete also einen sicheren Absatzmarkt.

Durch Überfälle auf Waffenlager und Waffenkäufe bewaffnete und organisierte sich nach dem 2. Weltkrieg die IRA neu und begann 1956 mit einer Bombenkampagne, die bis 1962 andauerte. Während die IRA anfangs noch große Unterstützung in der Bevölkerung fand, so führte diese Kampagne durch sektiererisches Vorgehen (z. B. Bombenlegen in Kinos, Geschäften, Kneipen, Attentate auf unschuldige Protestanten) zur weiteren Spaltung beider Konfessionsgruppen und zur totalen Isolation der erschöpften und demoralisierten IRA.

Die Bürgerrechtsbewegung in Nordirland

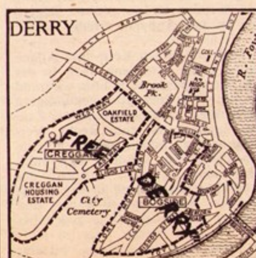
Mitte der sechziger Jahre begann sich die katholische Bevölkerung in Nordirland wieder gegen ihre miserable Lage zu erheben. 40 % der katholischen Bevölkerung sind arbeitslos (in den katholischen Arbeitervierteln in Belfast und Derry beträgt die Arbeitslosigkeit über 50 %). Viele Katholiken haben keine Wohnung oder hausen in menschenunwürdigen Unterkünften. Wählen darf nur, wer ein

ken haben keine Wohnung oder hausen in menschenunwürdigen Unterkünften. Wählen darf nur, wer ein
Haus oder eine Wohnung hat. Infolgedessen werden die Katholiken durch den von Protestanten besetzten Verwaltungsapparat (von 332 leitenden Beamten waren 1969 nur 49 katholisch) bei der Wohnungsvergabe benachteiligt. In gleicher Richtung wirkt das sogenannte „Gerrymandering". Es sieht die willkürliche Festsetzung der Wahlkreisgrenzen zum Nachteil der katholischen Bevölkerung vor. So ist z. B. Derry, eine Stadt mit überwiegend katholischer Bevölkerung, in drei Wahlkreise aufgeteilt: Ein großer für Katholiken und zwei kleine für Protestanten, so daß, obwohl von 30.000 Stimmen 20.000 auf katholische Abgeordnete fielen, das Verhältnis im Stadtrat 12 : 8 für die Protestanten ausfiel.

Um den Protest der katholischen Bevölkerung gegen solche Unterdrükkungsmaßnahmen zu organisieren, wurde 1967 die NICRA (North Ireland Civil Right Association) gegründet, die in ihrer Plattform die Auflösung der künstlich konstruierten Wahlkreise, pro Person eine Wählerstimme, Auflösung der Hilfspolizei, B-Specials, Zurücknahme der Notstandsgesetze und gerechtere Zuteilung von Wohnungen forderte.

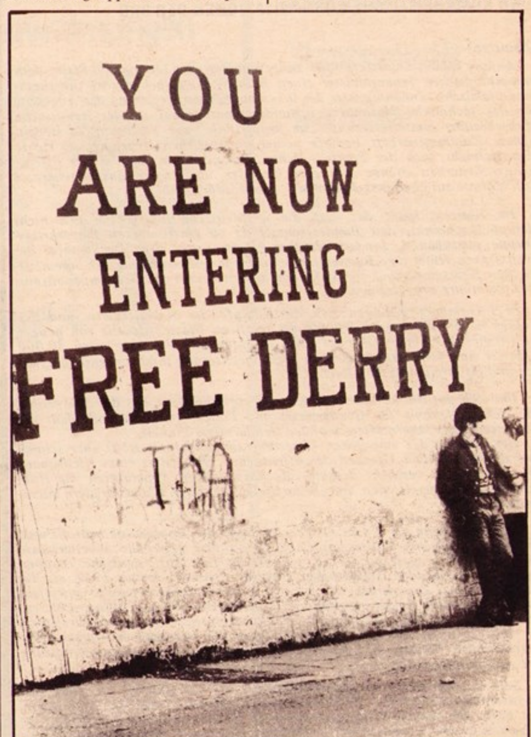
Zu Anfang verfolgt die Bürgerrechtsbewegung eine gemäßigte Linie, eine Linie des Legalismus und der Gewaltlosigkeit. Am 5.10.68 will die NICRA in Derry eine Demonstration veranstalten, die von W. Craig – damals nordirischer Innenminister – verboten wird, weil dieser Verbindungen zwischen der IRA und der NICRA unterstellt. Die IRA, die noch nicht wieder an die Öffentlichkeit getreten ist, nimmt an der Bürgerrechtsbewegung zu diesem Zeitpunkt allerdings nur auf individueller Ebene teil. Die trotz des Verbots durchgeführte Demonstration wird von der Polizei brutal zusammengeknüppelt. Bilanz: 91 Verletzte. Seit 1962 sind dies die ersten größeren Zusammenstöße zwischen der Polizei und der Bevölkerung. Sie signalisieren den Beginn eines neuen Kapitels in dem 800 Jahre währenden Kampf des irischen Volkes.

Free Derry



Auf einer zweiten, ebenfalls verbotenen Massendemonstration marschieren am 26.11.68 15.000 Menschen unter der Parole der NICRA „Ein Mann – eine Stimme, ein Mann – eine Arbeit, ein Mann – eine Wohnung" durch Derry. Die militanten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und faschistischen, protestantischen Organisationen auf der einen Seite und katholischen Republikanern und Kommunisten auf der anderen Seite, nehmen zu. Die Spannungen führen am 12. August 1969 zu einem Überfall auf die Bogside, ein katholisches Arbeiterviertel in Derry. Als die Polizei und Banden faschistischer Protestanten am Morgen auf die Bogside stürmten,hal - fen alle Bewohner der Bogside bei

faschistischer Protestanten am Morgen auf die Bogside stürmten,hal - fen alle Bewohner der Bogside bei
der Verteidigung ihres Stadtviertels mit. Die Älteren bauten Barrikaden und die Kinder stellten hunderte von Molotowcocktails her. Drei Tage und zwei Nächte wird die Bogside gegen Polizei und Faschisten auf den Barrikaden von der Bevölkerung verteidigt. Dann werden vom Stormont (nordirisches Provinzparlament) die B-Specials – eine bis zu den Zähnen bewaffnete, faschistische Reservepolizei, herbeigerufen. Aber auch sie scheitern, trotz Tonnen vom versprühtem CS-Gas (das die US-Imperialisten auch in Vietnam einsetzten). Am Abend des 14. August erscheinen die britischen Soldaten, die von der Bevölkerung applaudierend empfan-



gen werden. Die Soldaten sagen, sie seien als Befreier gekommen. Noch ist das Bewußtsein, daß auch die britischen Soldaten eine Macht im Dienste der Unterdrücker darstellen – noch brutaler und noch gewalttätiger – nicht weit verbreitet.

Wegen der in der Folgezeit immer wieder vorkommenden Überfälle auf die katholischen Arbeiterviertel versperrte die Bevölkerung des Stadtteils Creggo und Bogside die Zufahrtsstraßen mit Barrikaden und nannte ihr Viertel „Free Derry". In ihr lebten ca. 30.000 Menschen. Durch das Viertel patroullierten Wachen der IRA, es wurden co-op-Läden und ein eigener Sender eingerichtet. Nahezu alle Bewohner zahlten keine Miete mehr an die Stadt. Im August 1971 wurde „Free Derry" von der britischen Armee mit einem riesigen Aufgebot von Soldaten und Waffen (das Truppenkontingent wurde extra für diesen Überfall von 17.000 auf 24.000 aufgestockt) besetzt und die Barrikaden beseitigt.

Zumindest seit „The battle of Bogside" wurde der Ruf nach der IRA als militante Verteidigungsarmee

Zumindest seit „The battle of Bogside" wurde der Ruf nach der IRA als militante Verteidigungsarmee
wieder laut. Es hat sich gezeigt, daß die Bürgerrechtsbewegung, trotz ihres nunmehr „militanten" Charakters (Steinwürfe bei Demonstrationen) nicht in der Lage war, die Bevölkerung zu schützen.

Die Spaltung der IRA

Auf einem Kongress der IRA in Dublin im Dezember 1969 brachen die schon vorher aufgetretenen Differenzen innerhalb der IRA offen auf. Während die eine Gruppe eine sofortige Wiederaufnahme der Kampfinitiative forderte, wollte die andere an einer defensiven Politik und der Notwendigkeit einer politischen Vorbereitung festhalten. Da man sich nicht einigen konnte, spaltete sich die IRA auf diesem Kongreß in die IRA-Provisionals (die Gruppe, die für die sofortige Wiederaufnahme der Kampfaktivität stimmte. Sie erhielten Unterstützung von mittelständischen Politikern und von in Amerika lebenden reichen Iren) und die IRA-Official.

Bis August 1971, als die Barrikaden geräumt wurden, wuchs der Einfluß der IRA (o) ständig. Während die IRA (o) die Arbeiterviertel verteidigte, wurden die Mitglieder der IRA (p) teilweise von den Barrikaden verjagt, da sie durch das Einsetzen von Gewehren oft Schußwechsel mit der Armee provozierten, deren Opfer meist Zivilisten waren. Doch mit dem Verschwinden der Barrikaden wuchsen auch die Aktivitäten der Provisionals, da sie jetzt durch die Bedingungen des Kampfes im Vorteil waren. Auch die Führung des Kampfes lag jetzt in den Händen der Provisionals. Die Kampagnen hatten immer mehr Erfolg. Die katholische Bevölkerung kümmerte sich damals

visionals. Die Kampagnen hatten immer mehr Erfolg. Die katholische Bevölkerung kümmerte sich damals
weniger um die Ziele der Gruppen, sondern maß sie nach der Aktivität, die sie gegen den britischen Imperialismus und gegen die Protestanten entwickelten. Politische Aspekte spielten kaum eine Rolle, der Kampf bewegte sich mehr auf emotionaler Ebene.

Durch die größere Aktivität waren jetzt auch die Provisionals die am meisten von der Internierung betroffene Gruppe.

Doch genauso schnell, wie der Einfluß der Provisionals gestiegen war, fiel er auch wieder. Dadurch, daß ihre Führer z.B. Anfang 1972 und 1973 verkündeten, es werde jeweils das Jahr des Sieges über die Briten sein, was sich dann als Illusion erwies, wurden viele Kämpfer der IRA-P enttäuscht und demoralisiert. Viele ihrer Führer wurden gefangengenommen, so z.B. McStiofain und Gerry Adams.

Die Aktivitäten gingen zurück. Während es im Juli 72 noch 1.000 Feuerüberfälle allein in Belfast gab, waren es im Juli 73 nur noch 40.

Der Kampf im Norden

Der Kampf der IRA und der „Sinn Fein", ihres politischen Flügels, unterscheiden sich im Norden und Süden erheblich. Wegen der Anwesenheit der britischen Armee in den sechs Grafschaften liegt hier auf dem militanten Kampf (also der IRA) ein viel größeres Schwergewicht als im Süden. Die Bevölkerung im Norden ist ständigen Repressionen der Armee und faschistischer protestantischer Gruppen ausgesetzt. Hinzu kommen noch die nächtlichen Hausdurchsuchungen in den katholischen Vierteln, die vor


Die friedliche Bürgerrechtsbewegung wird mit Gewalt von britischen Truppen angegriffen

allem auf die Internierung von aktiven IRA-Kämpfern abzielen.

Durch das 1922 eingeführte „Special Power Act" (Notstandsgesetz) können Internierungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen ohne richterliche Vollmachten durchgeführt werden. Zur Zeit sind in Irland über 800 Menschen ohne richterliches Urteil in Gefängnissen wie „Crumblin Road", „Mountjoy Prison" oder dem KZ „Long Kesh" interniert. Weitere 1.000 Menschen sitzen wegen ihrer politischen Anschauungen in den britischen Kerkern. Doch trotz oder gerade wegen dieser Unterdrückungsmaßnahmen wird die IRA von der katholischen Bevölkerung unterstützt.

Hier leisten vor allem die Frauen hervorragende Arbeit. So werden, rückt der Feind an, die IRA-Mitglieder durch Zusammenschlagen von Mülleimerdeckeln gewarnt. Aber auch dies ist seit einiger Zeit „strafrechtlich verboten". Die Frauen malen ihre Häuserwände weiß an, damit sich die britischen Soldaten davon besser abheben. Und es gibt wohl keine katholische Familie, die nicht einen IRA-Kämpfer bei sich verstecken würde, obwohl sehr hohe Belohnungen für Denunziationen ausgesetzt sind. Aber: „Lieber würde ich mich selbst erschießen, als einen IRA-Kämpfer verraten", wie uns voriges Jahr ein junges Mädchen in Irland erzählte.


Patrouille der Official IRA

Aber die republikanische Bewegung beschränkt sich auch im Norden nicht nur auf die militärische Verteidigung, sondern sie hat auch politische Aufgaben. Die wichtigste Aufgabe überhaupt ist, die Spaltung zwischen katholischen und protestantischen Arbeitern aufzuheben. *„Wir hegen aber keine Illusionen, wie schwer es sein wird, katholische und protestantische Arbeiter zu vereinigen. Wir glauben, daß das möglich ist, wenn wir ihnen die gemeinsamen Interessen der katholischen und protestantischen Arbeiter zeigen. Wenn wir ihnen zeigen, daß ihre Interessen nicht in der Aufrechterhaltung der Verbindung mit Großbritannien liegen; nicht darin – wie es im Augenblick ist – in einem Zustand ständiger Unsicherheit zu leben. Wenn wir ihnen zeigen, daß eine gesamtirische sozialistische Republik in ihrem Interesse ist."* (T. Heffernan, IRA (o), AK 31).

Diese Aufgabe wird durch die sektiererischen Organisationen von beiden Seiten erschwert. Die Provisionals werfen eine Bombe in eine protestantische Kneipe; als Racheakt unternimmt dann die protestantische Organisation einen Anschlag auf ein katholisches Viertel, worauf wieder die IRA (p) „antwortet". Diesen Teufelskreis, der u.a. dadurch entsteht, daß bei der Bombenkampagne keine klare politische Linie verfolgt wird, daß sich die Bomben gegen die Protestanten und nicht gegen den Klassenfeind richten, was zur Folge hat, daß sich der Haß zwischen den beiden Konfessionsgruppen noch vergrößert, diesen Teufelskreis, der im Interesse der Imperialisten ist, gilt es zu durchbrechen.

Ansätze dazu werden von der revolutionären Bewegung unternommen, beispielsweise in Mieter- und Straßenkomitees, in denen Katholiken und Protestanten (von den letzteren leider noch sehr wenige) zusammenarbeiten. Diese Komitees organisieren Hausbesetzungen und den Kampf der Mieter, die aus Protest keine Miete bezahlen. In Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen Gruppen und der Bürgerrechtsbewegung kämpft man gegen die Internierungen, versucht den Charakter der Armee und faschistischen Terrororganisation zu erläutern und das nordirische Parlament und die nordirischen Mittelstandspolitiker zu entlarven.

Der Kampf im Süden

Im Gegensatz zum Norden liegt hier das Hauptgewicht auf dem politischen Kampf und damit bei der Sinn Fein. Auch im Süden gibt es seit 1922 Notstandsgesetze, die „Offeree against the State Amendents". Nach ihnen kann jeder festgenommen und interniert werden und muß dann vor „Sondergerichten" (die sich meist aus hohen Offizieren zusammensetzen) seine Unschuld beweisen. Die Rolle der IRA ist die der Unterstützung der Sinn Fein. So werden Aktionen gegen Hausbesitzer unternommen, die arme Familien aus den Wohnungen werfen wollten. Oder es wurde ein großes amerikanisches Fischereischiff versenkt, das vor Irlands Küste Fisch wegfing. Ausländische Kapitalisten, die Land für ihre Ferienhäuser kauften und so die Bodenpreise künstlich hochtrieben, wurden vertrieben, indem man die Häuser niederbrannte. Aber auch die Streiks der Arbeiter wurden von der IRA militärisch unterstützt. So wurden Busse gesprengt, die Streikbrecher von außerhalb in die Fabriken bringen sollten.

Auf dem politischen Kampf der Sinn Fein in Gewerkschaft, Betrieb und Wohnviertel liegt also eindeutig das Hauptgewicht.

Bedingung für die Mitgliedschaft in der Sinn Fein ist die aktive Arbeit in der Gewerkschaft. Die gewerkschaftliche Organisierung in Irland ist die höchste in Europa, doch wird ihre politische Rolle durch die Gewerkschaftsführung sehr begrenzt.

Die Gewerkschafter sollen ihre Aufgabe nur im ökonomischen, nie im politischen Kampf sehen – nach Meinung dieser Führer. Der Kampf der Republikaner innerhalb der Gewerkschaft hat zwei Stoßrichtungen: Erstens ist man bemüht, das politische Niveau in den Gewerkschaften zu heben, d.h., daß man auf Veranstaltungen und durch Flugblätter über die politischen Hintergründe informiert. Zweitens organisiert man die Opposition gegen das nationale Lohnabkommen. Es ist bisher so, daß für eine prozentuale Lohnerhöhung die Gewerkschaft ein Abkommen mit der Regierung schließt, in dem sie sich verpflichtet, für zwei - drei Jahre keine Kampfaktionen durchzuführen. Auf diesem Gebiet konnte ein gewisser Erfolg erzielt werden. Das letzte, im September ausgelaufene „Nationale Lohnabkommen" konnte auf Druck der Basis von der Gewerkschaftsführung nicht verlängert werden bzw. erneuert werden.

Ein anderer Punkt in der Gewerkschaftsarbeit ist der Kampf gegen Betriebsstillegungen. So konnten Arbeiter mit Hilfe der Sinn Fein z.B. eine Möbelfabrik in Novon übernehmen und genossenschaftlich weiterführen, die vom Besitzer geschlossen werden sollte. Allgemein wird aber auch gesehen, wie begrenzt die Möglichkeiten solcher Genossenschaften sind. Wie fast in allen Ländern ist auch in Irland die Gewerkschaftsführung – die enge Beziehungen zur irischen Labour Party unterhält – (welche wiederum den Republikanern sehr feindlich gesonnen ist) ein großes Problem für die revolutionäre Bewegung. Die Gewerkschaftsführung versucht die Mitglieder der Sinn Fein in den Betrieben von den Kollegen abzuschneiden und zu isolieren. *„Unser Einfluß* (in den Gewerkschaften) *ist noch zu begrenzt, etwas, das noch in der Entwicklung steht". „Es wäre falsch, ein Bild einer in den Gewerkschaften sehr mächtigen Sinn Fein zu entwerfen."* (T. Heffernan, dl 1). In einigen Industriezweigen (Maschinenbauindustrie) und vor allem in größeren Städten ist der Einfluß stärker.

Wohnungskampf

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der revolutionären Bewegung liegt auf dem Wohnungskampf.

In Dublin gibt es 10.000 Familien, die auf der „housing list" stehen, d.h. diese Familien werden offiziell als wohnungslos eingestuft, kommen auf eine „Dringlichkeitsliste", wo sie dann bis zu vier Jahren (!) bleiben, bis ihnen eine Wohnung gegeben wird. Auf diese Liste aber kommt man erst gar nicht, wenn man nicht verheiratet ist und mindestens zwei Kinder hat. Die wirkliche Zahl der Menschen ohne Wohnung liegt also viel höher. So wird das Wohnungsproblem zum größten sozialen Problem der Menschen in Irland. Auf dem Lande sieht die Situation noch schlimmer aus. Die Familien leben in strohbedeckten, einstöckigen Häusern, die nur ein Zimmer haben, Steinfußboden und Kamin. Die Armut ist unbeschreiblich: oft gibt es kein fließend Wasser und keinen Strom.

Wie auch bei uns, müssen die Familien ihre Wohnung verlassen und an den Stadtrand ziehen, da anstelle der Wohnhäuser Büropaläste gebaut werden. Oder die Familien werden aus der Wohnung geworfen, da sie die Miete nicht mehr zahlen können. Die Arbeitslosen„unterstützung" beträgt Pfund 8.00 (ca. DM 48,–) bei der höchsten Arbeitslosigkeit in Westeuropa: 6 %. Um diese Ziffer richtig einzuschätzen, muß man wissen, daß die Arbeitslosigkeit in Italien sich „nur" mit einer Zahl von 3 % ausdrückt.

Im letzten Herbst wurde ein Fall bekannt, wo drei Familien mit ihrem ganzen Hausrat auf der Straße hausen mußten, da sie keine Wohnung fanden. Durch die Bodenspekulation – die durch den Eintritt in die EWG noch verstärkt wurde – stiegen die Preise von 1960 - 1969 um 600 %.

Obwohl nach einer Hausbesetzungskampagne der Sinn Fein 69/70 die Besetzung von Land und Häusern verboten ist, führt die S.F. einen erfolgreichen Kampf gegen die Wohnungsnot. Zusammen mit der N.A.T.O. (Nationale Mietervereinigung), die 85.000 Familien in öffentlichen Wohnungen vertritt, organisiert die Sinn Fein Mieterstreiks und Hausbesetzungen. Es werden aber keine öffentlichen Wohnungen besetzt, weil dies nur dazu führen würde, daß die Familien auf den „Housing List" zurückgestellt würden. Die Wohnungspolitik der Sinn Fein findet vor allem in den Städten die volle Unterstützung der Arbeiter. Es werden übrigens auch co-op-Läden in ganz Irland gegründet, um den hohen Lebensmittelpreisen zu begegnen.

Ein anderer Schwerpunkt der sozialen Arbeit sind die Beratungsstellen, die die Arbeiter im Umgang mit dem Verwaltungsapparat beraten. Auch zu ihnen kommen immer mehr Menschen. Diese Erfolge dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokraten (Irish Labour Party) und die Konservative Partei- die letztere vor allem auf dem Land- noch den entscheidenden Einfluß haben.

Bei der letzten Parlamentswahl gab jeder 20. Wähler (5 %) der Sinn Fein seine Stimme (was sicherlich ein großer Erfolg für die irischen Genossen ist), was andererseits aber auch zeigt, daß sich die revolutionäre Bewegung in Irland erst im Anfangsstadium befindet. Weiterhin darf der starke reaktionäre Einfluß der Kirche nicht vergessen werden. Sie stand immer auf der Seite des Imperialismus. Zwar geht der Einfluß der Kirche zurück, aber er ist vor allem auf dem Lande noch sehr stark, was seinen Ausdruck in der immer voll besetzten Kirche, dem Kruzifix in fast allen Wohnungen und den Sammelbüchsen in vielen Geschäften und Kneipen findet. •

2. Teil folgt

Provokateur ihrer Majestät

Vor einigen Monaten machten in Großbritannien die Brüder Littlejohn von sich reden. Die beiden, die von Großbritannien an die Republik Irland ausgeliefert wurden (u. a. wegen Banküberfällen), erklärten, daß sie für diese und andere Tätigkeiten vom britischen Geheimdienst angeheuert worden waren. Sie gehörten zu einer offenbar größeren Zahl von agents provocateurs, die durch Überfälle, Bombenanschläge etc. Vorwände zu Schlägen gegen die irische Befreiungsbewegung liefern sollen.

Ende März gelang einem der Brüder, Kenneth L., die Flucht aus dem irischen Gefängnis. Er trat im britischen Fernsehen auf (L. befand sich zu dieser Zeit schon im Ausland und wurde dort interviewt) und enthüllte weitere Einzelheiten. *„Ich hatte vom britischen Geheimdienst die Genehmigung, wenn nötig, auf englische Soldaten zu schießen."* Er sei auch beauftragt worden, Sean McStiofan (damals Chef der IRA-provisionals) zu ermorden.

Der britische Geheimdienst habe mehrere Banküberfälle in der Republik Irland organisiert, um die IRA zu diskreditieren, und um der irischen Regierung Vorwände zur Unterdrückung der IRA zu liefern. (Nach einem dieser Überfälle wurden die Littlejohns erwischt.)

Kenneth L. kündigte an, er werde die Straßburger „Menschenrechtskommission" anrufen und dann weitere Einzelheiten aufdecken.

Offensichtlich handelt es sich bei der öffentlichen Darstellung dieser Dinge im britischen Fernsehen darum, im Interesse der Labour-Partei den jetzt in der Opposition stehenden Konservativen – die unmittelbar für die „Littlejohn-Affäre" verantwortlich waren – eins auszuwischen. Dieser politische Clinch zwischen den bürgerlichen Parteien wirft aber ein klares Licht auf die Methoden des bürgerlichen Staates allgemein.


Der Kampf in der Bogside




Der „Sternenpflug", traditionelles Symbol der Republikanischen Bewegung Irlands

Irland - Solidaritätsveranstaltungen

Die im Vorwort zu obigem Artikel erwähnten Veranstaltungen finden voraussichtlich nach folgendem Zeitplan statt:

20.5.:	**Oldenburg**
21.5.:	**Flensburg**
22.5.:	**Lübeck**
23.5.:	**Bemerhaven**
24.5.:	**Hamburg**

Zu diesen Veranstaltungen kommt aus Irland der Genosse Malachy McGurran, Vizepräsident der Sinn Fein, um über den Kampf des irischen Volkes und die Politik der IRA/Sinn Fein Official zu sprechen und Fragen zu beantworten.

ENGLAND: MIT LABOUR – NICHTS NEUES

Die englischen Unterhauswahlen im Februar haben eine schwache sozialdemokratische Labour-Regierung mit 301 Sitzen (37,2% der Stimmen) hervorgebracht. Ihr gegenüber steht eine stakre Opposition: Die Tories mit 296 Sitzen (38,1% der Stimmen), die Liberalen mit 14 Sitzen (19,3%), 10 rechtsradikale Abgeordnete der nordirischen „Vereinigten Ulster Union" und 12 weitere Abgeordnete kleiner Splitterparteien. Das politisch Interessanteste an dieser Wahl ist das Abschneiden der Labour Party. Man hätte annehmen können, daß die offen reaktionäre Politik der Tories in den letzten Jahren einerseits und die Position der Labour Party als „linke" Opposition andererseits auf dem Konto von Labour hätte zu Buch schlagen müssen. Tatsächlich aber hat neben den Tories auch die Labour Party an Stimmen verloren, die in erster Linie der Liberalen Partei zugute kamen. Und die Liberalen siedeln sich eher rechts an als links – so rief Jeremy Thorpe, Chef der Liberalen, gleich nach der Wahl dazu auf, eine „Regierung der nationalen Einheit" zu bilden. Es ist demnach in England eindeutig ein Schwund des Vertrauens in die Sozialdemokratische Partei festzustellen. Die Bewegungsrichtung der Teile der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, die sich von der Labour Party abwenden, ist also – genau wie gegenwärtig hier in der BRD – nicht nach links gerichtet, sondern fließt in erster Linie reaktionären Kräften auf die Mühlen.

Das ist eine Entwicklung, die es der Kapitalistenklasse über kurz oder lang relativ leicht machen wird, wieder zu einer konservativen Regierung und damit zu einem härteren Kurs gegen die Arbeiterklasse überzugehen. Allein auf der parlamentarischen Ebene ist die Labour Party so schwach, daß sie ständig auf die Zustimmung kleinster Parteien angewiesen ist. Man kann sich durchaus vorstellen, daß so ein Regierungswechsel leicht auf „kaltem Weg" vorbereitet und durchgeführt werden kann. Der Vergleich mit den Abgeordnetenkäufen und dem Mißtrauensvotum hier in der BRD dürfte durchaus angebracht sein. Unserer Einschätzung nach dürfte es sich bei der Wilson-Regierung nur um ein kurzes sozialdemokratisches Zwischenspiel handeln. Es schien der Kapitalistenklasse notwendig zu sein, dem Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse gegen die Tory-Politik (Bergarbeiterstreik) durch einige kleine Zugeständnisse und Scheinreformen seitens der Labour Party entgegen zu kommen; sozusagen etwas Dampf aus dem Topf abzulassen, um danach den Deckel wieder um so fester zu schließen.

In diesem Zusammenhang ist auch die relativ weitgehende Erfüllung der Forderungen der Bergarbeiter durch die Labour-Regierung (s.u.) zu sehen. Andererseits auch die Überlegung der Regierung, das Antistreikgesetz, in der Form, in der es gegenwärtig vorliegt, abzuschaffen. (s.u.) Dieses teilweise und scheinbare Eingehen auf bestimmte Forderungen der Arbeiterklasse bedeutet aber nicht, daß die Labour Regierung den Prozess der Faschisierung der englischen Gesellschaft – den verstärkten Angriff der englischen Imperialisten auf die politische Bewegungsfreiheit der Arbeiter also – stoppen, oder auch nur spürbar abbremsen würde. Im Gegenteil. Das Regierungsprogramm der Labour Regierung, brutale Urteile der Klassenjustiz gegen Streikposten und Farbige in England (s. Kästen) zeigen deutlich, daß die neue Regierung ist, was die alte war: Handlanger der englischen Imperialisten.

„Wer gehofft hatte, mit der Machtübernahme von Labour werde nun in England die Umwandlung zum sozialistischen Paradies beginnen, sah sich getäuscht. Wer befürchtete, Labour würde sich daran machen, den Kapitalismus auszurotten, atmete erleichtert auf" kommentierte die „Frankfurter Rundschau" am 13.3.74 das vorgelegte Labour Regierungsprogramm.

Nicht nur, daß das Regierungsprogramm nicht hielt, was das Wahlprogramm versprach – es ist von der Labour Regierung sogar angekündigt worden, in bestimmten Fragen direkt die Tory-Politik fortzusetzen.

Zunächst zum Regierungsprogramm, das in fast allen Punkten das [illegible] Labour revidiert.

Das Wahlprogramm basierte auf den Beschlüssen des Labour-Parteitages vom Oktober letzten Jahres in Blackpool und sah u.a. Verstaatlichung großen Stils vor: *„Bauland und Baufirmen, der gesamte Schiffs- und Flugzeugbau, Häfen und Speditionsfirmen mit über fünf Fahrzeugen sollen unter einer Labour Regierung sofort verstaatlicht werden, Banken, Versicherungen, Baufirmen und die Ölvorhaben in der Nordsee später."* („Spiegel" 10/74)

Von diesen Verstaatlichungen erscheint im Regierungsprogramm kein Wort mehr, außer der Ankündigung der Verstaatlichung von Grundstücken, auf denen Wohnungsbau geplant ist.

Während im Wahlprogramm noch groß von „grundsätzlichen Neuverhandlungen" über die Bedingungen des EG-Beitritts gesprochen wurde, und im Falle keiner befriedigenden Lösung mit Rückzug aus der EG gedroht wird, findet man im Regierungsprogramm zwar noch den Hinweis auf die „grundsätzlichen Neuverhandlungen", nicht aber die Rückzugsdrohung. Es wird von der Labour-Regierung gar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, aus der EG auszutreten, weil die Mitgliedschaft Englands lebensnotwendig für die englischen Imperialisten ist. Sie muß nur der starken Abneigung der Bevölkerung gegen die EG propagandistisch Rechnung tragen.

Während im Wahlprogramm eine Volksabstimmung (Referendum) zum Eintritt in die EG versprochen wurde, ist davon jetzt nicht mehr die Rede; stattdessen von einer Parlamentsabstimmung!

Während im Wahlprogramm die Entfernung der amerikanischen Polarisstützpunkte aus England gefordert wurde, hört man davon jetzt kein Wort mehr.

Vor den Wahlen hatte Labour einen Finanzplan angekündigt, von dem sie versprachen: „Die Reichen werden aufheulen vor Wut." Der Ende März im Unterhaus vorgetragene Haushaltsplan sieht zwar einerseits Subventionen für Grundnahrungsmittel und Renten in Millionenhöhe vor. (Dabei ist allerdings erst einmal abzuwarten, wie sich das auswirkt. Vor allem Subventionen für Nahrungmittel kommen erst einmal dem Handel zu gute. Ob dieser die Vergünstigungen weiter gibt, steht auf einem anderen Blatt.)

Andererseits wurden aber gleichzeitig „drastische Preiserhöhungen" für Strom, Post, Eisenbahn angekündigt. Außerdem Preiserhöhungen für Benzin, Alkohol und Zigaretten von über 10%! (aus: „Frankfurter Rundschau" vom 27.3.74)

Die vor der Wahl versprochene „Reichtumssteuer" wurde von Schatzkanzler Denis Healy „auf später" verschoben – unter lautem Protest der Labour-Linken, versteht sich!

Im Wahlprogramm war die Ab- [illegible] den Tories geschaffenen Institution, die die Löhne und Gehälter im Rahmen des Lohndiktats staatlich kontrollierte. Weiterhin die Abschaffung der „Phase 3" (die dritte Phase der Lohnpolitik der Tories, die Lohnerhöhungen von höchstens 7% vorsah).

Von beidem rückte Arbeitsminister Michael Foot (ein Führer der Labour-Linken!) in seiner ersten Rede im Parlament ab. Auf die Frage eines Tory-Abgeordneten (!), wann denn die „Phase 3" abgeschafft werden sollte, meinte Foot lapidar: „Demnächst".

Foot (Repräsentant des „linken" Labour-Flügels, s.AK 40) sagte weiter im Parlament: „*Wir wollen einen weichen* (?) *Übergang zu freiwilligen Methoden* (sprich zur Tarifautonomie,AK), *die der Notwendigkeit, die Inflation aufzuhalten, Rechnung tragen und ein angemessenes* (?) *Wachstum der Einkommen garantieren. Ohne dies würden übermäßige* (!!) *Lohnerhöhungen unsere ganze Politik der Mieten, Lebensmittelsubventionen, Renten und den Rest über den Haufen werfen.*"

Mit unglaublicher Frechheit verbrät Foot hier wieder das Märchen von den Löhnen, die Schuld an der Inflation sind. Weiter sagt er, daß er erst in dem Moment das staatliche Lohndiktat aufheben wird, wenn sich die Arbeiter „freiwillig" dem Lohndiktat unterwerfen. Oder, feiner ausgedrückt: „der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Inflation aufzuhalten" ...

ZWEI ERFOLGE DER ARBEITERKLASSE

Ein Wahlversprechen wird Labour wohl aufgrund der hartnäckigen Kämpfe der englischen Arbeiterklasse halten müssen: die Abschaffung des Antistreikgesetzes. Ein anderes hat sie bereits erfüllen müssen: die Forderungen der Bergarbeiter.

1.) Abschaffung des Antistreikgesetzes

Trotz faktischer Illegalisierung „wilder" Streiks, hat die Gewerkschaftsführung insgesamt noch nicht die Beachtung der „Friedenspflicht" in der Arbeiterklasse durchsetzen können. Zwar kommt es immer häufiger zu Prozessen gegen Streikposten, aber andererseits haben z.B. die Bergarbeiter zum Teil zwei Tage vor offiziellem Streikbeginn bereits angefangen zu kämpfen. Auch die im Gesetz vorgesehene obligatorische Registrierung der Gewerkschaften bei einer staatlichen Behörde konnte nicht durchgesetzt werden. Noch im letzten Jahr mußte sich die Gewerkschaftsführung aufgrund des Drucks der Basis gegen die Registrierung aussprechen.

Allgemein ist die bürgerliche Presse der Ansicht, daß die Abschaffung des Gesetzes kein Streitpunkt zwischen Konservativen und Liberalen einerseits und Labour andererseits sein wird. Darüber hinaus hat bereits einer der Chefs der „Confederation of British Industry" (CBI), zu vergleichen mit dem BDI, bereits vor einigen Wochen ebenfalls die Meinung geäußert, daß das „Gesetz über die industriellen Beziehungen" durch andere Vereinbarungen abgelöst werden sollte.

Kapitalistenklasse und bürgerliche Parteien scheinen sich also einig zu sein, daß die Abschaffung des Gesetzes klüger wäre.

Die Frage für die Arbeiterklasse Englands ist, was statt dessen eingeführt werden soll. Denn daß die Kapitalisten keine ersatzlose Streichung vorhaben, ist klar. Vieles deutet darauf hin, daß man hier von der Methode des harten „Durchgreifens" mehr zur Methode des Betrugs und der Verschleierung übergehen will. Wilson sprach im Regierungsprogramm von einem freiwilligen „Sozialkontrakt" zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.

Neuerdings erscheinen in der Presse häufiger Artikel, die sich mit dem westdeutschen Modell der Mitbestimmung und dem Betriebsverfassungsgesetz auseinandersetzen und Überlegungen über die Verwendbarkeit sol- [illegible]

2.) Sieg der Bergarbeiter

Der Streik der Bergarbeiter wurde am 11.3., nach dreieinhalbmonatigem Kampf, erfolgreich beendet. Wollte die Heath-Regierung nur 7% rausrükken, so mußte Labour ihnen jetzt im Durchschnitt 30% zugestehen. (s. Kasten) Zwar hatten die Kumpel zum Teil noch mehr gefordert, aber insgesamt kann man das Ergebnis wohl als Erfolg ansehen. Nur eins wurde nicht durchgesetzt: die Arbeiter hatten diese Erhöhungen ab 1. November gefordert, bekommen sie aber erst ab 1. März.

	bisheriger Verdienst	Lohnforderung	Ergebnis	Lohnerhöhung in Pfund	Lohnerhöhung in %
Untertagearbeiter 1)	36,79	45,0	45,0	8,21	22 %
Untertagearbeiter 2)	27,29	40,0	36,0	8,71	32 %
Nachtschicht	36,79	?	52,30	15,51	42 %
Tagebau	25,29	35,0	32,0	6,71	27 %

Der Streik der Kumpel wurde von anderen Teilen der englischen Arbeiterklasse mit großer Solidarität und Kampfgeist unterstützt: Die Docker löschten keine Schiffe mit ausländischer Kohle, vor sämtlichen Kraftwerken standen Streikposten, „Streikbrecher-Kohle" wurde in Fabriken und Kraftwerken nicht verfeuert usw.

Ohne diese Solidarität und die Kampfbereitschaft der Bergarbeiter selbst hätte dieser Sieg nicht errungen werden können.

Die Kapitalisten erhoffen sich allerdings einen Vorteil davon, daß sie und ihre sozialdemokratische Regierung hier einen der militantesten Teile der Arbeiterklasse zumindest für eine gewisse Zeit „befriedet" haben und wieder einmal neu die Illusion einer arbeiterfreundlichen Labour Party genährt haben könnten. **Beide Siege, die Abschaffung des Antistreikgesetzes und die hohe Erfüllung der Forderung der Bergarbeiter, sind kurzfristige Siege – Siege, die jedoch nur gesichert werden können, wenn die englische Arbeiterklasse sich von den sozialdemokratischen Rattenfängern löst. Dazu allerdings wäre eine starke Kommunistische Partei notwendig.** ●

Shrewsbury . . . oder: Die Brutalität der englischen Klassenjustiz

Bereits in AK 41 berichteten wir über die Prozesse gegen 24 englische Bauarbeiter, denen „ungesetzliche Versammlung" und „Verschwörung" anläßlich des spontanen Bauarbeiterstreiks im September 72 zur Last gelegt werden.

Im ersten Aufwasch verurteilte das Gericht in Shrewsbury ohne den Schatten eines Beweises und mit offensichtlich falschen Zeugenaussagen im Dezember 73 drei Bauarbeiter zu Gefängnisstrafen zwischen neun Monaten und drei Jahren ohne Bewährung! (s. AK 41)

In der zweiten Runde standen im Januar und Februar dieses Jahres acht weitere Bauarbeiter vor Gericht. Drei von ihnen plädierten auf „nicht schuldig im Sinne der Anklage", fünf auf „schuldig". Entsprechend fielen die Urteile aus: Dreimal Gefängnis ohne Bewährung (über die Länge konnten wir nichts in Erfahrung bringen) für **Arthur Murray**, 39 Jahre; **Michael Pierce**, 29 Jahre und **Brian Williams**, 34 Jahre. Fünfmal – nicht etwa Freispruch – sondern Strafen, die auf Bewährung ausgesetzt wurden, für **John Malcolm Clee**, 32; **John Gary Davies**, 23; **Derrick Hughes**, 26; **Alfred James**, 40 und **Samuel Roy Warburton**, 43.

Der „Socialist Worker" (Zeitung der Gruppe „International Socialists") schildert in seiner Ausgabe vom 6.4.74 die Taktik des Gerichts: *„Keiner der 24 von Shrewsbury steht wegen spezifischer Gewaltakte, Zerstörung von fremden Eigentum oder Einschüchterung vor Gericht. Zuerst wurden die Männer wegen spezifischer Anklagepunkte belangt. Dann aber reduzierte die Staatsanwaltschaft die Anklagepunkte auf drei – Verschwörung mit dem Ziel, andere Menschen einzuschüchtern, ungesetzliche Versammlung und Aufruhr.*

Der Vorzug der Anklage auf „Verschwörung, mit dem Ziel, einzuschüchtern", ist zweifach: erstens ist die Höchststrafe für „Einschüchterung" sechs Monate. Für „Verschwörung, mit dem Ziel, einzuschüchtern" gibt es keine Höchstgrenze.

Zweitens verpflichtet die Anklage auf „Verschwörung ..." die Staatsanwaltschaft nicht, zu beweisen, daß die Angeklagten individuell in konkrete Aktionen zur Einschüchterung verwickelt waren.

Denn diese Anklage erlaubt es, eine Fülle von sonst unstatthaftem Material als Beweis gegen einen Angeklagten einzubringen. Hörensagen, Gerüchte, völlig unbewiesene Fakten, kurz alles und jedes."

Wie richtig diese Interpretation des „Socialist Worker" ist, zeigt die Tatsache, daß zwei der sechs Bauarbeiter, die zu Strafen ohne Bewährung verurteilt wurden, an der Streikversammlung nachweislich gar nicht teilgenommen hatten, auf der die „Verschwörung" stattgefunden haben soll!

Besonders offen zeigte sich die Fratze der Klassenjustiz auch an Folgendem: Hauptzeuge gegen die Arbeiter ist der Bauunternehmerssohn Terence Parry. Parry führte am 6. September 72 auf der Baustelle Kingswood in Shrewsbury einen Trupp Schwarzarbeiter an, die für 100 Pfund in der Woche Streikbrecherarbeiten machten. (Die streikenden Arbeiter kämpften damals für 35 Pfund in der Woche!!) Als diese Streikbrecherkolonne auf die Streikposten stieß, kam es zu Auseinandersetzungen. Parry trat vor, ein geladenes Gewehr in der Hand, und drohte den Arbeitern, auf sie zu schießen! Die Bauarbeiter konnten ihn ohne Blutvergießen entwaffnen und zerschmetterten sein Gewehr.

Dieser Faschist, der wahrscheinlich, wäre er nicht daran gehindert worden, auf die Arbeiter geschossen hätte, stellt nun den Kronzeugen der Staatsanwaltschaft dar, der das „einschüchternde Verhalten" der streikenden Arbeiter bezeugt! Ein Hohn!

Das Schönste ist, daß einer der Arbeiter, der Parry das Gewehr abnahm, wegen „Zerstörung fremden Eigentums" angeklagt wurde!

Gegenwärtig läuft der Prozeß gegen die Bauarbeiter **Terry Renshaw**, **Lennie Williams** und **John Seaburg**. Alle drei plädieren auf „nicht schuldig". Die Urteile werden entsprechend brutal ausfallen. ●

Drei jugendliche Schwarze verurteilt

Merry Old England – das fröhliche alte England – verliert immer mehr sein freundliches Gesicht. Für die ausländische Bevölkerung in England hat es dies Gesicht vermutlich nie gegeben. Genau wie in der BRD die ausländischen Arbeiter, gehören die indischen, pakistanischen und afrikanischen Arbeiterfamilien zu den am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Schichten in England.

Wurden die Menschen aus den Commonwealth-Ländern – den ehemaligen englischen Kolonien – noch in den 50iger Jahren als billige Arbeitskräfte sehr gebraucht und massenweise nach England gekarrt, so versuchen die englischen Imperialisten – genau wie die westdeutschen – in den letzten Jahren den Zustrom abzubremsen. Die Einwanderungsquoten wurden drastisch reduziert, die Aufenthaltsgenehmigungen verkürzt, das Nachholen von Familienangehörigen erschwert. Vor allem aber wurde die Kontrolle und Unterdrückung der Ausländer ungeheuer verschärft. Ebenso die rassistische Hetze gegen die ausländischen Arbeiter in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Folgende Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf die Unterdrükkung der Schwarzen durch die englische Klassenjustiz und ihre faschistoiden Polizeibüttel.

Am 9. Juni 73 gingen drei jugendliche Farbige auf ein Volksfest in Süd-London, in einem vorwiegend von Schwarzen bewohnten Gebiet. Rund 60.000 Menschen aus West-Indien wohnen dort.

Auf dem Markt entwickelte sich eine Schlägerei. Die Polizei griff ein, schlug wahllos in die Menge und griff sich ziellos Menschen heraus, die sie verhaftete und mit zur Wache schleppte.

Unter anderem auch die drei Jungens: Lloyd James, 18; Robin Sterling, 14; Horace Parkinson.

Sie hatten nicht das Geringste mit der Schlägerei zu tun gehabt. Die Ergreifung des 14-jährigen Robin beschreibt der „Socialist Worker" so: *„Robin Sterling sah dem Kampf zu. Er saß mit seinen beiden jüngeren Schwestern vor sich an der Wand. Dann griff ihn sich ein Polizist. Ein Polizist war von einer Flasche verletzt worden. ‚Das ist er nicht', sagte ein Polizist. ‚Er tut's auch', war die Antwort."* (SW, 6.4.74)

Auf der Wache wurde Horace Parkinson derart zusammengeschlagen, daß er am Kopf genäht werden mußte. Diese „ärztliche Versorgung" allerdings geschah in einer Art und Weise, daß man sie ohne weiteres als gezielte Folter bezeichnen kann: Horace erhielt keine örtliche Betäubung. Außerdem wurden nicht rings um die Wunde die Haare geschoren, sondern einfach mit eingenäht, so daß sich alles entzünden mußte. Er hat heute noch Schwindelanfälle.

Den Jungen wurde Angriff und Verletzung von Polizisten zur Last gelegt. Tatsache aber ist, daß die angebliche „Angriffswaffe" – ein Wagenheber – nie gefunden wurde. Tatsache ist weiterhin, daß der Bulle, der von Robin Sterling mit einer Flasche geschlagen worden sein soll, es ablehnte, Anzeige zu erstatten.

Alle drei wurden zu drei Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Mit einer Demagogie sondergleichen bekam der Richter es fertig, zu sagen: *„Das Problem ist, daß es in jeder Gemeinschaft – wie auch immer die Natur des Individuums, wie auch immer Rasse, Religion oder Überzeugung – Gut und Schlecht gibt. Wir müssen versuchen, die Guten von den Schlechten zu trennen."* (Nach „Daily Express", 19.3.74)

Die drei jungen Schwarzen sitzen seit dem Sommer im Gefängnis, das Berufungsverfahren hat die Urteile bestätigt. ●

Ein sozialistisches Chile kann nur aus der Diktatur des Proletariats entstehen

Interview mit Genossen der Sozialistischen Partei Chiles

Die italienische kommunistische Wochenzeitung „avanguardia operaia", herausgegeben von der gleichnamigen Organisation, veröffentlichte in Nr. 9/74 ein Interview mit zwei führenden Genossen der Sozialistischen Partei Chiles, die sich als politische Flüchtlinge in Italien aufhalten. In der Sozialistischen Partei, stärkste Partei der Unidad Popular, gab es schon vor dem faschistischen Putsch eine zunehmende Linksbewegung, die unter dem Eindruck des Putsches, der nachhaltig die Illusion vom „parlamentarischen Weg zum Sozialismus" widerlegte, offenbar noch stärker geworden ist.
Wir geben hier das Interview in vollständiger Übersetzung wieder, um nach den in ARBEITERKAMPF und INTERNATIONALE veröffentlichten Übersetzungen von Interviews und Erklärungen des MIR und der MAPU (zwei Organisationen der revolutionären Linken) die Information über das politisch-ideologische Spektrum des chilenischen Widerstands zu erweitern.

Die Sozialistische Partei ist im Wesentlichen in Italien wenig bekannt. Und es herrschte bei den revolutionären Organisationen zunächst eine Identifizierung (der Sozialistischen Partei) mit dem Reformismus vor. Diese Einschätzungen sind von Elementen widerlegt, die inzwischen bekannt wurden, wie z.B. die Aktivität der SP in den cordones (Anm.1) Könnt ihr uns einige weitere Erklärungen über eure politische, ideologische Charakteristik und über eure Geschichte geben?

Zuerst muß man sagen, daß die Sozialistische Partei eine marxistisch-leninistische Partei ist, die als Ausgangspunkt ihrer politischen Orientierung die Überzeugung hat, daß man um zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, zuerst eine Klassendiktatur, die Diktatur des Proletariats, errichten muß. Das ist keine Position, die erst jetzt von der Partei eingenommen wird, es ist ein fester Punkt schon seit vielen Jahren, sodaß es auch im Parteistatut erwähnt wird. Zu diesen Positionen ist die Partei nach langen inneren Diskussionen gekommen, von ihrer Entstehung bis in die jüngste Zeit.

Vom Kongreß vom Chillan, 1967, gingen die „Thesen" aus, die die grundsätzlichen Vorstellungen der Partei ausdrücken. Sie sagen sehr klar, daß man alle taktischen Kampfformen anwenden muß, gerade weil man nur mit der Anwendung der parlamentarischen Form nicht zur Macht kommen kann. Also ist es nötig, eine andere Kampfform zu entwickeln, parallel zu der parlamentarischen und legalen; das ist der bewaffnete revolutionäre Kampf.

Nur so, mit einem Klassenzusammenstoß, kann man das Problem der Staatsmacht lösen und einen Staat in einen anderen verwandeln.

Nach dem Regierungsantritt der Unidad Popular hat die Partei einen weiteren Kongreß durchgeführt, im Januar 1971, um die neue Situation zu analysieren und das neue Element zu diskutieren, das von der Teilnahme an der Regierung dargestellt wurde. Die Partei bestätigte die Thesen von Chillan und erklärte, daß die Tatsache des Regierungsantritts im Front-Bündnis mit Sektoren der Kleinbourgeoisie, im taktischen Sinn zu verstehen sei, um die proletarischen Organisationsformen zu festigen und vorwärtszuschreiten zur Errichtung der Diktatur des Proletariats und zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Alle Darstellungen unserer Partei als sozialdemokratische Partei, ohne klare politische Orientierung, entspringen nur einer ungenügenden Kenntnis unserer politischen Positionen.

Daß die Thesen von Chillan, mit der Bekräftigung des bewaffneten Kampfes als einziges Mittel, um zur Macht zu gelangen, nicht bloß Worte geblieben sind, beweist die Tatsache, daß nach ihrer Annahme viele sozialistische Genossen in andere lateinamerikanische Länder gegangen sind, um diese Theorie in die Praxis umzusetzen. Und viele Kämpfer der Sozialistischen Partei sind gefallen, wie Elmo Catalna, Tirso Montiel und andere sozialistische Genossen.

Auch in Chile waren viele Genossen der zentralen Parteiführung für ein Jahr oder auch mehr während der Regierung Frei (Anm. 2) im „Untergrund": z.B. der Genosse Rolando Calderon, der zu jener Zeit Bauernführer war, der Genosse Hernan Colona und andere Genossen wie Renalo Moreau.

Werden die Standpunkte, die ihr ausgedrückt habt, von allen Genossen der Partei geteilt?

Die Partei entstand 1933 aus der Vereinigung mehrerer Gruppen, und der innere politische Klärungsprozeß war lang und schwierig. Nicht-marxistische politische Vorstellungen konnten in der Partei überleben, in dem Maß, in dem der Kampf sehr scharf und die Diskussion sehr gründlich war. Heute muß unsere Partei, die eine Massenpartei ist, eine klarere politische Form finden, um jede Möglichkeit auszuschließen, daß Sektoren der Sozialdemokratie oder Sektoren ohne eine klare marxistisch-leninistische Vorstellung von der Partei und vom Kampf, in der Partei verbleiben.

Wir glauben, daß die Diskussion zwischen uns heute mit dem möglichsten einheitlichen Geist geführt wird – das wollen wir vor allem unterstreichen. Aber wir meinen auch, daß die Ergebnisse dieser einheitlichen Diskussion von vielen nicht geteilt werden können, die gegenwärtig in der Partei sind und diese sollten daher gehen, ohne daß dies eine Spaltung der Partei bedeuten muß. Unsere Führung jedoch ist einig auf den Positionen des Genossen Altamirano (Anm. 3), die sehr klar sind, und wir glauben, daß seine Führung den einheitlichen Charakter der Diskussion garantieren könnte.

Bekanntlich wird in Chile eine enge Aktionseinheit zwischen den revolutionären Kräften hergestellt. Die Botschaft Altamiranos hat, wegen der allgemeinen Aussagen, mit denen sie formuliert war, Raum für Spekulationen der „Unita" gegeben, die sie als eine Lobrede auf die breite antifaschistische Front und eine Verurteilung der Front der revolutionären Kräfte interpretierte. Erklärt uns bitte, welches Verhältnis besteht zwischen dieser Front und der breiteren antifaschistischen? Und darüber hinaus, welche Position nimmt die DC im Zusammenhang dieser Probleme ein?

Die Rede Altamiranos kann nur in einem Sinn verstanden werden, nämlich als Aufruf zur Einheit. Die Einheit in Chile ist keine leichte Sache, und daher war die Rede Altamiranos etwas allgemein; um eine einheitliche Rede an alle Kräfte zu halten, muß man die Rede am Anfang etwas allgemein machen, weil die Positionen, z.B. der kommunistischen Genossen (Anm. 5) und der Genossen des MIR sehr weit auseinandergehen können. Das bedeutet nicht, daß unsere Partei keine klare politische Position hätte.

Wir meinen, daß der Kampf in Chile heute drei grundsätzliche Wesenszüge hat. Vor allem ist es notwendig, eine breite Front für einen starken antifaschistischen Kampf zu formieren, aber die politische Führung dieser Front müßte eine politische Klassenführung sein, sie muß von der Arbeiterklasse geführt werden.

Sonst hätte sie keinen Sinn; denn der Kampf in Chile ist heute ein Kampf für den Sozialismus und nicht ein Kampf für die Wiedererrichtung der Institutionen der bürgerlichen Demokratie, die von der Bourgeoisie selbst zerstört worden sind. Deshalb ist die Klassenführung dieser Front das wichtigste; wenn diese fehlt, kann man das strategische Ziel, den Sozialismus, nicht erreichen.

Zweitens ist es klar, daß man zu diesem Ziel nicht vorwärtskommen kann, wenn man nur den Kampf durch die breite Front entwickelt; es muß auch eine politisch-militärische Organisation geben, die in einer klaren Verbindung mit dieser Massenfront arbeitet. Anders ausgedrückt: es gibt zwei Kampftaktiken, die man in Chile befolgen muß: die militärische und die politische, im breitesten Sinn mit allen Kräften.

Wir meinen, daß ein bewaffneter Widerstandskampf gegen die faschistische Militärjunta in Chile nötig ist – und das wird heute in Chile getan.

Drittens kommt der Kampf gegen die Christdemokratie. Wir meinen, daß die DC als Partei in Chile nicht mehr existiert; heute gibt es eine bürgerliche Führung, die sich Christdemokratie nennt, aber keinerlei organische Verbindung zur Masse ihrer Mitglieder hat. Und das aus klaren politischen Gründen. Die DC ist ihrer Natur nach eine Partei, die Personen einschließt, die aus verschiedenen Klassen kommen, von Sektoren der Arbeiterklasse zu Sektoren der Mittelschichten und der Bourgeoisie. Jetzt, in der aktuellen Situation, wo sich die Klassenunterdrückung der Bourgeoisie gegen das Proletariat in offener und direkter Weise entfaltet, ohne ideologische Verschleierungen, in dieser Situation kann eine Partei wie die DC nicht existieren. Es fehlen in Chile heute die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für die Existenz der DC. Daher halten wir es für falsch, gegenwärtig von der DC als organische Organisation zu sprechen. Heute können Sektoren der ex-DC bestehen, die Positionen eingenommen haben, die denen der faschistischen Junta widersprechen. Aber das ist nicht die DC als solche. Die Form und die politisch-organische Charakteristik dieser Sektoren zu definieren, ist ein Problem, das die Diskussion in ihrem Inneren betrifft. Was jedoch unser Verhältnis zu diesen Sektoren angeht, handelt es sich darum, zu ihnen eine Beziehung zu haben, wie man es mit den demokratischen Sektoren hat. Wir glauben jedoch nicht, daß das zu einer Teilnahme der Exponenten dieser Sektoren an der Führung der brei- Front führen muß, für die, wie wir vorhin dargelegt haben, eine Klassenführung gewährleistet sein muß, ohne den alten Fehler zu wiederholen, die Macht, oder heute die Führung im Kampf um die Macht, zu teilen.

Es hat bei uns viele Polemiken über Existenz oder Nichtexistenz des bewaffneten Kampfes in Chile gegeben. Die PCI vor allem hat darauf bestanden, daß keine Organisation in Chile Anweisungen zum bewaffneten



Kampf gegeben habe und daß jede Nachricht zu diesem Thema in jedem Fall provokatorisch und falsch sei. Ihr habt schon vorhin eure Position dazu angedeutet. Könnt ihr das weiter entwickeln und auch erklären, was es für Kämpfe gibt und welche organisatorischen Formen heute wirklich auf der Tagesordnung stehen?

Zu sagen, daß man heute in Chile keinen bewaffneten Kampf führt, heißt die Formen der Unterdrückung zu verkennen, die es in Chile gibt. Der bewaffnete Kampf ist heute im wesentlichen kein offensiver Kampf, heute muß man kämpfen, um die revolutionären politischen Organisationen zu verteidigen, und dazu muß man eine Waffe in der Hand haben, um die Führer zu verteidigen, um die Genossen zu verteidigen, um das eigene Leben zu verteidigen.

In diesem Sinn arbeitet unsere Partei und auch alle anderen Parteien der Linken in Chile; es werden viele militärische Aktionen auf regionaler Ebene durchgeführt. Heute müssen auch die Mitglieder der Kommunistischen Partei das eigene Leben mit der Waffe in der Faust verteidigen.

Es ist jedoch nötig, eine wissenschaftliche Analyse der Situation zu machen, damit der Verteidigungskampf sich in einen offensiven revolutionären Kampf verwandeln kann.

Die Kampfaktionen, nach fünf Monaten faschistischer Junta in Chile, entsprechen im wesentlichen dem Ziel, alle Kräfte des Widerstandes zu koordinieren. Es ist möglich, daß viele Aktionen unabhängig durchgeführt werden, von Gruppen von Kämpfern, die sich in einer Region oder einem Sektor organisiert haben; aber im Allgemeinen drücken alle Aktionen, die gemacht werden, die ersten Formen der Koordinierung aus, sowohl der Aktivitäten militärischer wie auch politischer Art – wie die Teilstreiks der Arbeiter, Boykott und bewußtes Fernbleiben von der Arbeit, das in wenigen Tagen zum Fernbleiben von 65 % der Arbeiter von der Arbeit geführt hat! All das entsteht nicht spontan, es ist das Ergebnis einer schwierigen Arbeit innerhalb des Widerstands in Chile.

In den Gesprächen, die wir mit dem MIR hatten, haben die Genossen dieser Organisation hervorgehoben, daß es in den chilenischen revolutionären – und Linkskräften eine Debatte um die Erfahrungen der Unidad Popular gibt. Diese Genossen haben jedoch angemerkt, daß sie diese Debatte in der aktuellen Phase für zweitrangig halten. Wir akzeptieren dieses Urteil, aber meinen, daß diese Reflexion in jeder Weise notwendig ist. Was ist eure Meinung dazu?

Wir meinen dasselbe wie die Genossen des MIR. Wir glauben, daß man heute die Diskussion über die Einschätzung der Regierung des Genossen Allende nicht der Diskussion über all die Probleme voranstellen kann, vor denen wir stehen. Wir meinen, daß die Führungen aller Parteien, nicht nur der Unidad Popular, sondern auch des MIR, der die wichtigste Kraft außerhalb der Unidad Popular ist, falsche Entscheidungen getroffen haben. Zum Beispiel sagten die Genossen des MIR, daß man während der Entwicklung der Regierung der Unidad Popular zur Entwicklung einer wirklichen Arbeiterregierung hätte übergehen müssen. Wir meinen, daß diese Parole falsch gewesen wäre, weil sie die Arbeitermassen in ihrer Haltung zur Regierung des Genossen Allende verwirrt hätte. Unseres Erachtens reicht die Tatsache, daß innerhalb der Unidad Popular falsche Entscheidungen getroffen wurden, nicht aus, um zu sagen, daß sie keine Arbeiterregierung gewesen sei.

Die faschistische Junta hat mit ihrer wilden Repression auf sehr klare Weise bewiesen, daß es eine Arbeiterregierung war.

Die Selbstkritik innerhalb der Parteien muß mit großer Härte und Klarheit geführt werden, und es ist sehr wichtig, daß sie geführt wird, aber wir meinen, daß dies nicht der beste Moment dafür ist.

Das Hauptproblem ist heute, die organische Einheit zwischen den verschiedenen Organisationen zu finden, um zu einem wirklich einheitlichen Kampf zu kommen. Das halten wir für sehr wichtig, weil der Kampf lang und kompliziert sein wird, wegen der engen Verbindungen der faschistischen Junta zum Imperialismus, wegen der Stellung Lateinamerikas im Schema der Einflußzonen auf internationaler Ebene. Es handelt sich nicht nur um den Kampf Chiles, sondern um den Kampf des gesamten Lateinamerika – das ist ein kontinentaler Kampf.

Wir meinen, daß der Imperialismus in Lateinamerika seine Einflußzonen verteidigt. Es geht um das letzte Bollwerk des Imperialismus und dort wendet er dieselben Formen der Repression wie in Vietnam an.

Daher meinen wir, daß man die Diskussion über die Erfahrung der Unidad Popular nicht überstürzen sollte; das ist ein Problem, das man mit kühlem Kopf behandeln sollte, auf äußerst klare und einheitliche Art.

Die heutige Diskussion muß sich u.E. anderen brennenden Problemen zu einer wissenschaftlichen Einschätzung der Situation und Festlegung einer einheitlichen Linie des Eingreifens stellen. Besonders ist die aktuelle wirtschaftliche Lage in Chile zu analysieren. Einige Zahlen, um eine Vorstellung vom Ernst der Lage zu geben: Vorm Staatsstreich gab es in Chile etwa 50-60.000 Arbeitslose; heute sind es – aufgrund von Maßnahmen der faschistischen Junta – 634.100, davon 102.259 Arbeiter, 106.587 Angestellte und 24.554 Techniker und 'freie Berufe'.

Eindrucksvoll ist weiterhin die Steigerung der Lebenshaltungskosten: ein Kilo Brot kostete 11 scudi, heute kostet es 40 scudi – die prozentuale Kostensteigerung ist 263 %. Ein Kilo Zucker stieg von 25 auf 280 scudi (eine Verteuerung von 1020 %) ein Kilo Butter von 88 scudi auf 1360 scudi (eine Steigerung um 1457 %); ein Kilo Fleisch von 70 scudi auf 860 scudi (eine Steigerung um 1128 %); ein Kilo Reis von 16 scudi auf 350 scudi (eine Steigerung um 2087 %); ein Kilo Fisch von 4 auf 120 scudi (eine Steigerung um 2900 %).

Der Durchschnitt der allgemeinen Teuerung, wie Kleidung, Wohnung, Mieten, Vergnügungen usw. usf. beträgt 743,2 %. Was jedoch die Löhne angeht, so liegt die durchschnittliche Steigerung bei 212 %, mit einem Kaufkraftverlust von 5-600 %!

Wir meinen, daß auch die Mittelschichten in Chile Kaufkraft verloren haben und dies wird politische Rückwirkungen auf die DC selbst haben, die nach Definition und Aufgabe eine Partei ist, die sich auf die Mittelschichten stützt.

Gibt es Probleme, die ihr noch hervorheben wollt?

Wir möchten einen Appell an alle politischen Organisationen Italiens richten: heute befinden sich in der italienischen Botschaft in Santiago 32 chilenische Genossen, die dort nicht wegkönnen, weil die faschistische Junta ihnen kein „freies Geleit" gegeben hat. Wir halten es für erforderlich, jede Art von Druck und Massenmobilisierung zu entwickeln, daß die Genossen die Botschaft verlassen können.

Eine andere Forderung, die wir erheben, ist, organische Formen für die Unterstützung der Kämpfe des chilenischen Volkes und der anderen lateinamerikanischen Völker und der Welt zu finden, die gegen den Faschismus kämpfen.

Wir fordern auch dazu auf, materielle, politische und Massen-Hilfe für das Funktionieren der Komitees der politischen Flüchtlinge zu leisten, wie jenes, das sich vor kurzem in Mailand gebildet hat. ●

Anmerkungen:

(1) Die cordones sind „Basis-Organisationen", in der Art von Arbeiterräten, die in den Monaten vor dem faschistischen Putsch entstanden, und in denen verschiedene linke Organisationen, innerhalb und außerhalb der Unidad Popular politisch arbeiteten.

(2) Frei, rechter Führer der Christdemokratischen Partei (DC) war vor Allende Präsident. Frei hat den faschistischen Putsch gefördert und unterstützt.

(3) Altamirano, Führer der Sozialistischen Partei, dem es nach dem faschistischen Putsch gelang, den Verfolgungen der Junta zu entgehen und Chile zu verlassen.

(4) Die „Unidad" ist die Tageszeitung der revisionistischen „KP" Italiens (PCI), die mehrfach den bewaffneten antiimperialistischen Kampf in Chile zu verleumden versuchte.

(5) Gemeint sind die Mitglieder der revisionistischen KP, die innerhalb der Unidad Popular den rechten Flügel bildete und der faschistischen Gefahr durch Zugeständnisse an die Bourgeoisie, Umwerben der militärischen Führung, Eindämmung der Massenbewegung und Diffamierung der revolutionären Linken zu begegnen versuchte.

Kommunisten und "deutsche Wiedervereinigung"

Das „ZK" der provokatorischen Gruppe „KPD/ML" hat im Dezember 1973 eine „Erklärung zur nationalen Frage" abgegeben, in der die „Wiedervereinigung unseres Vaterlandes" als Kampfziel aller „wahren deutschen Patrioten", „unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, ihrer Organisations- oder Parteizugehörigkeit" propagiert wird. Indem in dieser Erklärung versucht wird, eindeutig rechtsgerichtete Positionen unter dem Titel des „Kommunismus" und „Marxismus-Leninismus" zu verbreiten, stellt sie eine weitere klare Provokation dieser Gruppe gegen die kommunistische Bewegung der BRD dar.

In nicht so provokatorischer Form spielt die Frage der „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" („Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD", Bayern – vormals ABG) oder der „Wiedervereinigung Deutschlands auf revolutionärer Grundlage („KPD"-„Rote Fahne") auch bei anderen Organisationen eine Rolle.

In diesem Artikel soll zunächst allgemein unser Standpunkt zur „Wiedervereinigung" dargestellt werden. Danach soll auf Einzelheiten in den Vorstellungen der „KPD/ML" eingegangen werden.

Haben wir eine „nationale Frage"?

Der deutsche Nationalstaat entstand aufgrund der inneren und äußeren Bedingungen erst vor etwa 100 Jahren, nämlich 1871, nachdem es die Bourgeoisie Preußens geschafft hatte, die herrschenden Klassen der meisten deutschen Teilstaaten zunächst über ökonomische Zusammenschlüsse („Deutscher Bund", „Deutscher Zollverein") an sich heranzuziehen und schließlich im gemeinsamen Eroberungskrieg 1870/71 gegen Frankreich zusammenzuschmieden.

Auf dem, durch die Folgen zweier vom deutschen Imperialismus ausgehender Kriege stark verkleinerten Boden des deutschen Nationalstaates von 1871 bestehen heute zwei deutsche Staaten, mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, eingebunden in unterschiedliche wirtschaftliche, politische und militärische Bündnissysteme. Diese Spaltung ergab sich aus dem Bestreben des US-Imperialismus, nach der Niederlage des Faschismus den deutschen Imperialismus im Westen Deutschlands als Teil der US-Globalstrategie gegen die sozialistischen Länder wieder aufzurichten und diesen Teil Deutschlands in den Einflußbereich des US-Imperialismus fest einzubauen.

Die Forderung der deutschen Kommunisten nach Überwindung dieser Spaltung hatte damals eine klar fortschrittliche Funktion, weil sie sich gegen die Globalstrategie des US-Imperialismus, gegen die Wiederaufrichtung des deutschen Imperialismus richtete, und **weil sie einen Staat als Hinterland hatte, in dem bereits mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen worden war.**

Die politische Bewußtheit des arbeitenden Volkes im westdeutschen Staat war jedoch, begründet in der Zeit faschistischer Verhetzung und der nun einsetzenden neuen antikommunistischen Welle, sowie in Rückschlägen und Fehlentwicklungen in der DDR und anderen sozialistischen Staaten, nicht so, daß die revolutionären Parolen der KPD zur „sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes" von den Massen aktiv aufgenommen worden wären. Stattdessen fanden die reaktionären Parolen der CDU und SPD Gehör, die den vorhandenen Wunsch nach „Wiedervereinigung" umfälschten in: Eroberung der DDR für den deutschen Imperialismus, Liquidierung des sozialistischen Aufbaus auf deutschem Boden.

Das Bestehen zweier deutscher Staaten hat die gemeinsame Sprache zwar nicht aufgehoben (unbeschadet kleiner Verschiedenheiten, die sich aus der unterschiedlichen Entwicklung der beiden Staaten in den letzten 25 Jahren ergeben haben), sie kann erst recht die Geschichte Deutschlands und seine traditionelle Kultur natürlich nicht aufheben, im Guten wie im Schlechten; wohl gibt es aber in den beiden Staaten ein unterschiedliches Verhältnis zu dieser Geschichte und Tradition.

Entscheidend ist, daß mit der Gründung der BRD (und nachziehend der DDR) ein Entwicklungsprozeß eingeleitet war, in dem die zuvor einheitliche deutsche Arbeiterklasse sich mehr und mehr in zwei Arbeiterklassen mit immer unterschiedlicheren Kampfaufgaben und Kampfbedingungen spaltete. Heute ist andererseits klar, daß sich die Arbeiterklasse der BRD von den zwei bis drei Millionen ausländischer Kollegen, die vom Imperialismus ins Land gezogen wurden, zwar in „nationaler" Hinsicht (Sprache, Tradition, Kultur) unterscheidet, aber hinsichtlich ihres Klassenkampfes die allerengste Gemeinsamkeit hat. Im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft" entwickelt sich zwischen den Klassenkämpfen in den imperialistischen Staaten Westeuropas ein immer engerer Parallelismus und Zusammenhang. Dies gilt entsprechend für die Arbeiterklasse der DDR im Rahmen der sogenannten „sozialistischen Staatengemeinschaft", d. h. der ökonomischen, politischen und militärischen Bindungen der revisionistischen Länder, mit der Sowjetunion als Zentrum. Dies bedeutet nicht, daß nicht auch zwischen den Klassenkämpfen in den beiden „Blöcken" – „sozialistische Staatengemeinschaft" und „Europäische Gemeinschaft" (+ USA) Wechselbeziehungen vorhanden sind, aber diese Wechselbeziehungen sind nicht so eng wie die innerhalb des jeweiligen „Blocks".

Als Kommunisten kämpfen wir für das Interesse aller Arbeiter, alle „nationalen" Schranken zwischen ihnen zu überwinden, wobei das wertvolle „kulturelle Erbe" der verschiedenen Völker nicht aufgegeben, sondern im Gegenteil zum Besitz aller wird.

Als Kommunisten der BRD kämpfen wir vor allem darum, eine gemeinsame Kampffront der westdeutschen Arbeiterklasse mit den 2 - 3 Millionen ausländischer Kollegen in der BRD zu schaffen, und zwar nicht im Sinn einer Anpassung der ausländischen Kollegen (wobei diese dann einfach „deutsche Arbeiter" werden, wie es in einem früheren Zeitraum z. B. die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet wurden, wovon heute nur noch die slavischen Nachnamen künden), sondern im Sinn einer Respektierung und Durchdringung nationaler Besonderheiten.

Dies ist tatsächlich die „nationale Frage", die die Arbeiterklasse der BRD zu lösen hat, gemeinsam mit den ausländischen Klassenbrüdern und -schwestern.

Die „deutsche Wiedervereinigung" stellt sich uns dagegen nicht als ein besonderes programmatisches Ziel. Natürlich sind wir prinzipiell für die Überwindung der Nationalstaaten. Die erste Voraussetzung dafür ist die sozialistische Revolution, wobei das Proletariat eines jeden Landes *„natürlich zuerst mit der eigenen Bourgeoisie fertig werden"* muß. (Marx-Engels, Manifest der Kommunistischen Partei). Wenn erst einmal in beiden deutschen Staaten das Proletariat zur herrschenden Klasse geworden ist, so wird es – aufgrund gemeinsamer Sprache und Geschichte – relativ günstige Bedingungen für eine rasche Überwindung der entstandenen nationalen Schranken zwischen ihnen geben.

Es gibt aber, wie gesagt, gegenwärtig keine besondere Gemeinsamkeit und Parallelität zwischen den Klassenkämpfen in BRD und DDR, demnach auch keine besondere Wahrscheinlichkeit einer gleichzeitigen revolutionären Entwicklung (obwohl eine revolutionäre Entwicklung in BRD oder DDR natürlich auf den anderen Staat zurückwirken würde).

Die „Wiedervereinigung" als besondere programmatische Forderung, aufgebauscht zur „nationalen Frage", gegenüber allgemeinen Interessen wie z. B. Schaffung einer gemeinsamen Kampffront zwischen westdeutschen und ausländischen Arbeitern in der BRD und im Rahmen der „EG", ist daher in jedem Fall eine Absurdität, und je mehr diese Frage „programmatisch" ausgewalzt wird, umso schlimmer. Die „KPD/ML" geht diesen Weg bis zur äußersten Konsequenz, indem sie in ihrer 44seitigen „Erklärung zur nationalen Frage" nicht nur rechtsopportunistische, sondern auch glatt rechte Positionen bezieht.

Warum dann nicht auch Österreich? ...

Untersucht man die „Argumente" der „KPD/ML" für die „Wiedervereinigung", so ergibt sich die Frage, warum bloß die DDR und nicht auch Österreich mit der BRD „wiedervereinigt" werden soll.

Sieht man die Sache zunächst unter dem historischen Gesichtspunkt, auf dem die „KPD/ML" sehr herumreitet, so ergibt sich, daß Österreich über 200 Jahre länger zum deutschen Siedlungs- und Sprachraum gehört als der größere Teil des Territoriums der DDR. Als um 950 der erste deutsche Einheitsstaat entstand, gehörte Österreich zu seinen Kerngebieten, während das Land östlich der Elbe von Slaven besiedelt war. Die Eroberung dieses Landes wurde formal Ende des 12. Jahrhunderts abgeschlossen, tatsächlich sind die meisten Städte der nördlichen Bezirke der DDR jedoch erst im 13. Jahrhundert gegründet worden.

Österreich blieb auch im Weiteren stets ein Teil dessen, was unter dem Namen „Heiliges Römisches Reich deutscher Nation" schließlich völlig zu einer leeren Hülle wurde, der erst das Frankreich Napoleons den Todesstoß versetzte. Das deutsch-sprachige Österreich war auch Mitglied des „Deutschen Bundes", in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Daß Österreich schließlich 1871 nicht Teil des Deutschen Reiches wurde, war allein von den Widersprüchen zwischen den herrschenden Klassen Preußens und Österreich bestimmt.

Wenn wir nun die weiteren von der „KPD/ML" genannten „Kriterien" nehmen: gemeinsame Sprache? Zweifellos, in Österreich wird deutsch gesprochen, wenn auch Dialekt (der z.B. dem bayerischen ähnlicher ist als das Platt). – Gemeinsame Geschichte und Kultur? Sowieso!

Es ist aber wohl so, daß die Forderung nach „Wiedervereinigung" mit Österreich, die manchen „KPD/ML"ern tatsächlich schon seit Jahren im Kopf herumspukt, die Absurdität der „Wiedervereinigung"-Parole vom kommunistischen Standpunkt allzu deutlich machen würde.

Bündnis „aller deutschen Patrioten"?

Die „Erklärung des ZK der KPD/ML zur nationalen Frage" gipfelt in den Forderungen *„Das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes entwickeln!"* und *„Vereinigen wir uns im revolutionären Kampf mit allen deutschen Patrioten!"*.

Die „Erklärung" schließt mit dem Satz: **„Vereinigen wir uns mit allen Kräften des deutschen Volkes in Ost und West, die bereit sind, diesen Kampf aufzunehmen, unabhängig von ihrem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis, ihrer Organisations- oder Parteizugehörigkeit in einer nationalen, revolutionären Front für ein vereinigtes und unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"**

Die einzelnen Teile dieses Satzes widersprechen sich selbst. Die Weltanschauung des Proletariats ist der dialektische Materialismus, der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus-Leninismus. Wenn die „KPD/ML" jedoch dazu aufruft, unabhängig von der Weltanschauung für ein sozialistisches „Deutschland" zu kämpfen, so meint sie es folglich entweder mit der Unabhängigkeit oder mit dem Sozialismus nicht sehr ernst. Denn der Kampf für den Sozialismus kann nicht unabhängig davon sein, daß er auf dem Boden und mit der Waffe der proletarischen Weltanschauung, des Marxismus-Leninismus, geführt wird.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung kann zur Erreichung von Teilzielen Bündnisse mit Menschen eingehen, mit denen sie nur dieses Teilziel (z.B. Abwehr eines Angriffs auf bürgerlich-demokratische Rechte, Einstellung der US-Aggression gegen Indochina), nicht aber die sozialistische Weltanschauung gemeinsam hat; wobei es natürlich möglich und erstrebenswert ist, wenn möglichst viele dieser Menschen in solchen Teilkämpfen an die sozialistische Weltanschauung herangeführt werden.

Die „nationale, revolutionäre Front" unabhängig von der Weltanschauung im Kampf für ein sozialistisches Deutschland ist jedoch eine Absurdität. Es sei denn, man ➡

Die Aktion von Kirjat Schmoneh

Zwischen dem palästinensischen Volk und dem zionistischen Staat Israel herrscht Krieg



Am 11. April hat eine Gruppe palästinensischer Befreiungskämpfer in der israelischen Stadt Kirjat Schmoneh zwei Gebäude besetzt, Geiseln genommen und diese, nachdem die Forderung der Kämpfer auf Befreiung von 100 politischen Gefangenen in Israel abgelehnt worden war, erschossen. Die Kämpfer gehörten offenbar der Organisation PFLP-Allgemeine Führung an, die sich vor einigen Jahren von der PFLP abspaltete.

Die vielen bewußten Entstellungen der tatsächlichen Ereignisse in Kirjat Schmoneh durch die zionistische Berichterstattung werden sich nicht mehr alle widerlegen lassen, weil die palästinensischen Kämpfer sich selbst das Leben genommen haben.

Sehen wir einmal ab von allen solchen Propagandalügen, so wollen wir doch einiges berichten, was die Zionisten „vergessen" haben, ohne daß wir deshalb gleich die ganze Aktion rechtfertigen:

Die Aktion fand statt am ersten Jahrestag eines zionistischen Terrorunternehmens: Am 10.4.1973 hatten israelische Kommandos in einem Überfall auf Büros und Wohnungen palästinensischer Widerstandsorganisationen in Beirut, der Hauptstadt von Libanon, drei Führer des Widerstands und weitere Kämpfer ermordet.

Die Aktion fand statt am 26. Jahrestag des zionistischen Verbrechens von Deir Jassin: Am 9./10.4. 1948 hatten zionistische Terrorgruppen dieses friedliche palästinensische Dorf überfallen und alle 254 Bewohner, die sie finden konnten, bestialisch abgeschlachtet. Dieses Unternehmen war bewußt geplant und durchgeführt worden, um hunderttausende Palästinenser zur Flucht aus ihrem Land zu veranlassen.

Kirjat Schmoneh ist nicht irgendeine israelische Stadt. Sie liegt im Nordzipfel des Landes in einer militärisch wichtigen Position. Sie ist dort bewußt angelegt worden als Vorposten gegen die angrenzenden Gebiete Libanons und Syriens.

Kirjat Schmoneh liegt im palästinensischen Bezirk Safad. Von den vor 1948 bestehenden 75 palästinensischen Dörfern dieses Distriktes haben die Zionisten 68 dem Erdboden gleichgemacht. Kirjat Schmoneh wurde, wie die meisten anderen israelischen Städte, bildlich gesprochen, auf den Trümmern arabischer Dörfer errichtet, um die Vertreibung der arabischen Einwohner, die Zerstörung ihres Besitzes und die zionistische Besatzung für alle Zeiten zu garantieren.

Die palästinensischen Kämpfer hatten die Freilassung von 100 politischen Gefangenen zur Bedingung gemacht. „Die Weltöffentlichkeit weiß nicht, daß von 200.000 Palästinensern ungefähr 3.500 Kämpfer und Zivilisten in Gefängnissen sind. Das ist die höchste Quote von Gefangenen in der Welt." (Aussage eines Kämpfers von Al Fatah in dem Buch „Palästina, Interviews ...")

Zwischen dem palästinensischen Volk und den Zionisten herrscht seit fast 30 Jahren Krieg. Dieser Krieg war nicht mit der Errichtung des zionistischen Staates auf palästinensischem Boden beendet, er dauert nach wie vor an. Dies ist auch der wahre Standpunkt der Zionisten, wenn sie z. B. immer wieder libanesische Dörfer und palästinensische Flüchtlingslager angreifen (mit weit mehr Toten unter der Zivilbevölkerung als in Kirjat Schmoneh). Die Aktion von Kirjat Schmoneh war ein Gefecht in diesem Krieg.

Die Zionisten haben das palästinensische Volk aus seinem Land vertrieben und sprechen auf dieser Grundlage davon, daß sie „Frieden" schließen wollen. Den Widerstand des palästinensischen Volkes gegen diese „Lösung" nennen sie Terror.

Es ist wahr, daß das palästinensi- Volk zur Zeit nicht in der Lage ist, die Herrschaft der zionistischen Besatzer in seinem Land zu beenden. Wenn es aber nicht auf Ewigkeit in Flüchtlingslagern dahinvegetieren will und wenn die zionistische Bedrohung und die imperialistische Ausbeutung des arabischen Raums nicht hingenommen werden soll, dann muß es sich wehren, muß es versuchen, die Herstellung einer „friedlichen Lösung" zu verhindern, die Unterwerfung unter die zionistische Herrschaft bedeutet.

Die Summe der fortwährenden zionistischen Verbrechen würde selbst durch hundertfach stärkere Widerstandsaktionen nicht aufgewogen.

Das palästinensische Volk befindet sich im Volkskrieg gegen die Zionisten und für ein freies, unabhängiges demokratisches Palästina, in dem Juden und Araber friedlich zusammen leben können. Die Zionisten sind auch der Feind der Masse des israelischen Volkes.

Die Lüge und die Hetze gegen die palästinensische Befreiungsbewegung kommen aus derselben Richtung wie die Lügen und Hetze gegen die westdeutsche Arbeiterbewegung und allgemein die internationale revolutionäre Bewegung.

Wir müssen der prozionistischen Propaganda entschieden entgegentreten. ●



Das Kommando

meint in Wahrheit gar nicht Sozialismus, sondern einen Pseudo-„Sozialismus", wie er von allerlei „national-revolutionären" und ähnlichen revolutionär kostümierten faschistischen Gruppen angepriesen wird. (vgl. AK 40, Faschisten mit „linker"Masche)

Dies paßt allerdings genau in den Rahmen der Politik der „KPD/ML", sich mit Appellen an das „gesunde Volksempfinden" und an den Antikommunismus bei rückständigen Volksschichten anzubiedern und dort ihre „Bündnispartner" zu suchen; es paßt auch zur reaktionären Haltung der „KPD/ML" gegenüber den „nationalen" Regimes in Libyen und Ägypten. (vgl. AK 42, Die „KPD/ML" steht fest an der Seite der arabischen Bourgeoisie)

Dies geht soweit, daß die „KPD/ML" in der „Erklärung zur nationalen Frage" dazu aufruft, „*das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes zu entwickeln*" und sich gleichzeitig über „*sonst fortschrittliche Menschen*" beklagt, die dieser Frage nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenken; und die „KPD/ML" wirft sogar der alten KPD vor, sie habe die „**Bedeutung der nationalen Frage**" unterschätzt und ihr nur „**ungenügende Aufmerksamkeit**" geschenkt, „**nicht rechtzeitig ihre Aufgabe gegenüber der Nation erkannt**".

Um „das Nationalbewußtsein zu entwickeln" preist die „KPD/ML" nicht nur wortreich „*unsere schöne deutsche Sprache*", „*unsere schöne deutsche Heimat*", sondern schließlich gar die „**psychische Wesensart des deutschen Volkes**", an der sich „*hüben wie drüben wenig geändert*" habe. Als besonders schöne Züge der „psychischen deutschen Wesensart" nennt die „KPD/ML": „**Arbeitsfleiß**" und „**Ordnungssinn**" **sowie „wissenschaftliches und künstlerisches Genie"**.

Indem hier der „Arbeitsfleiß" und „Ordnungssinn" als besondere Züge behauptet werden, die gerade für die deutsche „psychische Wesensart" bezeichnend seien, wird an eines der geläufigsten Vorurteile angeknüpft (deutsch = fleißig usw.). Dabei liegt zugleich die chauvinistische Unterstellung nahe, daß andere Völker weniger fleißig, weniger „ordentlich", womöglich auch weniger „sabuer" sind etc. Denn sonst wäre es absurd, den „deutschen" Arbeitsfleiß als etwas besonderes hervorzuheben.

In Wirklichkeit ist z.B. Arbeitsfleiß keine speziell „deutsche" Eigenschaft, die in geheimen Tiefen der „deutschen Wesensart" begründet liegt. Überall auf der Welt ist harte Arbeit für das „täglich Brot" das Kennzeichen der arbeitenden Klassen. Unsere ausländischen Kollegen sind nicht weniger fleißig als wir. Andererseits gibt es in der BRD, wie anderswo, eine Bourgeoisie, die von der Ausbeutung der arbeitenden Klassen schmarotzt. „Arbeitsfleiß" kommt also nicht aus der „psychischen Wesensart" eines bestimmten Volkes, sondern aus der Situation der arbeitenden Klassen. Ähnlich haften „Ordnungssinn" und „wissenschaftliches Genie" nicht dem „deutschen Wesen" an wie dem Dackel die Schlappohren, sondern ergeben sich aus einer bestimmten historisch-gesellschaftlichen Entwicklung.

Es ist sicher gut, wie die „KPD/ML" schreibt, beim arbeitenden Volk den Stolz auf das zu wecken, was es geschichtlich geleistet hat, auf dem Gebiet der materiellen Produktion, der Kultur-Stolz auf Fleiß und Phantasie, Zähigkeit und Mut der arbeitenden Klassen.

Wir tun dies aber als Kommunisten nicht um Sinn des „Nationalbewußtseins", sondern des Klassenbewußtseins. Wir erklären, daß überall auf der Welt in den Volksmassen eine große Schöpferkraft liegt, die erst durch die sozialistische Revolution zur vollen Entfaltung gelangen kann. Wir schwärmen nicht von „*den hochaufstrebenden, in ihrer Schönheit und Linienstrenge unvergleichlichen Domen von Köln und Meißen*" (zu soviel verlogenem Pathos läßt sich die „KPD/ML" tatsächlich in ihrer „Erklärung" hinreißen) im Sinne eines zu entwickelnden „Nationalbewußtseins", sondern wir erklären, daß überall auf der Welt z.B. großartige Bauwerke die Schaffenskraft und Phantasie des arbeitenden Volkes bekunden, und zeigen, wie diese Kraft in den Ausbeuterordnungen dazu vergeudet wurde, äußerlich großartige, aber für das arbeitende Volk nutzlose Bauten wie Dome, Pyramiden, Tempel, Adelspaläste aufzutürmen.

Im übrigen halten wir, aufgrund der erwähnten engsten Gemeinsamkeit mit 2-3 Millionen ausländischen Kollegen in der BRD und aufgrund des immer engeren Zusammenhangs und Parallelismus zwischen den Klassenkämpfen im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft", es für besonders wichtig, die Arbeiterklasse der BRD nicht nur mit den Traditionen des deutschen Volkes, sondern ebenso mit den Traditionen anderer Völker bekannt zu machen, zu denen wir im Rahmen der „EG" und besonders des Imports ausländischer Arbeitskraft in die BRD, schon in einem immer enger werdenden Klassenkampf-Zusammenhang stehen. Im weiteren Sinn gilt das auch für die Völker der „Dritten Welt", z.B. die Araber.

Verbeugung vorm Antikommunismus

Als vorgeblich „Kommunistische Partei" grenzt die „KPD/ML" sich natürlich mit großem Pathos vom bürgerlichen Nationalismus und vom Antikommunismus ab. Dies hindert sie freilich noch nie, vorm Antikommunismus zurückzuweichen und ihm Reverenz zu erweisen.

In der „Erklärung des ZK der KPD/ML" wird ein feiner Unterschied gemacht in der Bewertung des BRD-Imperialismus einerseits und der „neuen Bourgeoisie" in der DDR andererseits. Während der BRD-Bourgeoisie immerhin politische Selbständigkeit zuerkannt wird, wird die „neue Bourgeoisie" der DDR nur als „*Vasallenclique*" der Sowjetunion hingestellt. Wörtlich identisch mit den Angriffen der BRD-Reaktion finden sich in der „Erklärung zur nationalen Frage" Begriffe wie „*treuer Lakai ihrer Herren im Kreml*", „*ostberliner Stiefellecker der neuen Zaren*", „*Statthalter der Herren in Moskau*". Es fehlt auch nicht die berüchtigte Behauptung, die Herrschaft der „*ostberliner Stiefellecker der neuen Zaren*" stütze sich nur „*auf die sowjetischen Bajonette*". Man ist voll auf dem Boden jener reaktionären, antikommunistischen Angriffe, die gegen die DDR seit ihrer Gründung gerichtet wurden und spricht an anderer Stelle auch davon, die DDR sei „*mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl ... in ein finsteres Gefängnis verwandelt*" worden („Roter Morgen", Nr. 5/74, S. 6).

Fehlen darf in dieser „Erklärung zur nationalen Frage" auch nicht der Hinweis auf die angebliche militärische Bedrohung durch die Sowjetunion, wobei diese Super-„Revolutionäre" sich ausschließlich auf die Phantasiezahlen der NATO-Militaristen stützen (z.B. „*daß heute den 28.000 Panzern des Warschauer Paktes in Europa 6.600 der NATO gegenüberstehen*"); Phantasiezahlen, deren Funktion es ist, Stimmung für eine weitere Aufrüstung der NATO zu machen und von der Faschisierung und Militarisierung im eigenen Land abzulenken.

Der Unterschied zwischen einer kommunistischen Kritik am Revisionismus der DDR (bzw. der Sowjetunion etc.) und andererseits antikommunistischen Unterstellungen (die sich natürlich nicht gegen den Revisionismus, sondern gegen in der DDR noch vorhandene Reste sozialistischer Errungenschaften richten) wird von diesen Super-„Revolutionären" völlig verwischt. Die besonderen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in einem Land, das bereits die ersten Schritte zum Aufbau des Sozialismus getan hatte und dessen „neue Bourgeoisie" sich politisch-ideologisch gerade auf den Sozialismus zu stützen vorgibt, werden überhaupt nicht gesehen, sondern auf Formeln der Springer-Presse versimpelt („finsteres Gefängnis", „sowjetische Bajonette" etc.).

Dieses plumpe Anbiedern an antikommunistische Stimmungen, an reaktionäre Lügen und Fälschungen macht plastisch deutlich, was wohl mit dem Aufruf an die „wahren deutschen Patrioten" gemeint ist, sich „unabhängig von ihrem weltanschaulichen Bekenntnis" zusammenzuschließen. ●

Oldenburg

DKP denunziert linke Lehrer

Das größte Schwein im Land das ist und bleibt der Denunziant!
(Alte Arbeiterweisheit)

Die DKP, obwohl selbst von Berufsverboten und (wahrscheinlich unverdient) von antikommunistischer Hetze betroffen, betätigt sich zunehmend als Zutreiber und Denunziant für die Bourgeoisie. Und dies offensichtlich nicht nur aus Opportunismus, um sich durch solche Dienste bei der Bourgeoisie zu empfehlen und selbst von Schlägen verschont zu bleiben, sondern in der Jagd auf „Chaoten" von Staats wegen sehen die Revisionisten zugleich eine günstige Gelegenheit, sich diese „lästige Konkurrenz", der sie politisch nichts entgegenzusetzen haben, auf bequemste Weise vom Hals zu schaffen.

Ein besonderes Schweine-Stück leistete sich kürzlich die Oldenburger DKP, indem sie sich in einer Zeitung, die ausgerechnet „Der Kommunist" heißt, darüber beschwerte, daß zwei namentlich von ihr genannte angebliche (?) Mitglieder der KHG (dem KBW nahestehend) als Lehrer in den Schuldienst aufgenommen worden seien. (April 1974)

Die Oldenburger Revisionisten schreiben da über die Lehrerinnen H.L. und A.B. (in der DKP-Zeitung sind die Namen voll ausgeschrieben!!): „*In ihrem Anhörungsverfahren beim Oldenburger Verwaltungspräsidenten begruben sie schlicht ihre Zugehörigkeit zur „KHG" und distanzierten sich von den Flugblättern und Zeitungen dieser Sektierergruppe. So einfach ist es also, wenn man nur das nötige Maß an Charakterlosigkeit (!?) und politischem Opportunismus aufbringt.*"

Nun, wenn die Schulbehörde sich auch „betrügen" ließ, sie hat ja zum Glück die Spitzel von der DKP, die (vermutlich sogar kostenlos) mit Namen und Organisationszugehörigkeit der beiden „charakterlosen" Lehrerinnen zu Diensten sind.

Dazu ist erstens zu sagen, daß es zweifellos die persönliche Angelegenheit der beiden Lehrerinnen ist, sich zu irgendeiner Organisationszugehörigkeit zu „bekennen", und daß es eine Schweinerei ist, in der Manier eines petzenden Schülers („Herr Lehrer, ich weiß was . . .") die beiden bei der Schulbehörde als Mitglieder der KHG zu denunzieren.

Zweitens ist es auch eine prinzipielle Frage, ob man – wie die DKP (und neuerdings tatsächlich auch der KBW) – „seine" Lehrer mit Namen und Anschrift groß raushängt, um nur ja eine möglichst große Zahl von „Märtyrern" zu produzieren. Der Arbeiterklasse ist sicher nicht mit fortschrittlichen Lehrern gedient, die vor der Schulbehörde eine große Schau abziehen („Jawohl, ich bekenne mich feierlich zur DKP"), und dann – weil sie nicht in den Schuldienst aufgenommen werden – sich einen „Job" suchen müssen, der ihrer Ausbildung nicht entspricht.

In dieser Frage schwankt die DKP im makaberen Gegensatz zu ihrer ganzen sonstigen Praxis! – tatsächlich zum „linken" Sektierertum (während sonst eher das rechte Sektierertum ihr Fall ist). Lenin betonte in seiner bekannten Schrift gegen den „Linken Radikalismus", die „Kinderkrankheit im Kommunismus": „*Man muß . . . zu jedwedem Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – alle möglichen Schliche, Listen und illegalen Methoden anwenden, die Wahrheit verschweigen und verheimlichen (!!), nur um in die Gewerkschaften hineinzukommen, in ihnen zu bleiben und in ihnen um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.*" – Dies gilt sicher erst recht für die Arbeit im bürgerlichen Staatsapparat, z.B. im Schuldienst.

Nachdem die Bremerhavener DKP entdeckt hat, daß Lenin ein „Chaot" war (vgl. AK 42, S. 22), hat nun die Oldenburger DKP anscheinend herausgefunden, daß Lenin auch „charakterlos" war. Denn er riet – pfui Teufel! – zum „Verschweigen der Wahrheit" in bestimmten Fällen.

Die Schlußfolgerung kann für uns nur sein, daß es in der DKP solche traurigen Figuren gibt, die es mit ihrem „kommunistischen" Anspruch für durchaus vereinbar halten, dem bürgerlichen Staat als Spitzel und Denunziant zu dienen. **Ohne dies für alle Mitglieder der DKP zu verallgemeinern, ergibt sich daraus, daß bei der Arbeit im Betrieb, an den Schulen etc. gegenüber DKP'lern ein gesundes Mißtrauen angebracht ist.** ●

Machtkampf im Verband Deutscher Studentenschaften?

Vom 7. bis 11. März fand in Bonn die 26. Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) statt – oder vielmehr, sie sollte stattfinden. Denn erst brauchte man zwei Tage, um überhaupt ein Versammlungspräsidium zu bestimmen und die Stimmberechtigung der Delegierten der Frankfurter Universität zu diskutieren, dann kam man in der Tagesordnung nicht vom Fleck und schließlich vertagte man die ganze Angelegenheit, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben.

Die Jungsozialisten der SPD hatten schon vorher durch ihr Vorstandsmitglied Otmar Schreiner der bürgerlichen Presse angekündigt, daß sie für die VDS-Versammlung eine Provokation beabsichtigten.

Unter der Schlagzeile „**Vor Machtkampf im Studentenverband – Juso-Hochschulgruppen gegen die Vorherrschaft von MSB und SHB**" schrieb die „Frankfurter Rundschau" am 7. März: „*Die bisherige Vorherrschaft des kommunistischen MSB-Spatakus und des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) im Bundesvorstand des VDS dürfte während der bevorstehenden viertägigen VDS-Mitgliederversammlung . . . beendet werden . . . Falls es zum Schluß der Mitgliederversammlung nicht sichergestellt sei, daß MSB und SHB ihre Politik der Majorisierung aufgäben, wollen die Juso-Hochschulgruppen mit ihrer 20-prozentigen Sperrminorität eine ‚Denkpause' des Verbandes durchsetzen.*"

(Wobei man die elegante Formulierung „Denkpause" wohl durch den brutaleren, aber klareren Ausdruck ‚politische Lähmung' ersetzen kann!)

Die bürgerlichen Zeitungen stellten die Auseinandersetzung im VDS als „Machtkampf" zwischen linken Studentengruppen dar, und leider wußte auch die KBW-Fraktion auf der VDS-Versammlung nichts besseres zu tun, als in ihrer Presseerklärung voll in dieselbe Kerbe zu hauen: bei dem Streit handle es sich um ein „*taktisches Kalkül bürgerlicher Karrierepolitiker, deren wesentliche Auseinandersetzung um die Verteilung von Vorstandsposten und Machtpositionen im Verband geht.*" Konsequenterweise mischte die KBW-Fraktion bei diesem „Machtpoker" mit und stimmte mit den Jusos gegen den SHB-MSB-Block, der 45% der Stimmen auf der Versammlung hatte.

Der hauptsächlich von der Juso-Offensive betroffene DKP-nahe Studentenverband MSB verlegte sich aufs Lamentieren: „*. . . Dabei dürfen alle beteiligten Verbände organisationsbornierte, gruppenegoistische Vorstellungen nicht zulassen*", und beklagte den „*Anschein (? ? !) der Zersplitterung der Studentenbewegung*". (aus MSB-Presseinfo 1).

Zweifellos haben die Jusos auf der VDS-Mitgliederversammlung brutal die Tatsache genutzt, daß sie mit 20% der Stimmen eine Sperrminorität besitzen. Und es ist nur als Frechheit zu bezeichnen, wenn sie 50% der Sitze im neuen VDS-Vorstand fordern, obwohl MSB und SHB mehr als doppelt soviel Stimmen auf der VDS-Versammlung haben. (Die VDS-Versammlung setzt sich aus Delegierten der einzelnen Universitäten zusammen; die ASten werden ihrerseits von den Studenten gewählt). –

Hinter solcher „Anmaßung" der Jusos aber nur „persönliche Machtpolitik" einiger sozialdemokratischer Studentenfunktionäre zu sehen, ist sicher falsch.

Jusos: „Wir betrachten uns als Speerspitze der SPD"

Das Vorgehen der Jusos kommt nicht von ungefähr und hat eine längere Vorgeschichte.

Mit einem Gerichtsurteil vom 29.11.72, das dem SHB auf Antrag des SPD-Parteivorstandes die Benutzung des Namens „sozialdemokratisch" verbot, beendete die SPD-Führung auch formal eine elfjährige Zusammenarbeit mit dieser Studentenorganisation (vgl. AK 24).

Bereits im Sommer 72 „überlegte" der stellvertretende SPD-Vorsitzende Kühn öffentlich, wie man das SHB-Potential an den Hochschulen enger an die SPD binden könne. Er schlug den Aufbau von neuen sozialdemokratischen Hochschulgruppen vor. Es hat ganz den Anschein, daß die Jusos mit dieser Dreckarbeit beauftragt wurden.

Während bis 1972 der SHB die SPD an den Hochschulen vertrat, wuchs Ende 72/Anfang 73 „zunehmend die Bereitschaft unter den Jungsozialisten, mit eigenen Gruppen Hochschulpolitik zu betreiben" – welch ein Zufall. Und Juso-Chef Wolfgang Roth gab sich scheinheilig liberal: „*Wenn sich die Jusos von der Einseitigkeit im SHB nicht mehr vertreten fühlen, dann überlassen (? !) wir es der Spontaneität (? !) dieser Jusos, ob sie eine eigene Hochschulgruppe gründen wollen oder nicht.*" (Zitate aus „FR", 14.3.73)

Tatsächlich überließen die Juso-Führer es natürlich nicht der „Spontaneität", für die SPD verlorenes Terrain an den Universitäten zurückzuerobern, sondern gingen planmäßig vor.

Bereits vier Monate nach dem Gerichtsurteil gegen den SHB forderten und erhielten die Jusos auf der 25. Mitgliederversammlung des VDS im März 73 einen von fünf Sitzen im Vorstand (neben je zwei Vertretern von SHB und MSB), obwohl sie nur 12% der Stimmen vertraten.

Während der revisionistische MSB dies als „Verbreiterung der politischen Basis der VDS-Politik" überschwenglich feierte, war die Juso-„Spontaneität" weiterhin systematisch am Wirken: wenige Wochen nach der VDS-Versammlung wurden in 14 Städten Juso-Hochschulgruppen gegründet („FR", 8.5.73), mittlerweile gibt es mindestens 22 solche Gruppen – der SHB kann also zerschlagen werden, die politischen Leichenfledderer stehen schon bereit!

Ihren Eintritt in den VDS-Vorstand benutzten die Jusos sogleich, um zunächst mit „Abgrenzungen" gegen die anderen Vorstandsmitglieder die bürgerliche Presse zu beglücken, schließlich den VDS-Vorstand praktisch zu lähmen und die mehrheitliche Übernahme des Vorstands vorzubereiten. Als Bündnispartner dazu ist der FDP-nahe LHV (Liberaler Hochschulverband) vorgesehen.

Wäre die Übernahme des VDS-Vorstands dann geglückt, so wäre der nächste Schritt wahrscheinlich eine konsequente Anwendung der berüchtigten „Münchener Beschlüsse" der SPD gegen die Zusammenarbeit mit „Kommunisten". Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse an den Universitäten war es den Jusos (wie früher auch dem SHB, solange er anerkannte Hochschulorganisation der SPD war) ausdrücklich gestattet, entgegen den „Münchener Beschlüssen" auch mit „Kommunisten" (d.h. dem MSB) zusammenzuarbeiten, um taktischen Spielraum zu behalten. Diese Rücksichtsnahme wäre nach der Übernahme des VDS-Vorstand durch die Jusos und nach Zurückdrängung von MSB/SHB im universitätspolitischen Bereich überflüssig.

Es geht bei dieser Auseinandersetzung wahrhaftig nicht bloß um „taktisches Kalkül bürgerlicher Karrierepolitiker" und Verteilung von Pöstchen, sondern um ein planmäßiges Vorgehen zur Rückgewinnung des von den bürgerlichen Parteien in der Folge der Studentenrevolte von 1967/68 eingebüßten Terrains. Die SPD mit ihrer „linken" Filiale, den Jusos, macht dabei wieder einmal den Vorreiter, hinter dem aber auch schon wieder der bereits totgesagte CDU-Studentenverband RCDS an die Universitäten tritt. Bereits in diesem Jahr hatten RCDS und ähnliches rechtes Gesocks auf der VDS-Versammlung ebensoviel Stimmen wie im letzten Jahr die Jusos, und bei der Fortsetzung der Mitgliederversammlung am 25.4. werden sie noch 3% mehr haben, dann also 15%.

Die Revisionisten von MSB/SHB haben dieser Entwicklung konsequent den Weg geebnet, indem sie Illusionen über die „linke" Sozialdemokratie geweckt haben, statt sich mit deren Auffassungen und Zielen auseinanderzusetzen, indem sie den Kampf gegen den RCDS sabottierten und indem sie einen wichtigen Part im bürgerlichen Chor gegen die „Chaoten" übernahmen. Diesen Leuten, die demnächst den verdienten Fußtritt von ihren sozialdemokratischen „Bündnispartnern" erhalten dürften, brauchen die sozialistischen Studenten keine Träne nachzuweinen.

Es wird aber in Zukunft darauf ankommen, gegen die bürgerliche „Rückeroberung" an den Universitäten verstärkt alle demokratischen Studenten zu mobilisieren und den Platz dieser „Rückeroberung" im Rahmen der Faschisierung von Staat und Gesellschaft aufzuzeigen. ●

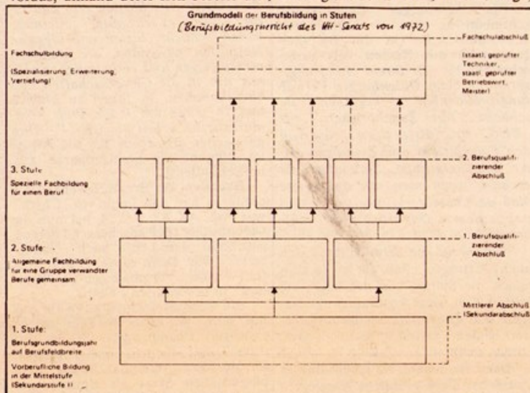
Genossen des SSB und AK-Redaktion

'Reform' der beruflichen Bildung

Im Februar 73 brachte die SPD im Rahmen der Reform der beruflichen Bildung eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und neue Jugendarbeits-Schutzbestimmungen in den Bundestag ein. Schon seit Mitte 73 meldeten sowohl Handwerk als auch Industrie „harte Kritik“ an, der Bildungsminister von Dohnanyi wortradikal entgegnete, man werde sich ebenfalls „hart jeder böswilligen Blockade der Reformen entgegenstellen“ („SZ“, 3.3.74). Vielversprechender Tam-Tam also – wie um jedes „Reform-Ei“, daß die SPD gelegt hat. Bislang jedoch hat sich noch jedes dieser Eier als faul erwiesen und schon nach kurzer Zeit zu stinken begonnen. Betrachten wir zunächst das Sozialdemokratische „Reformpaket“ und dann die „Argumente“ seiner „Gegner“.

Die Reform ...

Ende 73 gingen dem jetzigen Entwurf des Berufsbildungsgesetzes (BBG) die sogenannten „Markierungspunkte zur Reform der beruflichen Bildung“ voraus, anhand derer sich bereits die



„heftige Diskussion“ entzündete. Die Kernpunkte daraus sind dann trotz allem in die Novellierung des BBG eingegangen, nämlich:

▶ die Lehrlingsausbildung wird als „öffentliche Aufgabe“ in das allgemeine Bildungssystem integriert. Wie bisher die Industrie- und Handelskammern sollen nun „zuständige Fachminister“ ermächtigt sein, „Inhalte, Länge und Prüfungsnormen“ der Ausbildung in den Betrieben vorzuschreiben; (nach „Spiegel“, 11.3.74).

▶ einzurichtende „Bildungsämter“ sollen die Funktionen der Industrie- und Handelskammern weitgehend übernehmen – so werden Prüfungen vor ihren Vertretern stattfinden, werden sie für die Qualitätskontrolle der Ausbildung zuständig sein und letztlich auch für die Entscheidung darüber, welche Betriebe ausbilden dürfen (Akkreditierung); den Kammern bleibt das „Mitsprache- bzw. Vorschlagsrecht“; („Handelsblatt“, 13.3.74)

▶ die betrieblichen Ausbilder haben künftig den Nachweis ihrer „fachlichen und pädagogischen Eignung“ zu erbringen (§ 26)(„Spiegel“, 11.3.74), die sogenannte „Ausbildereignungsverordnung“ schreibt ihnen das „bis Mitte 1975“ vor (so Staatssekretär F. Zander in der „SZ“ vom 20.2.74).

Die weiteren Schritte der „Reformierung“ laufen unter dem Titel „Ausbau des dualen Bildungssystems“ und werden wie folgt angegeben:

▶ bessere Verbindung von Theorie und Praxis

▶ Anteil der Fachtheorie an der Gesamtausbildung soll steigen

▶ Abschaffung des Lehrermangels und Verbesserung der räumlichen und sachlichen Ausstattung der Berufsschulen

▶ Einführung eines „Berufsgrundbildungsjahres“ zur Vermittlung von fachlichen Grundkenntnissen insbesondere bei „geistig Schwachen“ (ohne Hauptschulabschluß etc.). Das BGBJ soll als 1. Lehrjahr angerechnet werden

▶ Ausbau von „überbetrieblichen Ausbildungsstätten“ vorwiegend „zum Ausgleich regionaler Nachteile und struktureller Schwächen“. In der laufenden Legislaturperiode will die SPD/FDP-Regierung mit einer Investition von 400 Mio. DM ca. 10 000 neue Plätze in derartigen Einrichtungen schaffen. (Alle Angaben nach Verlagsbeilage „Jugend und Berufswahl“ der „SZ“ vom 20.2.74)

– Last not least wird das BBG den Handwerksbereich künftig voll in seiner Wirkung mit einschließen. Sämtliche derzeit geltenden Sonderregelungen (z.B. teilweise längere Ausbildungsverträge etc.) sind abgeschafft.

Schließlich erbarmten sich die Sozialdemokraten, auch die mittlerweile 13 Jahre alten Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes zu verbessern. Hier konnte man dann getrost einige „Bonsches“ verteilen, da – abgesehen von der Urlaubsregelung – die Industrie ohnehin nicht getroffen wird:

▶ 40-Stunden-Woche für alle Auszubildenden. Ausnahmen nur noch für die Landwirtschaft während der Erntezeit. Zudem 5-Tage-Woche – falls nicht im vollen Umfange möglich (z.B. Gaststättengewerbe) müssen mindestens zwei Samstage und Sonntage frei bleiben und die ausfallenden zwei durch freie Tage in der Woche ersetzt werden.

▶ Neue Urlaubsregelung nach Lebensalter gestaffelt: bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres 30 Tage, im 17. Lebensjahr 27 Tage, im 18. Lebensjahr 25 Tage.

▶ Ausdehnung des Bußgeldrahmens bei Verstößen von bisher 5.000 DM auf 20.000 DM (nach „Kölner Stadtanzeiger“, 28.2.74).

All das wird – wie schon die anderen oben aufgeführten Maßnahmen – vor allem dem Handwerk den Boden für eine Fortführung der Ausbildung im bisherigen Maße entziehen.

Einher mit diesen Bestrebungen geht die sogenannte „Reform der Ausbildungsverordnungen“. Seit der Einführung des derzeit gültigen BBG 1969 wurden die Ausbildungsverordnungen für etwa 1/3 aller „Auszubildenden“ (ca. 400.000) – (Zander in „SZ“, 20.2.74) neu festgelegt. Die Zahl der Ausbildungsberufe wurde von 570 im Jahre '72 auf 463 im Jahre '73 gesenkt und soll weiter verringert werden. Im Rahmen dieser „Reform“ wurde die <u>Ausbildung in Stufen</u> meist nach der Art des nebenstehenden Beispiels eingeführt.

Die 1970 von der Bundesregierung eingesetzte sogenannte „Edding-Kommission“ zur Ermittlung von „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ schlägt zur Finanzierung einer ‚reformierten' Berufsausbildung die Einrichtung eines „zentralen Fonds“ vor, an dem alle „öffentlichen und privaten Arbeitgeber“ („SZ“ 7.3.74) beteiligt sein sollen. Bemessungsgrundlage dieser Beteiligung ist nach dem Vorschlag die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme, wovon 1 % die Höhe des jeweiligen Fondbeitrages bestimmen sollen.

...UND IHRE „GEGNER“!

Scheinbar als Antwort auf die Bestrebungen der SPD/FDP-Regierung senkten Industrie und Handwerk die angebotenen Ausbildungsplätze von 604.300 1971 auf 269.500 (!) im Jahre 1973 – also um ca. 60 % („Stern“ 11/74). Die bürgerliche Presse – insbesondere die offen raktionäre – ‚begründete' dieses Verhalten sofort mit „Ausbildungsmüdigkeit“, „Verunsicherung“ etc. der Betriebe durch die großartige ‚Reform' (so „Welt am Sonntag“ 17.3.74). Der „Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT) läßt seinen „Experten“ Dieter Erb von der „totalen Verstaatlichung“ der Berufsausbildung sprechen („Spiegel“, 11.3.74).

Der „Unternehmerbrief des Instituts der deutschen Wirtschaft“ vom 15.11.73 schreibt zu den Forderungen des DIHT:

„Grundsätzlich fordert der DIHT daher, daß die Berufsbildung ein eigenständiger Bereich bleibt, in dem die Kammern auch weiterhin Verantwortung tragen.“

Die <u>staatliche Kontrolle</u> ist überhaupt ein strittiger Punkt, an dem Kapitalisten und ihre Ideologen in den Verbänden die Kritik aufziehen. Allerdings ist es nicht so, daß sie staatliche Kontrolle <u>überhaupt</u> ablehnen. So schreibt die „FAZ“ vom 22.11.73 in Zusammenfassung der Stellungnahmen vom „Bundesverband der deutschen Industrie“ und vom „Bundesverband der deutschen Arbeitgeber“ (BDI und BDA) zu den „Markierungspunkten“ der Regierung von einer insgesamt „recht vorsichtigen“ Kritik. In Punkto staatlicher Kontrolle sieht das dann so aus:

„Das Vorschlags- und Mitwirkungsrecht der Kammern bei der Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe und die Sicherung ihrer Mitwirkung im Prüfungswesen wird als <u>sinnvoll und realistisch</u> bezeichnet.“

„Bedauern“ tun BDI und BDA jedoch, „daß die berufliche Bildung voll in das allgemeine Bildungswesen eingegliedert werden soll, <u>ohne</u> daß ein klares Konzept vorliegt und <u>ohne</u> daß es ausreichend erprobt ist.“

Also auch hier <u>grundsätzlich</u> keine Ablehnung.

Jedoch: „Heikel ist die Mitbestimmungsfrage in diesem Zusammenhang unter anderem deshalb, weil der Deutsche Industrie und Handelstag in seinen eigenen Markierungspunkten ablehnt, das Berufsausbildungswesen in allen Bereichen dem Prinzip der Mitbestimmung zu unterwerfen...“ (ebenda).

Die <u>Notwendigkeit</u> einer ‚Reform' der beruflichen Bildung liegt im Interesse der Kapitalisten und wird deswegen von diesen selbstverständlich <u>nicht</u> bestritten. So Otto Wolf von Amerongen in der „Welt“ vom 17.3.74 auf die Frage, wie das „am ehesten“ geschehen könnte: „Der Staat muß vor allem die Berufsschulen aus ihrer katastrophalen Lage herausführen...

Außerdem ist eine bessere Abstimmung der schulischen Rahmenpläne mit den Ausbildungsordnungen dringend erforderlich.

Wichtig ist, daß die betriebliche Ausbildung erhalten bleibt und ihr keine schulischen Formen des Lernens aufgezwängt werden.“

Auf Grund der Kritik der Industrie haben die Sozialdemokraten ihre ‚Reformvorschläge' ersteinmal zurückgezogen, um sie zu „überdenken“. Die Tendenz jedoch liegt unserer Auffassung nach schon jetzt klar auf der Hand.

Daß die Herrschaften sich in den strittigen <u>sachlichen</u> Punkten schon noch zusammenraufen werden, wird µ.a. deutlich, wenn die „FR“ vom 6.4.74 beschreibt, daß... „Die neue Taktik der Bundesregierung in der Diskussion über die Berufsbildungsreform ‚das Klima etwas entspannter zu machen' (von Dohnanyi)... inzwischen auf das Verständnis der Arbeitgeberseite stieß.

„Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns-Martin Schleyer, erklärte dazu, er stelle ‚mit Befriedigung fest, daß der Minister für die Wünsche der Praxis – die auf die Erhaltung des nötigen Spielraumes in dem betrieblichen Ausbildungsteil hinauslaufen – sehr viel Verständnis gezeigt hat und auch seine Bereitschaft, hierauf einzugehen ' “ (ebenda).

Rückzug des Handwerks...

Einzig „glaubwürdige“ Stellungnahme in dieser Auseinandersetzung gab sicherlich das Handwerk ab. So sprach Handwerkspräsident Paul Schnitker auf einer Veranstaltung von mehreren 1.000 Handwerkern davon, daß der Entwurf zur Novellierung des BBG „die schlimmsten Befürchtungen des Handwerks übertroffen“ habe, dadurch wird es dem Handwerk „weitgehend unmöglich, sich zur Ausbildung zur Verfügung zustellen“ usw. („Hb“ 13.3.74)

Mit dieser Feststellung hat der ‚gute' Paul Schnitker sicherlich ins Schwarze getroffen – nur, das ist kein Schönheitsfehler, sondern <u>Absicht</u>:

„Das inzwischen jene Lehrherren die Lust am Ausbilden verloren, die bis dahin Schulabgänger als preiswerte Hilfskräfte genutzt hatten, sieht Bundesbildungsminister Klaus von Dohnanyi freilich ‚nicht als Verlust, sondern als einen Gewinn für die berufliche Bildung' an.“ So drückt der „Spiegel“ v. 11.3.74 diese Absicht mit leicht ‚linker Drapierung' aus. Von der Industrie wird dies auch nicht sonderlich bedauert, da es der im Interesse der Bourgeoisie notwendigen Entwicklung der Berufsausbildung entspricht – wie wir noch sehen werden.

Die CDU/CSU...

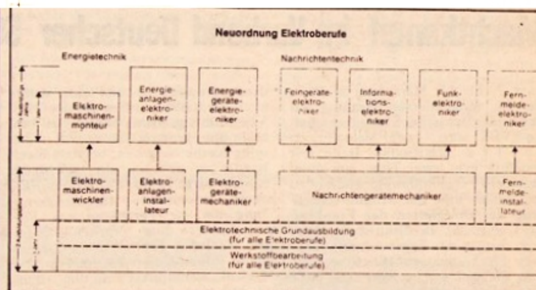
Die CDU/CSU wirft den 'Reformern' eine „unheilvolle Tendenz zur Bürokratisierung der Berufsausbildung“ vor. Für die Lehrstellenverknappung machte der bayerische Arbeitsminister Fritz Pirkel (CSU) selbstverständlich die „Berufspolitik der Bundesregierung“ mit „ihren deutlichen Verstaatlichungstendenzen“ verantwortlich („Spiegel“, 11.3.74). Ihr eigener Plan unterscheidet sich jedoch nur in Nuancen von dem der Regierung – abgesehen vom Prinzip der „Selbstverwaltung der Unternehmer“, womit die Kammern gemeint sind.

Doch diese Selbstverwaltung wird auch von der CDU eingeschränkt. So sieht ihr am 29.3.74 bekanntgemachter Gegenvorschlag zur 'Reform' staatliche Kontrolle bei der Feststellung der Eignung der 'Ausbilder und zur Sicherung' der Einhaltung der Ausbildungsverordnungen vor. Die Durchführung der Prüfungen und die Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe sollen jedoch weiterhin von den Kammern getragen werden (ARD-Tagesschau, 29.3.74).

Wie immer bei solchen 'Anlässen' nutzt die CDU/CSU natürlich auch hier die Gelegenheit, der SPD 'eins auszuwischen' weidlich aus, wie man tagtäglich der Presse entnehmen kann.

Kapitalverwertung und Berufsausbildung...

Was steckt nun tatsächlich hinter dieser „Weltmeisterschaft im Schattenboxen“, die da anläßlich der Bestrebungen der Regierung



ausgetragen wird? Der Kapitalismus hat selbstverständlich kein Interesse an der Berufsausbildung, weil „junge Leute besser gebildet werden müssen“, „sich selbständig zurechtfinden sollen“ – und was man nicht noch alles an „humanitären“ Absichten der jetzigen 'Reform' unterjubeln möchte. Qualifikation der Arbeitskraft ist nur insoweit erforderlich, wie sie <u>profitabel</u> für das Kapital ist. Infolgedessen hatte die Industrie in der Rekonstruktionsperiode nach der Zerschlagung der Wirtschaft (teilweise) im 2. Weltkrieg auch nur geringes Interesse an der Berufsausbildung, ja an der Bildung überhaupt. Während dieser Periode entsprach das Qualifikationsniveau der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte weitgehend der Arbeitsplatzstruktur, die jedoch ständig durch Steigerung der Produktivität verändert wurde. So ist es „verständlich“, daß 1964 die Industrie (Großbetriebe) nur 28 % der „gewerblichen“ Lehrlinge ausbildete, obwohl in diesen Betrieben ca. 40 % aller Industriellen Arbeitskräfte beschäftigt sind. Ca. 2/3 aller Lehrlinge wurden vom Handwerk „ausgebildet“, d.h. sie



wurden dort als billige Arbeitskräfte gegen den – mit wachsender Monopolisierung der Industrie – fortschreitenden Ruinierungsprozeß eingesetzt.

Entsprechend war der Anteil der Lehrlinge an der Gesamtzahl der Arbeiter im Handwerk 17,4 % – in der Industrie jedoch nur 4 %.

Alle Daten zeigen zudem, daß mit sinkender Betriebsgröße die Lehrlingsquote zunimmt (Zahlen nach H. Maas „Zur politischen Ökonomie der Lehrlingsausbildung“, S. 11).

Zum Ende der Rekonstruktionsperiode – Anfang bis Mitte der 60er Jahre – hatte sich das Qualifikationsreservoir erschöpft, die Quellen der Arbeitskräftezufuhr waren versiegt (u.a. Mauerbau in Berlin bringt den Zustrom qualifizierter Fachkräfte aus der DDR zum Erliegen). Die Produktion war wieder „normal“ entwickelt, die inländischen Märkte erschlossen etc. Die Produktionsmittel erreichten ein immer höheres technisches Niveau, treten den Arbeitern mit immer größeren Qualifikationsanforderungen einerseits, andererseits jedoch mit immer einfacher werdenden Bedienungsmechanismen für die Masse der Arbeiter entgegen. Sichtbar wurde die von Marx so beschriebene Tendenz:

„Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital.“ (Kapital, Bd. 1. S. 282)

Die kapitalistische Konkurrenz zur Realisierung von Extraprofiten nimmt zum erheblichen Teil die Form eines Wettstreites um höhere Produktivität an. Teilt man nach Marx den Arbeitstag des Arbeiters in „bezahlte“ und „unbezahlte“ Arbeit – im unbezahlten Teil produziert er Mehrwert – so ist Steigerung der Produktivität nichts anderes als die Erhöhung des Anteils der unbezahlten Arbeit am Arbeitstag insgesamt. Dies geschieht in vielerlei Art durch die Erhöhung der Arbeitsintensität (Akkordarbeit, „Analytische Arbeitsplatzbewertung“ etc.). Entscheidend für die Qualifikation der Arbeitskraft ist jedoch die Erhöhung der Produktivität durch die zunehmende Ersetzung von menschlicher Arbeit durch Maschinen, von variablem durch konstantes Kapital. Und dieser Prozeß führt zur <u>Dequalifikation</u> der Arbeitskraft. Die <u>Mechanisierung</u> der Produktion erfordert lediglich ein geringes Konstruktions-Reparatur- und Wartungspersonal, während die große Masse der Arbeiter zu einfachen Handlangern herabsinkt, deren Tätigkeit, ihre Geschwindigkeit, ihre Qualifikationsanforderungen usw. usf. vom Maschinensystem vorbestimmt sind.

Das „IFO-Institut für Wirtschaftsforschung“ selbst bringt in der geschraubten Ausdrucksweise bürgerlicher Ökonomen diesen Zusammenhang auf den Begriff: „Das <u>technische Niveau des Faktors Realkapital</u> (nach <u>Marx</u> Produktionsmittel – Red.) determiniert (=bestimmt) dabei die <u>qualitativen Anforderungen</u> an den <u>Faktor</u> Arbeit . . . <u>Mechanisierung</u> bedeutet dagegen die Substitution (=Ersetzung) der körperlichen und geistigen Fähigkeiten des Arbeiters durch Realkapital.“ („Sieben Berichte“, S. 72/73)

Zu deutsch: Mechanisierung heißt im Kapitalismus nichts anderes als Zerstörung von Arbeitsplätzen („Freisetzung“), Entwertung von Arbeitsvermögen und Schaffung neuer Arbeitsplätze, in ihrer Masse mit tendenziell sinkenden Qualifikationsanforderungen. Die Bourgeoisie stellt

daher an den Bildungsbereich grob gesagt zwei Anforderungen:
1.) An den universitären Bereich eine Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung an den Bedürfnissen der Industrie, um Mechanisierung usw., usf. voranzutreiben.
2.) An den Bereich der beruflichen Bildung eine „Reformierung" die eine Polarisierung unter der noch relativ einheitlichen Facharbeiterschaft vornimmt, nach der einige wenige besser qualifiziert werden und in den Produktionsablauf weitgehenden Einblick erhalten sollen, die Masse jedoch unter dem jetzigen Niveau – unterschiedlich abgestuft – ausgebildet und damit billiger wird.

Noch einmal zum „Reformpaket"...

Bleibt uns zu prüfen, inwieweit die großartige SPD-„Reform" diesen Anforderungen der Industrie entspricht.

Die Polarisierung unter der künftigen Facharbeiterschaft wirft zunächst einmal eine untere Stufe ab, wo lediglich das Mindestmaß an Fertigkeit vermittelt wird. Diesem Mindestmaß entspricht die erste Stufe („Grundstufe") der Stufenausbildung nach den neuen Ausbildungsverordnungen. Ergänzt werden soll diese Stufe mit dem Ausbau der überbetrieblichen Lehrwerkstätten und dem sog. Berufsgrundbildungsjahr. Diese „Ausbildung" sollen künftig auch breitere Teile der jetzigen ungelernten Arbeiter durchlaufen, damit sie „mobiler" werden, sich rascher an neuen Arbeitsplätzen einarbeiten können etc.

„Je entwickelter die kapitalistische Produktion in einem Lande, um so größer die Forderung der Variabilität an das Arbeitsvermögen, um so gleichgültiger ist der Arbeiter gegen den besonderen Inhalt seiner Arbeit und um so flüssiger die Bewegung des Kapitals aus einer Produktionssphäre in die Andere." (K. Marx, „Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses", S. 40).

Die zweite Stufe schließt zwar mit einer Facharbeiterqualifikation ab, bedeutet jedoch gegenüber der bisherigen Ausbildung eine Verschlechterung, da man nur die Qualifikation für einen speziellen Teilberuf seiner Branche erwerben kann – wie aus dem Beispiel ersichtlich wird.

Die weiteren Ausbildungsetappen werden – das zeigen die Erfahrungen dort, wo schon nach dem Stufenplan ausgebildet wird – nur noch wenige erreichen. In jedem Fall aber läßt sich eine so organisierte Ausbildung voll nach den Bedürfnissen der Industrie aussteuern, da die Kapitalisten mit jedem Lehrling zunächst einmal nur über eine Stufe einen Vertrag abschließen.

Die derzeitige Lehrstellenverknappung ist natürlich nicht Folge eines „blinden Reformeifers der SPD" o.ä. sondern der erste Schritt, das bisherige Niveau der Ausbildung herabzudrükken, indem einfach keine Stellen mehr angeboten werden. Zum Teil ist die Verknappung auch Folge des erzwungenen teilweisen Rückzuges des Handwerks von der Ausbildung. In dem Maße jedoch, wie sich die „Reform" in Wirklichkeit umsetzt, wie also gewährleistet ist, daß die eingestellten Lehrlinge nicht alle Facharbeiter im jetzigen Sinne werden, in dem Maße wird die Verknappung zurückgehen.

Gerade hierbei jedoch hat es Schwierigkeiten gegeben. So weigerte sich Hamburgs Industrie laut „Welt" vom 8.1.74 zum Februar 74 die ersten Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres mit Anrechnung desselben als erstes Lehrjahr einzustellen. Von 355 Schülern haben „bislang 180 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb abgeschlossen...Aber nur in jedem dritten Vertrag ist eine Anrechnung der Berufsgrundbildung im Sinne der Anrechnungsverordnung vom Februar 73 vorgesehen." (Ebenda)

Diese Schwierigkeiten sind indessen auch den „Reformern" inzwischen bewußt. So berichtet die „SZ" am 13.3.73: „Der Minister kündigte an, daß die Regierung alle Reformschritte daraufhin überprüfen werde, ob sie das Gleichgewicht zwischen Angebot an Lehrstellen und Reformfortschritt gewährleisten. Wo nicht ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze vorhanden seien oder sie aus Qualitätsgründen ausfallen müßten, sei Ersatz zu schaffen."

Man sieht zudem im letzten Teil des Zitats deutlich: Hinter dem Geschrei vom „Ausbau der Berufsschulen" etc. steckt also nichts weiter als der Ausbau insoweit, daß der Rückzug des Handwerks von der Ausbildung im gewünschten Maße aufgefangen werden kann. Bleibt nur noch zu erwähnen, daß die Integration der Berufsausbildung in das allgemeine Bildungssystem und die verstärkte staatliche Kontrolle notwendig sind, um die Einheitlichkeit und den planmäßigen Ablauf der künftigen Ausbildung im oben beschriebenen Sinne zu garantieren.

Zur politischen Funktion...

Sowohl der Stufenplan im einzelnen als auch die Integration der Berufsbildung in das allgemeine Bildungssystem haben eine nicht zu unterschätzende politische Funktion der Spaltung des Proletariats. Neben dem direkten politischem Druckmittel des Abschlusses des Vertrages nur über eine Stufe, erschwert das integrierte Bildungssystem die Erkenntnis der Klassenzugehörigkeit bei der Arbeiterjugend ohnehin ganz erheblich. Hier soll eine optimale Möglichkeit geschaffen werden, um Aufstiegsillusionen etc. in die Arbeiterjugend zu tragen. Obwohl das Arbeiterkind in der Regel letzten Endes doch im Proletariat landet, stehen ihm ja scheinbar während der Ausbildung „alle Türen offen". In Erkenntnis dieser Dinge faßt dann der „Unternehmerbrief des Instituts der deutschen Wirtschaft" seinen Vorschlag schlicht und ergreifend so zusammen: „Der Ausbau der beruflichen Bildung (ist) so zu gestalten, daß Jugendliche während ihrer Ausbildung auf unterschiedlichen Stufen einen berufsqualifizierenden Abschluß finden können und für Begabte die Möglichkeit besteht, auch mit dem Hauptschulabschluß den Zugang in die Hochschule zu erreichen."(!)

Der Staatssekretär im Bundeswissenschaftsministerium, Fred Zander gab sich laut FAZ gar der Überlegung hin, ob man den Ausbildern nicht eine „Sonderstellung" einräumen sollte, und ob „Die Auszubildenden – etwa wie die leitenden Angestellten (!) – als eine Sondergruppe angesehen werden können, die nicht durch kollektive Organe und Organisationen vertreten werde." (!!) (FAZ, 22.11.1973).

Man sieht also, die Herren machen sich Gedanken auch über die politische Seite ihres Reformbetruges.

Schlußwort den „Reformern"!

Warum nun, könnte man fragen, machen die Kapitalisten solch Gezeter über die wahrlich „tolldreiste "„Reform" der Sozialdemokraten? Zumal andererseits selbst das „Handelsblatt" am 7.3.74 befriedigt über den Bericht der Edding-Kommission schreibt: „Die Kommission habe sich davon überzeugt, heißt es in dem Bericht, daß die Vorschläge auf längere Sicht geeignet seien, die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu verbessern."

Da ist wieder die alte Methode: Die Bourgeoisie läßt die SPD eine von der Entwicklung der kapitalistischen Produktion her notwendige „Reform" auf Kosten der Arbeiter machen, mit deren Ergebnissen sie im Großen und Ganzen auch durchaus zufrieden sein kann. Das hindert die Kapitalisten natürlich nicht daran, die negativen Verhältnisse gerade als Ergebnis dieser „Reform" hinzustellen (z.B. Verknappung der Lehrstellen), um die Betroffenen gegen die SPD aufzubringen – ihre Kritik jedoch im Rahmen des Kapitalismus zu kanalisieren.

Das Ganze bekommt dann noch den „linken" Anstrich, und so hofft man dann in der Formierung der reaktionären Kräfte, in der Faschisierung – die eben u.a.auch die Ablösung der SPD zum kurzfristigen Ziel hat – einen kleinen Schritt vorwärts zu kommen. So spricht Peter Bache in der „Bams" vom 3.3.74 als ein Meister der reaktionären Verhetzung davon, „was in Bonn im Reform-Eifer übersehen wurde: die Lehrlinge könnten das Nachsehen haben, weil die ideologische Scheuklappe für die Wirklichkeit den blick versperrt (!)".

Ja, die Lehrlinge werden das Nachsehen haben, denn:

Die „Reform der beruflichen Bildung" mit verstärkter staatlicher Kontrolle, stufenmäßiger Ausbildungsordnung, einheitliches Qualitätsniveau durch Eindämmung der Ausbildung durch das Handwerk, mit den Zusatzeinrichtungen zum Ausgleich struktureller Schwächen etc. ist die organisierte und kontrollierte Polarisierung innerhalb der Facharbeiterschaft mit der Konsequenz der Dequalifizierung der Masse, bei Wahrung und Ausbau der Vermittlung der Mindestfertigkeiten und bei Schaffung einer qualifizierten Elite von einigen wenigen.

Jugendkommission des Metall-Bereichs KB/ Gruppe Hamburg

Die Fristenlösung des § 218 ist keine Reform, die diesen Namen verdient

„FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES § 218"

Am 25.4. wird im Bundestag in zweiter und dritter Lesung über die Reform des § 218 entschieden. Bei der Debatte über den § 218 ist allerdings nicht an eine ernstgemeinte Reform gedacht. Vielmehr geht es darum, die Gesetzgebung der gesellschaftlichen Realität anzupassen (500 000 bis 1 Mio. Abtreibungen jährlich !) und damit die Abtreibungen zugleich stärker unter Kontrolle zu bringen – ohne aber den § 218 v ö l l i g zu streichen und damit dieses Mittel zur Unterdrückung der Frau abzuschaffen.

Frau Familienminister Focke sagte zum Sinn der Reform: „Was wir wollen: Die Unterbrechnung ausschließlich in die Hand des Arztes legen und den ganzen Vorgang entkriminalisieren."

Die Kriminalisierung fällt bei der Fristenlösung weg, vorausgesetzt die Abtreibung findet innerhalb der (völlig willkürlichen) Dreimonatsfrist statt. Die Kriminalisierung erfüllte bisher den Zweck, die staatliche Kontrolle über Frau und Familie zu gewährleisten. Diese Kontrolle bleibt auch bei der Fristenlösung in modernisierter Form bestehen. Die Frauen müssen sich vor dem geplanten Eingriff einer peinlichen ‚Beratung' durch einen Arzt oder Beratungsausschuß unterziehen. „Staat und Gesellschaft lassen damit das werdende Leben nicht schutzlos. Seinem Schutz dient die vorgesehene Beratung, die übereilte und falsch motivierte Schwangerschaftsabbrüche verhindern soll." (SPD-Parteitag 1971). An der Unterdrückung der Frau ändert diese Lösung nichts.

Die Indikationslösung (die vor allem von der CDU/CSU vertreten wird) bedroht den Schwangerschaftsabbruch auch innerhalb der Dreimonatsfrist mit Strafe, sofern nicht „Gefahr für Mutter oder Kind" besteht, eine Vergewaltigung vorliegt, oder die Gefahr einer „schwerwiegenden sozialen Notlage" gegeben ist.

Zwei andere, von CDU-Abgeordneten vorgelegte Entwürfe enthalten noch nicht einmal die soziale Indikation und haben bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag keine Chance.

§ 218 – EIN ALTES PROBLEM

1871 Aufnahme des § ins Strafgesetzbuch
1920 SPD bringt Änderungsantrag im Reichstag ein.
1924 SPD-‚Sozialhygieniker' Grotjahn tritt für die Beibehaltung der Bestrafung ein.
1926 „Reform" des § 218: Gefängnis statt Zuchthaus, Herabsetzung der Mindesstrafe, Höchststrafe: nach wie vor 5 Jahre.
1943 Die Faschisten ergänzen den § gerade zu dem Zeitpunkt, wo ganze Armeen auf den Schlachtfeldern verbluten: *„Hat der Täter dadurch die Lebenskraft des deutschen Volkes fortgesetzt beeinträchtigt, so ist auf Todesstrafe zu erkennen."*
Nach 1945 Die Alliierten heben diesen Zusatz wieder auf. Seither ist der § in der Fassung von 1926 gültig.
1971 bildet sich im Zuge der Liberalisierung des Strafrechts eine Bewegung gegen den § 218. 300 Frauen erstatten Selbstanzeige, in vielen Städten bilden sich Frauengruppen, die die Ersatzlose Streichung des § fordern.
1972 Die neugewählte SPD-FDP-Regierung legt das heiße Thema erstmal auf Eis.

§ 218 IM INTERESSE DER BOURGEOISIE – EIN MITTEL ZUR AUF–RECHTERHALTUNG DER ABHÄNGIGKEIT

Dieser § 218, entstanden im Kapitalismus, dient dazu, die Macht der Bourgeoisie abzusichern. Wie alle anderen Gesetze nützt er den Interessen der herrschenden Klasse. So wie die Bourgeoisie ein Heer von Arbeitskräften braucht, so ist sie auf eine Armee von Soldaten für ihre imperialistischen Pläne angewiesen. Aber nicht nur zu diesem Zweck dient der § 218, sondern auch zur Entrechtung der Frau und zur politischen und ideologischen Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse.

Besonders deutlich wurde das in der NS-Zeit. Es wurden nicht nur Orden für Mutterschaft verliehen, sondern „die Frauen sollen ihrem Land und Volk Kinder schenken, Kinder, die Geschlechterfolgen fortsetzen und die Unsterblichkeit der Nation verbürgen" (Goebbels). Diese Mutterschaftsideologie ging einher mit der Lehre von der Minderwertigkeit der Frau in geistigen Dingen, sowie Rassismus und Chauvinismus.

Obwohl die Frauen heute vom Grundgesetz einerseits gleiche Rechte wie die Männer garantiert bekommen, werden durch Gesetze andererseits den Frauen viele demokratische Rechte vorenthalten. Der § 218 ist ein Beispiel.

DIE AUSWIRKUNGEN DES § 218 FÜR DIE FRAU

1) 10 Millionen Frauen in der BRD sind berufstätig. Neben der Arbeit darf die Frau aber ihre Familienpflichten nicht vernachlässigen (§ 1356 BGB).

Da die Hausarbeit bewußt nicht vergesellschaftet wird und die Kindererziehung wegen fehlender Kindertagesstätten ebenfalls individuelle Aufgabe der Familie, d.h. meistens der Hausfrau bleibt, hat die berufstätige Frau zwei Arbeitstage, einen bezahlten und einen unbezahlten. Dieser im Kapitalismus vorprogrammierte Widerspruch zwischen Familie und Beruf führt dazu, daß die Frauen nur mit einem Bein im Beruf stehen. Sie sind deshalb bevorzugtes Ausbeutungsobjekt (Leichtlohngruppen). Bei einer gewerkschaftlichen Organisierung von nur 18 % fällt es den Kapitalisten noch leichter, den Frauen ihren Arbeitsplatz nach einer Entbindung zu nehmen.

2) Jedes Kind bedeutet Senkung des Lebensstandards. 58 % der verheirateten Frauen gaben als Motiv für die Abtreibung wirtschaftliche Not an, 10 % nannten konkret Abzahlungsverpflichtungen. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Ergebnis einer Befragung in Hamburg-Neuwiedenthal: Nach dem Einzug wurden über 80 % der Bewohner mehr als 10 mal von Vertretern besucht, 20 % wurden zwischen 20 und 50 mal heimgesucht, und 7 % sogar mehr als 50 mal! Kein Wunder, daß 15 % der befragten Hausfrauen etwas kauften, was ihnen hinterher leid tat.

So zwingt das kapitalistische System der werktätigen Frau eine Doppelrolle auf, die sie kaputtmacht. Es ist verantwortlich für die psychische und materielle Notlage, aus der heraus hunderttausende von Frauen lieber die derzeit kriminelle, riskante und unangenehme Abtreibung über sich ergehen lassen, als ein Kind zu bekommen. Gleichzeitig maßt sich der kapitalistische Staat an, wann und wie abgetrieben werden darf.

3) Oft bedeutet ein ungewolltes Kind die Unterbrechnung der Ausbildung.

4) Es ist auch eine Gefahr für die Gesundheit der Mutter, wenn ein Kind nach dem anderen kommt.

5) Eine kinderreiche Familie hat noch größere Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden.

6) Wenn ein Kind krank ist, stehen der Mutter oder dem Vater 5 bezahlte Urlaubstage zu. Da das nicht reicht, müssen die werktätigen Frauen im Krankheitsfall der Kinder selbst krank machen. Wegen des häufigen „Krankfeierns", aber auch wegen Inanspruchnahme des (völlig unzureichenden!) Mutterschutzes, haben schon viele Frauen ihren Arbeitsplatz verloren.

Im Kapitalismus wird für die Frauen immer ein Widerspruch bestehen zwischen ihrer Selbstverwirklichung und dem Anspruch des kapitalistischen Staates, durch Kinderkriegen die Arbeiterklasse zu reproduzieren.

Immer wenn das Volk an diesem Paragraphen rüttelte, hat sich ein Heer von bezahlten bürgerlichen Wissenschaftlern und Experten gefunden, die „sachlich" für den § 218 argumentieren und alle politischen und sozialen Aspekte als „Propaganda" abtun. Sie tun so, als ob diese Tatsachen und Ursachen, die die Frauen zu ihrer Entscheidung zwingen, von den Gegnern des Paragraphen erfunden werden.

Die Gegner der Abschaffung des § 218

Die Presse wettert gegen „Mord" und „Linksradikalismus" – der starke Mann muß her.

In der bürgerlichen Presse wurde eine Diffamierungskampagne eingeleitet. Die Argumentation ist plump: wer „ungeborenes Leben" vernichtet, wird auch vor dem Mord an Menschen nicht zurückschrecken. Auch der Schlag gegen links darf dabei nicht zu kurz kommen. So weiß die „Bild am Sonntag" vom 24.3.74 über die Medi-

KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60

Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf

Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47

Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A

Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr

Lübeck:
W. Blankschein
24 Lübeck
Postlagerkarte 082 322 A

Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60

Weitere Vertriebsgruppen:

Forts. § 218

ziner zu berichten, die für die Fernsehsendung „Panorama" eine Schwangerschaftsunterbrechung vornahmen: *„Die bisherigen Ermittlungen hellten dabei einen bemerkenswerten politischen Hintergrund auf: mindestens die Hälfte der 14 Mediziner soll linksradikalen Organisationen angehören, auf deren Fahnen der Sturz unserer Gesellschaftsordnung steht. Dazu gehört beispielsweise die „Rote Hilfe", die sich um die Unterstützung der Baader-Meinhof-Bande und anderer Untergrundcrganisationen verdient gemacht hat".*

Der Ruf der Reaktionäre nach einem starken Mann wird in diesem Zusammenhang wieder laut. So wurde z.B. Kardinal Döpfner von „Bild" gefeiert, da er durch sein „Machtwort zum Montag" dem Rundfunk- und Fernsehrat innerhalb einer Stunde auf Vordermann gegen die Sendung des Abtreibungsfilmes brachte.

Die Kirchen als reaktionäre Moralprediger

Die Kirchen, vor allem die katholische, versuchen durch ihre Kampagne gegen die Abschaffung des § 218 ihren schwindenden Einfluß auf rückständige Teile der Bevölkerung zurückzugewinnen. Die kirchliche Propaganda geht mit den primitivsten, aber wirkungsvollen Mitteln vor: Appell an mütterliche Gefühle („wir schützen die, die sich nicht selbst schützen können") und Abschreckung mit bluttriefendem und ekelerregendem Anschauungsmaterial. Auch in der Demagogie ist man nicht gerade zimperlich: „„...größter Massenmord der Geschichte, schlimmer als Auschwitz, neues Euthanasieprogramm" usw.

Auf Massenkundgebungen mit Zehntausenden von Menschen demonstrierte die Kirche in diesem Jahr ihre vorhandene Macht und ihren Anspruch, in der Politik mitzureden. Bezeichnend dafür, wie „staatserhaltend" die SPD ist, ist, daß niemand in der SPD diesem Machtanspruch der Kirchen entgegentritt. Im Gegenteil, der Einfluß der Kirchen ist erwünscht, „. ... *Um so mehr aber appelliert die SPD an die Vermittler von Wertordnungen (!) unserer Gesellschaft, vor allem an die Kirchen, die Unantastbarkeit des Lebens noch deutlicher ins Zentrum ihres Wirkens zu stellen."*

(SPD-Broschüre zum § 218).

Bei dieser Einstellung ist es kein Wunder, daß nach wie vor auch in SPD-Ländern Religionsunterricht an den Schulen besteht. Der Anteil der sozialen Aufgaben, die die Kirchen übertragen bekommen (Kindergärten, Jugendarbeit) ist eher im Zu- als im Abnehmen.

Die CDU spricht demagogisch von kinderfreundlichen Maßnahmen

Von Liberalisierung kann in den CDU-Entwürfen überhaupt keine Rede sein.

Als Partei der militärischen Expansion verfolgt sie – wenn auch noch nicht ganz offen – eine imperialistische Bevölkerungspolitik und tritt damit das Erbe der NSDAP an. Das Lamentieren über den Geburtenrückgang und die Warnung vor „Überfremdung" und die damit verbundene Ausländerhetze deuten eine verstärkte „völkische" Politik an.

Die Ideologie „für eine gesunde Familie" kommt vor allem von der CDU. Die Familie ist nach wie vor „die Keimzelle des Staates". Was gewünscht wird, ist natürlich nicht die gesunde, sondern die Kleinfamilie, so wie sie ist: Einübung von Gehorsam, Nervenkrieg gegeneinander, statt Kampf gegen den wirklichen Feind.

Besonders ekelig ist die Demagogie der CDU: „Kinderfreundliche Maßnahmen (die zig Milliarden kosten würden) sollen Abtreibungen überflüssig machen."

War es doch die CDU, die das sogenannte „Babyjahr" (anzurechnende Ausfallzeit bei der Rentenversicherung) zu Fall gebracht hat. Dieses „Babyjahr" hat übrigens nicht das geringste mit der ursprünglichen Forderung der Frauengruppen nach bezahlter Freistellung von der Arbeit im 1. Lebensjahr des Kindes zu tun.

Die Ärzte: Herrsche und erniedrige!

Die ärztlichen Standesorganisationen haben sich ebenfalls gegen die Fristenlösung ausgesprochen. Daß „die Sorge um das ungeborene Leben" nur ein scheinheiliger Vorwand ist, sieht man daran, daß es mit ihrer Sorge um das einmal geborene Leben oftmals nicht weit her ist.

Ein Sprecher des deutschen Gynäkologenverbandes sagte zum Problem des § 218: *„Wenn die Frauen entscheiden könnten, steht uns schlimmes bevor! Ärzte und Kliniken werden sich nicht retten können vor abtreibungswütigen Frauen, die in Zukunft das ‚leidige Problem' auf dem OP-Tisch lösen werden, wie das Haarewaschen beim Friseur."*

Bei einem Go-in der Aktion 218 auf der Jahreshauptversammlung des Verbandes der niedergelassenen Ärzte (Hartmann-Bund) wurden die Frauen beschimpft: „Kümmert Euch doch selbst um Euren Unterleib und behelligt nicht die Ärzte damit!" und „treibt doch mit dem Feuerhaken ab!" Die Stellung der Ärzte zum § 218 sowie ihre gesellschaftliche Stellung werden wir im nächsten AK abhandeln.

Wie stark die Kräfte sind, die den Paragraphen in seiner Substanz erhalten wollen, zeigte die Reaktion auf die Selbstbezichtigung der Ärzte und den Panorama-Film.

Gegen einige Ärzte wurden Strafverfahren eingeleitet, der Film aus dem 1. Programm verbannt. Denn die „Reformer" sind sich mit den Reaktionären einig: Die Einschüchterung der Frau (und die teure „illegale" Abtreibung als ärztliche Profitquelle!) muß bleiben!

SPD – Reformen, die diesen Namen gar nicht verdienen

Die „Reform" zur Änderung des § 218 ist eine typische sozialdemokratische Reform. Eine Reform, die nichts kostet, die am grundsätzlichen nichts verändert, aber im Interesse des Kapitals die Abtreibung unter staatliche Kontrolle stellt. Unter der SPD-Regierung wurde 1971 die „Liberalisierung" des § 218 unter dem Eindruck des Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung – von Oktober bis Ende 1971 nahm die Zahl der Gegner des Paragraphen von 54 auf über 70 % laut Meinungsumfrage zu – neu diskutiert.

Da schon jede zweite Frau entsprechend dem Paragraphen „kriminell" geworden ist, bedarf es einer Entkriminalisierung, bei gleichzeitiger Verstärkung der Kontrolle. Denn sonst würde ein „beachtlicher Teil der Bevölkerung der Paragraphen-Ruine die Gefolgschaft versagen" und man damit „der Rechtsordnung einen schlechten Dienst erweisen." (FAZ) Diese Pseudoreform wird also wesentlich betrieben, um die Fassade des bürgerlichen „Rechtsstaates" aufrecht zu erhalten.

Der DGB – kleinmütige Interessenvertretung der werktätigen Frauen

Mit einer Minimobilisierung kurz vor Toresschluß setzt sich der DGB für die Fristenlösung ein. Das sah in Hamburg so aus: Es blieb der Initiative einiger DGB-Frauen übrig, sich für die Fristenlösung einzusetzen.

Einige DGB-Frauen z.B. eine Gruppe von Postlerinnen und der ÖTV-Arbeitskreis Gesundheitswesen, die sich für die ersatzlose Streichung des § 218 einsetzten, hatten nichts zu bestellen. Eine „offizielle" gewerkschaftliche Mobilisierung mit ihren Forderungen wurde ihnen untersagt. Diese Gewerkschaftskolleginnen sowie auch Frauen, die sich für die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen einsetzten, wurden den „gewerkschaftsfremden Gruppen" zugeordnet, von denen sich die DGB-Führung nicht nur in der Presse, sondern auch im Radio distanzierte.

FORDERUNGEN:

Ersatzlose Streichung des § 218!
Umfassende medizinische Aufklärung für alle!
Verhütungsmittel und Abtreibung auf Krankenschein!
Entwicklung von einfachen, unschädlichen Verhütungsmitteln!
Gegen die imperialistische Bevölkerungspolitik!
Für völlige Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz und in der Familie!
Gegen die Doppelbelastung der Frau durch Haushalt und Beruf:
Unbegrenzter bezahlter Urlaub für Vater und Mutter bei Krankheit der Kinder;
Kindergärten, -krippen und Kindertagesstätten müssen gut, kostenlos und für alle Kinder aus werktätigen Familien da sein;
bezahlte Freistellung von der Arbeit für die Mutter drei Monate vor und für einen Elternteil 18 Monate nach der Geburt eines Kindes.
Nicht die Pfaffen, nicht die Ärzte, nicht der Staat, die Frauen müssen selber entscheiden! 24.4.74

Genossen der Bezirkszellen St. Georg und Harburg

BRD-Staat organisiert "schleichende Euthanasie"

Obwohl im Gesetz jedem *„jungen Deutschen das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung"* zugesichert wird, verkümmern in der BRD tausende junger Menschen geistig. Es handelt sich hier um die sogenannten „Behinderten", für die der „Sozialstaat" BRD nicht mehr als ein paar Tropfen auf dem heißen Stein übrig hat.

So berichtete der „Stern" Nr. 6/74 über den Fall „Thomas Busch aus Baden-Württemberg":

Thomas ist Spastiker. Eine Gehirnblutung während oder kurz nach der Geburt hat nach Meinung von Ärzten dazu geführt, daß seine Arme und Beine krampfartig gelähmt sind. Der Zehnjährige kann nur mühsam schreiben und gehen. Geistig aber ist der auf der Höhe. Doch zur Schule ist Thomas noch nie gegangen. *„Ich tät auch gern zur Schule gehen, doch da nimmt man mich nicht"*, sagt Thomas. Aber Sonderschulen für behinderte Kinder gibt es viel zu wenig. Von den ca. 642.000 behinderten Kindern im schulpflichtigen Alter in der BRD finden lediglich ca. 256.000 einen Schulplatz! Der in München ansässige „Bundesverband für spastisch Gelähmte und andere Körperbehinderte eV" schätzt, daß es in der BRD ca. 50.000 Spastiker im schulpflichtigen Alter gibt. Aber nur ein Fünftel, ca. 10.000, finden einen Platz an einer Sonderschule.

Laut „Spiegel" 31/71 gibt es ganze 2.015 Sonderschulen für Behinderte. Mindestens 6.040 werden aber dringend gebraucht! Wer vor der Schultür bleibt, hat unter Umständen noch das „Glück", Hausunterricht zu bekommen. In Schleswig-Holstein beispielsweise bis zu 6 Stunden in der Woche (etwa 1/5 des normalen Stundenplans an einer Schule).

In Bayern wird körperbehinderten Kindern vom Staat nicht einmal Hausunterricht gegeben.

Wenn das Kind nicht noch zusätzlich geistig verkümmern soll, müssen die Eltern aus eigener Tasche Privatlehrer bezahlen. Aber welche Eltern können sich schon Lehrer leisten? Hinzu kommt, daß es für behinderte Kinder kaum Ausbildungsstätten gibt. Die spärlichen prozentualen Steuererleichterungen, die Eltern behinderter Kinder gewährt werden, die großen zeitlichen Opfer, die aufgebracht werden müssen, wenn kein Geld für einen Lehrer da ist, die psychische Zerstörung der isolierten Kinder, führen häufig gerade bei Arbeitereltern zum Zwang, ihr Kind in eine Behindertenanstalt zu geben.

Und hier wird der begonnene Weg konsequent fortgesetzt.

Die Isolierung der Behinderten hinter Mauern wird vollkommen. Hier „leben" sie abseits der Gemeinschaft der Menschen – wie Ausgestossene.

Die spärliche Ausbildung wird zugunsten der „Beschäftigungstherapie" eingestellt. Und wenn man sich ansieht, was unter dem Namen „Beschäftigungs- oder Arbeitstherapie" firmiert, kann einem speiübel werden.

Da lassen Kapitalisten in Fließbandarbeit Behinderte für ein paar Pfennige schuften. So knüpfen in Königslutter Kranke für das Helmstedter Unternehmen Solida zu einem Monatslohn von DM 35,– Haarschleier;

in Warnstein montieren sie für die Medescher Firma Nölle für DM 5,– bis DM 60,– im Monat Gardinengleiter;

in Frankfurt falten sie für die Lebensmittelhersteller Lacroix und Nestle für DM 15,– bis DM 20,– in der Woche Prospekte.

Im westfälischen Landeskrankenhaus Gütersloh, wo die örtliche Miele arbeiten läßt, schwanken die Monatslöhne zwischen DM 2,– und DM 20,– („Spiegel" 31/71).

Selbst an den wehrlosen Behinderten profitieren die Kapitalisten noch. Und diesen bleibt gar keine Wahl, sie haben in unserer Gesellschaft nicht einmal die Möglichkeit, sich ihren Kapitalisten auszusuchen. Ihr Status entspricht dem eines Sklaven – mit dem Unterschied, daß der Sklavenhalter vergangener Zeiten für „seine" Sklaven zu sorgen hatte. Heute „sorgt" sich im höchstfall die Fürsorge mit Almosen um die Behinderten, die zuvor den Arbeitern in Form von Steuern aus der Tasche gezogen werden.

Auch im Sozialismus wird es Behinderte geben, wenn auch entscheidend weniger. Denn weder „Contergan"-Schlaftabletten würden ungeprüft auf den Markt kommen noch „Medizinische-Experimente" mit einkalkulierter Todesfolge und körperlichen Schäden durchgeführt. Zudem könnten rechtzeitige und regelmäßige Untersuchungen des Embryos und später der Kinder lt. „Spiegel" Nr. 13/71 „mehr als ein Drittel aller Schäden voll gutmachen".

Doch der entscheidende Unterschied wird im Sozialismus darin liegen, daß die Gesellschaft die Behinderten nicht „einkerkert", sondern in der Gemeinschaft beläßt. Sich um sie besonders kümmert und ihnen jegliche geistige wie körperliche Betätigung ermöglicht. So wie die Produktion eine gesellschaftliche Aufgabe ist, so ist auch die Sorge um die Erkrankten und Behinderten gesellschaftliche Aufgabe!

In einem Brief an Politiker beschwerte sich Thomas' Vater über die staatlich verordneten Beschränkungen. Er schrieb: **„Mir kommt die Behandlung der Behinderten in der BRD einer „schleichenden Euthanasie gleich".**

Chemie-Komitee KB/Gruppe Hamburg

INHALT